

PROGNOSE FÜR 2004 UND 2005:
EXPORT ALS KONJUNKTURMOTOR.

WIRTSCHAFTSCHRONIK

UMSTELLUNG DER PREISBEREINIGUNG
IN DER ÖSTERREICHISCHEN VGR

WETTBEWERB, WETTBEWERBSPOLITIK
UND WIRTSCHAFTSWACHSTUM

SANIERUNG DER SCHADEN-UNFALL-VERSICHERUNG
2003 FORTGESETZT

ÖSTERREICHISCHES INSTITUT FÜR WIRTSCHAFTSFORSCHUNG

Präsident

Dr. Christoph Leitl, Präsident der Wirtschaftskammer Österreich

Vorstand

Dr. Hannes Androsch

Mag. Christian Domany, Generalsekretär der Wirtschaftskammer Österreich

Waltraud Klasnic, Landeshauptmann der Steiermark

Dr. Stephan Koren, Präsident des Verbandes Österreichischer Banken und Bankiers

Dkfm. Ferdinand Lacina

Univ.-Prof. Dr. Michael Landesmann, Wissenschaftlicher Leiter des Wiener Instituts für Internationale Wirtschaftsvergleiche

Dr. Klaus Liebscher, Gouverneur der Oesterreichischen Nationalbank

Dipl.-Ing. Peter Mitterbauer, Präsident a.D. der Vereinigung der Österreichischen Industrie

Dr. Sepp Rieder, Amtsführender Stadtrat für Finanzen, Wirtschaftspolitik und Wiener Stadtwerke

KR Herbert Schimetschek, Präsident der Oesterreichischen Nationalbank

Rudolf Schwarzböck, Präsident der Präsidentenkonferenz der Landwirtschaftskammern Österreichs

Abgeordneter zum Nationalrat Friedrich Verzetnitsch, Präsident des Österreichischen Gewerkschaftsbundes

Mag. Thomas Wieser, Sektionschef im Bundesministerium für Finanzen

Vizepräsidenten

Dr. Erich Streissler, Professor für Nationalökonomie an der Universität Wien

Mag. Herbert Tumpel, Präsident der Bundesarbeitskammer

Kuratorium

August Astl, Giorgio Dominese, Wolfgang Duchatzek, Harald Ettl, Lorenz Fritz, Günther Goach, Rudolf Gruber, René Alfons Haiden, Franz Helbich, Hans Hofinger, Manfred Holztrattner, Hansjörg Jäger, Johann Kallianer, Dietrich Karner, Christian Konrad, Heinrich Kopetz, Paul Mailáth-Pokorny, Werner Muhm, Walter Netfig, Erich Pramböck, Erwin Pröll, Claus Raidl, Gerhard Randa, Wolfgang Ruttenstorfer, Herbert Sausgruber, Richard Silvestri, Herwig van Staa, Ulrich Stacher, Gerhard Steger, Andreas Treichl, Heinrich Treichl, Franz Vranitzky, Josef Wöhner, Bruno Zluwa

Leiter: Helmut Kramer

Stellvertretende Leiter: Karl Aiginger, Angela Köppl, Karl Musil

Wissenschaftliche Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter

Karl Aiginger, Josef Baumgartner, Gudrun Biffi, Julia Bock-Schappelwein, Michael Böheim, Fritz Breuss, Margarete Czerny, Martin Falk, Rahel Falk, Oliver Fritz, Alois Guger, Franz R. Hahn, Heinz Handler, Peter Huber, Ulrike Huemer, Serguei Kaniovski, Angelina Keil, Wolfgang Klameth, Daniela Kleizan, Angela Köppl, Kurt Kratena, Hannes Leo, Hedwig Lutz, Helmut Mahringer, Markus Marterbauer, Peter Mayerhofer, Christine Mayrhuber, Gerhard Palme, Michael Peneder, Wolfgang Pollan, Andrea Pöschl, Wilfried Puwein, Marcus Scheiblecker, Marianne Schöberl, Margit Schratzenstaller, Stephan Schulmeister, Susanne Sieber, Franz Sinabell, Egon Smeral, Thomas Url, Ewald Walterskirchen, Yvonne Wolfmayr-Schnitzer, Michael Wüger

Organisation und Verwaltung

Ulrike Bachmaier, Maria Bauer, Gertrude Czettl, Gabriela Hötzer, Christine Kautz, Gwendolyn Kremser, Peter Leser, Andrea Luger-Hoeffling, Eva Novotny, Robert Novotny, Vera Plass, Andrea Ranzenberger, Leopold Schehwendter, Ilse Schulz, Gabriele Schober, Gerhard Schwarz, Monika Skrobaneck, Kristin Smeral, Christine Stoidl, Karin Syböck, Marianne Uitz, Tatjana Weber

Wissenschaftliche Assistenz und Statistik

Martina Agwi, Christine Braun-Krone, Monika Dusek, Sabine Fragner, Ursula Glauningner, Lucia Glinsner, Andrea Grabmayer, Dagmar Guttmann, Andrea Hartmann, Julia Hudritsch, Eva Jungbauer, Christine Kaufmann, Brigitte Klose, Dietmar Klose, Susanne Kopal, Irene Langer, Eva Latschka, Elisabeth Lebar, Christa Magerl, Elisabeth Neppl-Oswald, Traude Novak, Birgit Novotny, Sonja Patsios, Waltraud Popp, Annamaria Rammel, Brigitte Schütz, Eva Sokoll, Martha Steiner, Maria Thalhammer, Roswitha Übl, Evelyn Wanderer, Alexandra Wegscheider, Gabriele Wellan, Dietmar Weinberger, Gertrude Wenz

Konsulenten

Peter Egger, Heinz Hollenstein, Michael Pfaffermayr, Kurt Rothschild, Stefan Schleicher, Gunther Tichy, Rudolf Winter-Ebmer

Herausgeber: Helmut Kramer
Schriftleiter: Wolfgang Pollan •
Redaktion: Ilse Schulz •
Technische Redaktion:
Tatjana Weber

Medieninhaber (Verleger) und
Redaktion: Österreichisches Institut für
Wirtschaftsforschung • Wien 3, Arsenal,
Objekt 20

A-1103 Wien, Postfach 91 •
Telefon +43 1 798 26 01-0 •
Fax +43 1 798 93 86 •
<http://www.wifo.ac.at>

Satz: Österreichisches Institut für
Wirtschaftsforschung
Druck: Ueberreuter Print und Digimedia
GmbH., 2100 Korneuburg

P.b.b., Erscheinungsort Wien,
Verlagspostamt 1030

Preis pro Jahrgang (12 Hefte und
Online-Zugriff): € 204,00 • Preis pro
Heft: € 20,40 • Downloadpreis
pro Artikel: € 11,00

ISSN 0029-9898 • © Österreichisches
Institut für Wirtschaftsforschung 2004

Die in den Monatsberichten veröffentlichten Beiträge werden von den jeweiligen Autorinnen und Autoren gezeichnet. Sie entstehen unter Mitwirkung des Institutsteams; für den Inhalt ist das WIFO verantwortlich.

Inhalt

711 ■ Export als Konjunkturmotor

Ewald Walterskirchen

Die Verbesserung der Weltkonjunktur strahlt 2004 auch auf die europäische Wirtschaft aus. Dank hoher Exportsteigerungen wächst die Wirtschaft in Österreich wie im Euro-Raum heuer um 1,9%. Im Jahr 2005 wird zwar die Zunahme des Welthandels an Schwung verlieren, in Europa dürfte jedoch die Inlandsnachfrage stärker zum Wachstum beitragen. Für Österreich wird 2005 infolge der positiven Effekte der Steuerreform mit einem BIP-Wachstum von 2,5% gerechnet. Die hohen Rohölpreise bedeuten ein Risiko für den weiteren Konjunkturverlauf.

725 **Wirtschaftschronik**

Angelina Keil

728 **Kennzahlen zur Wirtschaftslage**

Konjunkturindikatoren für das Ausland • Wechselkurse • Weltmarkt-Rohstoffpreise • Kennzahlen für Österreich • Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung laut ESVG 1995 • Zahlungsbilanz • Tourismus • Außenhandel • Zinssätze • Landwirtschaft • Sachgütererzeugung • Bauwirtschaft • Binnenhandel • Verkehr • Bankenstatistik • Arbeitsmarkt • Preise und Löhne • Staatshaushalt • Soziale Sicherheit • Umwelt • Entwicklung in den Bundesländern

741 **Umstellung der Preisbereinigung in der österreichischen VGR**

Marcus Scheiblecker

Eine Entscheidung der Europäischen Kommission verpflichtet auch Österreich, die Berechnung der VGR auf Vorjahrespreisbasis umzustellen. Hauptproblem bei der bisher üblichen Berechnung zu Preisen eines fixen Basisjahres war, dass Verschiebungen der relativen Preise im Zeitverlauf nicht berücksichtigt wurden. Dadurch ergab sich mit wachsender Entfernung vom Basisjahr eine zunehmende Verzerrung in der Darstellung der "realen" Wirtschaftsentwicklung. Nach der neuen Berechnungsmethode ist die Eigenschaft der Additivität nicht mehr gegeben, d. h. die Summe der preisbereinigten Teilkomponenten entspricht nicht mehr dem Wert des Aggregats. Die im Herbst 2004 von Statistik Austria veröffentlichte Neuberechnung mit Referenzjahr 2000 reicht zurück bis ins Jahr 1988 und weist für die Vergangenheit ein verändertes Wirtschaftswachstum aus. Das WIFO wird bis Ende 2004 die entsprechenden Quartalsreihen veröffentlichen.

751 **Wettbewerb, Wettbewerbspolitik und Wirtschaftswachstum. Theoretische Grundlagen und empirische Evidenz für Österreich**

Michael Böheim

Seit Mitte der neunziger Jahre hat sich der Wettbewerb auf den Produktmärkten in Österreich, angetrieben durch "von außen induzierte" wettbewerbsorientierte Strukturreformen, deutlich belebt. Unter diesen geänderten Rahmenbedingungen entwickelte sich die österreichische Wirtschaft den neunziger Jahren sehr günstig, in der jüngsten Vergangenheit sind jedoch Anzeichen einer deutlichen Abschwächung zu erkennen. Um den erfolgreichen Wachstumspfad fortschreiben zu können, erscheinen weitere wettbewerbsorientierte Politikmaßnahmen dringend erforderlich. Eine wachstumsorientierte Wettbewerbspolitik findet in Österreich aufgrund teils hochkonzentrierter Marktstrukturen einen vergleichsweise großen Spielraum vor.

Inhalt

769

Sanierung der Schaden-Unfallversicherung 2003 fortgesetzt

Thomas Url

Die Prämieinnahmen der privaten Versicherungswirtschaft nahmen 2003 in Österreich im Einklang mit der Entwicklung des nominellen Bruttoinlandsproduktes zu. Zwischen den drei großen Versicherungsabteilungen Lebens-, Kranken- und Schaden-Unfallversicherung verlagerte sich der Schwerpunkt wieder zur traditionell dominierenden Schadenversicherung. In der Lebensversicherung reiften überdurchschnittlich viele Verträge mit einer Laufzeit von 15 Jahren ab; gleichzeitig war das Prämienwachstum verhalten und konzentrierte sich auf Verträge mit laufenden Einzahlungen. In der Krankenversicherung schrumpfte der Versichertenbestand abermals, sodass zur Steigerung der Prämieinnahmen Tarifierhöhungen notwendig waren. Die Anbieter von Schaden- und Unfallversicherungen reagierten auf die hohen Schadenquoten des Vorjahres und nutzten den Rückgang der Zahl der Schaden- und Leistungsfälle in Verbindung mit Tarifierhöhungen zu einer Normalisierung ihres Geschäftsgangs. Die Tarifierhöhungen von Versicherungsprodukten trugen 2003 etwa 0,14 Prozentpunkte zur allgemeinen Preissteigerung bei.

Summaries

723

Exports Driving Activity

750

Changing the Price Adjustment Method in the Austrian National Accounts

768

Competition, Competition Policy and Economic Growth. Theoretical Foundations and Empirical Evidence for Austria

778

Repairs to the Casualty and Accident Insurance System Continued in 2003

Online-Zugriff

■ <http://www.wifo.ac.at/publ/mb>

Alle Artikel seit 1998 im Volltext online verfügbar (PDF) • Seit 2003 als PDF- und als HTML-Version • Kostenloser Zugriff für Förderer und Mitglieder des WIFO sowie für Abonnenten

Ewald Walterskirchen

Export als Konjunkturmotor

Prognose für 2004 und 2005

Die europäische Wirtschaft wurde heuer von der Verbesserung der Weltwirtschaft erfasst. Die hohe Dynamik der Exporte hatte eine kräftige Steigerung der Sachgüterproduktion zur Folge. In Österreich wie im Euro-Raum wird das Wachstum des BIP heuer real 1,9% erreichen. Im Jahr 2005 wird die Zunahme des Welthandels an Schwung verlieren, in Europa dürfte jedoch die Inlandsnachfrage stärker zum Wachstum beitragen. Die zuletzt stark steigenden Rohölpreise bilden jedoch ein Risiko für den weiteren Konjunkturverlauf.

Die Konjunkturprognose entsteht jeweils in Zusammenarbeit aller Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen des WIFO. • Abgeschlossen am 29. September 2004.
• E-Mail-Adresse: Ewald.Walterskirchen@wifo.ac.at

Die Konjunkturerholung hat sich im 1. Halbjahr beschleunigt. Dank der Belebung der Weltwirtschaft und der Stabilisierung des Euro-Kurses nahmen die Exporte kräftig zu. Die Wirtschaft wird deshalb heuer in Österreich – ebenso wie im Euro-Raum – um 1,9% wachsen. Im Jahr 2005 wird die Expansion wegen der Effekte der Steuerreform mit +2,5% höher sein als im Euro-Raum. Dabei wird angenommen, dass sich die Nachfrage zunehmend vom Export zu Investitionen und Konsum verlagert. Die Impulse von der Weltwirtschaft (insbesondere aus den USA) werden im nächsten Jahr nachlassen. Risiken für den weiteren Konjunkturverlauf gehen vor allem vom weiteren Anstieg der Erdölpreise und einer möglichen unzureichenden Übertragung des Exportbooms auf die Investitions- und Konsumnachfrage aus.

Die Ausfuhr ist die einzige Stütze der verbesserten Wirtschaftslage, sie wächst heuer real um 8¼%. Dabei profitiert die österreichische Exportwirtschaft insbesondere von den engen Zulieferbeziehungen zu deutschen Unternehmen. Mittelfristig hat sich die preisliche Wettbewerbsfähigkeit der Sachgüterproduktion deutlich verbessert. Dies erleichtert es den Unternehmen, in der Weltwirtschaft ihre Chancen zu nutzen. Die Wertschöpfung der Sachgütererzeugung steigt 2004 real um 4½%, gut doppelt so rasch wie jene der Gesamtwirtschaft. Im kommenden Jahr wird sich die Exportzunahme parallel zur Expansion des Welthandels abschwächen. Das Wirtschaftswachstum muss sich dann stärker auf die Inlandsnachfrage stützen.

Die Aufwärtstendenz der Exporte und der Kapazitätsauslastung sollte gemeinsam mit einer Steigerung der Gewinne die Investitionskonjunktur in Gang bringen. Der WIFO-Investitionstest deutet darauf hin, die verfügbaren Investitionsdaten für das 1. Halbjahr lassen ein Anspringen der Investitionstätigkeit jedoch noch nicht erkennen (abgesehen von aus steuerlichen Gründen vorgezogenen Fahrzeuginvestitionen). 2003 waren die Bauinvestitionen eine wichtige Stütze der Konjunktur. Dazu trug neben den öffentlichen Tiefbauprogrammen auch die beschleunigte Abwicklung von Bauprojekten vor dem Auslaufen der vorzeitigen Abschreibung Ende 2003 bei. Nach diesem Effekt nehmen die Bauinvestitionen heuer nur sehr mäßig und weniger als erwartet zu.

Der private Konsum wächst im Jahr 2004 mit +1½% wesentlich langsamer als im längerfristigen Durchschnitt. Einerseits wird die Realeinkommensentwicklung durch die Energieverteuerung gebremst, andererseits geht die Sparquote der privaten Haushalte trotz des "Zwangskonsums" teurer Energie nicht zurück. Der anhaltende Anstieg der Rohölpreise macht eine Revision der Inflationsprognose notwendig: Die Teue-

rungsrate wird 2004 2,1% erreichen und im nächsten Jahr nur geringfügig sinken. Die Energieverteuerung trägt heuer 0,3 Prozentpunkte zum Preisauftrieb bei. 2004 nehmen die Realeinkommen je Arbeitnehmer kaum zu. Im Jahr 2005 bringt jedoch die Senkung der Lohn- und Einkommensteuer eine merkliche Erhöhung der Nettoeinkommen. Darüber hinaus trägt die erwartete deutliche Beschäftigungsausweitung zum Anstieg der verfügbaren Einkommen bei. Die Steigerung des privaten Konsums dürfte deshalb 2005 mit +2,5% dem mittelfristigen Trend nahe kommen.

Übersicht 1: Hauptergebnisse der Prognose

		2000	2001	2002	2003	2004	2005
		Veränderung gegen das Vorjahr in %					
Bruttoinlandsprodukt							
Real		+ 3,4	+ 0,8	+ 1,4	+ 0,7	+ 1,9	+ 2,5
Nominell		+ 4,9	+ 2,8	+ 2,7	+ 2,6	+ 3,3	+ 4,3
Sachgütererzeugung ¹⁾ , real							
Handel, real		+ 3,7	- 0,0	+ 1,2	+ 1,3	+ 1,3	+ 2,5
Private Konsumausgaben, real		+ 3,3	+ 1,4	+ 0,8	+ 1,3	+ 1,6	+ 2,5
Bruttoanlageinvestitionen, real							
Ausrüstungen ²⁾		+ 11,8	- 2,1	- 5,2	+ 7,7	+ 4,0	+ 5,5
Bauten		+ 1,9	- 2,5	- 0,7	+ 3,3	+ 0,7	+ 1,7
Warenexporte ³⁾							
Real		+ 13,1	+ 7,5	+ 5,2	+ 2,7	+ 8,3	+ 6,8
Nominell		+ 15,6	+ 6,5	+ 4,2	+ 1,9	+ 9,5	+ 7,5
Warenimporte ³⁾							
Real		+ 10,9	+ 5,7	+ 0,8	+ 6,3	+ 5,3	+ 7,1
Nominell		+ 14,7	+ 5,0	- 2,0	+ 5,0	+ 7,5	+ 7,8
Leistungsbilanzsaldo							
	Mrd. €	- 5,36	- 4,13	+ 0,36	- 2,04	- 1,62	- 1,92
	in % des BIP	- 2,6	- 1,9	+ 0,2	- 0,9	- 0,7	- 0,8
Sekundärmarktrendite ⁴⁾							
	in %	5,6	5,1	5,0	4,2	4,2	4,3
Verbraucherpreise							
		+ 2,3	+ 2,7	+ 1,8	+ 1,3	+ 2,1	+ 2,0
Arbeitslosenquote							
	In % der Erwerbspersonen (Eurostat) ⁵⁾	3,7	3,6	4,2	4,1	4,2	4,1
	In % der unselbständigen Erwerbspersonen ⁶⁾	5,8	6,1	6,9	7,0	7,1	6,9
	Unselbständig aktiv Beschäftigte ⁷⁾	+ 0,9	+ 0,4	- 0,5	+ 0,2	+ 0,6	+ 0,9
Finanzierungssaldo des Staates (laut Maastricht-Definition)							
	in % des BIP	- 1,5	+ 0,3	- 0,2	- 1,1	- 1,3	- 1,9

¹⁾ Nettoproduktionswert, einschließlich Bergbau. – ²⁾ Einschließlich sonstiger Anlagen. – ³⁾ Laut Statistik Austria. – ⁴⁾ Bundesanleihen mit einer Laufzeit von zehn Jahren (Benchmark). – ⁵⁾ Labour Force Survey. – ⁶⁾ Laut Arbeitsmarktservice. – ⁷⁾ Ohne Bezug von Karenz- bzw. Kinderbetreuungsgeld, ohne Präsenzdienst, ohne in der Beschäftigungsstatistik erfasste arbeitslose Schulungsteilnehmer.

Die Beschäftigung reagierte bereits auf die Konjunkturverbesserung. Heuer steigt die Zahl der unselbständig aktiv Beschäftigten um 17.500 und 2005 um 28.000. Zunehmend werden auch neue Vollzeit Arbeitsplätze geschaffen. Die Zahl der Arbeitslosen erhöht sich 2004 noch um 4.000 auf 244.000 und nimmt 2005 im selben Ausmaß ab. Das Angebot an Arbeitskräften wird auch 2005 kräftig steigen, der Zustrom von ausländischen Arbeitskräften auf den Arbeitsmarkt bleibt hoch.

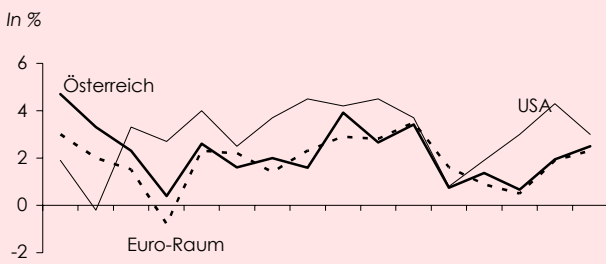
Das Maastricht-Defizit der öffentlichen Haushalte fällt heuer mit 1,3% des BIP deutlich höher aus als erwartet. Hohe Ausfälle an Einkommen- und Körperschaftsteuer sind infolge der Investitionszuwachsprämie zu erwarten. Die Mindereinnahmen an Mehrwertsteuer dürften in der zweiten Jahreshälfte geringer ausfallen, da im Vorjahresvergleich mit einem kräftigen Konsumzuwachs zu rechnen ist. Die Anhebung der Wachstumsprognose berührt die prognostizierten Einnahmen des Staates kaum, da sie sich auf den Export beschränkt. Im kommenden Jahr wird das Defizit des Staatshaushaltes etwas unter der 2%-Marke liegen, wenn die umfangreiche Senkung der Körperschaft- und Einkommensteuer durch Einmalmaßnahmen teilweise ausgeglichen werden kann.

Expansion der Weltwirtschaft verliert an Dynamik

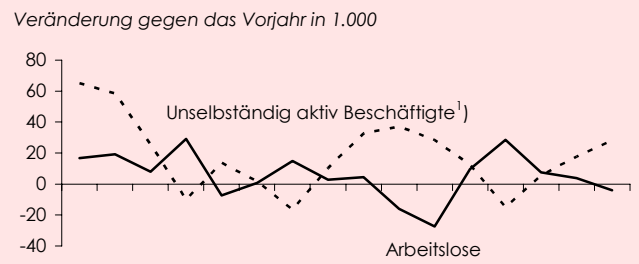
Die Konjunktur hat in den USA und in Asien bereits eine Dynamik erreicht, wie sie in früheren Konjunkturzyklen üblich war, und treibt die Weltwirtschaft an. Das Wachstum des Welthandels wird heuer 8½% erreichen und sich 2005 nur mäßig abschwächen. Diese hohe Dynamik strahlt auch auf die Wirtschaft jener exportorientierten Länder aus, deren Entwicklung in den letzten Jahren durch eine hartnäckige Stagnation der Inlandsnachfrage gedrückt war (Japan, Deutschland).

Abbildung 1: Indikatoren der Wirtschaftsentwicklung und der Wirtschaftspolitik

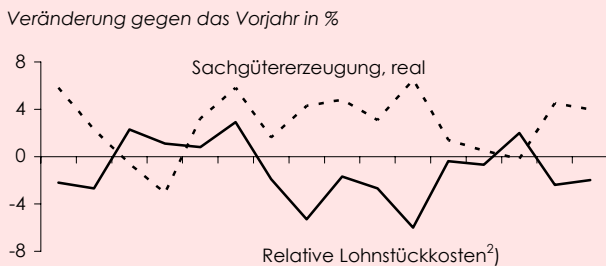
Wirtschaftswachstum



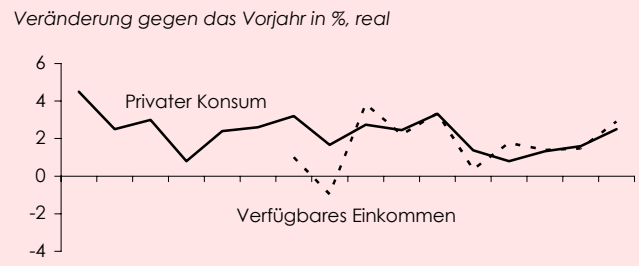
Beschäftigung und Arbeitslosigkeit



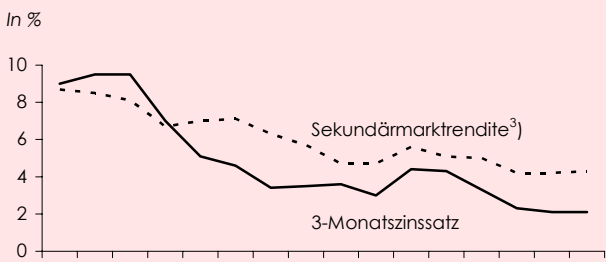
Wettbewerbsfähigkeit und Produktion



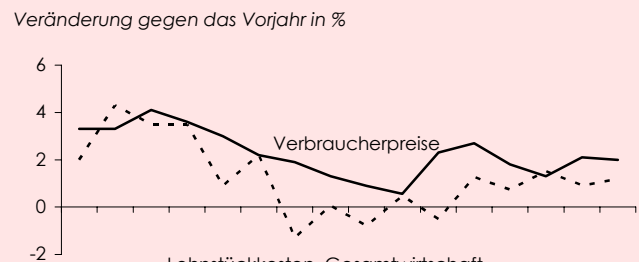
Konsum und Einkommen privater Haushalte



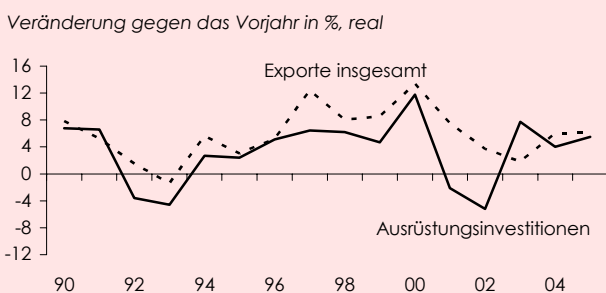
Kurz- und langfristige Zinssätze



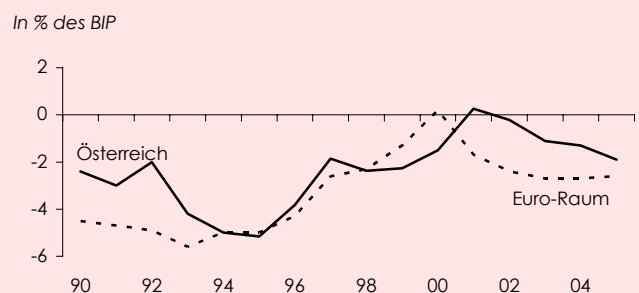
Preise und Lohnstückkosten



Export und Investitionen



Finanzierungssaldo des Staates



1) Ohne Bezug von Karenz- bzw. Kinderbetreuungsgeld, ohne Präsenzdienst, ohne in der Beschäftigungsstatistik erfasste arbeitslose Schulungsteilnehmer. – 2) In der Sachgütererzeugung, gegenüber den Handelspartnern, in einheitlicher Währung. – 3) Bundesanleihen mit einer Laufzeit von 10 Jahren (Benchmark).

Heuer wächst die Wirtschaft der USA um mehr als 4%. Die kräftige Ausweitung der Investitionen zeigt die Tragfähigkeit des Aufschwungs. Die privaten Konsumausgaben haben jedoch in den letzten Monaten überzogene Erwartungen enttäuscht. Das Nachlassen der Impulse von den Aktien- und Immobilienmärkten lenkt den Konsum in ruhigere Bahnen. Im Jahr 2005 dürfte sich das Wirtschaftswachstum auf 3% abschwächen. Während die Effekte der massiven fiskalischen Expansionsmaßnahmen auslaufen, wird nach den Präsidentschaftswahlen der Druck zur Budgetkonsoli-

dierung groß sein. Die zu erwartenden Konsolidierungsschritte werden kurzfristig restriktiv wirken.

Trotz der kräftigen Weltkonjunktur bleibt die Stimmung an den Börsen flau, der anhaltend hohe Rohölpreis nährt die Unsicherheit. Von den Aktienmärkten gehen derzeit somit keine positiven Impulse auf das Wirtschaftswachstum aus. Der sprunghafte Anstieg der Immobilienpreise in den letzten Jahren beflügelte den privaten Konsum in den USA ebenso wie in Großbritannien und Skandinavien. Derzeit bilden die hohen Immobilienpreise jedoch ein Risiko für die weitere Entwicklung.

Übersicht 2: Annahmen über die internationale Konjunktur

	2000	2001	2002	2003	2004	2005
	Veränderung gegen das Vorjahr in %					
Bruttoinlandsprodukt, real						
OECD insgesamt	+ 3,9	+ 1,0	+ 1,8	+ 2,1	+ 3,3	+ 2,7
USA	+ 3,7	+ 0,8	+ 1,9	+ 3,0	+ 4,3	+ 3,0
Japan	+ 2,8	+ 0,4	- 0,3	+ 2,5	+ 3,5	+ 2,8
EU 25	+ 3,6	+ 1,7	+ 1,1	+ 0,9	+ 2,3	+ 2,5
EU 15	+ 3,6	+ 1,7	+ 1,0	+ 0,8	+ 2,2	+ 2,4
Euro-Raum	+ 3,5	+ 1,6	+ 0,9	+ 0,5	+ 1,9	+ 2,3
Deutschland	+ 2,9	+ 0,8	+ 0,2	- 0,1	+ 1,7	+ 1,8
Neue Mitgliedsländer ¹⁾	+ 4,1	+ 2,5	+ 2,4	+ 3,6	+ 4,0	+ 4,3
China	+ 8,0	+ 7,3	+ 8,0	+ 9,1	+ 9,0	+ 8,0
Welthandel, real	+ 12,4	+ 0,3	+ 3,3	+ 4,1	+ 8,5	+ 7,0
Marktwachstum Österreichs ²⁾	+ 12,0	+ 2,4	+ 1,8	+ 4,4	+ 7,0	+ 6,5
Weltmarkt-Rohstoffpreise ³⁾						
Insgesamt	+ 51	- 8	- 5	- 4	+ 16	+ 7
Ohne Rohöl	+ 19	- 3	- 6	- 6	+ 12	+ 10
Erdölpreis ⁴⁾	\$ je Barrel	28,0	23,6	24,1	28,4	36,0
Wechselkurs	\$ je Euro	0,924	0,896	0,945	1,131	1,23

¹⁾ Estland, Lettland, Litauen, Malta, Polen, Slowakei, Slowenien, Tschechien, Ungarn, Zypern. – ²⁾ Veränderungsrate der realen Importe der Partnerländer gewichtet mit österreichischen Exportanteilen. – ³⁾ HWWA-Index, Euro-Basis. – ⁴⁾ Durchschnittlicher Importpreis der OECD (cif).

Im Sog der lebhaften Importnachfrage Chinas und der USA befindet sich die japanische Wirtschaft deutlich im Aufwind. Das reale Bruttoinlandsprodukt wächst heuer um 3½%. Die Gefahr eines raschen Verebbens der Erholung scheint weitgehend gebannt, wenngleich die Konjunkturdaten zeitweilig schwanken – der Exportboom überträgt sich auf Investitionen und Konsum. Für 2005 ist in Japan eine Verlangsamung des Wachstums unter die 3%-Marke zu erwarten. Viel rascher wächst die Wirtschaft in China, Indien und den "Tigerstaaten". China genießt heute als Markt mit 1,3 Mrd. Konsumenten hohe Attraktivität für internationale Investoren. 2004 wächst die chinesische Wirtschaft um 9%, eine spürbare Abkühlung ist nicht in Sicht, obwohl die chinesische Regierung ein Abflauen des Booms anstrebt.

Hoher Rohölpreis als Risikofaktor

Das rasche Wachstum der Weltwirtschaft, Lieferunsicherheiten in einigen erdölproduzierenden Ländern und Spekulation ließen die Rohstoff- und Energiepreise kräftig anziehen. Auf Dollarbasis steigen die Weltmarktnotierungen für Rohstoffe heuer um rund ein Viertel. Die Erdölpreise liegen im Jahresdurchschnitt 2004 bei 36 \$ je Fass, um rund ein Drittel über dem Vorjahresniveau. Das Wirtschaftswachstum in den Industrieländern dürfte durch diese Entwicklung zwar gedämpft werden, der Konjunkturaufschwung sollte aber nicht abbrechen. Der "Pass-through" der Rohölverteuerung auf Industriepreise und Inflation ist bisher relativ gering, der Energieeinsatz ist in den letzten Jahrzehnten effizienter geworden.

Gemäß den Modellrechnungen der OECD verlangsamt ein Anstieg der Rohölpreise um 10 \$ je Barrel das Wirtschaftswachstum in den Industrieländern um 0,4 Prozentpunkte. In der EU liegt dieser Effekt bei 0,5 Prozentpunkten, in den USA ist er wegen der höheren Eigenproduktion, in Japan wegen der geringen Energieintensität etwas kleiner. Das National Institute of Economic and Social Research weist darauf hin, dass die Auswirkungen der Rohölverteuerung auch von den Reaktionen der Politik abhängen. Ein Anstieg der Rohölpreise bedeutet eine Veränderung der Terms-of-Trade (Relation von Export- zu Importpreisen) und eine Umverteilung der Einkommen von den erdölimportierenden zu den erdölexportierenden Ländern. Je rascher die

Rohölproduzenten die zusätzlichen Einnahmen zur Ausweitung ihrer Importe verwenden, umso geringer fallen die negativen Auswirkungen für die Industrieländer aus.

Der Rohölpreis enthält heute eine hohe Risikoprämie, die vor allem auf die Unsicherheiten im Nahen Osten, in Nigeria, Venezuela und Russland zurückzuführen ist. Die Prognose der Erdölpreise ist somit wesentlich von politischen Faktoren abhängig und deshalb besonders unsicher. Darüber hinaus spielt Spekulation eine zunehmende Rolle. In der WIFO-Prognose wird für 2005 ein Rohölpreis von 38 \$ als technische Annahme unterstellt. Eine stärkere Erdölverteuerung würde entsprechend den oben angeführten Modellrechnungen das Wirtschaftswachstum dämpfen.

Angesichts der dynamischen Wirtschaftsentwicklung setzte die Notenbank der USA die behutsame Anhebung der Leitzinsen fort. Im September erhöhte sie den Referenzzinssatz zum dritten Mal seit Ende Juni um 25 Basispunkte auf nunmehr 1,75%. Die Fed bekräftigte, die Geldpolitik auch künftig maßvoll straffen zu wollen, um Inflationsgefahren vorzubeugen. Diese Risiken sind nicht besonders ausgeprägt, weil sich das Wachstum beruhigen wird.

Die Europäische Zentralbank verfolgt eine Politik der "ruhigen Hand". Sie hat den Basiszinssatz seit Juni 2003 nicht verändert. Die EZB dürfte auch im kommenden Jahr vorsichtig agieren und den Zinssatz auf niedrigem Niveau halten. WIFO-Analysen zeigen, dass die Geldpolitik der USA gewöhnlich ohne Verzögerung der Taylor-Regel folgt (Inflations- und Wachstumsziel), die EZB-Politik dagegen mit einem Lag von einem Jahr. Das spricht im kommenden Jahr für ein stabiles Zinsniveau im Euro-Raum. Die Inflationsgefahr ist wegen der verhaltenen Konjunkturerholung und der weiterhin hohen Arbeitslosigkeit im Euro-Raum gering. Dies setzt allerdings voraus, dass die Rohölpreise nicht stärker steigen als prognostiziert. Ein weiterer Grund für anhaltend niedrige Zinssätze im Euro-Raum liegt darin, dass sich die Geldmengenentwicklung in den letzten Monaten dem von der EZB festgelegten Referenzwert näherte. Die Überschussliquidität, die durch die niedrigen Geldmarktzinssätze verursacht wird, dürfte allmählich abgebaut werden.

Die langfristigen Zinssätze haben trotz der Leitzinssatzanhebung in den USA noch leicht sinkende Tendenz. Sie bewegen sich in einer engen Bandbreite um gut 4%. Die zur Anlage drängenden Gelder der erdölproduzierenden Länder aus der Rohölverteuerung könnten zur Stabilität der langfristigen Zinssätze beitragen. Die WIFO-Prognose geht davon aus, dass die langfristigen Zinssätze im kommenden Jahr nur geringfügig steigen.

Der regen internationalen Nachfrage verdankt die europäische Wirtschaft den entscheidenden Konjunkturimpuls. Im 1. Halbjahr nahmen die Warenexporte kräftiger zu als erwartet. Die BIP-Wachstumsprognose für den Euro-Raum wird deshalb von 1,7% auf 1,9% angehoben. Im Jahr 2005 ist mit einem Wirtschaftswachstum von 2,3% zu rechnen. Erwartet wird eine kontinuierliche, aber verhaltene Aufwärtsbewegung. Dabei sollte sich der Exportboom über die Steigerung der Einkommen auf die Investitions- und Konsumbereitschaft übertragen. Je länger die Exporte sich dynamisch entwickeln, umso eher werden die Investitionen durch die steigende Kapazitätsauslastung angeregt. Die durch die Investitionen geschaffenen zusätzlichen Einkommen sollten dann auch den privaten Konsum stimulieren. Dieser Prozess könnte jedoch durch die Rohölverteuerung und die Unsicherheiten infolge der Sozialreformen gebremst werden.

Die entscheidenden Konjunkturimpulse sollten sich 2005 von der Export- zur Binnen- nachfrage verschieben. Ein Nachlassen der Dynamik in den USA und in Japan würde dann keine Wachstumsabschwächung in Europa auslösen. Die Unsicherheiten bei der Übertragung des Exportbooms in eine Ausweitung der Investitions- und Konsumnachfrage mahnen jedoch zur Vorsicht bezüglich der Wachstumsprognose. Inflationsgefahren aufgrund eines zu geringen Wachstums des Potential Output bilden

**Zinssätze bleiben
niedrig**

**Verlagerung von
der Export- zur
Inlandsnachfrage im
Euro-Raum**

derzeit angesichts des massiven Arbeitskräfteüberschusses in Europa nicht das zentrale Problem.

Exportkonjunktur in Deutschland

Die deutsche Exportindustrie profitiert mit einer gewissen Verzögerung vom Boom der Weltwirtschaft. Die Ausfuhr zog im 1. Halbjahr kräftig an und ermöglichte ein überraschend starkes Wirtschaftswachstum. Die Exportchancen lassen erwarten, dass sich die Wachstumsrate in Deutschland 2004 und 2005 auf 1¼% erhöht. Die Schwäche von Bauinvestitionen und privatem Konsum bremst die Konjunkturerholung. Wegen des verbreiteten Vorsichtsparens entwickelt sich der Einzelhandel in Deutschland deutlich ungünstiger als im EU-Durchschnitt. Im Gegensatz zu den meisten anderen EU-Ländern hat die Sparquote der privaten Haushalte steigende Tendenz. Die anhaltend schlechte Arbeitsmarktlage und die Verunsicherung durch den Umbau der sozialen Sicherungssysteme dämpfen die Kauflust. Andererseits würde eine merkliche Verbesserung der Arbeitsmarkt- und auch der Budgetsituation in Deutschland eine deutlichere Beschleunigung des Wirtschaftswachstums erfordern.

Die Einschätzung des weiteren Konjunkturverlaufs in Deutschland ist umstritten, die Prognosen der Forschungsinstitute divergieren stark: Das Kieler Institut für Weltwirtschaft rechnet etwa für 2005 mit einem Wirtschaftswachstum von nur 1,2%, weil die Weltkonjunktur ihren Höhepunkt bereits überschritten habe, der Arbeitstageffekt sich umkehre und der Potential Output nur um 1% steige.

Laut ifo-Unternehmensumfragen wird die aktuelle Geschäftslage weitgehend unverändert eingeschätzt, die Erwartungen für die nächsten sechs Monate wurden jedoch nach unten korrigiert. Der ZEW-Indikator sinkt seit einigen Monaten, allerdings könnten hier die befragten Finanzmanager ihren Unmut über die flauere Entwicklung an den Börsen zum Ausdruck bringen.

Konjunktur erholt sich in Österreich weiter

Die heimische Konjunktur hat sich seit dem Frühjahr deutlich belebt. Das reale Bruttoinlandsprodukt stieg im II. Quartal saisonbereinigt stark (+0,9% nach +0,4% im I. Quartal) und übertraf das Vorjahresniveau um 1,9% (nach +0,8%). Im Jahr 2004 wird die österreichische Wirtschaft mit +1,9% ebenso rasch wachsen wie der Durchschnitt des Euro-Raums. Hohe Exportaufträge bewirken einen kräftigen Anstieg der Sachgütererzeugung (+4½%). Der Zuwachs der Bauproduktion fällt jedoch deutlich schwächer aus als erwartet, sodass die BIP-Wachstumsprognose für 2004 nur mäßig von 1,7% auf 1,9% angehoben wird.

Die Konjunkturerholung bleibt im Vergleich mit früheren Zyklen verhalten. Hohe Rohölpreise und eine vorsichtige Disposition der Konsumenten bremsen die Aufwärtstendenz. Auch der WIFO-Konjunkturtest deutet nicht auf einen stürmischen Aufschwung, sondern auf eine kontinuierliche Aufwärtsbewegung hin. Im nächsten Jahr wird für Österreich ein Wirtschaftswachstum von 2½% erwartet. Es wird jenes im Euro-Raum infolge der Effekte der Steuerreform übertreffen. Das Wachstum ist heuer exportgetragen, 2005 sollte sich der Schwerpunkt von der Auslands- zur Inlandsnachfrage verlagern.

Die vorliegende Konjunkturprognose unterliegt insbesondere zwei Risiken: Erstens wird angenommen, dass nicht ein weiterer Höhenflug der Rohölpreise der Konjunkturerholung ein Ende setzt. Zweitens wird unterstellt, dass sich der Exportboom wie in der Vergangenheit auf die inländischen Investitionen und den privaten Konsum überträgt. Da dieser Prozess üblicherweise verzögert erfolgt, ist er in den verfügbaren Daten noch nicht zu erkennen. Die Unternehmen könnten ihre Reserven verbessern oder in anderen Ländern mit niedrigeren Kosten oder höheren Absatzchancen investieren, und die privaten Haushalte könnten wegen steigender sozialer Risiken größere Anschaffungen vermeiden.

Übersicht 3: Entwicklung der Bruttowertschöpfung

Zu Herstellungspreisen

	2002	2003	2004	2005	2002	2003	2004	2005
	Mrd. €				Veränderung gegen das Vorjahr in %			
<i>Real (zu Preisen von 1995)</i>								
Land- und Forstwirtschaft	4,68	4,46	4,48	4,48	+ 5,7	- 4,8	+ 0,5	± 0,0
Sachgütererzeugung und Bergbau ¹⁾	40,81	40,74	42,58	44,28	+ 0,5	- 0,2	+ 4,5	+ 4,0
Energie- und Wasserversorgung	5,85	5,97	6,03	6,15	+ 5,3	+ 2,0	+ 1,0	+ 2,0
Bauwesen	13,48	13,87	13,97	14,21	- 0,5	+ 2,9	+ 0,7	+ 1,7
Handel ²⁾	24,78	25,11	25,44	26,07	+ 1,2	+ 1,3	+ 1,3	+ 2,5
Beherbergungs- und Gaststättenwesen	7,42	7,57	7,69	7,92	+ 2,4	+ 2,0	+ 1,6	+ 3,0
Verkehr und Nachrichtenübermittlung	14,49	14,65	14,87	15,14	+ 1,5	+ 1,2	+ 1,5	+ 1,8
Kreditinstitute und Versicherungen	13,64	13,45	13,65	13,78	+ 0,1	- 1,4	+ 1,5	+ 1,0
Grundstücks- und Wohnungswesen ³⁾	29,59	30,03	30,87	31,89	+ 2,1	+ 1,5	+ 2,8	+ 3,3
Öffentliche Verwaltung ⁴⁾	10,76	10,74	10,63	10,60	- 0,4	- 0,2	- 1,0	- 0,3
Sonstige Dienstleistungen	25,48	25,85	26,19	26,71	+ 1,2	+ 1,4	+ 1,3	+ 2,0
Wertschöpfung der Wirtschaftsbereiche ⁵⁾	190,99	192,44	196,39	201,24	+ 1,2	+ 0,8	+ 2,1	+ 2,5
Bruttoinlandsprodukt	201,17	202,51	206,43	211,58	+ 1,4	+ 0,7	+ 1,9	+ 2,5

1) Einschließlich Gewinnung von Steinen und Erden. – 2) Einschließlich Reparatur von Kfz und Gebrauchsgütern. – 3) Einschließlich Vermietung beweglicher Sachen und Erbringung von unternehmensbezogenen Dienstleistungen. – 4) Einschließlich Landesverteidigung und Sozialversicherung. – 5) Vor Abzug der unterstellten Bankgebühr und der Gütersubventionen und vor Zurechnung der Gütersteuern.

Die Reaktion der Exporte auf den internationalen Konjunkturaufschwung dauerte wegen des Euro-Kursanstiegs länger als üblich. Jetzt hat der Exportboom jedoch voll eingesetzt: Im 1. Halbjahr lieferten die österreichischen Unternehmen real um 9,7% mehr Waren ins Ausland als vor einem Jahr. Die Exporte in Drittländer (insbesondere USA, Südosteuropa) wurden kräftig gesteigert, aber auch die Ausfuhr in den Euro-Raum hat sich erholt. Überdurchschnittlich ausgeweitet wurden die Lieferungen von Maschinen und Fahrzeugen. Österreich profitiert insbesondere von der engen Zulieferverflechtung mit der deutschen Exportindustrie, die sich deutlich im Aufwind befindet. Die Importpreise steigen aufgrund der Hausse auf den internationalen Rohstoffmärkten kräftig, die Terms-of-Trade verschlechtern sich 2004 um etwa 1%. Dennoch dürfte sich das Leistungsbilanzdefizit heuer leicht von 0,9% auf 0,7% des BIP verringern. Die Lohnstückkosten gehen in der Sachgütererzeugung 2004 zurück, die relative Lohnstückkostenposition Österreichs verbessert sich in einheitlicher Währung (im Gegensatz zu 2003). Der Überschuss in der Reiseverkehrsbilanz erhöht sich heuer leicht, die Deviseneinnahmen steigen real um 1½%. Dazu trägt vor allem der florierende Städtetourismus bei.

Hohe Exportdynamik

Der heimische Warenexport expandiert heuer real um 8¼%. Die Unternehmen profitieren besonders von der Erholung der deutschen Exportindustrie. Trotz der kräftigen Erhöhung der Importpreise verbessert sich 2004 die Leistungsbilanz. Im kommenden Jahr werden dank der Erholung der Binnen nachfrage die Importe real etwas stärker steigen als die Exporte.

Übersicht 4: Produktivität

	2000	2001	2002	2003	2004	2005
	Veränderung gegen das Vorjahr in %					
<i>Gesamtwirtschaft</i>						
Bruttoinlandsprodukt, real	+ 3,4	+ 0,8	+ 1,4	+ 0,7	+ 1,9	+ 2,5
Erwerbstätige ¹⁾	+ 0,8	+ 0,6	- 0,2	- 0,1	+ 0,5	+ 0,9
Vollzeitäquivalent	+ 1,0	+ 0,6	- 0,0	+ 0,1	+ 0,3	+ 0,7
Produktivität (BIP je Erwerbstätigen)	+ 2,6	+ 0,1	+ 1,6	+ 0,8	+ 1,4	+ 1,6
Vollzeitäquivalent	+ 2,4	+ 0,1	+ 1,4	+ 0,5	+ 1,7	+ 1,8
<i>Sachgütererzeugung</i>						
Produktion ²⁾	+ 6,5	+ 1,4	+ 0,5	- 0,2	+ 4,5	+ 4,0
Beschäftigte ³⁾	+ 0,0	+ 0,2	- 2,5	- 1,7	- 0,5	± 0,0
Stundenproduktivität ⁴⁾	+ 6,6	+ 1,6	+ 3,6	+ 1,3	+ 4,8	+ 3,8
Geleistete Arbeitszeit je Beschäftigten ⁵⁾	- 0,1	- 0,4	- 0,5	+ 0,2	+ 0,2	+ 0,2

1) Unselbständige (Beschäftigungsverhältnisse) und Selbständige laut Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnung. – 2) Nettoproduktionswert, real. – 3) Laut Hauptverband der österreichischen Sozialversicherungsträger. – 4) Produktion je geleistete Beschäftigtenstunde. – 5) Laut Konjunkturerhebung von Statistik Austria.

Im Jahr 2005 dürfte sich die Dynamik des Welthandels abschwächen. Das Wachstum der österreichischen Ausfuhr wird sich real von 8,3% auf 6,8% verringern. Dank der stärkeren Binnennachfrage wird sich das Leistungsbilanzdefizit von 1,6 Mrd. € auf 1,9 Mrd. € erhöhen.

Belebung der Investitionstätigkeit zu erwarten

Die Steigerung der Exporte lässt gewöhnlich mit einer gewissen Verzögerung über eine Zunahme der Gewinne und der Auslastung die Investitionen anziehen. In der Vergangenheit wuchsen die Investitionen in einem kräftigen Konjunkturaufschwung mit zweistelligen Raten. Im 1. Halbjahr wurden die realen Ausrüstungsinvestitionen saisonbereinigt kaum ausgeweitet, das Vorjahresniveau übertrafen sie um nur 3%. Allerdings waren aus steuerlichen Gründen Investitionen in Fahrzeuge, aber auch Maschinen ins Jahr 2003 vorgezogen worden.

Die Reaktion der Investitionstätigkeit auf den Exportboom wird das Tempo des weiteren Aufschwungs maßgeblich bestimmen. Die Ergebnisse des WIFO-Investitionstests lassen einen Anstieg erwarten. Das WIFO geht in seiner Prognose davon aus, dass die Ausrüstungsinvestitionen heuer um 4% und im kommenden Jahr um 5½% zunehmen. Wie sich die Ausweitung auf die Jahre 2004 und 2005 verteilt, ist jedoch schwierig zu prognostizieren, weil vor dem voraussichtlichen Auslaufen der Investitionszuwachsprämie Ende 2004 weitere Vorzieheffekte zu erwarten sind (ursprünglich war die Investitionszuwachsprämie mit Ende 2003 befristet). Die zusätzlichen Nettogewinne aus dem Exportgeschäft, der Investitionszuwachsprämie sowie der Körperschaft- und Einkommensteuersenkung sollten jedenfalls die Investitionstätigkeit anregen. Ob auch die Kapazitäten hinreichend ausgelastet sein werden, um die Investitionen zu stimulieren, hängt entscheidend von der Dauer des Exportbooms ab.

Übersicht 5: Entwicklung der Nachfrage

	2002	2003	2004	2005	2002	2003	2004	2005
	Mrd. €				Veränderung gegen das Vorjahr in %			
<i>Real (zu Preisen von 1995)</i>								
Konsumausgaben insgesamt	149,45	151,36	153,38	156,28	+ 0,6	+ 1,3	+ 1,3	+ 1,9
Private Haushalte ¹⁾	112,80	114,29	116,12	119,02	+ 0,8	+ 1,3	+ 1,6	+ 2,5
Staat	36,66	37,07	37,25	37,25	+ 0,1	+ 1,1	+ 0,5	± 0,0
Bruttoinvestitionen	45,46	48,25	48,23	50,41	- 3,3	+ 6,1	- 0,0	+ 4,5
Bruttoanlageinvestitionen	44,80	47,17	48,22	49,90	- 2,8	+ 5,3	+ 2,2	+ 3,5
Ausrüstungen ²⁾	20,23	21,79	22,66	23,91	- 5,2	+ 7,7	+ 4,0	+ 5,5
Bauten	24,57	25,38	25,55	25,99	- 0,7	+ 3,3	+ 0,7	+ 1,7
Vorratsveränderung ³⁾	0,66	1,08	0,01	0,51				
Statistische Differenz	0,03	- 0,31	0,00	0,00				
Inländische Verwendung	194,94	199,30	201,60	206,68	+ 0,0	+ 2,2	+ 1,2	+ 2,5
Exporte	111,19	113,23	120,04	127,50	+ 3,7	+ 1,8	+ 6,0	+ 6,2
Reiseverkehr	10,54	10,63	10,79	11,19	+ 1,9	+ 0,9	+ 1,5	+ 3,7
Minus Importe	104,96	110,01	115,22	122,61	+ 1,2	+ 4,8	+ 4,7	+ 6,4
Reiseverkehr	8,08	8,15	8,18	8,40	- 4,0	+ 0,8	+ 0,4	+ 2,7
Bruttoinlandsprodukt	201,17	202,51	206,43	211,58	+ 1,4	+ 0,7	+ 1,9	+ 2,5
Nominell	218,33	223,96	231,28	241,23	+ 2,7	+ 2,6	+ 3,3	+ 4,3

¹⁾ Einschließlich privater Organisationen ohne Erwerbszweck. – ²⁾ Einschließlich immaterieller Anlagen, sonstiger Ausrüstungen, Nutztiere und Nutzpflanzungen. – ³⁾ Einschließlich Nettozugang an Wertsachen.

Insbesondere die Erhöhung des Haftungsrahmens ermöglichte es, trotz angespannter Lage der öffentlichen Haushalte mehr Bauprojekte durchzuführen. Wegen der forcierten Infrastrukturaufträge und vor dem Auslaufen der vorzeitigen Abschreibung wurden Bauinvestitionen stärker als erwartet in das Jahr 2003 vorgezogen. Im 1. Halbjahr 2004 waren die Bauinvestitionen viel schwächer als angenommen, sie stagnierten in realer Rechnung. Im Wohnbau und im Tiefbau wurde ein leichter realer Zuwachs verzeichnet, der sonstige Hochbau (Bürobau) war jedoch rückläufig. Da Bürokapazitäten teilweise leerstehen, wurde der Neubau gedrosselt.

Im Durchschnitt der Jahre 2003 und 2004 wächst die Bauproduktion um 2% pro Jahr. Im Jahr 2003 trug ihre Expansion wesentlich zur Stabilisierung der Konjunktur bei, heuer bleibt sie hingegen verhalten. Die Bauprognose für 2004 wird deshalb auf +0,7% zurückgenommen. Für das Jahr 2005 wird eine Steigerung um 1,7% erwartet. Der Rückgang der Baubewilligungen für geförderte Wohnungen deutet auf eine

Abschwächung im Wohnbau hin. Andererseits dürfte die günstigere Investitionskonjunktur den Industriebau anregen. Die Auftragslage im Schienen- und Straßenbau ist weiterhin gut, der Rückgang der Baubeschäftigung verlangsamt sich.

Die privaten Haushalte blieben in ihrem Konsumverhalten angesichts stagnierender Realeinkommen und verstärkter privater Altersvorsorge vorsichtig. Im 1. Halbjahr stieg das Einzelhandelsvolumen um nur ½%. Günstiger entwickelten sich die Pkw-Neuzulassungen und die Dienstleistungen. Der private Konsum wird im Jahresdurchschnitt 2004 um 1,6% zunehmen. Die Sparquote sinkt trotz der schwachen Einkommensentwicklung und des "Zwangskonsums" der Energieverteuerung nicht.

Steuersenkung stärkt 2005 den privaten Konsum

Für den Konjunkturverlauf wird im kommenden Jahr wesentlich sein, wieweit die Konsumneigung der privaten Haushalte zunimmt. Die Lohn- und Einkommensteuersenkung wird einen wichtigen Beitrag leisten, die Kaufkraft zu erhöhen.

Übersicht 6: Konsum, Einkommen und Preise

	2000	2001	2002	2003	2004	2005
	Veränderung gegen das Vorjahr in %, real					
Private Konsumausgaben ¹⁾	+ 3,3	+ 1,4	+ 0,8	+ 1,3	+ 1,6	+ 2,5
Dauerhafte Konsumgüter	+ 3,9	+ 1,8	+ 3,6	+ 0,8	+ 3,5	+ 5,5
Nichtdauerhafte Konsumgüter und Dienstleistungen	+ 3,2	+ 1,3	+ 0,4	+ 1,4	+ 1,3	+ 2,0
Verfügbares Einkommen der privaten Haushalte	+ 3,3	+ 0,4	+ 1,8	+ 1,4	+ 1,5	+ 2,9
	In % des verfügbaren Einkommens					
Sparquote der privaten Haushalte ²⁾	8,4	7,5	8,2	8,4	8,4	8,9
	Veränderung gegen das Vorjahr in %					
Direktkredite an inländische Nichtbanken (Jahresendstände)	+ 6,7	+ 3,5	+ 1,2	+ 1,6	+ 4,6	+ 5,4
	In %					
Inflationsrate						
National	2,3	2,7	1,8	1,3	2,1	2,0
Harmonisiert	2,0	2,3	1,7	1,3	2,1	1,9
Kerninflation ³⁾	0,9	2,3	2,0	1,3	1,7	1,6

¹⁾ Private Haushalte einschließlich privater Organisationen ohne Erwerbszweck. – ²⁾ Einschließlich Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche. – ³⁾ Ohne Energie und unverarbeitete Nahrungsmittel (Fleisch, Fisch, Obst, Gemüse).

2005 lassen die Lohn- und Einkommensteuersenkung sowie die erwartete Beschäftigungssteigerung die verfügbaren Nettoeinkommen der privaten Haushalte kräftig steigen: Die Pro-Kopf-Einkommen je Arbeitnehmer dürften netto real um 2% wachsen, die Beschäftigung um fast 1%. Der private Konsum dürfte um 2½% ausgeweitet werden. Im Jahr einer Steuerreform erhöht sich die Sparquote gewöhnlich, weil die zusätzlichen Nettoeinkommen zum Teil erst mit Verzögerung ausgegeben werden. Die Nachfrage nach dauerhaften Konsumgütern wird 2005 beträchtlich gesteigert werden; allerdings wird der überwiegende Teil dieses zusätzlichen Konsums importiert.

Die Preisentwicklung steht im Zeichen der Rohölverteuerung – der Rohölpreis erreicht immer neue Höchstwerte. Der Anstieg ist jedoch viel weniger rasant als zur Zeit der Erdölpreisschocks. Damals verdreifachten sich die Erdölpreise, heuer sind sie um rund ein Drittel höher als vor einem Jahr.

Der Preis der Rohölsorte Brent überstieg in den letzten Wochen die 45-\$-Marke. Benzin und Dieseltreibstoff waren im August um 15% teurer als ein Jahr zuvor. Die Inflationsrate erreichte 2,4%, davon gingen 0,5 Prozentpunkte auf die Energieverteuerung zurück. Die Rohölverteuerung hat allerdings noch nicht voll auf die Verbraucherpreise durchgeschlagen, Preiserhöhungen für Gas und Strom sowie für Industrieprodukte mit hohem Energieeinsatz stehen noch aus. Zugleich mit der Rohölverteuerung zogen auch die Notierungen anderer Roh- und Halbwaren (z. B. Stahl) mit der weltweiten Konjunkturbelebung kräftig an. Der Großhandelspreisindex, der auch diese Produkte enthält, lag im August um 6,3% über dem Vorjahresniveau.

Rohölverteuerung heizt Inflation an

Die Inflationsrate hat sich auf der Verbraucherebene seit Jahresbeginn mehr als verdoppelt: von 1,1% im Jänner auf 2,4% im August; deutlich billiger wurden nur Computer und Digitalkameras. Die Prognose der Inflationsrate für 2004 wird vor diesem Hintergrund von 1,9% auf 2,1% angehoben. 2005 ist mit keiner spürbaren Verringerung der Teuerungsrate zu rechnen, weil sich die Effekte der Rohölpreisteigerung mit Verzögerung im Verbraucherpreisindex niederschlagen werden (der direkte Beitrag der Erdölpreise zur Inflation fällt jedoch weitgehend weg).

Übersicht 7: Löhne, Wettbewerbsfähigkeit

	2000	2001	2002	2003	2004	2005
	Veränderung gegen das Vorjahr in %					
Bruttoverdienste pro Kopf ¹⁾	+ 2,5	+ 1,4	+ 2,2	+ 2,3	+ 2,4	+ 2,8
Vollzeitäquivalent	+ 2,6	+ 1,4	+ 2,1	+ 2,5	+ 2,9	+ 3,2
Realeinkommen pro Kopf ¹⁾						
Brutto	+ 1,0	- 0,8	+ 1,0	+ 0,5	+ 0,3	+ 0,8
Netto	+ 1,6	- 1,1	+ 0,8	+ 0,2	+ 0,6	+ 2,0
Nettomasseneinkommen, nominell	+ 4,5	+ 2,1	+ 2,5	+ 2,7	+ 2,6	+ 4,2
Gesamtwirtschaft						
Lohnstückkosten	- 0,5	+ 1,3	+ 0,7	+ 1,5	+ 0,9	+ 1,2
Sachgütererzeugung						
Lohnstückkosten	- 5,0	+ 1,6	- 0,7	+ 0,3	- 2,5	- 1,3
Relative Lohnstückkosten ²⁾						
Gegenüber dem Durchschnitt der Handelspartner	- 6,0	- 0,4	- 0,7	+ 2,0	- 2,4	- 2,0
Gegenüber Deutschland	- 2,3	- 0,1	- 0,5	+ 0,2	- 2,9	- 1,8
Effektiver Wechselkursindex Industriewaren						
Nominell	- 2,7	+ 0,9	+ 1,3	+ 3,7	+ 0,8	+ 0,2
Real	- 3,3	+ 0,5	+ 0,8	+ 2,9	+ 1,0	+ 0,7

¹⁾ Je Beschäftigungsverhältnis (laut VGR). - ²⁾ In der Sachgütererzeugung, in einheitlicher Währung; Minus bedeutet Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit.

Die Tariflöhne liegen 2004 um 2% über dem Niveau des Vorjahres; die Zunahme der Effektivverdienste pro Kopf ist höher, weil die durchschnittliche Arbeitszeit im Gefolge des Konjunkturaufschwungs ausgeweitet wird. Der Anstieg der Inflation bedeutet, dass die Bruttorealeinkommen heuer nahezu stagnieren. 2005 werden die Nettorealeinkommen je Arbeitnehmer dank der Steuerreform um 2% zunehmen und damit zusätzliche Kaufkraft für eine Konsumausweitung liefern.

Steigende Beschäftigung

Die Verbesserung der Wirtschaftslage bewirkt einen Anstieg der Beschäftigung, der sich nicht nur auf Teilzeitsstellen beschränkt. Die Zahl der Arbeitslosen dürfte sich jedoch wenig verändern, weil auch das Angebot an Arbeitskräften ausgeweitet wird. Vom Konjunkturaufschwung wird der Arbeitsmarkt erst dann voll erfasst werden, wenn auch der private Konsum anzieht und die Beschäftigung im Dienstleistungssektor stärker expandiert.

Die Nachfrage nach Arbeitskräften reagierte auf die Wachstumsbeschleunigung relativ rasch. Heuer nimmt die Zahl der unselbständig aktiv Beschäftigten um 17.500 zu (+0,6%). Der Anstieg der Beschäftigung konzentriert sich zwar auf typische Teilzeitanforderungen (Handel, Tourismus, Gesundheitswesen, Wirtschaftsdienste), aber auch in der Sachgütererzeugung und der Bauwirtschaft werden die Rückgänge kleiner. Überdies wird nicht nur die Beschäftigung von Frauen ausgeweitet, sondern auch die der Männer. Allerdings sind die Beschäftigungszahlen durch die Einbeziehung der Arbeitskräfte in Altersteilzeit überhöht: Im zweiten Teil der geblockten Altersteilzeit stehen die Betroffenen nicht mehr im aktiven Erwerbsleben.

Die Arbeitslosigkeit scheint im Sommer ihren konjunkturellen Höhepunkt erreicht zu haben, sie überstieg das Vorjahresniveau nur noch geringfügig. Im Jahresdurchschnitt wird die Arbeitslosenquote (laut Eurostat) bei 4,2% liegen (nach 4,1% 2003¹⁾).

Für das Jahr 2005 wird infolge der Wachstumsbeschleunigung mit einem Beschäftigungszuwachs um 28.000 (+0,9%) gerechnet. Der überwiegende Teil davon entfällt auf ausländische Arbeitskräfte. Die Zahl der Arbeitslosen laut AMS-Definition dürfte um 4.000 auf 240.000 zurückgehen, die Arbeitslosenquote würde damit unter die 7%-Marke sinken. Die Zahl der vorgemerkten Arbeitslosen lässt sich jedoch schwer prognostizieren, weil sie durch arbeitsmarktpolitische Maßnahmen (Schulungen, Bezug

¹⁾ Eurostat hat die Arbeitslosenquote der letzten drei Jahre um etwa 0,3 Prozentpunkte nach unten revidiert. Die bevorstehende Datenrevision im Rahmen der EU-Arbeitskräfteerhebung wird die Arbeitslosenquote anheben und die Beschäftigungsquote senken.

von Pensionsvorschuss und Übergangsgeld für ältere Arbeitslose usw.) stark beeinflusst werden kann.

Übersicht 8: Arbeitsmarkt

	2000	2001	2002	2003	2004	2005
	Veränderung gegen das Vorjahr in 1.000					
Nachfrage nach Arbeitskräften						
Aktiv Erwerbstätige ¹⁾	+ 30,1	+ 13,9	- 11,6	+ 8,5	+ 20,7	+ 31,5
Unselbständig aktiv Beschäftigte ¹⁾²⁾	+ 28,2	+ 12,4	- 15,0	+ 5,5	+ 17,5	+ 28,1
Veränderung gegen das Vorjahr	in % + 0,9	+ 0,4	- 0,5	+ 0,2	+ 0,6	+ 0,9
Inländer	+ 14,8	+ 3,0	- 20,1	- 10,4	+ 4,5	+ 7,0
Ausländische Arbeitskräfte	+ 13,4	+ 9,5	+ 5,1	+ 15,9	+ 13,0	+ 21,1
Selbständige ³⁾	+ 1,9	+ 1,5	+ 3,4	+ 3,0	+ 3,2	+ 3,4
Angebot an Arbeitskräften						
Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter						
15- bis 64-Jährige	+ 27,0	+ 27,5	+ 27,0	+ 29,1	+ 11,7	- 4,0
15- bis 59-Jährige	- 16,5	- 13,8	- 1,2	+ 12,3	+ 14,3	+ 26,3
Erwerbspersonen ⁴⁾	+ 2,7	+ 23,5	+ 17,0	+ 16,1	+ 24,6	+ 27,5
Überschuss an Arbeitskräften						
Vorgemerkte Arbeitslose ⁵⁾	- 27,4	+ 9,6	+ 28,5	+ 7,7	+ 3,9	- 4,0
Stand	in 1.000 194,3	203,9	232,4	240,1	244,0	240,0
Arbeitslosenquote						
In % der Erwerbspersonen ⁶⁾	3,7	3,6	4,2	4,1	4,2	4,1
In % der Erwerbspersonen ⁵⁾	5,3	5,5	6,2	6,3	6,4	6,2
In % der unselbständigen Erwerbspersonen ⁵⁾	5,8	6,1	6,9	7,0	7,1	6,9
Beschäftigungsquote						
Aktiv Erwerbstätige ¹⁾⁷⁾	63,3	63,3	62,8	62,6	62,8	63,4
Erwerbstätige ⁶⁾⁷⁾	68,5	68,5	69,2	69,2	69,4	69,6

1) Ohne Bezug von Karenz- bzw. Kinderbetreuungsgeld, ohne Präsenzdienst, ohne in der Beschäftigungsstatistik erfasste arbeitslose Schulungsteilnehmer. – 2) Laut Hauptverband der österreichischen Sozialversicherungsträger. – 3) Laut WIFO. – 4) Aktiv Erwerbstätige plus Arbeitslose. – 5) Laut Arbeitsmarktservice. – 6) Laut Eurostat (Labour Force Survey). – 7) In % der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter (15- bis 64-Jährige).

Der Saldo des Gesamtstaates wird heuer laut Maastricht-Definition -1,3% des BIP betragen; angestrebt wurde ein Defizit von 0,7% des BIP. Dies geht insbesondere auf geringere Steuereinnahmen zurück. Entscheidend sind die Ausfälle an Einkommen- und Körperschaftsteuer durch die Investitionszuwachsprämie: Sie werden rund 700 Mio. € erreichen (Voranschlag 150 Mio. €). Zum Teil zogen die Unternehmen Fahrzeuginvestitionen vor, wie die hohe Zahl der Lkw-Neuzulassungen zeigt. Dies lag in der Absicht der antizyklischen Maßnahme. Allerdings wurden die Fahrzeuge und Maschinen größtenteils importiert, der Einfluss auf das BIP war begrenzt. Neugegründete Unternehmen können 10% der gesamten Investitionen in Maschinen und Fahrzeuge als Zuwachsprämie lukrieren.

Im 1. Halbjahr 2004 blieben auch die Mehrwertsteuereinnahmen unter den Erwartungen; die Ausfälle werden auf 600 Mio. € geschätzt. Laut WIFO-Prognose könnten diese Mindereinnahmen jedoch über das gesamte Jahr 2004 geringer ausfallen, weil der private Konsum nach der geringen Steigerung im 1. Halbjahr im 2. Halbjahr kräftig anziehen dürfte. Das resultiert allein daraus, dass der Konsum im 1. Halbjahr 2003 ungewöhnlich hoch, im 2. Halbjahr sehr niedrig war.

Größer als erwartet sind die Einnahmen aus der Mineralölsteuer. Dies geht nicht auf die Treibstoffverteuerung zurück, da die Mineralölsteuer eine Mengensteuer ist. Der Hauptgrund dürfte im Tanktourismus liegen: Wenn Benzin und Dieseltreibstoff besonders teuer sind, werden die Preisunterschiede zwischen den Ländern stärker genutzt. In Österreich sind Treibstoffe wegen geringerer Steuerbelastung deutlich billiger als in Deutschland und Italien.

Die günstigere Konjunkturlage entlastet den Staatshaushalt heuer kaum, weil sie in erster Linie auf einer Ausweitung der Exporte beruht, die nicht der Mehrwertsteuer unterliegen und relativ geringe direkte Beschäftigungseffekte haben. Die Anhebung der Konjunkturprognose schlägt sich also auf der Einnahmenseite des Staates kaum nieder, auch die Zahlungen an Arbeitslose bleiben unverändert.

Hohe Steuerausfälle

2004 ergeben sich gegenüber dem Voranschlag erhebliche Steuerausfälle, die den Maastricht-Saldo auf -1,3% des BIP steigen lassen. Im Jahr 2005 wird das Defizit des Staates infolge der Steuerreform der 2%-Marke nahe kommen.

Übersicht 9: Wirtschaftspolitische Bestimmungsfaktoren

	2000	2001	2002	2003	2004	2005
	In % des BIP					
<i>Budgetpolitik</i>						
Finanzierungssaldo des Staates						
Laut Maastricht-Definition ¹⁾	- 1,5	+ 0,3	- 0,2	- 1,1	- 1,3	- 1,9
Laut VGR	- 1,7	+ 0,1	- 0,4	- 1,3	- 1,4	- 2,0
Primärsaldo des Staates laut VGR	+ 2,2	+ 3,8	+ 3,1	+ 1,9	+ 1,8	+ 1,2
	In %					
<i>Geldpolitik</i>						
Dreimonatszinssatz	4,4	4,3	3,3	2,3	2,1	2,1
Sekundärmarktrendite ²⁾	5,6	5,1	5,0	4,2	4,2	4,3
	Veränderung gegen das Vorjahr in %					
<i>Effektiver Wechselkursindex</i>						
Nominell	- 2,5	+ 1,0	+ 1,4	+ 3,8	+ 0,9	+ 0,3
Real	- 3,4	+ 0,3	+ 0,6	+ 2,8	+ 0,9	+ 0,7

¹⁾ Einschließlich Zinsströme aus Swap-Vereinbarungen, die der Staat abschließt. – ²⁾ Bundesanleihen mit einer Laufzeit von zehn Jahren (Benchmark).

Im Jahr 2005 tritt der Hauptteil der Steuerreform in Kraft. Sie bringt Steuersenkungen im Ausmaß von 1,5 Mrd. €, die den Finanzierungssaldo des Staates um etwa ¾% des BIP verschlechtern. Das Defizit der öffentlichen Haushalte wird 2005 nur dann unter der 2%-Marke bleiben, wenn die Steuersenkungen teilweise durch Einmalmaßnahmen (z. B. Sonderdividenden) aufgefangen werden. Die positiven Wirkungen der Steuerreform schlagen sich im Wirtschaftswachstum nieder, es wird in Österreich 2005 mit 2½% höher ausfallen als im gesamten Euro-Raum (+2,3%).

Ewald Walterskirchen

Exports Driving Activity

Economic Outlook for 2004 and 2005

The strengthening of global economic activity has initiated a recovery in Europe this year. Lively exports have led to a marked increase in manufacturing output. In Austria, as in the euro area as a whole, GDP is set to rise by 1.9 percent in volume in 2004. While world trade may lose momentum next year, growth in Europe should receive stronger support from domestic demand. However, the recent jump in oil prices constitutes a risk for the short-term outlook.

All staff members of the Austrian Institute of Economic Research contribute to the Economic Outlook. Cut-off date: 29 September 2004. • E-Mail Address: Ewald.Walterskirchen@wifo.ac.at

The cyclical recovery has gained pace in the first half of 2004. On the back of a revival in global economic activity and with the rise in the euro exchange rate leveling off, exports increased markedly. On annual average, GDP in Austria, as well as in the euro area, is expected to gain 1.9 percent. In 2005, due to the effects of the tax reform, growth may accelerate to 2.5 percent, outpacing that for the euro area. Demand forces are expected to shift gradually from exports towards investment and consumption. The stimulus from activity abroad, notably from the USA, is set to slacken next year. The major cyclical risks derive from a possible further rise in oil prices and from leakages in the transmission of the export boom to investment and consumer demand.

Exports are the only support to the recovery, growing by 8¼ percent in volume this year. Austrian companies are largely benefiting from being major suppliers of German manufacturers, and their price competitiveness has increased significantly over the medium term, enabling them to seize new opportunities on world markets. Value added of the manufacturing sector is projected to gain 4½ percent in volume in 2004, more than twice the rate for the whole economy. Next year, export growth is expected to decelerate in line with the profile of world trade, a further cyclical recovery thus relying more on domestic demand.

Higher exports and rising capacity utilisation, together with improved corporate earnings, should set in motion an upswing in investment. While the latest WIFO investment survey points into that direction, such evidence is not yet confirmed by the official statistics for the first semester (abstracting from purchases of motor vehicles carried forward for tax reasons). Construction investment had provided major cyclical support in 2003, on account of public spending on civil engineering projects as well as pre-emptive implementation of projects in view of the abolition of the accelerated depreciation rule at the end of 2003. As a consequence, construction investment in 2004 is rising only slightly and less than anticipated.

Private consumption is growing by 1½ percent in 2004, considerably below its longer-term average. Real income gains are being squeezed by higher energy prices; yet, the private household saving ratio is not declining, despite the "forced consumption" induced by the high energy costs. The sustained increase in crude oil prices requires an upward correction of the inflation forecast: the rise in consumer prices will attain 2.1 percent in 2004 and edge down only slightly next year. The increase in energy prices is adding 0.3 percentage point to the inflation rate this year. While real earnings per employee are barely rising in 2004, the cuts in direct taxes in 2005 will boost

real net incomes substantially. In addition, the expected marked increase in employment will raise disposable income. Private consumption growth should thus accelerate to 2.5 percent in 2005, thereby converging closely towards its medium-term trend.

Employment has started reacting to the recovery of business activity. The number of economically active employees is projected to go up by 17,500 in 2004 and 28,000 in 2005. Increasingly, also new full-time jobs are being created. The number of people unemployed will edge up by a further 4,000 (to a total of 244,000) in 2004 and should fall by the same amount in 2005. Labour supply will continue to expand strongly in 2005, the inflow of foreign workers to the labour market staying lively.

<i>Main results</i>		2000	2001	2002	2003	2004	2005
		Percentage changes from previous year					
GDP							
Volume		+ 3.4	+ 0.8	+ 1.4	+ 0.7	+ 1.9	+ 2.5
Value		+ 4.9	+ 2.8	+ 2.7	+ 2.6	+ 3.3	+ 4.3
Manufacturing ¹ , volume		+ 6.4	+ 1.5	+ 0.5	- 0.2	+ 4.5	+ 4.0
Whole sale and retail trade, volume		+ 3.7	- 0.0	+ 1.2	+ 1.3	+ 1.3	+ 2.5
Private consumption expenditure, volume		+ 3.3	+ 1.4	+ 0.8	+ 1.3	+ 1.6	+ 2.5
Gross fixed investment, volume		+ 6.2	- 2.3	- 2.8	+ 5.3	+ 2.2	+ 3.5
Machinery and equipment ²		+ 11.8	- 2.1	- 5.2	+ 7.7	+ 4.0	+ 5.5
Construction		+ 1.9	- 2.5	- 0.7	+ 3.3	+ 0.7	+ 1.7
Exports of goods³							
Volume		+ 13.1	+ 7.5	+ 5.2	+ 2.7	+ 8.3	+ 6.8
Value		+ 15.6	+ 6.5	+ 4.2	+ 1.9	+ 9.5	+ 7.5
Imports of goods³							
Volume		+ 10.9	+ 5.7	+ 0.8	+ 6.3	+ 5.3	+ 7.1
Value		+ 14.7	+ 5.0	- 2.0	+ 5.0	+ 7.5	+ 7.8
Current balance	billion €	- 5.36	- 4.13	+ 0.36	- 2.04	- 1.62	- 1.92
As a percentage of GDP	%	- 2.6	- 1.9	+ 0.2	- 0.9	- 0.7	- 0.8
Long-term interest rate ⁴	%	5.6	5.1	5.0	4.2	4.2	4.3
Consumer prices		+ 2.3	+ 2.7	+ 1.8	+ 1.3	+ 2.1	+ 2.0
Unemployment rate							
Percent of total labour force ⁵	%	3.7	3.6	4.2	4.1	4.2	4.1
Percent of dependent labour force ⁶	%	5.8	6.1	6.9	7.0	7.1	6.9
Dependent employment ⁷		+ 0.9	+ 0.4	- 0.5	+ 0.2	+ 0.6	+ 0.9
General government financial balance according to Maastricht definition							
As a percentage of GDP	%	- 1.5	+ 0.3	- 0.2	- 1.1	- 1.3	- 1.9

¹ Value added, including mining and quarrying. – ² Including other products. – ³ According to Statistics Austria. – ⁴ 10-year central government bonds (benchmark). – ⁵ According to Eurostat Labour Force Survey. – ⁶ According to Labour Market Service, percent of total labour force excluding self employed. – ⁷ Excluding parental leave, military service, and unemployed persons in training.

The general government deficit in the Maastricht definition, projected at 1.3 percent of GDP for the current year, will turn out significantly higher than anticipated. The investment accrual tax premium ("Investitionszuwachsprämie") will lead to massive shortfalls in income and corporate tax revenues. Losses of receipts from VAT are likely to diminish in the second half of this year, given the likely solid increase in consumption. The upward correction of projected GDP growth, being confined to the export component, is hardly affecting expected government revenues. In 2005, the general government deficit will be slightly below 2 percent of GDP, if the sizeable cut in income and corporate taxes can be partly offset by revenue-raising one-off measures.

Angelina Keil

Wirtschaftschronik

III. Quartal 2004

Abgeschlossen am 7. Oktober 2004. • E-Mail Adresse: Angelina.Keil@wifo.ac.at

Die Mitgliedstaaten der WTO einigen sich, die "Doha-Runde" bis 2006 abzuschließen. – Hohe Haushaltsdefizite einiger EU-Länder schaffen nicht nur wirtschaftliche, sondern auch institutionelle Probleme. Nach einem Urteil des EuGH wird die Aussetzung des Verfahrens wegen übermäßigen Defizits gegen Deutschland und Frankreich für nichtig erklärt. Die Europäische Kommission veröffentlicht einen Diskussionsvorschlag für die künftige Auslegung des Stabilitäts- und Wachstumspaktes bei Überschreitung der Defizitgrenzen nach dem Maastricht-Vertrag. Die revidierten Daten laut Eurostat weisen für Griechenland 2003 ein Defizit von 4,6% des BIP aus.

1. Juli: Die Niederlande übernehmen den Vorsitz des Europäischen Rates.

9. Juli: Der deutsche Bundesrat beschließt die Zusammenlegung von Arbeitslosenhilfe und Sozialhilfe für Erwerbsfähige. Am 1. Jänner 2005 tritt an die Stelle der Arbeitslosenhilfe das "Arbeitslosengeld II". Die "Hartz-IV-Gesetze" bringen eine Kürzung der Unterstützung für Langzeitarbeitslose – auch durch die Einbeziehung der persönlichen Vermögenslage – und erhöhen den Druck zur Annahme von Arbeit durch die Verschärfung der Zumutbarkeitsbedingungen. Damit tritt an die Stelle eines Versicherungsanspruchs eine Leistung bei Bedürftigkeit zur Deckung des Lebensunterhaltes.

13. Juli: Der EuGH erklärt die Schlussfolgerungen des Ecofin-Rates vom 25. November 2003 für nichtig. Der Rat hatte gegen die Vorgaben der Kommission die Aussetzung des Verfahrens wegen übermäßigen Haushaltsdefizits gegen Deutschland und Frankreich beschlossen¹⁾.

23. Juli: Die Konzernleitung von DaimlerChrysler vereinbart mit dem Betriebsrat eine Senkung der Arbeitskosten um rund 500 Mio. € pro Jahr zur Standortsicherung in Deutschland. Im Gegenzug wird eine Beschäftigungssicherung für über 6.000 Arbeitsplätze bis zum Jahr 2012 an den deutschen Standorten festgelegt. Im Vorjahr betrug der Konzerngewinn 5,7 Mrd. €.

1. August: 147 Mitgliedstaaten der WTO einigen sich auf ein "Work Programme" zum Abschluss der laufenden "Doha-Runde". Die Welthandelsrunde, die bis 2006 (ursprünglich bis 2005) abgeschlossen werden soll, umfasst folgende Verhandlungspunkte:

- Landwirtschaft: Die Exportsubventionen der "reichen" Länder sollen abgeschafft werden, um den Produkten aus Entwicklungsländern den Zugang zum Weltmarkt zu erleichtern. Die EU fordert die USA auf, ihre Exportkredite einzuschränken.
- Marktzugang: Eine Zollsenkung, welche die höchsten Zölle am stärksten verringert, soll den Marktzugang für alle Agrarexporteure verbessern. Die Industrieländer wollen weiterhin den Handel mit "sensiblen Produkten" davon ausnehmen. Die Festlegung dieser Produkte wird Inhalt der kommenden Verhandlungen sein.

¹⁾ Siehe dazu Keil, A., "Wirtschaftschronik. I. Quartal 2004", WIFO-Monatsberichte, 2004, 77(4), S. 273-275, http://publikationen.wifo.ac.at/pls/wifosite/wifosite.wifo_search.get_abstract_type?p_language=1&pubid=24985.

Ausland

Vorsitz des
Europäischen Rates

Deutschland:
Hartz-IV-Gesetze

EU: Defizitverfahren

DaimlerChrysler:
Arbeitskostensenkung

WTO: Doha-Runde

- **Direkthilfen:** Die Zuwendungen an Bauern (bisher höchstens 5% der Gesamtproduktion) sollen weiter gesenkt werden. Auch die Ausgleichszahlungen zur Verringerung der Produktion sollen gekürzt werden. Die mit fast 4 Mrd. \$ subventionierte Baumwollgewinnung in den USA soll zügig reduziert werden, um die Wettbewerbsfähigkeit der westafrikanischen Länder zu steigern.

Die Industriestaaten fordern im Gegenzug eine stärkere Öffnung der Märkte für Industriegüter und Dienstleistungen in den Entwicklungs- und Schwellenländern.

Von den ursprünglichen "Singapore Issues" ("Handel und Investitionen", "Handel und Wettbewerb", "Öffentliches Beschaffungswesen", "Handelserleichterungen") wird nur der letzte Punkt übernommen. Eine Reform des Streitschlichtungsverfahrens wird beschlossen.

USA: Leitzinsen

10. August: Die Notenbank der USA erhöht die Leitzinsen um 25 Basispunkte. Die Federal Funds Rate beträgt 1,5%, die Discount Rate 2,5%.

EU: Kommissionsmitglieder

12. August: Der designierte Präsident der Europäischen Kommission, José Manuel Barroso, stellt die 24 nominierten Kommissionsmitglieder vor (http://www.euro-pa.eu.int/comm/commissioners/newcomm_en.htm). Sie werden ihr Amt am 1. November antreten.

EU: Stabilitäts- und Wachstumspakt

3. September: Als Grundlage für die weitere Debatte über die künftige Auslegung bei Überschreitung der Defizitgrenzen durch Länder der Währungsunion verabschiedet die Europäische Kommission eine Mitteilung an den Rat und das Europäische Parlament zur "Stärkung der Economic Governance und Klärung der Umsetzung des Stabilitäts- und Wachstumspakts" ([KOM\(2004\) 581 endgültig](#)). So soll in der Beurteilung der Länder künftig mehr Gewicht auf die Konjunkturentwicklung und die Erhaltung der langfristigen Tragfähigkeit gelegt werden.

Die Neufokussierung des Stabilitäts- und Wachstumspakts umfasst 4 Komponenten:

- Schuldenstand und langfristige Tragfähigkeit sollen bei der Überwachung der Haushaltspositionen stärker beachtet werden.
- Länderspezifische Gegebenheiten sollen bei der Definition des mittelfristigen Ziels eines "nahezu ausgeglichenen Haushalts oder eines Haushaltsüberschusses" mit berücksichtigt werden.
- Auch bei der Anwendung des Verfahrens bei übermäßigem Defizit sollen länderspezifische Gegebenheiten und Entwicklungen stärker zum Tragen kommen:
 - Die Klausel über "besondere Umstände" im Zusammenhang mit hartnäckigen Wachstumsschwächen wird ausgeweitet.
 - Für die Korrektur übermäßiger Defizite soll den Ländern mehr Spielraum eingeräumt werden (Anpassungspfad).
- Auf eine unangemessene Entwicklung des Staatshaushalts soll frühzeitig mit entsprechenden Maßnahmen reagiert werden (symmetrische Politik, Überschüsse in der Hochkonjunktur).

Weltenergierat

5.-9. September: Der 19. Kongress des Weltenergierates (<http://www.worldenergy.org/wec-geis/>) tagt in Sydney. In den nächsten 30 Jahren wird eine Steigerung der Energienachfrage um 55% erwartet. Unsicher ist die Versorgung mit Erdöl, deshalb ist mit stärkeren Preisschwankungen zu rechnen. Der einfach zu fördernde und regional verteilte Energieträger Kohle stellt die Gesellschaft vor das Problem der Emission von Treibhausgasen. Erdgas wird an Bedeutung gewinnen. Erneuerbare Energien haben nur eine ergänzende Bedeutung im Energie-Mix. Eine Stärkung des Gewichts von Kernenergie sei zu erwägen.

Frankreich: Plan für den sozialen Zusammenhalt

15. September: Dem französischen Ministerrat wird ein "Plan für den sozialen Zusammenhalt" vorgelegt. Darin fordert Beschäftigungsminister Jean-Louis Borloo 13 Mrd. € bis 2007 zur Verbesserung der Beschäftigung, der Wohnverhältnisse und der Chancengleichheit. Zur Beschäftigung und Ausbildung von Langzeitarbeitslosen sollen 1 Mio. Beschäftigungsverhältnisse neuer Form entstehen. Die Zunahme der Lehrlingsverträge würde durch finanzielle Anreize auf 500.000 pro Jahr verdoppelt. Der Bau von 500.000 Sozialwohnungen und das Einbeziehen von 100.000 leerstehen-

den Wohnungen in den Mietmarkt sollen der akuten Wohnungsnot entgegenwirken. Zusätzliche Schulen und Erziehungseinrichtungen könnten in benachteiligten Stadtvierteln die Bekämpfung von Rassismus und die Verbesserung der Chancengleichheit unterstützen.

21. September: Zum dritten Mal seit Jahresbeginn erhöht die Notenbank der USA die Leitzinsen um 25 Basispunkte. Die Federal Funds Rate beträgt 1,75%, die Discount Rate 2,75%.

23. September: Eurostat korrigiert die Daten zu Verschuldung und Defizit der EU-Länder. Demnach weist Griechenland 2003 ein Defizit von 4,6% des BIP auf (ursprünglich wurde ein Defizit von 1,7% gemeldet), die Verschuldung beträgt 109,9% (ursprünglich 102,4%). Die für die Vorjahre angegebenen Defizitzahlen erhöhten sich jeweils um 2 Prozentpunkte.

Der Gesetzesentwurf zur Pensionsharmonisierung liegt dem Parlament zur Begutachtung vor. Trotz vieler offener Punkte soll das Gesetz mit Jahresbeginn 2005 in Kraft treten. Ein Reformkonzept über das Gesundheitssystem wird der Öffentlichkeit vorgestellt. Privatisierungsversuche von Telekom Austria und VA TECH scheitern.

1. Juli: Das Familienpaket tritt in Kraft²⁾. Es sieht eine Steuerentlastung für Familien durch Kinderzuschläge zum Alleinverdiener- und Alleinerzieherabsetzbetrag sowie eine Anhebung der Zuverdienstgrenzen für den Alleinverdienerabsetzbetrag vor.

12. Juli: Die Bundesregierung stellt das Konzept zur Pensionsharmonisierung vor. Nach 45 Pensionsversicherungsjahren sollen demnach alle Versicherten im Alter von 65 Jahren eine Pension von 80% des jährlichen Lebensdurchschnittseinkommens erhalten. Für jeden Versicherten wird ein Pensionskonto eingerichtet, das die Versicherungszeiten und Beitragsgrundlagen ausweist.

23. Juli: Die OMV erwirbt 51% der Anteile an der rumänischen Mineralöl- und Gasgesellschaft SNP Petrom. Mit 600 Tankstellen, 2 Raffinerien und 59.000 Beschäftigten ist SNP Petrom der größte Energieproduzent und -verteiler in Rumänien.

4. August: Gesundheitsministerin Rauch-Kallat stellt das Reformkonzept für das österreichische Gesundheitssystem, den "Österreichischen Strukturplan Gesundheit" (ÖSG), vor. Gesundheitsagenturen auf Länderebene sollen die Koordination von Bund, Ländern und Sozialversicherung steuern. Eine Bundesgesundheitsagentur soll dazu verbindliche Leitlinien und Planungsgrundsätze festlegen.

1. September: Das Bundesgesetz zur Errichtung der Österreichischen Forschungsförderungsgesellschaft mit beschränkter Haftung (Österreichische Forschungsförderungsgesellschaft mbH-Errichtungsgesetz – FFG-G, BGBl. I Nr. 73/2004) tritt in Kraft. BIT (Büro für Internationale Forschungs- und Technologiekooperation), ASA (Austrian Space Agency), FFF (Forschungsförderungsfonds der gewerblichen Wirtschaft) und TIG (Technologie Impulse Gesellschaft) werden in der Österreichischen Forschungsförderungsgesellschaft zusammengeführt.

7. September: Das Gesetz zur Pensionsharmonisierung wird dem Parlament zur Begutachtung vorgelegt. Die Begutachtungsfrist endet mit 8. Oktober, das Gesetz soll am 1. Jänner 2005 in Kraft treten.

17. September: Die ÖIAG wird ermächtigt, im Sinne der Wahrung der Einheit des Unternehmens sowie zur Schaffung österreichischer Kernaktionärsstrukturen an der geplanten Kapitalerhöhung der VA TECH teilzunehmen; dies ermöglicht der VA TECH eine Kapitalerhöhung um 150 Mio. €. Gleichzeitig wird die ÖIAG am Privatisierungskurs der Bundesregierung für die VA TECH festgehalten. Vorausgegangen waren Übernahmestrebungen der Siemens AG. Ein Aktientausch von 25% der Telekom Austria Aktien gegen 11% der Swisscom Aktien war Mitte August gescheitert.

USA: Leitzinsen

EU: Verschuldung
Griechenland

Österreich

Familienpaket

Pensionsharmonisierung

OMV

Gesundheitsreform

Forschungsförderung

Pensionsharmonisierung

ÖIAG-Privatisierung

²⁾ Siehe dazu Keil, A., "Wirtschaftschronik. I. Quartal 2004", WIFO-Monatsberichte, 2004, 77(4), S. 273-275, http://publikationen.wifo.ac.at/pls/wifosite/wifosite.wifo_search.get_abstract.type?p_language=1&pubid=24985.

Kennzahlen zur Wirtschaftslage

Der Tabellensatz "Kennzahlen zur Wirtschaftslage" bietet monatlich einen Überblick über die wichtigsten Indikatoren zur Entwicklung der österreichischen und internationalen Wirtschaft. Die Daten werden unmittelbar vor Redaktionsschluss aus der Volkswirtschaftlichen Datenbank des WIFO abgefragt. Täglich aktuelle Informationen enthalten die "WIFO-Wirtschaftsdaten" auf der WIFO-Website (<http://www.wifo.ac.at/cqi-bin/tabellen/tabhome.cqi>).

Konjunkturindikatoren für das Ausland

- Übersicht 1: Standardisierte Arbeitslosenquote
- Übersicht 2: Verbraucherpreise
- Übersicht 3: Saisonbereinigte Konjunkturindikatoren für die EU
- Übersicht 4: Dreimonatszinssatz
- Übersicht 5: Sekundärmarktrendite

Wechselkurse

- Übersicht 6: Referenzkurse der wichtigsten Währungen zum Euro

Weltmarkt-Rohstoffpreise

- Übersicht 7: HWWA-Index

Kennzahlen für Österreich

Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung laut ESVG 1995

- Übersicht 8: Bruttowertschöpfung und Verwendung des Bruttoinlandsproduktes
- Übersicht 9: Einkommen und Produktivität

Zahlungsbilanz

- Übersicht 10: Cash-Prinzip
- Übersicht 11: Accrual-Prinzip

Tourismus

- Übersicht 12: Übernachtungen
- Übersicht 13: Zahlungsströme im internationalen Tourismus
- Übersicht 14: Hauptergebnisse des Tourismus-Satellitenkontos (TSA)
- Übersicht 15: Die volkswirtschaftliche Bedeutung von Tourismus und Freizeitwirtschaft

Außenhandel

- Übersicht 16: Warenexporte
- Übersicht 17: Warenimporte

Zinssätze

- Übersicht 18: Kurz- und langfristige Zinssätze

Landwirtschaft

- Übersicht 19: Landwirtschaftliche Gesamtrechnung laut ESVG 1995
- Übersicht 20: Markt- und Preisentwicklung

Sachgütererzeugung

- Übersicht 21: Produktion, Beschäftigung und Auftragslage
- Übersicht 22: Ergebnisse des WIFO-Konjunkturtests

Bauwirtschaft

- Übersicht 23: Produktion
- Übersicht 24: Preise und Arbeitsmarkt

Binnenhandel

- Übersicht 25: Umsätze und Beschäftigung im Einzelhandel

Verkehr

- Übersicht 26: Güter- und Personenverkehr

Bankenstatistik

- Übersicht 27: Einlagen und Kredite

Arbeitsmarkt

- Übersicht 28: Saisonbereinigte Arbeitsmarktindikatoren
- Übersicht 29: Beschäftigung, Arbeitslosigkeit und offene Stellen
- Übersicht 30: Arbeitslosenquote und Stellenantrag

Preise und Löhne

- Übersicht 31: Verbraucherpreise und Großhandelspreise
- Übersicht 32: Tariflöhne
- Übersicht 33: Effektivverdienste

Staatshaushalt

- Übersicht 34: Staatsquoten

Soziale Sicherheit

- Übersicht 35: Pensionen nach Pensionsversicherungsträgern
- Übersicht 36: Pensionen nach Pensionsarten
- Übersicht 37: Durchschnittsalter bei Neuzuerkennung
- Übersicht 38: Beiträge des Bundes

Umwelt

- Übersicht 39: Energiebedingte CO₂-Emissionen
- Übersicht 40: Umweltrelevante Steuern im Sinne der VGR

Entwicklung in den Bundesländern

- Übersicht 41: Bruttowertschöpfung
- Übersicht 42: Tourismus
- Übersicht 43: Abgesetzte Produktion der Sachgütererzeugung
- Übersicht 44: Abgesetzte Produktion im Bauwesen
- Übersicht 45: Beschäftigung und Arbeitslosigkeit
- Übersicht 46: Arbeitslosenquote

Konjunkturindikatoren für das Ausland

Übersicht 1: Standardisierte Arbeitslosenquote

	2001	2002	2003	2003		2004		2004					
				III. Qu.	IV. Qu.	I. Qu.	II. Qu.	Februar	März	April	Mai	Juni	Juli
In % der Erwerbspersonen, saisonbereinigt													
OECD insgesamt	6,5	7,0	7,1	7,2	7,1	6,9	6,9	6,9	6,9	6,9	6,9	6,9	6,9
USA	4,8	5,8	6,0	6,1	5,9	5,6	5,6	5,6	5,7	5,6	5,6	5,6	5,5
Japan	5,0	5,4	5,3	5,2	5,1	4,9	4,6	5,0	4,7	4,7	4,6	4,6	4,9
Kanada	7,2	7,6	7,6	7,9	7,5	7,4	7,2	7,4	7,5	7,3	7,2	7,3	7,2
EU	7,4	7,7	8,1	8,1	8,1	8,1	8,1	8,1	8,1	8,1	8,1	8,1	8,1
Euro-Raum	8,0	8,4	8,9	8,9	8,9	8,9	9,0	8,9	8,9	9,0	9,0	9,0	9,0
Deutschland	7,8	8,7	9,6	9,7	9,6	9,7	9,8	9,6	9,7	9,8	9,8	9,8	9,9
Frankreich	8,4	8,9	9,4	9,5	9,6	9,5	9,5	9,5	9,5	9,5	9,5	9,5	9,5
Italien	9,4	9,0	8,6	8,6	8,5
Spanien	10,6	11,3	11,3	11,3	11,2	11,1	11,0	11,1	11,1	11,1	11,0	11,0	11,0
Niederlande	2,5	2,7	3,8	3,8	4,2	4,6	4,8	4,6	4,7	4,8	4,8	4,8	.
Belgien	6,7	7,3	8,1	8,2	8,3	8,5	8,6	8,5	8,5	8,6	8,6	8,6	8,6
Österreich	3,6	4,3	4,3	4,3	4,4	4,5	4,5	4,5	4,5	4,5	4,5	4,5	4,5
Portugal	4,0	5,0	6,2	6,3	6,4	6,2	6,4	6,2	6,3	6,5	6,4	6,4	6,4
Finnland	9,1	9,1	9,0	8,9	8,9	9,0	9,0	9,0	9,0	9,0	9,0	9,0	9,0
Griechenland	10,4	9,9	9,3	9,2	9,3
Irland	3,9	4,3	4,6	4,7	4,6	4,5	4,5	4,5	4,5	4,5	4,5	4,5	4,5
Luxemburg	2,1	2,8	3,7	3,8	3,9	4,0	4,2	4,0	4,1	4,2	4,2	4,2	4,3
Großbritannien	5,0	5,1	5,0	4,9	4,9	4,7	.	4,7	4,7	4,7	.	.	.
Schweden	4,9	4,9	5,6	5,6	6,0	6,2	6,5	6,4	6,3	6,3	6,6	6,5	6,4
Dänemark	4,3	4,6	5,6	5,8	5,9	5,9	5,9	5,9	5,9	5,9	5,9	5,8	5,9
Schweiz ¹⁾	1,7	2,5	3,7	3,9	3,9	3,9	3,9	3,9	3,9	3,9	3,9	3,9	3,8
Norwegen	3,6	3,9	4,5	4,6	4,6	4,3	4,5	4,3	4,3	4,4	4,5	4,5	.
Polen	18,5	19,8	19,2	19,2	19,1	19,1	18,9	19,1	19,0	18,9	18,9	18,8	18,8
Ungarn	5,6	5,6	5,8	5,7	5,8	5,9	5,9	5,9	5,9	5,9	5,9	5,9	5,9
Tschechien	8,0	7,3	7,8	8,0	8,2	8,6	8,7	8,5	8,7	8,7	8,7	8,8	8,8
Slowakei	19,4	18,8	17,1	16,9	16,6	16,5	16,3	16,5	16,5	16,4	16,3	16,1	15,9

Q: Eurostat, OECD. – 1) Nationale Definition. • E-Mail-Adresse: Christine.Kaufmann@wifo.ac.at

Übersicht 2: Verbraucherpreise

	2001	2002	2003	2003		2004		2004					
				III. Qu.	IV. Qu.	I. Qu.	II. Qu.	Februar	März	April	Mai	Juni	Juli
Verbraucherpreisindex								Veränderung gegen das Vorjahr in %					
OECD insgesamt	+ 3,5	+ 2,5	+ 2,5	+ 2,4	+ 2,1	+ 1,9	+ 2,5	+ 1,9	+ 1,8	+ 2,1	+ 2,6	+ 2,8	+ 2,7
USA	+ 2,8	+ 1,6	+ 2,3	+ 2,2	+ 1,8	+ 1,8	+ 2,9	+ 1,7	+ 1,7	+ 2,3	+ 3,0	+ 3,3	+ 3,0
Japan	- 0,7	- 0,9	- 0,3	- 0,2	- 0,3	- 0,1	- 0,3	+ 0,0	- 0,1	- 0,4	- 0,5	+ 0,0	- 0,1
Kanada	+ 2,5	+ 2,2	+ 2,8	+ 2,1	+ 1,7	+ 0,9	+ 2,2	+ 0,7	+ 0,7	+ 1,6	+ 2,5	+ 2,5	+ 2,3
EU	+ 2,4	+ 2,1	+ 2,2	+ 2,2	+ 2,1	+ 1,8	+ 2,2	+ 1,7	+ 1,8	+ 2,0	+ 2,3	+ 2,3	+ 2,3
Harmonisierter VPI													
Euro-Raum	+ 2,3	+ 2,3	+ 2,1	+ 2,0	+ 2,0	+ 1,7	+ 2,2	+ 1,7	+ 1,7	+ 2,0	+ 2,3	+ 2,3	+ 2,3
Deutschland	+ 1,9	+ 1,3	+ 1,0	+ 1,0	+ 1,2	+ 1,0	+ 1,9	+ 0,8	+ 1,1	+ 1,7	+ 2,1	+ 1,9	+ 2,0
Frankreich	+ 1,8	+ 1,9	+ 2,2	+ 2,1	+ 2,4	+ 2,0	+ 2,6	+ 1,9	+ 1,9	+ 2,4	+ 2,8	+ 2,7	+ 2,6
Italien	+ 2,3	+ 2,6	+ 2,8	+ 2,9	+ 2,7	+ 2,3	+ 2,3	+ 2,4	+ 2,3	+ 2,3	+ 2,3	+ 2,4	+ 2,2
Spanien	+ 2,8	+ 3,6	+ 3,1	+ 3,0	+ 2,8	+ 2,2	+ 3,2	+ 2,2	+ 2,2	+ 2,7	+ 3,4	+ 3,5	+ 3,3
Niederlande	+ 5,1	+ 3,9	+ 2,2	+ 2,1	+ 1,8	+ 1,4	+ 1,6	+ 1,3	+ 1,2	+ 1,5	+ 1,7	+ 1,5	+ 1,2
Belgien	+ 2,4	+ 1,6	+ 1,5	+ 1,6	+ 1,7	+ 1,2	+ 2,0	+ 1,2	+ 1,0	+ 1,7	+ 2,4	+ 2,0	+ 2,1
Österreich	+ 2,3	+ 1,7	+ 1,3	+ 1,1	+ 1,2	+ 1,4	+ 2,0	+ 1,5	+ 1,5	+ 1,5	+ 2,1	+ 2,3	+ 2,1
Portugal	+ 4,4	+ 3,7	+ 3,3	+ 3,0	+ 2,5	+ 2,2	+ 2,8	+ 2,1	+ 2,2	+ 2,4	+ 2,4	+ 3,7	+ 2,9
Finnland	+ 2,7	+ 2,0	+ 1,3	+ 1,1	+ 1,1	+ 0,2	- 0,2	+ 0,4	- 0,4	- 0,3	- 0,1	- 0,1	+ 0,2
Griechenland	+ 3,7	+ 3,9	+ 3,4	+ 3,4	+ 3,2	+ 2,9	+ 3,0	+ 2,6	+ 2,9	+ 3,1	+ 3,1	+ 3,0	+ 3,1
Irland	+ 4,0	+ 4,7	+ 4,0	+ 3,9	+ 3,2	+ 2,1	+ 2,1	+ 2,2	+ 1,8	+ 1,7	+ 2,1	+ 2,5	+ 2,5
Luxemburg	+ 2,4	+ 2,1	+ 2,5	+ 2,3	+ 2,1	+ 2,2	+ 3,3	+ 2,4	+ 2,0	+ 2,7	+ 3,4	+ 3,8	+ 3,8
Großbritannien	+ 1,2	+ 1,3	+ 1,4	+ 1,4	+ 1,3	+ 1,3	+ 1,4	+ 1,3	+ 1,1	+ 1,2	+ 1,6	+ 1,6	+ 1,4
Schweden	+ 2,7	+ 2,0	+ 2,3	+ 2,3	+ 1,9	+ 0,6	+ 1,2	+ 0,2	+ 0,4	+ 1,1	+ 1,5	+ 1,2	+ 1,2
Dänemark	+ 2,3	+ 2,4	+ 2,0	+ 1,6	+ 1,3	+ 0,7	+ 0,8	+ 0,7	+ 0,4	+ 0,5	+ 1,1	+ 0,9	+ 1,1
Schweiz ¹⁾	+ 1,0	+ 0,6	+ 0,6	+ 0,4	+ 0,5	+ 0,1	+ 0,9	+ 0,1	- 0,1	+ 0,5	+ 0,9	+ 1,1	+ 0,9
Norwegen	+ 2,7	+ 0,9	+ 2,0	+ 1,5	+ 0,8	- 1,1	+ 0,9	- 1,6	- 0,4	+ 0,5	+ 1,0	+ 1,3	+ 1,6
Polen ¹⁾	+ 5,4	+ 1,9	+ 0,7	+ 0,7	+ 1,4	+ 1,6	+ 3,2	+ 1,6	+ 1,6	+ 2,2	+ 3,2	+ 4,3	+ 4,5
Ungarn ¹⁾	+ 9,2	+ 5,3	+ 4,7	+ 4,7	+ 5,4	+ 6,8	+ 7,3	+ 7,1	+ 6,7	+ 6,9	+ 7,6	+ 7,4	+ 7,2
Tschechien ¹⁾	+ 4,7	+ 1,8	+ 0,1	- 0,1	+ 0,8	+ 2,3	+ 2,6	+ 2,2	+ 2,4	+ 2,2	+ 2,7	+ 2,9	+ 3,2
Slowakei ¹⁾	+ 7,3	+ 3,2	+ 8,5	+ 9,1	+ 9,5	+ 8,4	+ 8,2	+ 8,5	+ 8,2	+ 8,1	+ 8,4	+ 8,1	+ 8,5

Q: Statistik Austria, OECD. – ¹⁾ Nationale Definition. • E-Mail-Adresse: Christine.Kaufmann@wifo.ac.at

Übersicht 3: Saisonbereinigte Konjunkturindikatoren für die EU

	2001		2002		2003		2004						
	III. Qu.	IV. Qu.	I. Qu.	II. Qu.	III. Qu.	IV. Qu.	I. Qu.	II. Qu.	III. Qu.				
	Salden aus positiven und negativen Meldungen, in % der befragten Unternehmen, saisonbereinigt												
Auftragsbestände	- 19	- 28	- 29	- 26	- 27	- 27	- 23	- 27	- 30	- 25	- 21	- 16	- 11
Exportauftragsbestände	- 20	- 27	- 31	- 25	- 22	- 21	- 23	- 26	- 28	- 25	- 21	- 13	- 8
Fertigwarenlager	+ 15	+ 16	+ 15	+ 12	+ 12	+ 11	+ 10	+ 11	+ 12	+ 12	+ 9	+ 10	+ 8
Produktionserwartungen	+ 3	- 9	- 4	+ 7	+ 4	+ 7	+ 1	+ 2	+ 0	+ 8	+ 12	+ 12	+ 10
Verkaufspreiserwartungen	- 2	- 4	- 8	+ 0	+ 0	+ 1	+ 0	+ 1	- 5	- 2	+ 1	+ 2	+ 7

Q: Europäische Kommission (DG-ECFIN). • E-Mail-Adresse: Eva.Jungbauer@wifo.ac.at

Übersicht 4: Dreimonatszinssatz

	2001	2002	2003	2003		2004		2004					
				III. Qu.	IV. Qu.	I. Qu.	II. Qu.	März	April	Mai	Juni	Juli	August
	In %												
USA	3,7	1,7	1,2	1,1	1,1	1,1	1,2	1,0	1,1	1,2	1,5	1,6	1,7
Japan	0,1	0,1	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	.
Kanada	4,0	2,6	3,0	2,9	2,7	2,3	2,1	2,2	2,1	2,1	2,1	2,1	2,1
Euro-Raum	4,3	3,3	2,3	2,1	2,2	2,1	2,1	2,0	2,0	2,1	2,1	2,1	2,1
Großbritannien	5,0	4,0	3,7	3,5	3,9	4,1	4,5	4,2	4,3	4,5	4,7	4,8	.
Schweden	4,0	4,1	3,0	2,7	2,7	2,5	2,0	2,4	2,0	2,0	2,0	2,0	2,0
Dänemark	4,6	3,5	2,4	2,1	2,1	2,1	2,1	2,1	2,1	2,2	2,2	2,2	2,2
Schweiz	2,9	1,1	0,3	0,3	0,3	0,3	0,3	0,3	0,3	0,3	0,5	0,5	.
Norwegen	7,2	6,9	4,1	3,1	2,8	2,0	2,0	1,8	2,0	2,0	2,0	2,0	2,0
Polen	15,1	8,5	5,4	5,0	5,2	5,3	5,5	5,2	5,4	0,0	5,6	5,8	.
Ungarn	10,8	8,9	8,2	9,5	10,4	12,4	11,5	12,3	11,6	11,4	11,4	11,5	.
Tschechien	5,2	3,5	2,3	2,1	2,1	2,1	2,2	2,0	2,1	2,2	2,3	2,5	2,6

Q: OECD. • E-Mail-Adressen: Ursula.Glauning@wifo.ac.at, Christa.Magerl@wifo.ac.at

Übersicht 5: Sekundärmarktrendite

	2001	2002	2003	2003		2004		2004					
				III. Qu.	IV. Qu.	I. Qu.	II. Qu.	März	April	Mai	Juni	Juli	August
	In %												
USA	5,0	4,6	4,0	4,2	4,3	4,0	4,6	3,8	4,3	4,7	4,7	4,5	4,3
Japan	1,3	1,3	1,0	1,2	1,4	1,3	1,6	1,4	1,5	1,5	1,8	1,8	1,6
Kanada	5,5	5,3	4,8	4,8	4,8	4,4	4,8	4,3	4,6	4,8	4,9	4,8	4,7
Euro-Raum	5,0	4,9	4,2	4,2	4,4	4,2	4,4	4,0	4,2	4,4	4,4	4,3	4,2
Deutschland	4,8	4,8	4,1	4,1	4,3	4,1	4,2	3,9	4,1	4,3	4,3	4,2	4,1
Frankreich	4,9	4,9	4,1	4,1	4,3	4,1	4,3	4,0	4,2	4,3	4,4	4,3	4,1
Italien	5,2	5,0	4,2	4,2	4,4	4,3	4,5	4,2	4,3	4,5	4,5	4,4	4,3
Spanien	5,1	5,0	4,1	4,1	4,3	4,1	4,3	4,0	4,2	4,3	4,4	4,3	4,2
Niederlande	5,0	4,9	4,1	4,1	4,3	4,1	4,3	3,9	4,1	4,4	4,4	4,3	4,2
Belgien	5,1	5,0	4,2	4,2	4,4	4,2	4,4	4,1	4,3	4,4	4,5	4,3	4,2
Österreich	5,1	5,0	4,2	4,2	4,4	4,2	4,3	4,1	4,2	4,4	4,4	4,4	4,2
Portugal	5,2	5,0	4,2	4,2	4,4	4,1	4,4	4,0	4,3	4,4	4,5	4,3	4,2
Finnland	5,0	5,0	4,1	4,1	4,3	4,1	4,3	3,9	4,1	4,3	4,5	4,4	4,2
Irland	5,0	5,0	4,1	4,1	4,3	4,1	4,3	4,0	4,2	4,3	4,4	4,3	4,1
Luxemburg	4,9	4,7	3,3	3,1	3,3	2,9	3,0	2,7	2,8	3,0	3,1	3,0	2,9
Großbritannien	5,0	4,9	4,6	4,6	5,0	4,8	5,1	4,8	5,0	5,2	5,2	5,1	5,0
Schweden	5,1	5,3	4,6	4,6	4,9	4,5	4,7	4,3	4,6	4,7	4,7	4,6	4,4
Dänemark	5,1	5,1	4,3	4,3	4,5	4,3	4,4	4,1	4,3	4,5	4,5	4,6	4,4
Schweiz	3,4	3,2	2,7	2,8	2,9	2,7	2,9	2,6	2,8	2,9	3,0	3,0	.
Norwegen	6,2	6,4	5,0	4,9	4,9	4,3	4,8	4,1	4,7	4,9	4,7	4,5	4,3

Q: OeNB, OECD. Rendite langfristiger staatlicher Schuldverschreibungen. • E-Mail-Adressen: Ursula.Glauning@wifo.ac.at, Christa.Magerl@wifo.ac.at

Wechselkurse

Übersicht 6: Referenzkurse der wichtigsten Währungen zum Euro

	2001	2002	2003	2003	2004	2004	2004	2004	2004	2004	2004	2004	
				IV. Qu.	I. Qu.	II. Qu.	III. Qu.	April	Mai	Juni	Juli	August	September
Fremdwährung je Euro													
Dollar	0,90	0,94	1,13	1,19	1,25	1,20	1,22	1,20	1,20	1,21	1,23	1,22	1,22
Yen	108,73	118,07	130,96	129,46	134,01	132,14	134,38	129,08	134,48	132,86	134,08	134,54	134,51
Schweizer Franken	1,51	1,47	1,52	1,55	1,57	1,54	1,54	1,55	1,54	1,52	1,53	1,54	1,54
Pfund Sterling	0,62	0,63	0,69	0,70	0,68	0,67	0,67	0,67	0,67	0,66	0,67	0,67	0,68
Tschechische Krone	34,06	30,82	31,84	32,10	32,86	32,04	31,59	32,52	31,98	31,61	31,55	31,63	31,60
Estrnische Krone	15,65	15,65	15,65	15,65	15,65	15,65	15,65	15,65	15,65	15,65	15,65	15,65	15,65
Zypern-Pfund	0,58	0,58	0,58	0,58	0,59	0,58	0,58	0,59	0,59	0,58	0,58	0,58	0,58
Lettischer Lats	0,56	0,58	0,64	0,65	0,67	0,65	0,66	0,65	0,66	0,66	0,66	0,66	0,66
Litauische Litas	3,57	3,46	3,45	3,45	3,45	3,45	3,45	3,45	3,45	3,45	3,45	3,45	3,45
Ungarischer Forint	256,62	242,89	253,52	259,94	260,27	252,11	248,80	250,41	252,91	253,02	249,89	248,85	247,66
Maltesische Lira	0,40	0,41	0,43	0,43	0,43	0,43	0,43	0,43	0,43	0,43	0,43	0,43	0,43
Polnischer Zloty	3,67	3,85	4,40	4,62	4,78	4,69	4,42	4,76	4,72	4,59	4,47	4,43	4,37
Slowenischer Tolar	217,97	225,97	233,83	236,16	237,79	238,85	239,95	238,45	238,74	239,36	239,90	239,99	239,97
Slowakische Krone	43,30	42,68	41,49	41,18	40,56	40,08	40,02	40,15	40,16	39,92	39,90	40,11	40,05
Veränderung gegen das Vorjahr in %													
Effektiver Wechselkursindex													
Nominell	+ 1,0	+ 1,4	+ 3,8	+ 3,4	+ 2,4	+ 0,6	.	+ 1,1	+ 0,4	+ 0,3	+ 0,6	+ 1,1	.
Industriewaren	+ 0,9	+ 1,3	+ 3,7	+ 3,3	+ 2,4	+ 0,6	.	+ 1,1	+ 0,4	+ 0,2	+ 0,6	+ 1,1	.
Real	+ 0,3	+ 0,6	+ 2,8	+ 2,4	+ 1,8	+ 0,2	.	+ 0,5	- 0,1	+ 0,0	+ 0,3	.	.
Industriewaren	+ 0,5	+ 0,8	+ 2,9	+ 2,5	+ 2,0	+ 0,3	.	+ 0,6	+ 0,1	+ 0,1	+ 0,3	.	.

Q: OeNB. • E-Mail-Adressen: Ursula.Glauning@wifo.ac.at, Christa.Magerl@wifo.ac.at

Weltmarkt-Rohstoffpreise

Übersicht 7: HWWA-Index

	2001	2002	2003	2003	2004	2004	2004	2004	2004	2004	2004	2004	
				III. Qu.	IV. Qu.	I. Qu.	II. Qu.	März	April	Mai	Juni	Juli	August
Veränderung gegen das Vorjahr in %													
Auf Dollarbasis	- 10,3	+ 0,7	+ 14,3	+ 6,7	+ 13,4	+ 13,0	+ 36,2	+ 20,7	+ 35,5	+ 40,5	+ 32,7	+ 34,4	+ 37,2
Auf Euro-Basis	- 7,9	- 4,6	- 4,3	- 6,7	- 4,7	- 2,9	+ 28,5	+ 6,4	+ 22,6	+ 35,5	+ 27,5	+ 24,6	+ 25,5
Ohne Energierohstoffe	- 7,3	- 2,6	- 4,6	- 5,2	- 2,1	+ 7,7	+ 18,3	+ 14,1	+ 17,1	+ 18,7	+ 19,2	+ 15,5	+ 9,7
Nahrungs- und Genussmittel	- 4,4	+ 6,0	- 9,3	- 15,5	- 12,9	+ 1,6	+ 18,1	+ 13,2	+ 16,2	+ 18,6	+ 19,6	+ 10,6	- 2,0
Industrierohstoffe	- 8,5	- 6,4	- 2,2	+ 0,4	+ 3,8	+ 10,8	+ 18,4	+ 14,6	+ 17,5	+ 18,8	+ 18,9	+ 17,6	+ 15,1
Energierohstoffe	- 8,1	- 5,7	- 4,1	- 7,4	- 6,0	- 7,8	+ 33,9	+ 2,6	+ 25,7	+ 44,9	+ 31,8	+ 29,0	+ 33,0
Rohöl	- 10,9	- 3,9	- 3,4	- 7,8	- 7,0	- 11,8	+ 27,4	- 2,6	+ 20,1	+ 38,7	+ 23,9	+ 22,5	+ 28,6

Q: Hamburger Weltwirtschaftsarchiv. • E-Mail-Adresse: Annamaria.Rammel@wifo.ac.at

Kennzahlen für Österreich

Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung laut ESVG 1995

Übersicht 8: Bruttowertschöpfung und Verwendung des Bruttoinlandsproduktes

	1999	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2003	2003	2003	2004	2004	
								I. Qu.	II. Qu.	III. Qu.	IV. Qu.	I. Qu.	II. Qu.
Veränderung gegen das Vorjahr in %, real													
<i>Bruttowertschöpfung zu Herstellungspreisen</i>													
Land- und Forstwirtschaft	- 3,2	- 0,4	+ 0,4	+ 5,7	- 4,8	+ 0,5	+ 0,0	+ 0,0	- 4,0	- 7,8	- 5,7	- 0,6	+ 1,0
Sachgütererzeugung und Bergbau ¹⁾	+ 3,0	+ 6,4	+ 1,5	+ 0,5	- 0,2	+ 4,5	+ 4,0	- 1,2	- 2,8	+ 1,7	+ 1,7	+ 2,9	+ 4,7
Energie- und Wasserversorgung	+ 3,9	- 0,8	+ 3,6	+ 5,3	+ 2,0	+ 1,0	+ 2,0	+ 9,4	+ 3,8	- 4,2	- 2,0	- 7,6	+ 0,5
Bauwesen	+ 1,4	+ 0,8	- 3,2	- 0,5	+ 2,9	+ 0,7	+ 1,7	+ 4,0	+ 1,3	+ 4,5	+ 2,2	+ 0,6	+ 0,5
Handel ²⁾	+ 3,0	+ 3,7	- 0,0	+ 1,2	+ 1,3	+ 1,3	+ 2,5	+ 1,9	+ 2,8	+ 0,1	+ 0,6	- 0,9	+ 1,6
Beherbergungs- und Gaststättenwesen	+ 2,8	+ 5,5	+ 3,4	+ 2,4	+ 2,0	+ 1,6	+ 3,0	- 2,2	+ 5,2	+ 3,8	+ 2,8	+ 1,3	+ 1,6
Verkehr und Nachrichtenübermittlung	+ 2,4	+ 2,1	+ 1,3	+ 1,5	+ 1,2	+ 1,5	+ 1,8	+ 1,1	+ 1,0	+ 1,2	+ 1,4	+ 1,4	+ 1,4
Kreditinstitute und Versicherungen	+ 4,2	+ 5,2	- 1,0	+ 0,1	- 1,4	+ 1,5	+ 1,0	- 1,2	+ 2,0	- 1,2	- 5,2	+ 1,4	- 1,5
Grundstücks- und Wohnungswesen ³⁾	+ 3,2	+ 6,4	+ 5,0	+ 2,1	+ 1,5	+ 2,8	+ 3,3	+ 1,3	+ 1,4	+ 1,5	+ 1,8	+ 2,1	+ 3,5
Öffentliche Verwaltung ⁴⁾	- 3,4	- 0,6	- 1,4	- 0,4	- 0,2	- 1,0	- 0,3	- 1,4	- 0,9	+ 1,3	+ 0,2	- 0,8	- 1,1
Sonstige Dienstleistungen	+ 1,6	+ 1,8	+ 0,3	+ 1,2	+ 1,4	+ 1,3	+ 2,0	+ 1,8	+ 1,9	+ 1,1	+ 1,1	+ 1,1	+ 1,1
<i>Wertschöpfung der Wirtschaftsbereiche</i>													
Unterstellte Bankgebühr	+ 4,5	+ 5,5	+ 4,1	- 2,7	- 0,2	.	.	- 2,2	+ 2,4	- 0,1	- 0,8	- 0,4	+ 0,1
Gütersteuern minus Gütersubventionen	+ 7,9	+ 1,8	- 0,2	+ 0,8	- 0,6	.	.	+ 0,4	- 0,2	- 2,5	- 0,1	- 0,6	+ 0,5
Bruttoinlandsprodukt	+ 2,7	+ 3,4	+ 0,8	+ 1,4	+ 0,7	+ 1,9	+ 2,5	+ 0,9	+ 0,5	+ 0,7	+ 0,6	+ 0,8	+ 1,9
<i>Verwendung des Bruttoinlandsproduktes</i>													
Konsumausgaben insgesamt	+ 2,6	+ 2,4	+ 0,7	+ 0,6	+ 1,3	+ 1,3	+ 1,9	+ 1,5	+ 2,3	+ 0,8	+ 0,6	+ 0,7	+ 1,4
Private Haushalte	+ 2,4	+ 3,3	+ 1,4	+ 0,8	+ 1,3	+ 1,6	+ 2,5	+ 1,6	+ 2,6	+ 0,7	+ 0,5	+ 0,8	+ 1,8
Staat	+ 3,0	- 0,1	- 1,4	+ 0,1	+ 1,1	+ 0,5	+ 0,0	+ 0,9	+ 1,3	+ 1,4	+ 0,9	+ 0,5	+ 0,2
Bruttoinvestitionen ⁵⁾	+ 4,5	+ 3,3	- 2,5	- 3,3	+ 6,1	- 0,0	+ 4,5	+ 4,9	+ 4,2	+ 5,9	+ 9,5	+ 2,0	- 2,8
Bruttoanlageinvestitionen	+ 2,1	+ 6,2	- 2,3	- 2,8	+ 5,3	+ 2,2	+ 3,5	+ 2,3	+ 3,8	+ 5,6	+ 8,7	+ 2,7	+ 0,5
Ausrüstungen ⁶⁾	+ 4,7	+ 11,8	- 2,1	- 5,2	+ 7,7	+ 4,0	+ 5,5	- 0,5	+ 7,2	+ 7,5	+ 17,3	+ 4,7	+ 1,5
Bauten	+ 0,3	+ 1,9	- 2,5	- 0,7	+ 3,3	+ 0,7	+ 1,7	+ 5,6	+ 1,0	+ 4,3	+ 3,0	+ 0,5	- 0,4
Inländische Verwendung ⁷⁾	+ 2,9	+ 2,6	- 0,2	+ 0,0	+ 2,2	+ 1,2	+ 2,5	+ 2,3	+ 2,8	+ 1,1	+ 2,7	+ 1,2	+ 0,1
Exporte	+ 8,5	+ 13,4	+ 7,5	+ 3,7	+ 1,8	+ 6,0	+ 6,2	+ 3,1	- 1,5	+ 2,6	+ 3,0	+ 1,4	+ 10,9
Importe	+ 9,0	+ 11,6	+ 5,9	+ 1,2	+ 4,8	+ 4,7	+ 6,4	+ 5,9	+ 2,8	+ 3,4	+ 7,2	+ 2,1	+ 7,4
Außenbeitrag ⁸⁾	- 0,2	+ 0,8	+ 0,9	+ 1,4	- 1,5	+ 0,8	+ 0,0	- 1,2	- 2,4	- 0,4	- 2,1	- 0,3	+ 1,9

Q: Statistik Austria, WIFO. Stand Ende September 2004. 2004 und 2005: Prognose. - ¹⁾ Einschließlich Gewinnung von Steinen und Erden. - ²⁾ Einschließlich Reparatur von Kfz und Gebrauchsgütern. - ³⁾ Einschließlich Vermietung beweglicher Sachen und Erbringung von unternehmensbezogenen Dienstleistungen. - ⁴⁾ Einschließlich Landesverteidigung und Sozialversicherung. - ⁵⁾ Einschließlich Vorratsveränderung. - ⁶⁾ Einschließlich immaterieller Anlagen, sonstiger Ausrüstungen, Nutztiere und Nutzpflanzen. - ⁷⁾ Einschließlich statistischer Differenz. - ⁸⁾ Wachstumsbeitrag in Prozentpunkten. • E-Mail-Adresse: Christine.Kaufmann@wifo.ac.at

Übersicht 9: Einkommen und Produktivität

	1999	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2003				2004		
								I. Qu.	II. Qu.	III. Qu.	IV. Qu.	I. Qu.	II. Qu.	
	Veränderung gegen das Vorjahr in %													
<i>Nominell</i>														
Bruttonationaleinkommen	+ 2,9	+ 4,9	+ 2,6	+ 3,7	+ 2,4	+ 3,4	+ 4,3	+ 2,8	+ 2,4	+ 2,2	+ 2,4	+ 3,0	+ 3,8	
Arbeitnehmerentgelte	+ 3,6	+ 3,4	+ 2,1	+ 2,2	+ 2,6	+ 3,1	+ 3,9	+ 2,6	+ 2,4	+ 2,7	+ 2,8	+ 2,7	+ 3,1	
Betriebsüberschuss und Selbständigeneinkommen	+ 1,9	+ 8,1	+ 4,5	+ 3,7	+ 3,1	+ 4,3	+ 5,2	+ 3,2	+ 2,5	+ 3,9	+ 2,9	+ 3,8	+ 6,1	
Abschreibungen	+ 3,7	+ 4,9	+ 4,8	+ 3,6	+ 3,1	+ 3,7	+ 4,0	+ 3,0	+ 2,9	+ 3,1	+ 3,5	+ 4,1	+ 4,2	
Nettonationaleinkommen	+ 2,8	+ 4,9	+ 2,2	+ 3,7	+ 2,3	+ 3,3	+ 4,3	+ 2,7	+ 2,3	+ 2,0	+ 2,2	+ 2,7	+ 3,7	
Verfügbares Nettonational- einkommen	+ 2,8	+ 5,1	+ 2,2	+ 3,2	+ 2,1	+ 3,4	+ 4,3	+ 2,5	+ 2,3	+ 1,8	+ 1,9	+ 2,8	+ 3,3	
<i>Real</i>														
Bruttonationaleinkommen	+ 2,1	+ 2,9	+ 0,4	+ 3,0	+ 0,9	.	.	+ 1,1	+ 1,2	+ 0,6	+ 0,8	+ 1,7	+ 2,0	
Abschreibungen	+ 3,3	+ 3,9	+ 3,7	+ 2,9	+ 2,6	.	.	+ 2,5	+ 2,5	+ 2,7	+ 2,9	+ 3,3	+ 3,4	
Nettonationaleinkommen	+ 2,0	+ 2,7	- 0,1	+ 3,0	+ 0,6	.	.	+ 0,9	+ 1,0	+ 0,2	+ 0,4	+ 1,4	+ 1,7	
Verfügbares Nettonational- einkommen	+ 2,0	+ 2,9	- 0,1	+ 2,5	+ 0,4	.	.	+ 0,7	+ 1,0	- 0,0	+ 0,1	+ 1,5	+ 1,3	
<i>Gesamtwirtschaftliche Produktivität</i>														
BIP real je Erwerbstätigen	+ 1,2	+ 2,6	+ 0,1	+ 1,6	+ 0,8	+ 1,4	+ 1,6	+ 1,5	+ 0,6	+ 0,7	+ 0,5	+ 0,9	+ 1,7	
<i>BIP nominell</i>														
Mrd. €	197,06	206,67	212,51	218,33	223,96	231,28	241,23	53,64	55,60	56,96	57,77	55,13	57,80	
Je Einwohner	in €	24.657	25.797	26.459	27.115	27.723	28.535	29.666	6.649	6.886	7.047	7.141	6.807	7.133

Q: Statistik Austria, WIFO. Stand Ende September 2004. 2004 und 2005: Prognose. • E-Mail-Adresse: Christine.Kaufmann@wifo.ac.at

Zahlungsbilanz

Übersicht 10: Cash-Prinzip

	2001	2002	2003	2003		2004		2004					
				III. Qu.	IV. Qu.	I. Qu.	II. Qu.	Februar	März	April	Mai	Juni	Juli
	Mrd. €												
Leistungsbilanz	- 4,12	+ 0,81	- 0,97	- 2,68	- 0,07	+ 0,70	+ 0,62	+ 0,14	+ 0,87	+ 0,30	- 0,08	+ 0,40	- 1,99
Warenzahlungen	- 6,24	- 2,40	- 3,82	- 1,60	- 0,50	- 1,09	- 0,19	- 0,37	- 0,23	- 0,32	- 0,01	+ 0,14	- 0,58
Dienstleistungen	+ 4,70	+ 5,59	+ 5,41	+ 0,19	+ 1,32	+ 2,79	+ 1,23	+ 0,77	+ 0,89	+ 0,68	+ 0,32	+ 0,23	- 0,27
Einkommen	- 1,28	- 0,80	- 0,98	- 0,59	- 0,63	- 0,73	+ 0,56	- 0,00	+ 0,25	+ 0,16	+ 0,00	+ 0,39	- 0,86
Laufende Transfers	- 1,31	- 1,58	- 1,59	- 0,69	- 0,26	- 0,28	- 0,96	- 0,25	- 0,04	- 0,21	- 0,39	- 0,37	- 0,28
Vermögensübertragungen	- 0,54	- 0,58	- 0,31	- 0,03	- 0,14	- 0,01	- 0,08	+ 0,00	- 0,01	+ 0,00	+ 0,09	- 0,17	- 0,02
Kapitalbilanz	+ 3,48	- 3,34	+ 0,95	+ 1,41	+ 3,34	- 0,69	+ 1,63	- 0,22	- 0,03	+ 0,93	+ 0,13	+ 0,57	+ 0,94
Statistische Differenz	+ 1,17	+ 3,11	+ 0,33	+ 1,30	- 3,13	+ 0,00	- 2,16	+ 0,08	- 0,83	- 1,23	- 0,14	- 0,79	+ 1,06

Q: OeNB. Alle Werte aus vorläufigen Monatsdaten. • E-Mail-Adresse: Ursula.Glauninger@wifo.ac.at, Christa.Magerl@wifo.ac.at

Übersicht 11: Accrual-Prinzip

	1999	2000	2001	2002	2003	2002		2003						2004
						II. Qu.	III. Qu.	IV. Qu.	I. Qu.	II. Qu.	III. Qu.	IV. Qu.	I. Qu.	
	Mrd. €													
Leistungsbilanz	- 6,33	- 5,36	- 4,13	+ 0,37	- 2,05	- 0,44	- 1,54	+ 0,61	+ 1,20	- 1,11	- 1,82	- 0,32	+ 1,36	
Güter	- 3,38	- 2,99	- 1,40	+ 3,76	+ 1,65	+ 1,07	+ 0,70	+ 1,40	- 0,08	+ 0,39	+ 0,35	+ 1,00	+ 0,64	
Dienstleistungen	+ 1,65	+ 1,74	+ 2,06	+ 0,63	+ 0,82	- 0,35	- 1,15	- 0,09	+ 2,39	- 0,43	- 0,74	- 0,40	+ 1,61	
Einkommen	- 2,70	- 2,66	- 3,44	- 2,23	- 2,46	- 0,51	- 0,52	- 0,58	- 0,63	- 0,54	- 0,65	- 0,63	- 0,59	
Laufende Transfers	- 1,90	- 1,45	- 1,35	- 1,80	- 2,07	- 0,64	- 0,57	- 0,12	- 0,48	- 0,53	- 0,78	- 0,28	- 0,30	
Vermögensübertragung	- 0,25	- 0,47	- 0,59	- 0,52	- 0,10	+ 0,03	- 0,25	- 0,26	+ 0,10	- 0,05	- 0,03	- 0,13	- 0,03	
Kapitalbilanz	+ 6,61	+ 4,68	+ 4,18	- 3,39	+ 3,11	+ 0,78	+ 1,77	- 1,19	- 0,61	- 0,61	+ 2,01	+ 2,32	- 1,43	
Direktinvestitionen im Ausland	- 3,10	- 6,23	- 3,51	- 5,58	- 6,28	- 1,11	- 1,86	- 0,46	- 1,61	- 1,55	- 0,79	- 2,33	- 1,20	
Direktinvestitionen in Österreich	+ 2,79	+ 9,60	+ 6,61	+ 1,01	+ 6,07	- 0,20	+ 0,67	- 0,01	+ 1,27	+ 1,20	+ 1,44	+ 2,17	+ 1,21	
Portfolioinvestitionen	- 2,55	+ 3,23	+ 6,33	- 4,23	+ 5,00	- 0,70	- 2,05	- 1,18	+ 0,37	+ 7,38	- 6,32	+ 3,57	+ 2,63	
Sonstige Investitionen	+ 7,92	- 2,49	- 7,26	+ 4,07	- 2,79	+ 2,55	+ 4,85	+ 0,34	- 0,82	- 8,41	+ 7,77	- 1,33	- 4,00	
Offizielle Währungsreserven	+ 1,96	+ 0,84	+ 2,07	+ 1,81	+ 1,80	+ 0,69	+ 1,08	+ 0,15	+ 0,88	- 0,04	+ 0,18	+ 0,77	+ 0,54	
Statistische Differenz	- 0,04	+ 1,15	+ 0,54	+ 3,54	- 0,96	- 0,37	+ 0,02	+ 0,84	- 0,69	+ 1,77	- 0,17	- 1,87	+ 0,10	

Q: OeNB. • E-Mail-Adresse: Ursula.Glauninger@wifo.ac.at, Christa.Magerl@wifo.ac.at

Tourismus

Übersicht 12: Übernachtungen

	2001	2002	2003	2003		2004		2004					
				III. Qu.	IV. Qu.	I. Qu.	II. Qu.	März	April	Mai	Juni	Juli	August
	Veränderung gegen das Vorjahr in %												
In allen Unterkunftsarten	+ 1,3	+ 1,4	+ 1,2	+ 2,1	+ 0,3	+ 2,2	+ 1,5	- 4,5	+ 7,8	+ 4,9	- 5,1	- 1,0	- 4,2
Inländer	+ 1,0	- 1,5	+ 2,3	+ 2,5	+ 2,6	+ 3,6	- 2,4	+ 10,2	+ 2,3	- 0,2	- 7,2	- 5,9	- 5,6
Ausländer	+ 1,4	+ 2,5	+ 0,9	+ 2,0	- 0,6	+ 1,9	+ 3,5	- 8,1	+ 10,0	+ 8,2	- 4,0	+ 1,2	- 3,7
Aus Deutschland	+ 0,9	+ 1,3	- 1,1	+ 0,4	- 4,1	+ 0,2	- 0,0	- 14,1	+ 10,0	+ 5,0	- 10,4	+ 0,0	- 9,2
Aus den Niederlanden	+ 4,1	+ 7,1	+ 3,8	+ 7,9	- 3,0	+ 2,0	+ 5,3	+ 6,9	- 9,0	+ 29,7	- 0,4	- 11,0	+ 18,5
Aus Italien	+ 5,7	+ 4,9	+ 6,8	+ 9,3	+ 16,1	+ 6,4	- 5,2	+ 0,3	- 8,0	- 5,7	- 0,0	+ 9,7	+ 2,5
Aus der Schweiz	+ 6,9	+ 6,2	+ 7,9	+ 9,1	+ 5,3	+ 4,9	+ 0,5	+ 2,0	+ 6,1	+ 7,6	- 8,3	+ 1,8	- 9,8
Aus Großbritannien	- 0,9	+ 6,6	- 1,1	- 7,5	+ 2,8	+ 4,1	+ 16,5	+ 5,4	+ 20,6	+ 7,0	+ 18,7	+ 10,4	+ 5,5
Aus den USA	- 15,9	- 15,2	- 6,7	- 4,9	- 6,8	- 0,4	+ 28,9	+ 2,9	+ 32,4	+ 29,2	+ 27,2	+ 17,8	+ 3,9
Aus Japan	- 9,6	- 8,6	- 5,3	- 11,5	+ 28,7	+ 8,5	+ 74,9	+ 6,8	+ 55,2	+ 74,7	+ 88,1	+ 25,1	+ 12,4

Q: Statistik Austria. • E-Mail-Adresse: Sabine.Fragner@wifo.ac.at

Übersicht 13: Zahlungsströme im internationalen Tourismus

	1999	2000	2001	2002	2003	2002		2003				2004	
						III. Qu.	IV. Qu. Mio. €	I. Qu.	II. Qu.	III. Qu.	IV. Qu.	I. Qu.	II. Qu.
Exporte	11.771	12.361	13.397	13.903	14.648	3.778	2.780	4.524	3.045	4.107	2.972	4.700	3.203
Einnahmen i. e. S.	10.354	10.752	11.453	11.883	12.437	3.159	2.332	4.018	2.533	3.450	2.436	4.124	2.601
Personentransport	1.417	1.608	1.944	2.020	2.211	619	448	506	512	657	536	576	602
Importe	9.366	10.048	10.961	10.825	11.525	3.398	2.451	2.402	2.881	3.463	2.779	2.402	3.060
Ausgaben i. e. S.	8.623	9.215	10.032	9.936	10.522	3.140	2.240	2.202	2.649	3.164	2.507	2.145	2.764
Personentransport	743	833	929	889	1.003	258	211	200	232	299	272	257	296
Saldo	2.405	2.313	2.436	3.078	3.123	380	329	2.122	164	644	193	2.299	143
Ohne Personentransport	1.730	1.537	1.421	1.947	1.915	19	92	1.816	- 116	286	- 71	1.980	- 163

Q: OeNB, WIFO. • E-Mail-Adresse: Sabine.Fragner@wifo.ac.at

Übersicht 14: Hauptergebnisse des Tourismus-Satellitenkontos (TSA)

	2000	2001	2002	2003
	Mio. €			
<i>Touristische Nachfrage</i>				
Ausgaben ausländischer Besucher	12.288	13.397	14.044	14.606
Übernachtende Touristen	11.031	11.957	12.495	12.964
Tagesbesucher	1.257	1.440	1.549	1.642
Ausgaben inländischer Besucher	10.344	10.965	11.308	11.885
Urlaubsreisende	8.188	8.672	8.958	9.487
Übernachtende Touristen ¹⁾	4.844	5.259	5.436	5.755
Tagesbesucher	3.344	3.413	3.521	3.733
Geschäftsreisende	2.156	2.293	2.350	2.397
Übernachtende Touristen	835	917	931	943
Tagesbesucher	1.321	1.376	1.419	1.455
Ausgaben der Inländer in Wochenendhäusern und Zweitwohnungen	822	856	882	905
Gesamtausgaben (Urlaubs- und Geschäftsreisende, einschließlich Verwandten- und Bekanntenbesuche)	23.454	25.218	26.234	27.395

Q: Statistik Austria, WIFO. 2000 und 2001: endgültig, 2002: vorläufig. Zur Methodik siehe Smeral, E., Franz, A., Laimer, P., "Ein Tourismussatellitenkonto für Österreich. Ökonomische Zusammenhänge, Methoden und Hauptergebnisse", WIFO-Monatsberichte, 2002, 75(1), S. 29-37, http://publikationen.wifo.ac.at/pls/wifosite/wifosite.wifo_search.get_abstract_type?p_language=1&pubid=21031. – ¹⁾ Einschließlich Aufwendungen im Zuge von Kuraufenthalten. • E-Mail-Adresse: Sabine.Fragner@wifo.ac.at

Übersicht 15: Die volkswirtschaftliche Bedeutung von Tourismus und Freizeitwirtschaft

	2000	2001	2002	2003	2000	2001	2002	2003
	Mio. €				Anteile am BIP in %			
<i>Tourismus-Satellitenkonto</i>								
Direkte Wertschöpfung des Tourismus laut TSA								
Ohne Dienst- und Geschäftsreisen	11.869	12.500	13.457	14.085	5,7	5,9	6,2	6,3
Einschließlich Dienst- und Geschäftsreisen	12.848	13.566	14.578	15.224	6,2	6,4	6,7	6,8
	Mio. €				Beitrag zum BIP in %			
<i>TSA-Erweiterungen</i>								
Direkte und indirekte Wertschöpfung								
Tourismus (ohne Dienst- und Geschäftsreisen)	18.742	20.174	21.018	21.998	9,1	9,5	9,6	9,8
Freizeitkonsum der Inländer am Wohnort	16.772	17.261	17.938	18.494	8,1	8,1	8,2	8,3
Tourismus und Freizeitwirtschaft in Österreich	35.514	37.435	38.955	40.492	17,2	17,6	17,8	18,1

Q: Statistik Austria, WIFO. • E-Mail-Adresse: Sabine.Fragner@wifo.ac.at

Außenhandel

Übersicht 16: Warenexporte

	2003	2004	2003	2004	2001	2002	2003	2004	2004					
	Mrd. €	Juni ¹⁾	Anteile in %	Juni ¹⁾				Juni ¹⁾	Veränderung gegen das Vorjahr in %	Februar	März	April	Mai	Juni
Insgesamt	78,9	43,0	100,0	100,0	+ 6,5	+ 4,2	+ 1,9	+ 11,1	+ 8,2	+ 15,2	+ 15,2	+ 12,5	+ 12,5	+ 21,8
Intra-EU 25	57,2	30,8	72,4	71,6	+ 5,8	+ 3,5	+ 1,7	+ 9,1	+ 9,3	+ 13,2	+ 11,4	+ 7,5	+ 17,4	
Intra-EU 15	47,2	25,4	59,8	59,2	+ 6,1	+ 3,0	+ 1,4	+ 8,9	+ 8,5	+ 13,2	+ 13,4	+ 6,9	+ 17,8	
Deutschland	25,1	13,8	31,8	32,1	+ 3,9	+ 2,6	+ 1,3	+ 12,1	+ 12,5	+ 19,1	+ 16,5	+ 9,5	+ 19,9	
Italien	7,1	3,8	9,0	8,9	+ 4,6	+ 3,5	+ 8,1	+ 7,5	+ 7,5	+ 13,4	+ 12,3	+ 2,8	+ 14,5	
10 EU-Beitrittsländer	10,0	5,3	12,7	12,4	+ 4,6	+ 5,9	+ 3,0	+ 10,1	+ 13,7	+ 13,5	+ 2,0	+ 10,1	+ 15,4	
MOEL 5	9,7	5,2	12,2	12,0	+ 4,0	+ 4,9	+ 3,3	+ 10,3	+ 14,1	+ 13,8	+ 1,8	+ 10,3	+ 15,9	
Ungarn	3,2	1,6	4,0	3,7	- 4,3	+ 0,6	- 4,8	+ 2,5	+ 11,9	+ 5,7	- 8,7	- 2,8	+ 6,2	
Tschechien	2,4	1,3	3,1	2,9	+ 7,6	+ 4,5	+ 7,3	+ 8,4	+ 5,4	+ 6,8	+ 0,5	+ 21,6	+ 16,3	
Baltikum	0,3	0,1	0,3	0,3	+ 52,6	+ 25,7	+ 19,7	+ 14,4	+ 6,5	+ 32,6	+ 25,8	+ 12,3	- 5,5	
Extra-EU 25	21,7	12,2	27,6	28,4	+ 8,6	+ 6,2	+ 2,6	+ 16,5	+ 5,4	+ 20,6	+ 25,7	+ 26,1	+ 34,2	
Extra-EU 15	31,7	17,5	40,2	40,8	+ 7,3	+ 6,1	+ 2,7	+ 14,5	+ 7,8	+ 18,4	+ 18,0	+ 20,9	+ 27,9	
Südosteuropa	3,0	1,7	3,8	3,9	+ 27,8	+ 17,8	+ 10,5	+ 18,7	+ 5,7	+ 21,7	+ 19,2	+ 14,2	+ 30,0	
GUS	1,7	0,9	2,2	2,1	+ 34,6	+ 0,7	+ 24,9	+ 17,8	- 0,1	+ 24,2	+ 5,3	+ 26,7	+ 36,3	
Industriestaaten Übersee	6,5	4,2	8,3	9,7	+ 8,7	+ 3,3	+ 2,4	+ 36,6	+ 36,3	+ 34,1	+ 40,5	+ 52,4	+ 57,6	
USA	4,1	2,6	5,2	6,2	+ 12,4	+ 2,0	+ 1,9	+ 40,2	+ 44,6	+ 51,7	+ 37,4	+ 45,1	+ 70,6	
OPEC	1,2	0,6	1,5	1,4	+ 40,2	- 12,1	+ 3,7	+ 5,9	+ 11,3	+ 29,1	- 15,4	+ 21,8	+ 1,3	
NOPEC	3,7	2,2	4,7	5,1	+ 14,1	+ 8,3	- 10,7	+ 28,0	+ 35,2	+ 34,9	+ 36,4	+ 32,0	+ 24,6	
Agrarwaren	4,7	2,6	6,0	5,9	+ 15,6	+ 7,5	+ 14,5	+ 12,3	+ 8,6	+ 16,8	+ 13,4	+ 12,2	+ 14,4	
Roh- und Brennstoffe	4,6	2,7	5,8	6,4	+ 16,1	+ 13,3	+ 5,3	+ 22,7	+ 19,4	+ 28,7	+ 18,0	+ 23,1	+ 36,7	
Industriewaren	69,6	37,7	88,2	87,7	+ 5,6	+ 3,5	+ 1,0	+ 10,3	+ 7,5	+ 14,3	+ 15,1	+ 11,7	+ 21,4	
Chemische Erzeugnisse	8,0	4,0	10,1	9,2	+ 10,1	+ 12,0	+ 0,5	- 1,6	- 2,6	+ 10,0	- 2,2	- 4,3	+ 10,9	
Bearbeitete Waren	17,8	9,5	22,5	22,1	+ 5,0	+ 0,7	+ 2,6	+ 5,5	+ 2,1	+ 12,5	+ 5,3	+ 2,9	+ 14,3	
Maschinen, Fahrzeuge	33,2	19,0	42,1	44,3	+ 5,0	+ 2,9	+ 0,5	+ 17,8	+ 13,9	+ 18,3	+ 27,2	+ 24,4	+ 32,5	
Konsumnahe Fertigwaren	10,3	5,0	13,0	11,6	+ 9,0	+ 1,8	+ 1,7	+ 4,2	+ 3,9	+ 9,4	+ 0,8	+ 3,8	+ 8,7	

Q: Statistik Austria. Monatsdaten für das aktuelle Jahr werden laufend revidiert. – ¹⁾ Kumuliert. • E-Mail-Adressen: Irene.Langer@wifo.ac.at, Gabriele.Wellan@wifo.ac.at

Übersicht 17: Warenimporte

	2003	2004	2003	2004	2001	2002	2003	2004	2004	2004	2004	2004	2004	2004
	Mrd. €	Juni ¹⁾	Anteile in %		Veränderung gegen das Vorjahr in %									
Insgesamt	81,0	42,6	100,0	100,0	+ 5,0	- 2,0	+ 5,0	+ 6,3	+ 2,3	+ 8,4	+ 11,5	+ 1,3	+ 18,2	
Intra-EU 25	61,5	33,0	75,9	77,4	+ 4,4	- 1,2	+ 5,1	+ 9,4	+ 7,6	+ 14,6	+ 12,6	+ 3,8	+ 17,3	
Intra-EU 15	52,8	28,3	65,2	66,4	+ 3,8	- 1,5	+ 4,2	+ 9,0	+ 5,8	+ 13,3	+ 12,5	+ 5,1	+ 17,5	
Deutschland	33,2	18,1	41,0	42,6	+ 4,5	- 2,6	+ 6,8	+ 13,6	+ 9,9	+ 20,8	+ 16,7	+ 8,6	+ 20,8	
Italien	5,7	3,0	7,0	7,0	+ 5,4	- 1,7	+ 2,5	+ 3,2	- 0,4	+ 8,8	+ 5,1	+ 4,6	+ 9,9	
10 EU-Beitrittsländer	8,6	4,7	10,7	11,0	+ 8,3	+ 1,0	+ 10,9	+ 11,7	+ 19,3	+ 22,2	+ 13,2	- 3,9	+ 15,9	
MOEL 5	8,5	4,6	10,5	10,9	+ 8,3	+ 1,0	+ 10,8	+ 11,1	+ 19,3	+ 22,2	+ 12,6	- 4,2	+ 14,1	
Ungarn	2,6	1,3	3,2	3,0	+ 3,2	- 4,9	+ 2,7	+ 1,2	+ 17,6	+ 13,9	- 4,0	- 19,5	+ 4,9	
Tschechien	2,6	1,4	3,2	3,2	+ 10,3	+ 5,5	+ 17,7	+ 4,5	+ 8,0	+ 14,0	+ 9,6	- 7,3	+ 3,1	
Balkikum	0,1	0,1	0,1	0,1	+ 4,6	+ 1,9	+ 26,1	+ 74,3	+ 20,5	+ 69,5	+ 91,8	+ 29,5	+ 224,3	
Extra-EU 25	19,5	9,6	24,1	22,6	+ 7,1	- 4,6	+ 4,8	- 3,0	- 12,5	- 9,2	+ 7,8	- 6,8	+ 21,5	
Extra-EU 15	28,2	14,3	34,8	33,6	+ 7,4	- 3,0	+ 6,6	+ 1,3	- 3,8	- 0,3	+ 9,6	- 5,8	+ 19,6	
Südosteuropa	1,3	0,8	1,6	1,8	+ 23,5	+ 16,1	+ 16,3	+ 27,5	+ 45,9	+ 42,3	+ 16,6	+ 3,0	+ 34,3	
GUS	1,9	1,0	2,3	2,3	- 10,8	+ 0,3	+ 9,0	- 2,2	+ 7,6	+ 2,4	- 2,8	- 24,6	+ 26,6	
Industriestaaten Übersee	6,0	3,0	7,4	6,9	- 2,5	- 7,4	- 7,6	- 2,5	- 5,8	- 3,8	- 3,8	- 10,5	+ 22,7	
USA	3,1	1,4	3,9	3,4	+ 2,5	- 11,3	- 16,3	- 7,7	- 9,3	- 15,8	- 9,5	- 15,2	+ 16,8	
OPEC	1,0	0,4	1,2	1,0	- 1,1	- 14,4	- 4,5	- 21,3	+ 2,9	- 49,0	- 70,4	+ 10,0	- 18,1	
NOPEC	5,1	2,8	6,3	6,6	+ 24,4	- 7,5	+ 3,3	+ 16,5	+ 7,9	+ 16,1	+ 31,7	+ 11,9	+ 35,5	
Agrarwaren	4,9	2,5	6,0	5,9	+ 11,0	+ 3,8	+ 4,9	+ 5,1	+ 3,8	+ 11,4	+ 1,5	- 0,4	+ 12,6	
Roh- und Brennstoffe	9,4	5,1	11,6	12,0	+ 6,5	+ 3,1	+ 8,0	+ 9,5	+ 2,4	+ 5,8	+ 5,6	+ 5,5	+ 27,4	
Industriewaren	66,7	35,0	82,4	82,1	+ 4,4	- 3,1	+ 4,7	+ 5,9	+ 2,1	+ 8,5	+ 13,1	+ 0,9	+ 17,3	
Chemische Erzeugnisse	9,0	4,5	11,1	10,5	+ 8,7	+ 5,5	+ 3,8	- 3,7	- 7,6	- 8,4	+ 4,8	- 10,4	+ 9,0	
Bearbeitete Waren	12,9	6,9	15,9	16,1	+ 6,1	- 5,7	+ 2,8	+ 6,9	+ 6,4	+ 17,9	+ 4,3	+ 5,5	+ 12,7	
Maschinen, Fahrzeuge	32,0	17,4	39,5	40,8	+ 2,6	- 5,0	+ 6,6	+ 10,1	+ 3,7	+ 13,5	+ 20,1	+ 3,0	+ 25,9	
Konsumnahe Fertigwaren	12,4	6,1	15,3	14,4	+ 5,2	- 2,0	+ 1,8	+ 3,0	+ 2,8	+ 9,9	+ 4,3	- 0,9	+ 9,3	

Q: Statistik Austria. Monatsdaten für das aktuelle Jahr werden laufend revidiert. - 1) Kumuliert. • E-Mail-Adressen: Irene.Langer@wifo.ac.at, Gabriele.Wellan@wifo.ac.at

Zinssätze

Übersicht 18: Kurz- und langfristige Zinssätze

	2001	2002	2003	2003		2004	2004		2004	2004	2004	2004	2004
				III. Qu.	IV. Qu.	I. Qu.	II. Qu.	III. Qu.	Mai	Juni	Juli	August	September
In %													
<i>Geld- und Kapitalmarktzinssätze</i>													
Basiszinssatz	+ 3,9	+ 2,7	+ 1,8	+ 1,5	+ 1,5	+ 1,5	+ 1,5	+ 1,5	+ 1,5	+ 1,5	+ 1,5	+ 1,5	+ 1,5
Taggeldsatz	+ 4,4	+ 3,3	+ 2,3	+ 2,1	+ 2,0	+ 2,0	+ 2,0	+ 2,1	+ 2,0	+ 2,0	+ 2,1	+ 2,0	+ 2,0
Dreimonatszinssatz	+ 4,3	+ 3,3	+ 2,3	+ 2,1	+ 2,2	+ 2,1	+ 2,1	+ 2,1	+ 2,1	+ 2,1	+ 2,1	+ 2,1	+ 2,1
<i>Sekundärmarktrendite</i>													
Benchmark	+ 5,1	+ 5,0	+ 4,2	+ 4,2	+ 4,4	+ 4,2	+ 4,3	+ 4,2	+ 4,4	+ 4,4	+ 4,4	+ 4,2	+ 4,1
Insgesamt	+ 4,7	+ 4,4	+ 3,4	+ 3,4	+ 3,7	+ 3,4	+ 3,5	+ 3,5	+ 3,6	+ 3,7	+ 3,6	+ 3,5	+ 3,5
<i>Sollzinssätze der inländischen Kreditinstitute</i>													
<i>An private Haushalte</i>													
Für Konsum: 1 bis 5 Jahre	.	.	+ 5,2	+ 4,7	+ 4,3	+ 4,4	+ 4,5	.	+ 4,3	+ 4,9	.	.	.
Für Wohnbau: Über 10 Jahre	.	.	+ 4,8	+ 4,6	+ 4,8	+ 4,6	+ 4,6	.	+ 4,3	+ 5,2	.	.	.
<i>An nichtfinanzielle Unternehmen</i>													
Bis 1 Mio. €: Bis 1 Jahr	+ 5,9	+ 5,2	+ 4,2	+ 3,8	+ 3,9	+ 3,9	+ 3,7	.	+ 3,8	+ 3,5	.	.	.
Über 1 Mio. €: Bis 1 Jahr	.	.	+ 3,3	+ 3,0	+ 3,0	+ 2,9	+ 2,9	.	+ 2,9	+ 2,8	.	.	.
<i>An private Haushalte und nichtfinanzielle Unternehmen</i>													
In Yen	.	.	+ 1,2	+ 1,2	+ 1,2	+ 1,1	+ 1,0	.	+ 1,0	+ 1,0	.	.	.
In Schweizer Franken	.	.	+ 1,7	+ 1,5	+ 1,5	+ 1,5	+ 1,5	.	+ 1,5	+ 1,6	.	.	.
<i>Habenzinssätze der inländischen Kreditinstitute</i>													
<i>Einlagen von privaten Haushalten</i>													
Bis 1 Jahr	.	.	+ 2,1	+ 1,9	+ 1,9	+ 1,9	+ 1,9	.	+ 1,9	+ 1,9	.	.	.
Über 2 Jahre	.	.	+ 2,9	+ 2,6	+ 2,8	+ 2,9	+ 2,8	.	+ 2,7	+ 2,8	.	.	.
<i>Spareinlagen von privaten Haushalten</i>													
Bis 1 Jahr	+ 3,4	+ 2,9	+ 2,2	+ 2,0	+ 2,0	+ 2,0	+ 2,0	.	+ 2,0	+ 2,0	.	.	.
Über 2 Jahre	.	.	+ 2,9	+ 2,7	+ 2,8	+ 2,9	+ 2,7	.	+ 2,7	+ 2,7	.	.	.

Q: OeNB, EZB. • E-Mail-Adresse: Ursula.Glauning@wifo.ac.at, Christa.Magerl@wifo.ac.at

Landwirtschaft

Übersicht 19: Landwirtschaftliche Gesamtrechnung laut ESGV 1995

	Ø 1994/1996	1999	2000	2001	2002	2003	Ø 1994/1996	1999	2000	2001	2002	2003
	Mio. €, zu Erzeugerpreisen						Mio. €, zu Herstellungspreisen					
<i>Produktionswert</i>												
Pflanzliche Erzeugung	2.298	2.270	2.140	2.266	2.251	2.268	2.747	2.598	2.476	2.613	2.586	2.601
Tierische Erzeugung	2.662	2.292	2.474	2.622	2.423	2.360	2.852	2.371	2.558	2.745	2.582	2.518
Übrige Produktion	442	522	515	512	549	563	442	522	515	512	549	563
<i>Erzeugung des landwirtschaftlichen Wirtschaftsbereichs</i>												
Bruttowertschöpfung Landwirtschaft	5.402	5.083	5.130	5.400	5.224	5.191	6.042	5.491	5.549	5.871	5.717	5.683
Nettowertschöpfung Landwirtschaft	2.455	2.109	2.194	2.323	2.145	2.057	3.071	2.515	2.613	2.794	2.639	2.549
1.000 Jahresarbeitseinheiten												
Veränderung gegen das Vorjahr in %												
Arbeitseinsatz in der Landwirtschaft	194,9	177,5	170,3	167,2	164,9	162,5	.	- 1,1	- 4,1	- 1,8	- 1,4	- 1,4
Real, Ø 1994/1996 = 100						Nominell, Ø 1994/1996 = 100						
Faktoreinkommen je Jahresarbeitseinheit	100,0	85,1	94,5	108,9	103,1	99,0	100,0	88,3	99,4	117,0	112,3	109,9
Erwerbstätige zu Vollzeitäquivalenten (Jahresarbeitseinheiten)						Bruttowertschöpfung zu Herstellungspreisen						
Anteil der Landwirtschaft in %	6,0	5,3	5,0	4,9	4,8	4,8	1,9	1,4	1,3	1,4	1,3	1,2

Q: Eurostat, NewCronos Datenbank, Statistik Austria, Bundesanstalt für Agrarwirtschaft, WIFO-Berechnungen. Werte für 2003: vorläufig. • E-Mail-Adresse: Dietmar.Weinberger@wifo.ac.at

Übersicht 20: Markt- und Preisentwicklung

	Ø 1994/ 1996	2000	2001	2002	2003	2003		2004		2004			Juni
						III. Qu.	IV. Qu.	I. Qu.	II. Qu.	März	April	Mai	
	1.000 t					Veränderung gegen das Vorjahr in %							
Marktentwicklung													
Milchanlieferung	2.278,0	2.660,8	2.653,7	2.649,4	2.645,0	- 0,9	+ 0,1	+ 1,0	- 0,1	- 0,1	- 0,2	- 0,1	- 0,1
Marktleistung Getreide ¹⁾		2.209,1	2.442,9	2.330,7	1.975,2								
Marktleistung Schlachtrinder	196,5	194,8	203,7	198,3	195,0	+ 3,4	- 1,3	- 0,8		+ 9,8	- 2,5	- 8,0	
Marktleistung Schlachtkälber	13,0	10,2	11,5	10,8	10,3	- 6,7	+ 4,3	+ 2,1		+ 15,4	- 0,8	- 0,7	
Marktleistung Schlachtschweine	430,5	468,3	453,0	465,4	470,9	- 1,4	+ 4,1	+ 3,6		+ 7,7	- 0,9	- 3,3	
Marktleistung Schlachtgeflügel ²⁾	84,2	94,5	99,6	100,7	101,9	+ 0,7	+ 2,1	+ 5,7		+ 11,4	- 1,3	- 9,6	
	€ je t					Veränderung gegen das Vorjahr in %							
Erzeugerpreise (ohne Umsatzsteuer)													
Milch (4% Fett, 3,3% EE)	311,5	283,8	324,5	307,0	286,9	- 6,0	- 2,1	- 3,1		- 3,8	- 3,4	- 1,7	
Qualitätsweizen		125,6	123,4	114,1	117,3	+ 5,2	+ 8,1	+ 9,9	+ 11,4	+ 15,2	+ 15,1	+ 12,1	+ 7,2
Jungstiere (R3) ³⁾		2.824,2	2.456,7	2.680,0	2.685,8	- 2,3	- 8,5	- 10,1	- 3,7	- 9,4	- 7,6	- 3,4	+ 0,0
Schweine (Kl. E.) ³⁾		1.430,8	1.719,2	1.374,2	1.279,2	- 0,7	- 5,5	+ 1,9	+ 9,4	+ 12,1	+ 6,5	+ 5,8	+ 15,6
Hühner bratfertig ³⁾		1.827,5	1.941,7	1.935,8	1.917,5	- 1,4	- 0,9	+ 1,6	+ 1,0	+ 1,6	+ 1,0	+ 1,0	+ 1,0

Q: Agrarmarkt Austria, Statistik Austria, Bundesanstalt für Agrarwirtschaft, WIFO-Berechnungen. - ¹⁾ Wirtschaftsjahr (Juli bis Juni); Körnermais: Oktober bis September. - ²⁾ Back-, Brat- und Truthühner. - ³⁾ € je t Schlachtgewicht. • E-Mail-Adresse: Dietmar.Weinberger@wifo.ac.at

Sachgütererzeugung

Übersicht 21: Produktion, Beschäftigung und Auftragslage

	2002	2003	2003		2004		2003		2004		Mai	Juni	Juli
			IV. Qu.	I. Qu.	II. Qu.	Dezember	Jänner	Februar	März	April			
	Veränderung gegen das Vorjahr in %												
Produktionsindex (arbeitstägig bereinigt)													
Insgesamt	- 0,0	+ 2,5	+ 3,8	+ 3,4	+ 6,8	+ 5,1	+ 2,1	+ 3,8	+ 4,3	+ 5,7	+ 7,5	+ 7,2	+ 7,5
Vorprodukte	+ 1,3	+ 4,7	+ 5,5	+ 1,5	+ 5,0	+ 6,2	+ 1,6	+ 1,6	+ 1,3	+ 2,9	+ 5,4	+ 6,6	+ 4,5
Kfz	- 4,6	+ 3,7	+ 10,3	+ 23,6	+ 32,8	+ 22,6	+ 13,1	+ 27,8	+ 28,9	+ 26,9	+ 32,6	+ 38,8	+ 35,6
Investitionsgüter	+ 2,7	- 0,3	+ 2,9	+ 6,4	+ 8,3	+ 5,1	+ 5,8	+ 4,7	+ 8,6	+ 9,3	+ 9,8	+ 6,0	+ 12,4
Konsumgüter	- 0,3	+ 0,6	+ 0,6	- 1,4	+ 1,1	+ 1,1	- 2,3	- 0,7	- 1,3	+ 1,1	+ 1,6	+ 0,6	+ 1,0
Dauerhafte	- 7,1	- 2,5	+ 3,0	+ 3,3	+ 5,7	+ 5,7	+ 2,6	+ 3,2	+ 3,9	+ 6,9	+ 7,4	+ 3,1	+ 5,0
Nichtdauerhafte	- 0,3	+ 2,7	+ 5,1	- 3,3	- 2,3	+ 5,0	- 1,9	- 2,8	- 5,1	- 1,8	- 1,6	- 3,6	- 0,7
Nahrungs- und Genussmittel	+ 3,3	+ 0,3	- 4,0	- 1,8	+ 2,0	- 3,8	- 4,7	- 0,6	- 0,1	+ 0,9	+ 2,0	+ 3,2	+ 0,7
Beschäftigte	- 1,6	- 1,0	- 0,3	+ 0,1	+ 0,6	- 0,2	- 0,1	+ 0,3	+ 0,3	+ 0,6	+ 0,7	+ 0,6	
Geleistete Stunden	- 2,1	- 0,7	+ 0,7	+ 1,7	+ 2,7	+ 3,0	- 2,5	+ 1,3	+ 6,1	+ 1,2	+ 0,3	+ 6,9	
Produktion je Beschäftigten	+ 1,7	+ 3,5	+ 4,0	+ 3,3	+ 6,1	+ 5,3	+ 2,2	+ 3,5	+ 4,0	+ 5,0	+ 6,8	+ 6,6	
Produktion (unbereinigt) je geleistete Stunde	+ 2,5	+ 3,1	+ 3,0	+ 3,0	+ 5,0	+ 2,5	+ 1,6	+ 2,3	+ 4,3	+ 3,9	+ 4,1	+ 6,9	
Auftragseingänge	- 2,4	+ 1,1	+ 6,3	+ 13,2	+ 26,7	+ 7,5	+ 0,6	+ 16,1	+ 23,4	+ 19,2	+ 16,7	+ 44,7	
Inland	- 8,5	- 1,7	+ 4,5	+ 12,7	+ 31,7	- 1,4	- 2,3	+ 18,1	+ 23,6	+ 18,8	+ 19,3	+ 56,8	
Ausland	+ 0,5	+ 2,2	+ 7,1	+ 13,3	+ 24,4	+ 11,8	+ 1,8	+ 15,3	+ 23,4	+ 19,4	+ 15,6	+ 39,0	
Auftragsbestand	+ 3,4	+ 5,3	+ 6,7	+ 11,4	+ 17,4	+ 6,3	+ 7,3	+ 12,5	+ 14,3	+ 15,1	+ 16,3	+ 20,7	
Inland	- 15,6	+ 6,9	+ 6,0	+ 10,2	+ 16,0	+ 4,4	+ 2,5	+ 14,6	+ 13,4	+ 12,7	+ 15,4	+ 19,9	
Ausland	+ 12,0	+ 4,8	+ 6,9	+ 11,8	+ 17,8	+ 6,9	+ 9,0	+ 11,8	+ 14,6	+ 16,0	+ 16,6	+ 21,0	

Q: Statistik Austria, WIFO-Berechnungen. • E-Mail-Adresse: Traude.Novak@wifo.ac.at

Übersicht 22: Ergebnisse des WIFO-Konjunkturtests

	2001		2002		2003		2003		2004		I. Qu.	II. Qu.	III. Qu.
	III. Qu.	IV. Qu.	I. Qu.	II. Qu.	III. Qu.	IV. Qu.	I. Qu.	II. Qu.	III. Qu.	IV. Qu.			
	Salden aus positiven und negativen Meldungen, in % der befragten Unternehmen, saisonbereinigt												
Auftragsbestände	- 30	- 41	- 37	- 37	- 32	- 31	- 33	- 28	- 36	- 29	- 24	- 27	- 21
Exportauftragsbestände	- 32	- 42	- 39	- 34	- 33	- 31	- 34	- 28	- 45	- 35	- 32	- 29	- 28
Fertigwarenlager	+ 20	+ 22	+ 20	+ 18	+ 18	+ 16	+ 14	+ 13	+ 16	+ 9	+ 11	+ 10	+ 8
Produktionserwartungen	+ 3	- 5	+ 2	+ 8	+ 5	+ 6	+ 5	+ 3	+ 3	+ 12	+ 8	+ 10	+ 8
Verkaufspreiserwartungen	- 3	- 12	- 6	- 2	+ 1	- 2	- 5	- 1	- 9	- 1	+ 5	+ 5	+ 6

Q: WIFO-Konjunkturtest. • E-Mail-Adresse: Eva.Jungbauer@wifo.ac.at

Bauwirtschaft

Übersicht 23: Produktion

	2001	2002	2003	2003		2004		2003		2004		Mai	Juni
				IV. Qu.	I. Qu.	II. Qu.	Dezember	Jänner	Februar	März	April		
	Veränderung gegen das Vorjahr in %												
Produktionswert													
Hoch- und Tiefbau ¹⁾	- 2,9	+ 1,2	+ 9,7	+ 9,0	+ 0,3	+ 2,2	+ 10,6	+ 9,5	- 0,1	- 5,5	- 0,2	- 1,8	+ 7,8
Hochbau	- 4,0	- 2,3	+ 8,0	+ 9,6	- 0,4	+ 3,8	+ 9,9	+ 14,6	- 6,4	- 6,1	+ 2,9	- 2,7	+ 10,9
Wohnhaus-, Siedlungsbau	- 9,7	- 5,1	+ 6,0	+ 9,5	+ 6,8	+ 6,3	+ 8,1	+ 25,6	+ 4,2	- 5,0	+ 5,3	+ 2,2	+ 11,0
Tiefbau	- 1,4	+ 6,2	+ 10,5	+ 7,3	+ 5,1	+ 1,6	+ 11,1	+ 1,7	+ 25,8	- 4,6	- 3,4	+ 2,7	+ 4,6
Bauwesen insgesamt ²⁾	- 2,7	+ 0,7	+ 8,7	+ 9,2	+ 1,1	+ 3,6	+ 11,7	+ 4,1	+ 1,2	- 1,1	+ 2,1	+ 0,2	+ 8,2
Baunebengewerbe	- 0,2	- 3,1	+ 10,5	+ 12,3	+ 1,3	+ 6,2	+ 12,6	- 3,7	- 1,7	+ 7,9	+ 4,3	+ 4,3	+ 9,5
Auftragsbestände	+ 2,0	- 2,6	+ 4,0	+ 6,3	+ 8,0	+ 9,1	+ 6,9	+ 11,7	+ 2,2	+ 10,4	+ 8,5	+ 9,2	+ 9,6
Auftragseingänge	- 3,7	+ 2,2	+ 9,9	+ 11,9	+ 5,5	+ 5,5	+ 5,4	+ 5,4	- 3,7	+ 14,5	- 2,7	+ 4,8	+ 14,9

Q: Statistik Austria. - ¹⁾ Wert der technischen Gesamtproduktion nach dem Güteransatz (GNACE), charakteristische Produktion ohne Nebenleistungen. - ²⁾ Wert der abgesetzten Produktion nach dem Aktivitätsansatz (ÖNACE 1995), einschließlich Bauhilfsgewerbe, nach dem Schwerpunkt der Tätigkeit des Bauunternehmens. • E-Mail-Adresse: Monika.Dusek@wifo.ac.at

Übersicht 24: Preise und Arbeitsmarkt

	2001	2002	2003	2003		2004		März	April	2004			
				III. Qu.	IV. Qu.	I. Qu.	II. Qu.			Mai	Juni	Juli	August
Baupreisindex ¹⁾													
Hoch- und Tiefbau	+ 1,1	+ 0,8	+ 0,9	+ 0,9	+ 0,8	+ 1,4	+ 2,0
Hochbau	+ 1,9	+ 1,3	+ 1,5	+ 1,6	+ 1,6	+ 2,1	+ 2,9
Wohnhaus-, Siedlungsbau	+ 1,7	+ 1,2	+ 1,5	+ 1,5	+ 1,5	+ 2,0	+ 2,8
Tiefbau	- 0,1	- 0,3	- 0,2	- 0,1	- 0,2	+ 0,0	+ 0,2

Arbeitsmarkt

Beschäftigung Hoch- und Tiefbau	- 4,1	- 2,8	- 1,2	- 0,7	- 1,2	- 1,3	- 0,7	- 2,2	- 0,5	- 1,0	- 0,5	- 0,6	- 0,5
Arbeitslose	+ 10,4	+ 8,0	- 0,9	- 1,1	+ 3,3	+ 0,4	- 3,5	+ 3,6	- 4,3	- 3,4	- 2,7	- 2,6	- 3,4
Offene Stellen	- 30,9	- 11,0	- 4,0	- 3,4	- 15,5	+ 30,4	+ 41,5	+ 46,6	+ 53,0	+ 45,3	+ 26,6	+ 51,1	+ 12,2

Q: Statistik Austria, Hauptverband der österreichischen Sozialversicherungsträger, Arbeitsmarktservice Österreich. – ¹⁾ 1996 = 100. • E-Mail-Adresse: Monika.Dusek@wifo.ac.at

Binnenhandel**Übersicht 25: Umsätze und Beschäftigung im Einzelhandel**

	2001	2002	2003	2003		2004		Jänner	Februar	2004			
				III. Qu.	IV. Qu.	I. Qu.	II. Qu.			März	April	Mai	Juni
Nettoumsätze nominell													
Kfz-Handel, Reparatur von Kfz und Tankstellen	- 1,0	- 2,0	+ 4,5	+ 3,9	+ 5,3	- 1,6	+ 5,4	- 10,4	- 0,7	+ 4,8	+ 2,9	+ 0,9	+ 12,9
Handelsvermittlung und Großhandel ohne Kfz	- 3,4	+ 2,0	+ 2,4	+ 1,0	+ 1,3	- 1,0	+ 5,9	- 3,8	- 4,0	+ 4,0	+ 3,0	+ 2,9	+ 11,9
Einzelhandel ohne Kfz, ohne Tankstellen	+ 0,4	+ 0,6	+ 1,5	+ 0,5	+ 0,5	+ 1,6	+ 2,2	+ 0,4	+ 0,8	+ 3,6	+ 3,4	- 3,6	+ 7,1
Nettoumsätze real													
Kfz-Handel, Reparatur von Kfz und Tankstellen	- 2,1	- 3,5	+ 2,1	+ 1,8	+ 3,1	- 3,1	+ 2,9	- 11,7	- 2,0	+ 3,1	+ 1,0	- 1,7	+ 9,8
Handelsvermittlung und Großhandel ohne Kfz	- 4,0	+ 2,6	+ 1,6	+ 0,6	- 0,1	- 2,5	- 0,3	- 5,2	- 5,0	+ 2,1	- 2,3	- 3,7	+ 5,3
Einzelhandel ohne Kfz, ohne Tankstellen	- 0,8	+ 0,8	+ 0,3	- 1,2	- 1,1	+ 0,2	+ 1,1	- 1,2	- 1,0	+ 2,6	+ 2,6	- 4,7	+ 5,8
Beschäftigte ¹⁾													
Kfz-Handel, Reparatur von Kfz und Tankstellen	+ 0,5	+ 0,2	- 0,1	+ 0,2	- 0,1	+ 0,4	+ 0,8	+ 0,3	+ 0,2	+ 0,7	+ 0,9	+ 0,5	+ 1,0
Handelsvermittlung und Großhandel ohne Kfz	+ 1,6	- 0,6	- 4,2	- 3,8	- 4,6	- 2,0	- 2,8	- 1,2	- 2,4	- 2,5	- 2,7	- 2,9	- 2,9
Einzelhandel ohne Kfz, ohne Tankstellen	+ 1,1	- 0,7	+ 1,1	+ 1,1	+ 1,0	+ 0,2	+ 1,1	+ 0,2	- 0,4	+ 0,9	+ 1,1	+ 0,7	+ 1,6

Q: Statistik Austria; laut ÖNACE 1995, ab 2003 mit ÖNACE 2003 verkettet. – ¹⁾ Einschließlich im Betrieb tätiger Inhaber und mithelfender Familienmitglieder. • E-Mail-Adresse: Martina.Agwi@wifo.ac.at

Verkehr**Übersicht 26: Güter- und Personenverkehr**

	2001	2002	2003	2003		2004		März	April	2004			
				III. Qu.	IV. Qu.	I. Qu.	II. Qu.			Mai	Juni	Juli	August
Güterverkehr													
Straße (in tkm)	+ 2,3	+ 1,5
Neuzulassungen Lkw (Nutzlast 1 t und darüber)	- 13,2	- 7,4	+ 17,6	+ 14,3	+ 33,9	+ 12,4	+ 7,6	+ 14,9	+ 8,1	+ 0,8	+ 14,5	+ 25,2	+ 24,6
Bahn (in tkm)	+ 1,6	+ 1,4	+ 1,2	+ 5,5	+ 1,1	+ 20,2	- 0,2
Inlandverkehr	- 1,0	+ 1,9	- 1,6	+ 9,4	- 8,3	+ 22,1
Ein- und Ausfuhr	+ 1,3	+ 2,7	+ 2,0	+ 8,0	+ 6,1	+ 17,0
Transit	+ 5,3	- 2,3	+ 2,0	- 4,2	- 0,0	+ 26,9
Personenverkehr													
Bahn (Personenkilometer)	+ 0,4	+ 0,7	- 0,6	.	+ 5,2	+ 10,9	+ 14,2	+ 21,1	+ 14,8	+ 26,5	+ 25,1	+ 13,7	.
Luftverkehr (Passagiere)	- 0,3	+ 1,4	+ 5,6	+ 5,2	+ 10,9	+ 14,2	+ 21,1	+ 14,8	+ 26,5	+ 25,1	+ 13,7	.	.
Neuzulassungen Pkw	- 5,1	- 4,8	+ 7,4	+ 9,5	+ 12,7	+ 0,6	+ 7,5	+ 7,1	+ 3,6	+ 3,7	+ 15,8	+ 1,1	+ 1,5

Q: Statistik Austria, ÖBB. • E-Mail-Adresse: Martina.Agwi@wifo.ac.at

Bankenstatistik**Übersicht 27: Einlagen und Kredite**

	2001	2002	2003	2003		2004		Februar	März	2004			
				III. Qu.	IV. Qu.	I. Qu.	II. Qu.			April	Mai	Juni	Juli
Veränderung der Endstände gegen das Vorjahr in %													
Einlagen insgesamt	+ 7,8	+ 1,2	+ 4,8	+ 3,8	+ 4,8	+ 4,3	+ 4,4	+ 4,3	+ 4,3	+ 4,8	+ 3,7	+ 4,4	+ 4,9
Spareinlagen	+ 4,8	+ 1,8	+ 3,5	+ 3,8	+ 3,5	+ 3,3	+ 3,3	+ 3,5	+ 3,3	+ 3,4	+ 3,3	+ 3,3	+ 3,3
Termineinlagen	+ 31,8	- 13,8	- 13,4	- 17,5	- 13,4	- 8,4	- 9,1	- 11,5	- 8,4	- 11,6	- 11,8	- 9,1	- 1,8
Sichteinlagen	+ 8,2	+ 9,4	+ 18,0	+ 14,9	+ 18,0	+ 12,8	+ 14,1	+ 14,5	+ 12,8	+ 16,4	+ 11,4	+ 14,1	+ 11,9
Fremdwährungseinlagen	- 19,1	- 9,3	+ 4,9	+ 11,4	+ 4,9	+ 7,0	+ 2,1	+ 2,0	+ 7,0	+ 12,3	+ 21,6	+ 2,1	+ 14,4
Direktkredite an inländische Nichtbanken	+ 3,5	+ 1,2	+ 1,6	+ 1,1	+ 1,6	+ 2,3	+ 4,1	+ 1,8	+ 2,3	+ 3,0	+ 3,8	+ 4,1	+ 3,7

Q: OeNB. • E-Mail-Adressen: Ursula.Glauninger@wifo.ac.at, Christa.Magerl@wifo.ac.at

Arbeitsmarkt

Übersicht 28: Saisonbereinigte Arbeitsmarktkindikatoren

	2003				2004				2004				
	II. Qu.	III. Qu.	IV. Qu.	I. Qu.	II. Qu.	III. Qu.	März	April	Mai	Juni	Juli	August	September
	Veränderung gegen die Vorperiode in %												
Unselbständig aktiv Beschäftigte ¹⁾	+ 0,1	+ 0,0	+ 0,1	+ 0,2	+ 0,2	+ 0,2	+ 0,0	+ 0,0	+ 0,1	+ 0,2	+ 0,1	+ 0,0	+ 0,0
Arbeitslose	+ 0,8	+ 1,7	+ 0,8	+ 0,3	+ 0,4	- 0,2	+ 0,1	+ 0,9	- 0,3	- 0,7	+ 0,4	- 0,1	+ 0,1
Offene Stellen	- 2,0	- 1,8	- 0,9	+ 6,5	+ 3,8	+ 3,0	+ 4,1	- 4,6	+ 7,2	- 0,8	+ 2,9	- 2,2	- 0,2
Arbeitslosenquote													
In % der unselbständigen Erwerbspersonen	+ 7,0	+ 7,1	+ 7,1	+ 7,2	+ 7,2	+ 7,1	+ 7,1	+ 7,2	+ 7,2	+ 7,1	+ 7,1	+ 7,1	+ 7,1
In % der Erwerbspersonen (laut Eurostat)	+ 4,2	+ 4,3	+ 4,4	+ 4,5	+ 4,5	+ 4,5	+ 4,5	+ 4,5	+ 4,5	+ 4,5	+ 4,5	+ 4,5	+ 4,5

Q: Hauptverband der österreichischen Sozialversicherungsträger, Arbeitsmarktservice Österreich, Eurostat, WIFO-Berechnungen. – ¹⁾ Ohne Bezug von Karenz- bzw. Kinderbetreuungsgeld, ohne Präsenzdienst, ohne arbeitslose Schulungsteilnehmer mit Beihilfen zur Deckung des Lebensunterhalts. • E-Mail-Adresse: Julia.Hudritsch@wifo.ac.at

Übersicht 29: Beschäftigung, Arbeitslosigkeit und offene Stellen

	2001	2002	2003	2003	2004		2004						
				IV. Qu.	I. Qu.	II. Qu.	III. Qu.	April	Mai	Juni	Juli	August	September
	In 1.000												
Unselbständig Beschäftigte	3.148	3.155	3.185	3.173	3.128	3.198	3.274	3.169	3.197	3.229	3.298	3.281	3.244
Männer	1.748	1.731	1.731	1.723	1.670	1.740	1.784	1.723	1.740	1.756	1.795	1.787	1.771
Frauen	1.400	1.424	1.454	1.450	1.457	1.459	1.490	1.446	1.457	1.473	1.503	1.494	1.474
Ausländer	329	334	350	349	347	363	.	353	363	372	379	379	.
Sachgütererzeugung	614	599	589	587	578	583	.	581	582	585	601	598	.
Bauwesen	247	240	238	238	200	248	.	243	250	253	259	258	.
Private Dienstleistungen	1.250	1.257	1.261	1.249	1.264	1.262	.	1.245	1.259	1.281	1.316	1.311	.
Unternehmensbezogene Dienstleistungen	267	278	286	289	283	293	.	289	293	296	305	304	.
Unselbständig aktiv Beschäftigte ¹⁾	3.067	3.052	3.057	3.044	3.010	3.076	3.150	3.048	3.075	3.105	3.174	3.156	3.121
Männer	1.730	1.713	1.711	1.705	1.658	1.726	1.770	1.709	1.726	1.742	1.780	1.772	1.757
Frauen	1.336	1.339	1.346	1.339	1.352	1.350	1.381	1.339	1.349	1.363	1.394	1.384	1.364
Arbeitslose	204	232	240	256	294	220	205	241	215	203	201	207	209
Männer	115	134	140	148	189	119	107	132	116	109	105	107	109
Frauen	89	98	100	109	105	101	98	109	99	94	95	100	99
Personen in Schulung ²⁾	32	35	41	41	42	42	40	44	43	40	36	38	45
Offene Stellen	30	23	22	19	21	27	26	26	28	26	27	26	25
	Veränderung gegen das Vorjahr in 1.000												
Unselbständig Beschäftigte	+ 14,4	+ 7,0	+ 29,6	+ 24,2	+ 4,6	+ 10,3	+ 19,5	+ 2,5	+ 9,0	+ 19,6	+ 21,9	+ 22,1	+ 14,4
Männer	- 9,3	- 16,6	- 0,4	+ 1,1	- 6,4	- 2,5	+ 3,7	- 5,4	- 4,0	+ 2,0	+ 4,2	+ 4,2	+ 2,7
Frauen	+ 23,7	+ 23,7	+ 30,0	+ 23,1	+ 11,0	+ 12,8	+ 15,8	+ 7,9	+ 12,9	+ 17,6	+ 17,7	+ 17,9	+ 11,7
Ausländer	+ 9,5	+ 5,1	+ 15,9	+ 17,9	+ 12,4	+ 10,2	.	+ 7,5	+ 10,7	+ 12,3	+ 13,8	+ 12,9	.
Sachgütererzeugung	+ 1,3	- 15,1	- 9,9	- 5,5	- 4,9	- 3,9	.	- 3,8	- 4,6	- 3,3	- 2,0	- 1,5	.
Bauwesen	- 10,4	- 6,8	- 2,8	- 2,8	- 2,7	- 1,7	.	- 1,3	- 2,5	- 1,2	- 1,5	- 1,2	.
Private Dienstleistungen	+ 19,3	+ 6,2	+ 4,0	+ 5,8	+ 7,9	+ 13,7	.	+ 7,1	+ 15,5	+ 18,7	+ 18,3	+ 15,2	.
Unternehmensbezogene Dienstleistungen	+ 16,3	+ 10,3	+ 8,5	+ 5,8	+ 5,7	+ 9,0	.	+ 8,0	+ 9,1	+ 9,8	+ 9,4	+ 8,3	.
Unselbständig aktiv Beschäftigte ¹⁾	+ 12,4	- 15,0	+ 5,5	+ 12,9	+ 10,4	+ 15,9	+ 23,6	+ 9,9	+ 14,5	+ 23,1	+ 24,8	+ 25,4	+ 20,5
Männer	- 10,2	- 17,1	- 2,0	+ 0,2	- 1,1	+ 4,1	+ 9,0	+ 1,7	+ 2,5	+ 8,0	+ 9,2	+ 9,3	+ 8,6
Frauen	+ 22,6	+ 2,1	+ 7,4	+ 12,7	+ 11,5	+ 11,8	+ 14,5	+ 8,2	+ 12,1	+ 15,1	+ 15,6	+ 16,1	+ 11,9
Arbeitslose	+ 9,6	+ 28,5	+ 7,7	+ 11,8	+ 10,1	+ 3,9	+ 0,9	+ 9,4	+ 0,5	+ 1,9	+ 1,0	+ 1,6	+ 0,1
Männer	+ 7,8	+ 19,1	+ 5,3	+ 6,7	+ 4,5	+ 0,1	- 1,1	+ 2,0	- 1,0	- 0,6	- 0,5	- 0,9	- 1,9
Frauen	+ 1,8	+ 9,5	+ 2,3	+ 5,1	+ 5,5	+ 3,8	+ 2,0	+ 7,4	+ 1,5	+ 2,5	+ 1,5	+ 2,5	+ 2,1
Personen in Schulung ²⁾	+ 3,0	+ 3,8	+ 6,0	+ 0,1	- 2,6	- 1,6	+ 2,9	- 1,2	- 2,3	- 1,4	- 0,1	+ 3,4	+ 5,5
Offene Stellen	- 5,8	- 6,5	- 1,5	- 2,0	+ 0,4	+ 2,9	+ 3,1	+ 2,4	+ 3,2	+ 3,0	+ 4,0	+ 2,8	+ 2,5

Q: Hauptverband der österreichischen Sozialversicherungsträger, Arbeitsmarktservice Österreich, Eurostat, WIFO-Berechnungen. – ¹⁾ Ohne Bezug von Karenz- bzw. Kinderbetreuungsgeld, ohne Präsenzdienst, ohne arbeitslose Schulungsteilnehmer mit Beihilfen zur Deckung des Lebensunterhalts. – ²⁾ Bezug von Individualbeihilfe des AMS. • E-Mail-Adresse: Julia.Hudritsch@wifo.ac.at

Übersicht 30: Arbeitslosenquote und Stellenandrang

	2001	2002	2003	2003	2004		2004						
				IV. Qu.	I. Qu.	II. Qu.	III. Qu.	April	Mai	Juni	Juli	August	September
	In % der unselbständigen Erwerbspersonen												
Arbeitslosenquote	6,1	6,9	7,0	7,5	8,6	6,4	5,9	7,1	6,3	5,9	5,7	5,9	6,0
Männer	6,2	7,2	7,5	7,9	10,2	6,4	5,7	7,1	6,3	5,8	5,6	5,6	5,8
Frauen	5,9	6,4	6,5	7,0	6,7	6,5	6,2	7,0	6,4	6,0	6,0	6,3	6,3
Unter 25-Jährige (in % der Arbeitslosen insgesamt)	15,2	15,8	16,4	17,0	15,2	15,4	16,7	15,7	15,3	15,1	15,9	16,6	17,5
Stellenandrang (Arbeitslose je 100 offene Stellen)	687	1.002	1.106	1.326	1.369	821	801	924	770	771	753	808	844

Q: Hauptverband der österreichischen Sozialversicherungsträger, Arbeitsmarktservice Österreich, WIFO-Berechnungen. • E-Mail-Adresse: Julia.Hudritsch@wifo.ac.at

Preise und Löhne

Übersicht 31: Verbraucherpreise und Großhandelspreise

	2001	2002	2003	2003		2004		März	April	2004			
				III. Qu.	IV. Qu.	I. Qu.	II. Qu.			Veränderung gegen das Vorjahr in %	Mai	Juni	Juli
Harmonisierter VPI	+ 2,3	+ 1,7	+ 1,3	+ 1,1	+ 1,2	+ 1,4	+ 2,0	+ 1,5	+ 1,5	+ 2,1	+ 2,3	+ 2,1	+ 2,2
Verbraucherpreisindex	+ 2,7	+ 1,8	+ 1,3	+ 1,2	+ 1,2	+ 1,3	+ 2,0	+ 1,5	+ 1,6	+ 2,1	+ 2,3	+ 2,2	+ 2,4
Ohne Saisonwaren	+ 2,7	+ 1,8	+ 1,8	+ 1,2	+ 1,1	+ 1,4	+ 2,0	+ 1,6	+ 1,6	+ 2,2	+ 2,3	+ 2,2	+ 2,5
Nahrungsmittel, alkoholfreie Getränke	+ 3,6	+ 1,4	+ 1,8	+ 2,2	+ 2,7	+ 2,1	+ 2,4	+ 1,9	+ 2,0	+ 2,3	+ 3,0	+ 2,8	+ 2,2
Alkoholische Getränke, Tabak	+ 4,2	+ 4,4	+ 3,2	+ 2,2	+ 2,1	+ 2,7	+ 2,5	+ 2,9	+ 2,7	+ 2,6	+ 2,3	+ 2,1	+ 2,1
Bekleidung und Schuhe	+ 1,7	+ 0,9	+ 0,9	+ 0,6	+ 1,5	+ 1,2	+ 0,5	+ 0,5	+ 0,7	+ 0,3	+ 0,5	- 0,3	+ 1,2
Wohnung, Wasser, Energie	+ 3,1	+ 0,8	+ 1,3	+ 1,6	+ 0,6	+ 1,1	+ 1,9	+ 0,9	+ 1,6	+ 2,0	+ 2,1	+ 3,2	+ 4,0
Hausrat und laufende Instandhaltung	+ 1,6	+ 1,9	+ 1,7	+ 1,7	+ 1,4	+ 1,1	+ 0,5	+ 1,1	+ 0,4	+ 0,6	+ 0,5	+ 0,4	+ 0,6
Gesundheitspflege	+ 5,8	+ 1,8	- 0,8	- 1,8	- 1,7	- 2,3	+ 1,1	- 2,5	+ 0,7	+ 1,2	+ 1,5	+ 1,0	+ 0,8
Verkehr	+ 2,4	+ 0,8	+ 1,0	+ 0,6	+ 0,6	+ 0,6	+ 4,5	+ 2,2	+ 2,6	+ 4,9	+ 5,9	+ 3,8	+ 3,1
Nachrichtenübermittlung	- 1,0	- 1,0	- 1,8	- 1,9	- 1,5	- 1,1	- 1,1	- 1,5	- 1,2	- 1,3	- 0,6	- 0,7	- 0,9
Freizeit und Kultur	+ 1,7	+ 2,1	+ 0,6	+ 0,3	+ 0,5	+ 1,3	+ 0,6	+ 1,6	+ 0,3	+ 1,1	+ 0,5	+ 0,8	+ 2,2
Erziehung und Unterricht	+ 10,0	+ 21,9	+ 3,3	+ 3,5	+ 2,2	+ 1,9	+ 1,8	+ 1,9	+ 2,0	+ 1,7	+ 1,8	+ 1,8	+ 1,4
Restaurants und Hotels	+ 2,5	+ 3,0	+ 2,7	+ 2,7	+ 2,8	+ 2,8	+ 2,6	+ 3,1	+ 2,7	+ 2,6	+ 2,4	+ 2,4	+ 2,0
Verschiedene Waren und Dienstleistungen	+ 2,6	+ 3,3	+ 2,6	+ 2,3	+ 2,4	+ 2,6	+ 2,9	+ 2,9	+ 2,8	+ 2,9	+ 2,8	+ 2,8	+ 2,9
Großhandelspreisindex	+ 1,5	- 0,4	+ 1,7	+ 1,3	+ 2,4	+ 2,3	+ 5,7	+ 3,0	+ 5,2	+ 6,1	+ 5,9	+ 6,0	+ 6,3
Ohne Saisonprodukte	+ 1,4	- 0,5	+ 1,5	+ 1,0	+ 2,1	+ 2,3	+ 6,0	+ 3,1	+ 5,3	+ 6,5	+ 6,2	+ 6,4	+ 6,7

Q: Statistik Austria. • E-Mail-Adresse: Annamaria.Rammel@wifo.ac.at

Übersicht 32: Tariflöhne

	2001	2002	2003	2003		2004		März	April	2004			
				III. Qu.	IV. Qu.	I. Qu.	II. Qu.			Veränderung gegen das Vorjahr in %	Mai	Juni	Juli
Beschäftigte	+ 2,7	+ 2,4	+ 2,2	+ 2,3	+ 2,3	+ 2,2	+ 2,1	+ 2,1	+ 2,2	+ 2,1	+ 2,2	+ 1,9	+ 1,9
Ohne öffentlichen Dienst	+ 2,8	+ 2,7	+ 2,2	+ 2,2	+ 2,1	+ 2,0	+ 2,0	+ 2,0	+ 2,0	+ 2,0	+ 2,0	+ 1,9	+ 1,9
Arbeiter	+ 3,0	+ 2,7	+ 2,2	+ 2,2	+ 2,2	+ 2,1	+ 2,0	+ 2,1	+ 2,1	+ 2,0	+ 2,0	+ 1,9	+ 1,9
Angestellte	+ 2,8	+ 2,6	+ 2,1	+ 2,2	+ 2,1	+ 2,0	+ 2,0	+ 2,0	+ 2,0	+ 2,0	+ 2,0	+ 1,9	+ 2,0
Bedienstete													
Öffentlicher Dienst	+ 2,3	+ 1,1	+ 2,5	+ 2,8	+ 2,8	+ 2,6	+ 2,6	+ 2,6	+ 2,6	+ 2,6	+ 2,6	+ 2,0	+ 2,0
Verkehr	+ 1,6	+ 4,1	+ 2,1	+ 2,0	+ 2,0	+ 1,8	+ 1,8	+ 1,8	+ 1,8	+ 1,9	+ 1,9	+ 1,9	+ 1,9

Q: Statistik Austria. • E-Mail-Adresse: Eva.Latschka@wifo.ac.at

Übersicht 33: Effektivverdienste

	2001	2002	2003	2003		2004		Jänner	Februar	2004			
				III. Qu.	IV. Qu.	I. Qu.	II. Qu.			Veränderung gegen das Vorjahr in %	März	April	Mai
<i>Gesamtwirtschaft¹⁾</i>													
Lohn- und Gehaltssumme, brutto	+ 2,1	+ 2,0	+ 2,6	+ 2,6	+ 2,8	+ 2,7	+ 3,1
Lohn- und Gehaltssumme, netto	+ 1,8	+ 1,7	+ 2,3
Pro-Kopf-Einkommen													
Je Arbeitnehmer, brutto	+ 1,4	+ 2,2	+ 2,3	+ 2,2	+ 2,4	+ 2,3	+ 2,5
Je Arbeitnehmer, netto	+ 1,1	+ 1,9	+ 2,0
Je Arbeitnehmer, netto real ²⁾	- 1,1	+ 0,8	+ 0,2
<i>Sachgütererzeugung</i>													
Lohn- und Gehaltssumme, brutto	+ 4,1	+ 0,7	+ 1,4	+ 1,2	+ 1,6	+ 1,5	+ 2,3	+ 1,1	+ 1,7	+ 1,8	+ 1,8	+ 2,3	+ 2,6
Pro-Kopf-Einkommen je unselbständig Beschäftigten													
Einschließlich Sonderzahlungen	+ 2,7	+ 2,4	+ 2,4	+ 1,7	+ 1,9	+ 1,4	+ 1,6	+ 1,2	+ 1,4	+ 1,6	+ 1,2	+ 1,6	+ 2,0
Stundenverdienste je Arbeiter													
Einschließlich Sonderzahlungen	+ 3,2	+ 2,6	+ 2,5	+ 1,4	+ 1,6	+ 0,4	+ 1,5	+ 2,3	+ 1,1	- 2,0	+ 1,4	+ 3,3	- 0,5
Ohne Sonderzahlungen	+ 2,9	+ 2,7	+ 2,4	+ 1,8	+ 2,0	+ 1,2	+ 1,7	+ 3,1	+ 1,6	- 0,9	+ 1,8	+ 3,2	+ 0,1
<i>Bauwesen</i>													
Lohn- und Gehaltssumme, brutto	- 2,4	- 0,4	+ 5,5	+ 6,1	+ 5,5	+ 3,3	+ 2,3	+ 2,4	+ 3,3	+ 4,2	+ 0,9	+ 1,5	+ 4,2
Pro-Kopf-Einkommen je unselbständig Beschäftigten													
Einschließlich Sonderzahlungen	+ 2,8	+ 3,1	+ 2,7	+ 2,6	+ 1,6	+ 2,7	+ 1,9	+ 0,4	+ 1,8	+ 5,7	+ 0,4	+ 0,9	+ 3,9
Stundenverdienste je Arbeiter													
Einschließlich Sonderzahlungen	+ 2,4	+ 3,0	+ 3,1	+ 2,8	+ 1,7	+ 1,2	+ 0,3	+ 2,1	+ 1,3	+ 0,3	- 1,3	+ 1,6	+ 0,2
Ohne Sonderzahlungen	+ 2,2	+ 3,1	+ 3,0	+ 2,8	+ 2,1	+ 1,3	+ 0,6	+ 2,0	+ 1,6	+ 0,4	- 0,9	+ 1,4	+ 1,3

Q: Statistik Austria. - 1) Laut ESVG 1995. - 2) Zu Preisen von 1995. • E-Mail-Adresse: Eva.Latschka@wifo.ac.at

Staatshaushalt

Übersicht 34: Staatsquoten

	1994	1995	1996	1997	1998	1999	2000	2001	2002	2003
	In % des Bruttoinlandsproduktes									
Staatsausgaben	57,4	57,1	56,6	53,9	54,0	54,0	52,3	51,6	51,3	51,2
Abgabenquote Staat und EU	41,9	42,4	43,9	44,7	44,4	44,4	43,6	45,4	44,3	43,3
Finanzierungssaldo ¹⁾	- 5,0	- 5,2	- 3,8	- 1,9	- 2,4	- 2,3	- 1,5	0,3	- 0,2	- 1,1
Schuldenstand	64,7	69,2	69,1	64,7	64,8	67,5	67,0	67,1	66,6	65,1

Q: Statistik Austria, Stand 31. August 2004. - 1) Einschließlich Saldo der Währungstauschverträge. • E-Mail-Adresse: Dietmar.Klose@wifo.ac.at

Soziale Sicherheit

Übersicht 35: Pensionen nach Pensionsversicherungsträgern

	Zahl der Pensionen in 1.000						Durchschnittspension in €					
	1998	1999	2000	2001	2002	2003	1998	1999	2000	2001	2002	2003
Bestand insgesamt	1.914,4	1.944,5	1.978,4	1.993,3	2.008,0	2.015,2	697	718	740	754	771	787
Unselbständige	1.570,8	1.600,2	1.630,7	1.646,6	1.662,8	1.670,2	716	738	760	773	790	805
Arbeiter	958,1	966,7	975,1	976,3	978,0	973,4	582	595	609	616	626	635
Angestellte	573,3	590,5	612,6	627,8	642,8	655,4	934	962	989	1.008	1.029	1.047
Selbständige	343,6	344,3	347,7	346,6	345,2	345,0	607	626	646	663	681	699
Gewerbliche Wirtschaft	153,3	154,3	156,0	156,5	156,7	157,4	755	782	809	831	856	879
Bauern	190,1	189,6	191,4	189,8	188,1	187,3	484	496	509	519	531	543
Neuzuerkennungen insgesamt ¹⁾	105,1	116,6	120,0	97,1	101,3	96,0	737	804	846	783	793	841
Unselbständige	89,6	99,6	100,9	83,5	87,2	80,5	746	816	863	786	799	849
Arbeiter	52,4	55,4	54,8	45,7	48,6	42,9	577	611	638	565	576	622
Angestellte	35,5	42,0	43,9	36,0	36,9	36,0	988	1.076	1.137	1.058	1.087	1.115
Selbständige ¹⁾	15,5	17,0	19,0	13,6	14,1	15,5	684	738	754	763	760	799
Gewerbliche Wirtschaft	8,0	8,7	9,2	7,6	7,5	8,0	849	909	974	952	965	1.033
Bauern	7,5	8,2	9,8	6,1	6,6	7,5	508	557	548	528	525	548

Q: Hauptverband der österreichischen Sozialversicherungsträger. – ¹⁾ Ohne Notariat. • E-Mail-Adresse: Eva.Latschka@wifo.ac.at

Übersicht 36: Pensionen nach Pensionsarten

	Zahl der Pensionen in 1.000						Durchschnittspension in €					
	1998	1999	2000	2001	2002	2003	1998	1999	2000	2001	2002	2003
Bestand insgesamt	1.914,4	1.944,5	1.978,4	1.993,3	2.008,0	2.015,2	697	718	740	754	771	787
Direktpensionen	1.382,8	1.413,3	1.448,2	1.464,4	1.480,7	1.492,9	791	815	791	853	872	888
Invaliditätspensionen	382,5	378,3	377,4	381,2	385,5	388,1	675	692	710	731	752	771
Alle Alterspensionen ¹⁾	1.000,3	1.034,9	1.070,9	1.083,1	1.095,1	1.104,8	835	860	882	896	914	929
Normale Alterspensionen	777,3	801,9	831,0	860,8	885,4	912,0	774	789	803	816	832	849
Vorzeitige Alterspensionen	222,4	232,5	239,4	222,0	209,3	192,4	1.051	1.106	1.160	1.211	1.261	1.310
Lange Versicherungsdauer	127,6	131,4	132,2	123,2	120,9	118,2	1.137	1.192	1.257	1.314	1.370	1.418
Arbeitslosigkeit	19,8	18,6	17,3	15,4	14,7	13,6	648	672	698	716	729	738
Geminderte Arbeitsfähigkeit	74,0	81,7	89,2	82,9	73,4	60,3	1.011	1.067	1.107	1.151	1.190	1.228
Gleitpensionen	1,1	0,8	0,6	0,5	0,4	0,3	993	956	957	953	947	977
Witwen- bzw. Witwerpensionen	481,0	480,8	480,0	478,8	477,8	474,7	476	486	497	504	514	521
Waisenpensionen	50,6	50,5	50,1	49,7	49,5	47,6	228	234	240	246	253	259
Neuzuerkennungen insgesamt ²⁾	105,1	116,6	120,0	97,1	101,3	96,0	737	804	846	783	793	841
Direktpensionen	72,9	84,7	89,2	67,4	71,1	68,1	875	945	985	933	941	994
Invaliditätspensionen	15,0	15,3	17,8	21,7	22,9	22,1	794	784	860	900	865	891
Alle Alterspensionen ¹⁾	57,9	69,3	71,3	45,6	48,1	46,1	897	980	1.016	949	977	1.044
Normale Alterspensionen	14,7	17,0	18,0	18,2	18,4	17,0	413	450	482	473	469	542
Vorzeitige Alterspensionen	43,2	52,3	53,3	27,4	29,7	29,1	1.061	1.153	1.197	1.264	1.292	1.335
Lange Versicherungsdauer	26,9	34,0	33,1	21,5	25,4	26,1	1.142	1.252	1.329	1.366	1.376	1.408
Arbeitslosigkeit	3,5	4,2	4,1	3,0	3,2	2,9	648	677	690	706	684	699
Geminderte Arbeitsfähigkeit	12,4	14,0	15,9	2,8	1,0	0,2	1.010	1.059	1.054	1.094	1.109	964
Gleitpensionen	0,3	0,2	0,2	0,2	0,1	0,1	804	719	881	959	1.003	986
Witwen- bzw. Witwerpensionen	26,6	26,4	25,3	24,5	25,0	23,2	471	480	494	493	497	518
Waisenpensionen	5,6	5,5	5,5	5,3	5,3	4,7	203	201	204	207	213	214

Q: Hauptverband der österreichischen Sozialversicherungsträger. – ¹⁾ Einschließlich Knappschaftssold. – ²⁾ Ohne Notariat. • E-Mail-Adresse: Eva.Latschka@wifo.ac.at

Übersicht 37: Durchschnittsalter bei Neuzuerkennung von Pensionen

	Männer						Frauen					
	1998	1999	2000	2001	2002	2003	1998	1999	2000	2001	2002	2003
Alle Pensionsversicherungsträger, Direktpensionen	58,2	58,4	58,5	58,7	59,1	59,0	56,7	56,7	56,8	57,3	57,4	57,3
Invaliditätspensionen	50,3	50,4	51,8	53,4	53,7	54,3	48,2	48,3	49,2	50,4	51,3	51,3
Alle Alterspensionen	60,9	60,6	60,5	62,2	62,8	62,7	58,2	58,0	58,3	59,4	59,3	59,0

Q: Hauptverband der österreichischen Sozialversicherungsträger. • E-Mail-Adresse: Eva.Latschka@wifo.ac.at

Übersicht 38: Beiträge des Bundes zur Pensionsversicherung

	Mio. €						In % des Pensionsaufwands					
	1998	1999	2000	2001	2002	2003	1998	1999	2000	2001	2002	2003
Unselbständige	2.356,7	2.625,0	2.211,5	2.377,4	2.691,3	3.550,5	15,4	16,3	13,1	13,6	15,0	19,3
Gewerbliche Wirtschaft	928,6	957,2	1.016,2	738,1	1.039,3	1.019,5	59,6	59,0	59,8	41,9	57,1	54,5
Bauern	839,2	878,4	929,4	989,3	1.031,0	1.027,5	78,8	79,8	81,0	84,8	86,9	85,7

Q: Hauptverband der österreichischen Sozialversicherungsträger. • E-Mail-Adresse: Eva.Latschka@wifo.ac.at

Umwelt

Übersicht 39: Energiebedingte CO₂-Emissionen

	CO ₂ -Emissionen						Emissionsintensität		
	1990	1996	1997	1998	1999	2000	2001	2001	
	Megatonnen						kg je BIP ¹⁾	t je Einwohner	
OECD	11.011,6	11.930,3	12.074,2	12.096,2	12.163,3	12.449,4	12.511,0	0,50	10,99
USA	4.825,7	5.290,0	5.437,6	5.485,6	5.527,2	5.689,7	5.673,3	0,63	19,84
EU	3.112,0	3.181,2	3.127,8	3.163,8	3.132,5	3.150,7	3.209,9	0,38	8,46
Deutschland	964,1	910,2	881,4	864,7	837,6	834,8	850,2	0,44	10,32
Österreich	56,6	64,5	64,3	64,3	62,5	62,7	66,6	0,33	8,19

Q: IEA. – ¹⁾ Zu Preisen von 1995, auf Dollarbasis, kaufkraftbereinigt. • E-Mail-Adresse: Alexandra.Wegscheider@wifo.ac.at

Übersicht 40: Umweltrelevante Steuern im Sinne der VGR

	1997	1998	1999	2000	2001	2002
	Mio. €					
Umweltsteuereinnahmen insgesamt	4.601	4.764	4.968	5.436	5.965	6.255
Energiesteuern ¹⁾	3.060	2.988	3.100	3.288	3.635	3.801
Umweltverschmutzungssteuern ²⁾	34	43	65	72	89	93
Ressourcensteuern ³⁾	407	421	441	452	451	470
Transportsteuern ⁴⁾	1.100	1.312	1.362	1.624	1.790	1.891
	Anteile der Umweltsteuern in %					
An den Steuereinnahmen insgesamt	5,6	5,6	5,7	6,0	6,2	6,5
Am BIP (nominell)	2,5	2,5	2,5	2,6	2,8	2,9

Q: Statistik Austria, WIFO-Berechnungen. – ¹⁾ Mineralölsteuer, Energieabgabe. – ²⁾ Altlastenbeitrag, Deponiestandortabgabe. – ³⁾ Grundsteuer, Jagd- und Fischereiabgabe, Abgabe gemäß Wiener Baumschutzgesetz, Landschaftsschutz- und Naturschutzabgabe. – ⁴⁾ Kfz-Steuer, Motorbezogene Versicherungssteuer, Normverbrauchsabgabe, Straßenbenützungsbetrag. • E-Mail-Adresse: Alexandra.Wegscheider@wifo.ac.at

Entwicklung in den Bundesländern

Übersicht 41: Bruttowertschöpfung

	1999	2000	2001	2002	2003	2002				2003				
						I. Qu.	II. Qu.	III. Qu.	IV. Qu.	I. Qu.	II. Qu.	III. Qu.	IV. Qu.	
	Veränderung gegen das Vorjahr in %, real, zu Preisen von 1995													
Wien	+ 2,5	+ 4,4	- 0,1	+ 1,1	+ 0,3	+ 1,2	+ 1,5	+ 1,0	+ 0,6	+ 0,8	+ 0,8	- 0,5	+ 0,2	
Niederösterreich	+ 1,7	+ 4,4	+ 0,0	+ 0,1	+ 0,6	+ 0,2	+ 0,2	- 0,7	+ 0,7	+ 0,3	+ 0,2	+ 1,2	+ 0,6	
Burgenland	+ 2,6	+ 4,4	+ 2,4	+ 1,6	+ 1,4	+ 0,4	+ 2,5	+ 1,7	+ 1,8	+ 1,7	+ 0,9	+ 2,9	- 0,0	
Steiermark	+ 3,0	+ 3,2	+ 2,4	+ 0,8	+ 0,3	+ 1,3	+ 3,2	+ 0,2	- 1,3	- 0,0	- 0,9	+ 0,8	+ 1,3	
Kärnten	+ 2,6	+ 2,5	+ 1,1	+ 0,6	+ 1,5	- 0,2	+ 1,0	+ 1,2	+ 0,2	+ 1,5	+ 1,5	+ 2,4	+ 0,4	
Oberösterreich	+ 1,9	+ 4,0	+ 2,4	+ 1,0	+ 2,2	- 0,3	+ 2,3	+ 1,5	+ 0,7	+ 2,0	+ 1,2	+ 3,2	+ 2,4	
Salzburg	+ 0,9	+ 2,5	+ 0,6	+ 2,2	+ 2,0	+ 1,3	+ 2,6	+ 2,1	+ 2,8	+ 1,7	+ 2,6	+ 3,7	+ 0,2	
Tirol	+ 2,7	+ 3,8	+ 1,7	+ 2,1	+ 0,7	+ 3,2	+ 2,4	+ 2,4	+ 0,5	+ 0,2	+ 1,7	+ 1,7	- 0,7	
Vorarlberg	+ 4,6	+ 3,1	+ 2,2	+ 2,1	+ 0,7	+ 2,2	+ 1,1	+ 3,5	+ 1,6	- 0,2	+ 2,1	+ 1,0	- 0,1	
Österreich	+ 2,3	+ 3,8	+ 1,1	+ 1,1	+ 0,9	+ 1,0	+ 1,8	+ 1,0	+ 0,6	+ 0,8	+ 0,8	+ 1,3	+ 0,7	

Q: WIFO-Berechnungen, vorläufige Schätzwerte. • E-Mail-Adresse: Maria.Thalhammer@wifo.ac.at

Übersicht 42: Tourismus

	2001	2002	2003	2003		2004		2004					
				III. Qu.	IV. Qu.	I. Qu.	II. Qu.	Februar	März	April	Mai	Juni	Juli
	Veränderung gegen das Vorjahr in %												
Übernachtungen													
Wien	- 0,4	- 0,6	+ 4,2	+ 6,4	+ 11,8	+ 9,7	+ 11,6	+ 8,6	+ 8,3	+ 10,1	+ 8,0	+ 16,9	+ 13,9
Niederösterreich	- 1,5	- 3,9	+ 3,9	+ 7,4	+ 7,3	+ 10,2	+ 5,3	+ 6,2	+ 15,3	+ 10,3	+ 4,8	+ 2,5	+ 2,2
Burgenland	+ 0,2	+ 1,3	+ 0,3	- 1,8	+ 7,1	- 0,7	- 8,6	- 1,1	- 0,2	- 4,6	- 2,8	- 15,7	- 4,4
Steiermark	+ 2,9	+ 0,9	+ 2,1	+ 4,0	- 2,1	+ 1,3	- 6,9	+ 5,0	+ 0,6	+ 0,8	- 6,0	- 12,8	- 5,9
Kärnten	+ 1,3	+ 2,7	+ 1,0	- 0,8	+ 0,9	+ 8,0	- 5,8	+ 19,8	+ 0,6	- 0,7	+ 5,2	- 12,4	- 5,8
Oberösterreich	- 1,2	- 1,7	+ 0,7	+ 3,7	- 0,5	+ 5,8	- 1,2	+ 11,1	+ 4,5	+ 7,7	+ 0,5	- 7,4	- 3,8
Salzburg	+ 2,8	+ 2,2	+ 0,0	+ 3,0	- 1,5	+ 1,5	+ 8,7	+ 9,8	- 5,6	+ 16,8	+ 13,2	+ 0,1	+ 3,1
Tirol	+ 1,3	+ 2,5	+ 1,1	+ 1,4	- 1,7	+ 1,1	+ 1,7	+ 10,4	- 7,4	+ 7,7	+ 6,4	- 6,4	- 0,2
Vorarlberg	+ 0,9	+ 0,6	+ 0,9	+ 3,0	- 7,7	+ 1,3	+ 0,6	+ 12,4	- 10,3	+ 3,5	+ 8,6	- 6,8	- 2,7
Österreich	+ 1,3	+ 1,4	+ 1,2	+ 2,1	+ 0,3	+ 2,2	+ 1,5	+ 10,4	- 4,5	+ 7,8	+ 4,9	- 5,1	- 1,0

Q: Statistik Austria, WIFO-Berechnungen. • E-Mail-Adresse: Maria.Thalhammer@wifo.ac.at

Übersicht 43: Abgesetzte Produktion der Sachgütererzeugung

	2001	2002	2003	2003		2004		2004					
				III. Qu.	IV. Qu.	I. Qu.	II. Qu.	Jänner	Februar	März	April	Mai	Juni
	Veränderung gegen das Vorjahr in %												
Wien	- 4,7	+ 1,5	- 6,0	- 2,5	- 0,8	- 6,7	- 4,1	- 12,7	- 4,9	- 3,2	- 1,4	- 6,3	- 4,6
Niederösterreich	- 0,1	- 2,2	+ 1,7	+ 2,8	+ 1,2	+ 3,3	+ 10,2	- 3,1	+ 1,4	+ 10,8	+ 4,9	+ 9,7	+ 16,0
Burgenland	+ 12,6	+ 3,4	+ 3,8	+ 1,3	+ 1,4	+ 0,8	+ 5,7	- 3,0	- 3,0	+ 7,6	- 3,4	+ 7,7	+ 13,9
Steiermark	+ 8,1	- 1,3	- 2,9	+ 2,4	+ 8,1	+ 29,1	+ 41,8	+ 19,1	+ 33,3	+ 33,7	+ 36,1	+ 35,9	+ 53,6
Kärnten	- 2,4	- 0,6	+ 4,2	+ 3,3	+ 7,3	+ 5,2	+ 10,1	- 0,9	+ 8,8	+ 7,3	+ 7,4	+ 7,4	+ 15,4
Oberösterreich	+ 4,7	+ 1,4	+ 6,1	+ 6,9	+ 7,0	+ 5,4	+ 7,3	+ 0,9	+ 4,3	+ 10,2	+ 4,2	+ 3,1	+ 14,8
Salzburg	+ 4,0	+ 4,0	+ 8,4	+ 9,3	+ 10,8	+ 6,3	+ 0,3	- 0,0	+ 3,3	+ 14,5	- 1,5	- 2,3	+ 4,6
Tirol	+ 3,9	+ 2,4	+ 1,3	+ 0,9	- 5,2	+ 2,2	+ 10,3	- 5,6	+ 0,5	+ 10,6	+ 5,3	+ 8,2	+ 17,3
Vorarlberg	+ 3,8	+ 2,0	- 2,1	- 4,7	+ 0,8	+ 11,1	+ 15,7	+ 5,2	+ 8,9	+ 18,4	+ 10,2	+ 12,1	+ 24,9
Österreich	+ 2,4	+ 0,4	+ 1,3	+ 2,9	+ 3,8	+ 7,1	+ 12,1	+ 0,6	+ 6,9	+ 12,8	+ 8,6	+ 9,1	+ 18,5

Q: Statistik Austria, WIFO-Berechnungen. • E-Mail-Adresse: Maria.Thalhammer@wifo.ac.at

Übersicht 44: Abgesetzte Produktion im Bauwesen

	2001	2002	2003	2003		2004		2004					
				III. Qu.	IV. Qu.	I. Qu.	II. Qu.	Jänner	Februar	März	April	Mai	Juni
	Veränderung gegen das Vorjahr in %												
Wien	- 5,0	- 7,7	+ 12,3	+ 10,7	+ 7,7	+ 0,5	+ 3,3	+ 13,2	- 4,0	- 6,0	- 8,1	+ 7,4	+ 10,9
Niederösterreich	- 2,8	+ 3,4	+ 4,7	+ 5,1	+ 7,4	+ 5,3	+ 6,9	+ 3,9	+ 6,5	+ 5,2	+ 8,3	+ 4,7	+ 7,8
Burgenland	- 1,1	+ 11,1	+ 7,8	+ 16,4	+ 5,6	- 1,2	+ 2,4	- 7,1	+ 8,3	- 3,9	+ 0,5	- 2,1	+ 8,9
Steiermark	- 3,9	- 0,6	+ 8,8	+ 5,9	+ 11,0	- 7,9	+ 4,6	- 5,3	- 11,7	- 6,8	+ 6,6	- 1,4	+ 8,7
Kärnten	+ 4,3	+ 7,7	+ 2,7	+ 6,2	- 6,4	- 16,5	- 1,2	- 9,4	- 12,1	- 23,7	- 4,6	- 4,5	+ 4,5
Oberösterreich	+ 0,1	+ 4,0	+ 12,6	+ 14,4	+ 15,3	+ 6,1	+ 0,2	+ 2,8	+ 14,6	+ 2,3	+ 3,3	- 5,9	+ 3,5
Salzburg	- 5,8	+ 0,0	+ 10,6	+ 14,4	+ 3,6	- 0,1	+ 1,6	+ 0,9	- 4,7	+ 3,1	+ 2,3	- 5,7	+ 8,0
Tirol	- 3,0	+ 5,8	+ 4,8	+ 2,0	+ 17,5	+ 7,6	+ 8,7	+ 6,0	+ 6,3	+ 9,9	+ 9,8	+ 1,2	+ 14,4
Vorarlberg	- 5,9	- 3,7	+ 4,4	+ 4,0	+ 10,2	+ 11,6	+ 9,0	+ 3,9	+ 8,7	+ 20,1	+ 7,9	+ 4,6	+ 14,1
Österreich	- 2,7	+ 0,7	+ 8,7	+ 8,8	+ 9,2	+ 1,1	+ 3,6	+ 4,1	+ 1,2	- 1,1	+ 2,1	+ 0,2	+ 8,2

Q: Statistik Austria, WIFO-Berechnungen. • E-Mail-Adresse: Maria.Thalhammer@wifo.ac.at

Übersicht 45: Beschäftigung und Arbeitslosigkeit

	2001	2002	2003	2003		2004		März	April	2004			
				III. Qu.	IV. Qu.	I. Qu.	II. Qu.			In 1.000	Juni	Juli	August
<i>Unselbständig aktiv Beschäftigte¹⁾</i>													
Wien	755	741	737	744	734	719	730	723	726	731	732	741	734
Niederösterreich	508	504	505	517	503	489	511	496	507	512	515	525	522
Burgenland	79	80	82	85	81	77	83	79	82	83	84	86	85
Steiermark	423	421	422	433	422	411	427	416	423	427	430	439	437
Kärnten	188	187	188	197	185	179	190	182	186	190	195	202	200
Oberösterreich	526	527	532	543	534	522	538	528	534	537	541	552	552
Salzburg	210	211	212	216	210	212	210	211	206	209	213	221	219
Tirol	258	261	262	269	258	269	258	266	253	256	264	274	273
Vorarlberg	130	131	131	133	130	132	130	132	130	129	131	136	135
Österreich	3.078	3.064	3.071	3.139	3.057	3.010	3.076	3.033	3.048	3.075	3.105	3.174	3.156
<i>Arbeitslose</i>													
Wien	63	75	80	76	84	92	80	88	82	78	78	75	77
Niederösterreich	34	38	39	34	41	51	34	45	36	33	33	35	36
Burgenland	7	8	8	6	8	12	6	10	6	6	6	6	6
Steiermark	30	34	35	28	35	43	28	39	31	27	25	27	27
Kärnten	16	17	17	12	20	23	13	20	17	13	11	11	12
Oberösterreich	23	27	26	22	27	34	22	29	24	21	20	21	22
Salzburg	10	11	11	9	13	13	11	12	14	12	9	8	9
Tirol	14	15	16	11	19	17	17	16	21	17	13	10	11
Vorarlberg	6	7	8	7	9	9	9	9	10	9	8	7	8
Österreich	204	232	240	205	256	294	220	267	241	215	203	201	207

Veränderung gegen das Vorjahr in 1.000

<i>Unselbständig aktiv Beschäftigte¹⁾</i>													
Wien	- 3,7	- 13,9	- 4,1	- 3,1	- 3,5	- 11,4	- 10,7	- 10,6	- 11,8	- 11,4	- 9,1	- 7,2	- 11,1
Niederösterreich	- 0,8	- 3,7	+ 0,5	+ 2,1	+ 0,2	+ 0,1	+ 2,3	- 0,2	+ 1,9	+ 1,7	+ 3,3	+ 3,5	+ 5,4
Burgenland	+ 0,7	+ 1,2	+ 1,2	+ 1,6	+ 0,9	+ 0,3	+ 0,2	- 0,0	+ 0,3	- 0,1	+ 0,3	- 0,2	- 0,0
Steiermark	+ 3,3	- 2,0	+ 0,9	+ 2,8	+ 1,6	+ 0,7	+ 2,8	+ 0,1	+ 2,3	+ 2,4	+ 3,7	+ 3,8	+ 3,4
Kärnten	+ 0,6	- 1,0	+ 0,4	+ 0,4	+ 0,5	+ 0,4	+ 0,8	+ 0,0	+ 0,5	+ 0,6	+ 1,2	+ 2,1	+ 1,1
Oberösterreich	+ 7,1	+ 0,4	+ 5,7	+ 6,0	+ 8,3	+ 3,3	+ 4,5	+ 2,6	+ 4,2	+ 4,3	+ 4,9	+ 5,1	+ 11,1
Salzburg	+ 0,9	+ 1,3	+ 0,9	+ 1,3	+ 1,6	+ 0,1	+ 0,7	+ 0,3	- 1,0	+ 0,6	+ 2,6	+ 3,4	+ 1,2
Tirol	+ 4,3	+ 3,0	+ 1,1	+ 0,6	+ 3,1	+ 2,8	+ 0,9	+ 2,8	- 1,2	+ 1,5	+ 2,4	+ 1,8	+ 2,0
Vorarlberg	+ 1,1	+ 0,2	+ 0,5	+ 0,6	+ 0,2	+ 0,2	+ 0,3	+ 0,3	- 0,3	+ 0,7	+ 0,6	+ 0,7	+ 1,0
Österreich	+ 13,6	- 14,6	+ 7,2	+ 12,3	+ 13,0	- 3,4	+ 1,7	- 4,8	- 5,1	+ 0,2	+ 10,0	+ 13,1	+ 14,1
<i>Arbeitslose</i>													
Wien	+ 3,8	+ 11,4	+ 5,0	+ 7,1	+ 9,5	+ 8,2	+ 4,2	+ 7,6	+ 5,3	+ 3,8	+ 3,4	+ 0,4	- 0,2
Niederösterreich	+ 2,3	+ 4,3	+ 0,8	+ 0,0	+ 1,0	+ 1,9	+ 0,8	+ 2,7	+ 1,0	+ 0,8	+ 0,7	+ 1,3	+ 1,6
Burgenland	+ 0,4	+ 0,6	+ 0,1	+ 0,1	+ 0,1	+ 0,0	- 0,2	+ 0,2	- 0,1	- 0,2	- 0,1	+ 0,2	+ 0,1
Steiermark	+ 0,7	+ 3,6	+ 0,9	+ 0,3	+ 0,0	- 1,5	- 2,5	- 0,2	- 2,3	- 2,9	- 2,4	- 1,7	- 1,4
Kärnten	+ 0,4	+ 1,3	- 0,0	- 0,4	- 0,2	- 0,5	- 0,5	- 0,0	- 0,2	- 0,8	- 0,4	+ 0,1	+ 0,1
Oberösterreich	+ 0,5	+ 3,7	- 0,8	- 1,5	- 0,2	+ 0,2	+ 0,6	+ 1,1	+ 1,1	+ 0,5	+ 0,3	+ 0,4	+ 0,4
Salzburg	+ 0,6	+ 1,5	+ 0,3	+ 0,3	+ 0,4	+ 0,7	+ 0,1	+ 1,1	+ 1,0	- 0,3	- 0,3	- 0,1	+ 0,1
Tirol	+ 0,8	+ 0,8	+ 0,5	+ 0,8	+ 0,5	+ 0,4	+ 0,7	+ 0,7	+ 2,6	- 0,6	+ 0,1	+ 0,1	+ 0,3
Vorarlberg	- 0,0	+ 1,4	+ 0,9	+ 0,8	+ 0,7	+ 0,7	+ 0,6	+ 0,7	+ 1,2	+ 0,2	+ 0,4	+ 0,2	+ 0,6
Österreich	+ 9,6	+ 28,5	+ 7,7	+ 7,5	+ 11,8	+ 10,1	+ 3,9	+ 13,9	+ 9,4	+ 0,5	+ 1,9	+ 1,0	+ 1,6

Q: Hauptverband der österreichischen Sozialversicherungsträger, Arbeitsmarktservice Österreich, Statistik Austria, WIFO-Berechnungen. – ¹⁾ Ohne Bezug von Karenz- bzw. Kinderbetreuungsgeld, ohne Präsenzdienst. • E-Mail-Adresse: Maria.Thalhammer@wifo.ac.at

Übersicht 46: Arbeitslosenquote

	2001	2002	2003	2003		2004		März	April	2004			
				III. Qu.	IV. Qu.	I. Qu.	II. Qu.			In % der unselbständigen Erwerbsspersonen	Juni	Juli	August
Wien	7,6	9,0	9,5	9,1	10,0	11,0	9,5	10,6	9,9	9,4	9,4	9,0	9,2
Niederösterreich	6,2	6,9	7,0	5,9	7,3	9,1	6,0	8,0	6,4	5,8	5,8	6,0	6,2
Burgenland	8,2	8,6	8,6	6,3	8,9	12,6	6,5	10,4	7,1	6,3	6,2	6,7	6,6
Steiermark	6,5	7,2	7,3	5,9	7,4	9,2	5,9	8,2	6,6	5,7	5,4	5,5	5,6
Kärnten	7,6	8,2	8,1	5,5	9,2	11,1	6,3	9,6	7,9	6,0	5,0	5,0	5,3
Oberösterreich	4,1	4,7	4,5	3,7	4,6	5,8	3,8	5,0	4,2	3,7	3,4	3,5	3,7
Salzburg	4,3	4,9	5,0	3,8	5,7	5,8	4,9	5,3	5,9	5,0	3,9	3,5	3,7
Tirol	5,1	5,3	5,4	3,7	6,7	5,7	5,9	5,5	7,3	6,1	4,3	3,4	3,6
Vorarlberg	4,3	5,1	5,7	5,0	6,2	6,2	6,1	5,9	6,6	6,1	5,5	4,8	5,4
Österreich	6,1	6,9	7,0	5,9	7,5	8,6	6,4	7,8	7,1	6,3	5,9	5,7	5,9

Q: Hauptverband der österreichischen Sozialversicherungsträger, Arbeitsmarktservice Österreich, Statistik Austria, WIFO-Berechnungen. • E-Mail-Adresse: Maria.Thalhammer@wifo.ac.at

Marcus Scheiblecker

Umstellung der Preisbereinigung in der österreichischen VGR

Preis- und Volumeneffekte wurden in der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung für Österreich bislang mit einem fixen Basisjahr ermittelt. Im Herbst 2004 stellte Statistik Austria diese Berechnungen auf das jeweilige Vorjahr als Preisbasis um. In der Folge ergibt sich für die Vergangenheit ein verändertes Wirtschaftswachstum, und die preisbereinigten Aggregate der VGR addieren sich nicht mehr zum BIP auf.

Begutachtung: Kurt Kratena, Wolfgang Pollan • Wissenschaftliche Assistenz: Waltraud Popp, Roswitha Übl • E-Mail-Adressen: Marcus.Scheiblecker@wifo.ac.at, Waltraud.Popp@wifo.ac.at, Roswitha.Uebl@wifo.ac.at

Die Bestimmungen des Europäischen Stabilitäts- und Wachstumspaktes beziehen sich u. a. auf die Entwicklung des realen BIP. Vor diesem Hintergrund wurde eine Harmonisierung und Normierung der Grundlagen für die Realrechnung der Wirtschaftsleistung auf europäischer Ebene erforderlich. Eine Entscheidung der Europäischen Kommission vom 30. November 1998 verpflichtet alle EU-Mitgliedstaaten, Preis und Volumen im Rahmen der VGR mit dem jeweiligen Vorjahr als Basisjahr zu ermitteln (Havel – Kaßberger, 2004). Statistik Austria setzte diese Vorschrift erstmals im Herbst 2004 um. In einem ersten Schritt wurden die Jahre 1988 bis 2003 nach der neuen Methode preisbereinigt und veröffentlicht. Im Frühjahr 2005 soll die Rückrechnung bis 1976 abgeschlossen sein. Diese international zunehmend übliche Methode hat u. a. Auswirkungen auf die Berechnung des Wirtschaftswachstums; auf ihre Vor- und Nachteile wird in der Folge näher eingegangen.

In der Vergangenheit beruhte die Realrechnung in der VGR jeweils auf einem fixen Basisjahr. In diesem Basisjahr werden die realen Werte gleich den nominellen gesetzt. Für die folgenden Jahre wurden die einzelnen nominellen Komponenten des BIP anhand geeigneter Laspeyres-Preisindizes um Preisveränderungen bereinigt. Das reale Wirtschaftswachstum ergab sich dann als ein "Laspeyres-Mengenindex", und die daraus resultierenden impliziten Deflatoren entsprachen von der Konstruktion her einem Preisindex nach Paasche (siehe Kasten)¹⁾. Diese Preisbereinigung war seit langem die international übliche Praxis. Die Vorteile lagen in der einfachen Konstruktion und Interpretierbarkeit sowie in der Additivität der realen BIP-Komponenten. Letzteres erlaubte die Berechnung von Wachstumsbeiträgen der einzelnen VGR-Aggregate zum Zweck der Konjunkturanalyse. Auch der ökonomische Modellbau profitierte von der Eigenschaft der Additivität, da schwierig zu schätzende Komponenten als Residuum ermittelt werden konnten.

Der Nachteil dieser Berechnungsmethode liegt darin, dass das Basisjahr für den Laspeyres-Preisindex auf der untersten Aggregationsebene fixiert wird und somit alle Preisveränderungen mit einem im Basisjahr fixierten Faktor gewichtet werden (siehe Kasten). In der Realität verändern sich diese Gewichte jedoch etwa durch Nachfrageschiebungen und Strukturwandel. Liegt das Basisjahr weit zurück, dann werden die Preisänderungen mit alten Gewichten verknüpft, sodass die Interpretation des Wirtschaftswachstums problematisch wird. So basiert die jüngste Rechnung des realen BIP auf Festpreisbasis für Österreich auf dem Jahr 1995. Seither dürfte sich aber die Struktur der produzierten und verbrauchten Mengen geändert haben, z. B. stie-

¹⁾ Da zur Preisbereinigung generell Laspeyres-Indizes mit konstantem Warenkorb verwendet werden, es diesen aber auf gesamtwirtschaftlicher Ebene nicht gibt, wird in diesem Zusammenhang häufig von einem "verpaaschten Laspeyres-Preisindex" gesprochen.

gen die Ausgaben für Mobiltelefone und die damit verbundenen Dienstleistungen deutlich. Eine Realrechnung der gleichen Zeitreihe mit dem Basisjahr 1970 würde die Preisbewegungen im Mobilfunkbereich überhaupt nicht berücksichtigen, weil diese Technik damals noch nicht auf dem Markt war²⁾.

Aufbau von Preisindizes zur Berechnung des realen Bruttoinlandsproduktes

Ein Laspeyres-Preisindex L wird durch folgende Formel gebildet:

$${}_L P_{b,t} = \frac{\sum p_t^i q_b^i}{\sum p_b^i q_b^i},$$

$p \dots$ Preis eines Gutes i ($i = 1, \dots, n$), $q \dots$ Menge des Gutes i , $b \dots$ Basisjahr, $t \dots$ Berechnungsjahr.

Intuitiv entspricht dieser Index der Relation zwischen dem Wert der Menge eines Gutes i aus dem Basisjahr b zu heutigen Preisen und dem nominellen Wert des gesamten Warenkorb im Jahr b (Preis \times Menge des Basisjahres). Eine Umformung zeigt, dass die Preisveränderungen gegenüber dem Basisjahr mit konstanten Faktoren S aus dem Basisjahr gewichtet werden:

$${}_P P_{b,t} = \sum S_b^i \left(\frac{p_t^i}{p_b^i} \right), \text{ wobei gilt } S_b^i = \frac{p_b^i q_b^i}{\sum p_b^i q_b^i}.$$

Entsprechend gibt ein Paasche-Index P

$${}_P P_t^b = \frac{\sum p_t^i q_t^i}{\sum p_b^i q_t^i}$$

die Veränderung wieder, die aus der Relation zwischen den aktuellen Mengen zu aktuellen Preisen und aktuellen Mengen zu Preisen des Basisjahres resultiert.

Eine analoge Umformung zeigt, dass alle Preisveränderungen gegenüber dem Basisjahr mit Gewichten aus dem aktuellen Jahr multipliziert werden:

$${}_P P_{b,t} = \frac{1}{\sum S_t^i \left(\frac{p_b^i}{p_t^i} \right)}, \text{ wobei gilt } S_t^i = \frac{p_t^i q_t^i}{\sum p_t^i q_t^i}.$$

In der VGR wird das nominelle BIP Y_t^N durch Multiplikation der Mengen mit den jeweiligen Preisen gebildet. Das zum Basisjahr b real errechnete BIP $Y_{b,t}^R$ des Jahres t ergibt sich durch Multiplikation der Mengen des Jahres t mit den Preisen des Basisjahres b :

$$Y_t^N = \sum p_t^i q_t^i, \quad Y_{b,t}^R = \sum p_b^i q_t^i.$$

Der BIP-Deflator errechnet sich durch Division des nominellen durch das reale BIP; er entspricht von der Konstruktion her einem Paasche-Preisindex:

$${}_P P_{b,t} = \frac{Y_t^N}{Y_{b,t}^R} = \frac{\sum p_t^i q_t^i}{\sum p_b^i q_t^i}.$$

Das reale Wirtschaftswachstum ist der Quotient aus dem realen BIP des Jahres t und jenem des Basisjahres, es entspricht einem Laspeyres-Mengenindex:

$${}_L Q_{b,t} = \frac{Y_{b,t}^R}{Y_b} = \frac{\sum p_b^i q_t^i}{\sum p_b^i q_b^i}.$$

Der Laspeyres-Preisindex überschätzt zudem mit zunehmender Entfernung vom Basisjahr die Preisentwicklung (ILO, 1999). Diese systematische Verzerrung wird als Substitutionsbias bezeichnet: Veränderungen der nachgefragten Menge als Folge von Veränderungen der relativen Preise werden vom Laspeyres-Preisindex nicht wiedergegeben. Dieser Substitutionsbias ist umso größer, je höher die Preiselastizität der

²⁾ Zur Problematik der Preismessung bei Einführung neuer Produkte siehe Pollan (2002) und Bresnahan – Gordon (1997).

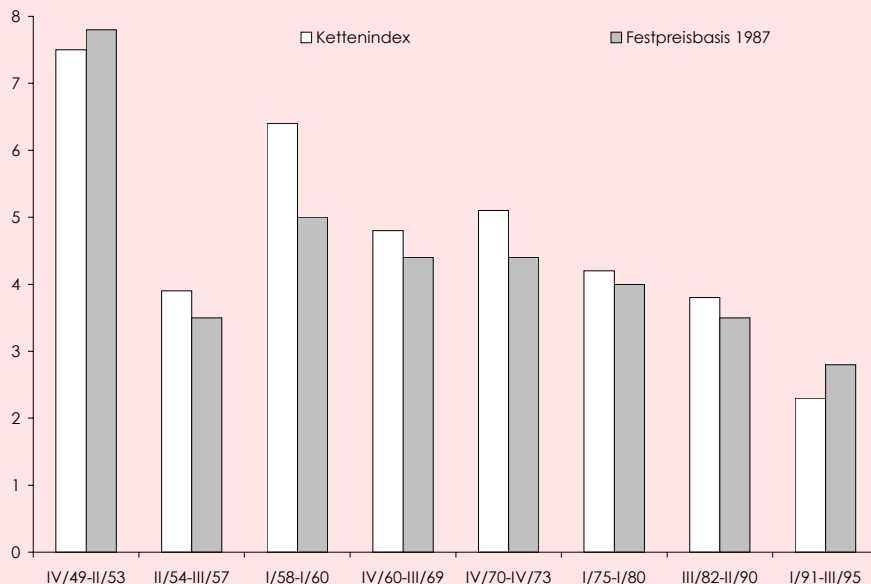
nachgefragten Güter ist und je stärker sich die relativen Preise verändern³⁾. Der Paasche-Index unterschätzt dagegen die Inflation tendenziell.

Ein ähnlicher Effekt tritt bei der Realrechnung des BIP mit verschiedenen Basisjahren auf. Zwar geht es hier weniger um die preisinduzierte Substitution innerhalb einer Güterkategorie als um eine Veränderung der Struktur von Nachfrage- oder Produktionskategorien (also etwa des Anteils von Maschinen und Computern an allen Ausstattungsinvestitionen⁴⁾). Der BIP-Deflator als Paasche-Index (siehe Kasten) unterschätzt hier den gesamten Preisanstieg, sodass in der Folge der als Laspeyres-Index konstruierte reale Mengenanstieg – die Basis zur Berechnung des Wirtschaftswachstums – überzeichnet wird.

Landefeld – Parker (1997) vergleichen für die USA die Veränderungsrate des realen BIP in Aufschwungsphasen mit unterschiedlichen Basisjahren zur Preisbereinigung (Abbildung 1). Demnach fällt das mit dem Preisbasisjahr 1987 berechnete Wirtschaftswachstum für die Jahre danach höher aus als mit einer Preisbereinigung auf Vorjahresbasis (Kettenindex). Entsprechend der Index-Theorie ist das mit einem Kettenindex berechnete Wirtschaftswachstum für nahezu alle Perioden vor 1987 höher als das mit einem fixen Basisjahr preisbereinigte.

Abbildung 1: Unterschiedliche Berechnung des realen BIP für die USA

Veränderungsraten in Aufschwungsphasen in %



Q: U.S. Department of Commerce, Bureau of Economic Analysis.

Eine ähnliche Untersuchung für Deutschland (Mayer, 2001) bestätigt diesen Effekt für die Jahre nach dem Basisjahr 1995 (Übersicht 1). Allerdings sind die Abweichungen zwischen den beiden Realrechnungsarten sehr gering, falls das Basisjahr nur kurz zurückliegt.

Die Wahl eines rezenteren Basisjahres lässt somit für die Jahre danach den BIP-Deflator höher und das Wirtschaftswachstum niedriger ausfallen als mit einem weiter zurückliegenden Basisjahr. Je nach Aufgabenstellung wird daher das Basisjahr unterschiedlich zu wählen sein, weil das reale Bruttoinlandsprodukt grundsätzlich ein abstraktes Konstrukt ist, welches nur im jeweiligen Blickwinkel untersucht werden kann.

³⁾ Siehe dazu Allen (1975) und Reinsdorf – Moulton (1997); zur Beziehung zwischen Preisindizes und Lebenshaltungskosten siehe z. B. Pollan (2002) und Triplett (2001) sowie die Beiträge in Bresnahan – Gordon (1997).

⁴⁾ Dieser Unterschied wird gelegentlich als upper-level substitution bias bezeichnet im Gegensatz zum lower-level substitution bias auf Güterebene (Landefeld – Parker, 1997).

Übersicht 1: Abweichungen zwischen der Realrechnung des BIP für Deutschland mit einem Kettenindex und mit Festpreisbasis

	Privater Konsum	Konsumausgaben des Staates	Ausrüstungen	Bauten	Exporte	Importe	BIP
	Differenz der Veränderungsrate gegenüber dem Vorjahr in Prozentpunkten (Kettenindex minus Festpreisbasis)						
1992	+ 0,1	± 0,0	+ 0,1	± 0,0	+ 0,1	+ 0,2	+ 0,1
1993	± 0,0	± 0,0	+ 0,3	± 0,0	- 0,1	+ 0,2	± 0,0
1994	± 0,0	± 0,0	+ 0,1	± 0,0	± 0,0	± 0,0	± 0,0
1995	± 0,0	± 0,0	+ 0,1	± 0,0	+ 0,1	+ 0,1	± 0,0
1996	± 0,0	± 0,0	± 0,0	± 0,0	± 0,0	± 0,0	± 0,0
1997	± 0,0	± 0,0	- 0,1	± 0,0	± 0,0	- 0,2	± 0,0
1998	- 0,1	± 0,0	- 0,2	± 0,0	± 0,0	- 0,3	± 0,0
1999	- 0,1	± 0,0	- 0,6	± 0,0	- 0,1	- 0,2	- 0,1
2000	- 0,1	± 0,0	- 0,2	± 0,0	- 0,2	- 0,2	- 0,1

Q: Mayer (2001).

Die Problematik stark schwankender Preise

Um den Substitutionsbias klein zu halten, muss auch die Wahl eines sehr rezenten Preisbasisjahres nicht unbedingt optimal sein. Hat z. B. ein kalter Frühling eine drastische Verteuerung bestimmter Obst- und Gemüsesorten zur Folge, so wird – bei hinreichend hoher Substitutionselastizität – auf diese Güter ein sehr geringer Teil der Ausgaben der privaten Haushalte entfallen. Ist im folgenden Jahr die Ernte wieder ergebnreicher, dann sinken die Preise gegenüber dem Vorjahr deutlich, die konsumierte Menge und somit der Anteil am Gesamtkonsum steigen. Auf der Basis des geringen Gewichtes⁵⁾ aus dem Vorjahr wird die Preissenkung im aktuellen Jahr unterschätzt. Um dieses Phänomen der selbst bei rezentem Basisjahr stark wechselnden Gewichte angemessen zu berücksichtigen, wird in agrarökonomischen Statistiken häufig der Durchschnitt mehrerer Jahre als Preisbasis herangezogen.

Neben der Wahl eines möglichst rezenten Basisjahres kann man zur Vermeidung von Verzerrungseffekten "am aktuellen Rand" die Tatsache nutzen, dass die Entwicklung nach dem Basisjahr von Laspeyres-Preisindizes üblicherweise überzeichnet und von Paasche-Indizes unterschätzt wird. Durch Kombination beider Indizes kann der Basisjahreffekt somit verringert werden. Der Fisher-Preisindex etwa ist ein geometrisches Mittel aus Laspeyres- und Paasche-Index⁶⁾, in dem Unter- und Überschätzungen in einem gewissen Ausmaß kompensiert werden.

Die Struktur des BIP als Gesamtheit dürfte sich allerdings nur langsam verändern, sodass eine regelmäßige Aktualisierung des Basisjahres auch für eine Preisbereinigung mit dem Laspeyres-Index den Basisjahreffekt gering hält. Die übliche Praxis in den meisten Ländern, das Basisjahr in einem Abstand von fünf bis zehn Jahren zu ändern, lässt einen sehr niedrigen Substitutionsbias erwarten.

Die Strategie der Preisbereinigung mit möglichst rezenten Gewichten gipfelt im jährlichen Wechsel des Basisjahres, wie dies Statistik Austria ab Herbst 2004 für die laufende BIP-Berechnung durchführen wird; dabei liefert jeweils das Vorjahr die Gewichte für die Preisbereinigung. Die in den USA angewandte Methode einer Kombination beider Strategien zur Vermeidung einer Substitutionsverzerrung (Fisher-Preisindizes mit jährlich wechselnder Preisbasis) geht noch darüber hinaus, dürfte aber nur in Teilbereichen (z. B. landwirtschaftliche Produkte) die Ausschaltung des Basisjahreffektes verbessern. Auch die Verordnung der Europäischen Kommission zur Realrechnung sieht die Verwendung von Fisher-Preisindizes vor, allerdings nicht auf verpflichtender Basis⁷⁾.

Die Größenordnung der Änderungen, die sich durch eine Umstellung der Preisbereinigung von einem festen Basisjahr auf das jeweilige Vorjahr ergeben, wird aus einer

⁵⁾ Da dieses Gewicht aus der Multiplikation von Menge und Preis besteht, gilt das allerdings nur, wenn die Nachfrage nach diesen Produkten hinreichend preiselastisch ist, sodass die Verteuerung mit einer überproportionalen Mengenreduktion einhergeht.

⁶⁾ Auch der Törnqvist-Index kombiniert den Laspeyres- und den Paasche-Index, mit etwas unterschiedlicher Gewichtung; siehe hierzu auch Allen (1975).

⁷⁾ Alle EU-Länder dürften Laspeyres-Preisindizes verwenden.

Untersuchung zur deutschen VGR deutlich (Mayer, 2001). Demnach kann der Disaggregationsgrad, auf dem die Preisbereinigung durchgeführt wird, deutlich größere quantitative Auswirkungen haben als die Wahl des Preisindex oder des Basisjahres: So ergibt eine Preisbereinigung von 290 einzelnen Konsumpositionen eine Veränderungsrate des privaten Konsums zu konstanten Preisen des Jahres 1995 von +0,9% gegenüber dem Vorjahr, während eine Zusammenfassung auf nur 43 Positionen eine Rate von +0,5% liefert (Übersicht 2).

Übersicht 2: Private Konsumausgaben in Deutschland

Deflationierung auf unterschiedlicher Aggregationsstufe

	1996	1997	1998
	Veränderung gegen das Vorjahr in %		
290 Positionen	+ 0,9	+ 0,9	+ 2,4
43 Positionen	+ 1,1	+ 0,5	+ 2,1

Q: Mayer (2001). Zu Preisen von 1995.

Wie gezeigt wurde, beeinflusst die Wahl des Basisjahres der Realrechnung die Berechnung von Wachstumsraten einer Volkswirtschaft. Für einige ökonomische Anwendungsbereiche scheint die Interpretation des Wirtschaftswachstums nur in der Nähe des Basisjahres aussagekräftig zu sein. Alle Aussagen über das reale Wirtschaftswachstum sollten richtigerweise nur mit dem Hinweis erfolgen, dass annahmegemäß die zur Preisbereinigung verwendete Struktur der BIP-Komponenten jener des Basisjahres entspricht. Somit ist eine Feststellung "das Wirtschaftswachstum des Jahres 2000 betrug unter der Bedingung der unveränderten Güterstruktur von 1988 2,5%" ebenso beschränkt aussagekräftig wie die Feststellung "das Wachstum des Jahres 1976 betrug 4% unter der Voraussetzung, dass die Wirtschaftsstruktur 1976 jener des Jahres 1995 entsprach". In der Nähe des Basisjahres ist die Annahme, dass die Wirtschaftsstruktur jener des Vorjahres gleichkommt, nur sehr wenig einschränkend, sodass die Vorgehensweise einer jährlich wechselnden Preisbasis durchaus vernünftig erscheint.

Die preisbereinigten Größen der VGR werden häufig in Beziehung zu anderen Realindikatoren gesetzt, etwa zur Berechnung der Produktivität als Quotient zwischen Output und Beschäftigung. Eine Beschäftigungsprognose, welche eine Beziehung zum realen Output unterstellt, wäre im Fall eines fixen Basisjahres ebenfalls nur mit dem Hinweis auf die Annahme einer zum Basisjahr unveränderten Wirtschaftsstruktur zulässig. Dies kann in ökonometrischen Makromodellen ein besonderes Problem bedeuten, da hier häufig lange Zeitreihen des realen Outputs mit einem fixen Basisjahr verwendet werden. In die Schätzgleichung geht dann das Verhältnis des realen Outputs im Jahr 1976 zur Beschäftigung ein, unter der Voraussetzung, dass die zur Preisbereinigung verwendete Wirtschaftsstruktur jener des Basisjahres 1995 entspricht – eine implizite Annahme, die nur schwer zu rechtfertigen ist und welche die Beschäftigungsprognose verzerren kann.

Da Berechnungen mit unterschiedlichen Basisjahren unterschiedliche Wachstumsraten liefern, ist auch ein internationaler Vergleich der Wirtschaftsdynamik und der Produktivität nur dann aussagekräftig, wenn die einzelnen Länder einheitliche Basisjahre verwenden. Wenn die Realrechnung in allen Ländern auf dem Vorjahr basiert, stellt sich dieses Problem nicht.

Diesen Vorteilen einer jährlichen Aktualisierung der Preisbasis in der VGR stehen allerdings erhebliche Nachteile rechentechnischer Natur gegenüber. Zur Erstellung langer Zeitreihen etwa werden traditionell Perioden mit unterschiedlichen Basisjahren verkettet ("chaining"). So wurden zur Rückrechnung der VGR-Reihen mit Basisjahr 1995 über 1976 hinaus die Veränderungsraten älterer Reihen mit einem anderen Basisjahr verwendet. Die Summe der rückverketteten Zeitreihen der VGR-Teilaggregate entsprach aber nicht jener des ebenso rückverketteten BIP. Meist wurden gewisse Ausgleichsmethoden nachgeschaltet, um die additive Konsistenz wieder herzustellen.

Vorteile einer jährlich wechselnden Preisbasis

Die Problematik der Nicht-Additivität

Da nunmehr die Preisbasis zur Realrechnung jährlich wechselt, ergibt sich für jedes einzelne Jahr (mit Ausnahme des Referenzjahres und des Folgejahres) dieses Problem der Nicht-Additivität: Für jedes Aggregat werden nur Wachstumsraten gebildet, da theoretisch der Mengenindex des Vorjahres jeweils auf 100 zurückgesetzt wird. Weil jedoch die ausschließliche Veröffentlichung von realen Wachstumsraten für die einzelnen VGR-Aggregate für den Nutzerkreis sehr unbefriedigend wäre, wird international davon abgesehen. Hier bieten sich im Wesentlichen zwei Möglichkeiten an, um Niveaus zu ermitteln: Aus den einzelnen realen Wachstumsraten kann zum einen ein Index (ähnlich dem Verbraucherpreisindex) gebildet werden – diese Praxis ist kaum verbreitet. Die zweite und üblichere Methode ist die Wahl eines beliebigen Referenzjahres, dessen (nominelle) Absolutwerte als Ausgangspunkt für die Verknüpfung gewählt werden. Der Datensatz wird für den Nutzer in den gewohnten Recheneinheiten vorliegen, allerdings unterscheidet sich diese Realrechnung grundlegend von jener mit fixem Basisjahr. Dies wird erst deutlich, wenn man versucht, die Teilaggregate zu ihrer hierarchischen Oberkategorie zu summieren, und könnte zur Verwirrung beitragen. Lediglich das Referenzjahr selbst und das diesem Jahr folgende weisen die gewohnte Additivitätseigenschaft auf, weil die Gewichte der Wachstumsratenberechnung⁸⁾ kurzfristig konstant sind.

Das Problem der Berechnung von Salden

Neben der Nicht-Additivität ergibt sich bei einer Preisbereinigung mit wechselndem Basisjahr das Problem der Wachstumsrateninterpretation. Wie oben gezeigt liefert die Realrechnung zu Vorjahrespreisen lediglich reale Wachstumsraten für die einzelnen VGR-Aggregate in Zeitreihenform. Nun stößt allerdings die sinnvolle Interpretation von Wachstumsraten dann an ihre Grenzen, wenn Salden berechnet werden: Sie können in einem Jahr positiv, in einem anderen Jahr negativ sein oder unverändert bleiben. Als Salden werden in der VGR vor allem der Außenbeitrag und die Lagerveränderungen dargestellt. Bleibt etwa der Lagerbestand zwischen zwei Jahren auf Vorjahrespreisbasis unverändert, so geht eine Lagerveränderung von null als Beitrag zum BIP in die VGR ein. Schon einer geringfügigen Erhöhung des Lagerbestands im Folgejahr würde dann eine unendlich hohe Wachstumsrate entsprechen, welche eine Verknüpfung der Reihe unmöglich machen würde. Dieses Problem betrifft jedoch nur rudimentäre VGR-Berechnungen wie z. B. die Quartalsrechnung, da in der Jahresrechnung Salden üblicherweise nicht direkt berechnet, sondern aus den zugrunde liegenden Beständen (Exporte und Importe oder Lagerbestände) hergeleitet werden⁹⁾.

Kapitalstockberechnungen

Ein weiteres Problem ergibt sich in der VGR aus der Verwendung wechselnder Basisjahre durch die häufig angewandte Praxis, den Kapitalstock aus vergangenen Investitionen und Abschreibungen zu errechnen (perpetual-inventory method – PIM). Dafür werden sehr lange Investitionszeitreihen mit fixer Preisbasis benötigt, denen eine Bewertung zu Wiederbeschaffungspreisen der jeweiligen Berichtsperiode zugrunde liegt. Diese sogar durch die ESVG-Verordnung explizit vorgeschriebene Vorgehensweise hat jedoch mit der Mischung aus Vorjahrespreis- und Fixpreisbasis eine theoretische Inkonsistenz im VGR-System zur Folge. Bisher wurde in Österreich für die Ermittlung des Kapitalstocks dasselbe Basisjahr wie für die laufenden Berechnungen verwendet. Künftig wird das zur Ermittlung des Kapitalstocks verwendete fixe Basisjahr in regelmäßigen Abständen (rund fünf Jahre) aktualisiert.

Konsequenzen für die Wirtschaftsforschung

Angesichts der Vor- und Nachteile stellt sich unmittelbar die Frage nach den Auswirkungen der Umstellung der Preisbereinigung von fixen auf wechselnde Basisjahre auf jene Bereiche der empirischen Wirtschaftsforschung, welche Daten aus der VGR zur Analyse und Modellrechnung verwenden. Wie erwähnt ändert sich zum einen die Berechnung und damit die Interpretation der Wachstumsraten. Vorteilhaft ist, dass

⁸⁾ Nicht jedoch die der Preisbereinigung, für welche ausschließlich das jeweilige Vorjahr die Gewichte bestimmt.

⁹⁾ Zur Lösung dieses Problems in rudimentären VGR-Abbildungen wie der Quartalsrechnung siehe weiter unten.

zur Preisbereinigung nicht mehr implizit die Wirtschaftsstruktur des Basisjahres unterstellt wird. Prognosen auf Basis der neuen Datenreihen unterstellen nunmehr, dass der Preisbereinigung die Struktur des jeweiligen Vorjahres zugrunde liegt. Diese Annahme erscheint vor allem längerfristig wesentlich plausibler; sie fließt auch in alle Verhaltensbeziehungen zwischen realem Output und anderen realen Indikatoren (wie z. B. der Beschäftigung) ein.

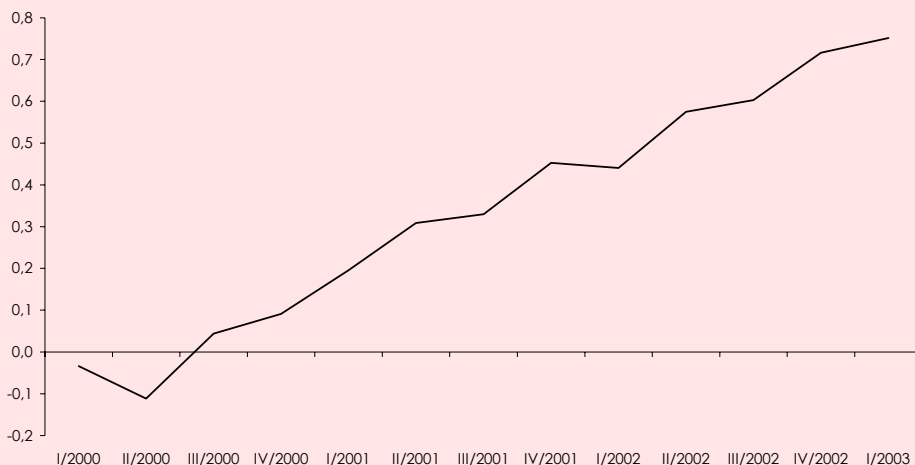
Zur Ermittlung des Einflusses einzelner Nachfragekomponenten auf das Wirtschaftswachstum werden meist die Wachstumsbeiträge der einzelnen Komponenten errechnet. Voraussetzung für eine sinnvolle Interpretation dieser Kennzahlen ist, dass die gewichteten Wachstumsraten in Summe das Wirtschaftswachstum ergeben. Bei Nicht-Additivität ist dies für die Jahre abseits des Referenzjahres allerdings nicht gewährleistet. Das US Census Bureau (*Landefeld – Parker, 1997*) schlägt hier die Wahl eines neuen Referenzjahres (oder Quartals) – idealerweise in der Mitte der zu analysierenden Periode – vor, von dem aus durch Verkettung neue Absolutwerte berechnet werden. Für die einzelnen Komponenten können dann Wachstumsbeiträge errechnet werden, welche annähernd additiv sind.

Viele Makromodelle beruhen auf der Additivitätseigenschaft ihrer Komponenten. Einerseits werden die einzelnen Aggregate getrennt geschätzt und anschließend zu der hierarchisch übergeordneten Kategorie aufsummiert. Andererseits wird gelegentlich die Summe unterschiedlicher Komponenten direkt ermittelt und der Großteil der Summanden ebenfalls explizit modelliert; das Residuum dient dann als Restriktion für die verbleibende, nicht explizit dargestellte Größe. In der Praxis betrifft dies etwa die Lagerveränderung, welche als Differenz zwischen einem entstehungsseitig hergeleiteten BIP und der Summe der einzelnen Nachfragekategorien ermittelt wird. Die durch Verkettung verursachte Nicht-Additivität abseits des Referenzjahres verbietet jedoch diese Vorgehensweise. Ein Ausweg besteht in der expliziten Schätzung des Additionsfehlers. Freilich ist der zugrunde liegende Datengenerierungsprozess äußerst komplex und von sehr vielen Variablen abhängig. Aus diesem Grund verbleibt in den meisten Fällen als einzige Möglichkeit eine Modellierung mit einem Zeitreihenansatz.

Illustriert werden diese Überlegungen für die USA durch Abbildung 2: Die Differenz zwischen dem Aggregat der Nichtwohnbauinvestitionen und der Summe seiner Teilkomponenten abseits des Referenzjahres 2000 ist offenbar trendbehaftet. Eine Modellierung dieser Zeitreihe mit einem Zeitreihenansatz zur Bereinigung um den Additionsfehler erscheint vielversprechend. Dies gilt aber nicht generell, und Brüche in der Zeitreihe sind häufig (*de Boer – van Dalen – Verbiest, 1997*).

Abbildung 2: Nichtwohnbauinvestitionen in den USA

Differenz zwischen der Summe der Teilkomponenten und dem Hauptaggregat, in % des Hauptaggregates



Q: U.S. Department of Commerce, Bureau of Economic Analysis. Verkettete Werte mit Referenzjahr 2000.

Neben der expliziten Schätzung der Additivitätsdifferenz ist es auch denkbar, dieses Problem zu ignorieren. Die einzelnen Schätzergebnisse werden dann wie in der Vergangenheit zu ihrer hierarchisch übergeordneten Kategorie aufsummiert, ohne einen Additionsfehler zu berücksichtigen. Dies wird jedoch nur dann zulässig sein, wenn der Additionsfehler sehr klein ausfällt, wie dies vor allem in der Nähe des Referenzjahres zu erwarten ist.

Um weiterhin die Vorzüge der Additivität in ökonomischen Modellen nutzen zu können, kann diese Eigenschaft auch im Nachhinein hergestellt werden. So gehen in das Weltmakromodell von Oxford Economic Forecasting (OEF) nur die Absolutwerte des realen Bruttoinlandsproduktes der einzelnen Länder ein. Die bei der Aggregation der einzelnen Subkomponenten entstehenden Additionsdifferenzen werden proportional gemäß diesen Komponenten aufgeteilt¹⁰). Dabei wird allerdings implizit unterstellt, dass die größten Aggregate auch den größten Anteil an dieser Differenz hätten. Tatsächlich dürfte aber die Änderung der Proportionen Ursache des Additionsfehlers sein, sodass eine Aufteilung der Differenz proportional zur Änderung der Anteile eher adäquat wäre.

In wesentlich geringerem Umfang dürften mikroökonomische Modelle vom Problem der Nicht-Additivität betroffen sein, da sie – wie z. B. CGE-Modelle – nicht Zeitreihen als Datengrundlage nutzen oder produzieren. Andere mikroökonomische Modelle basieren vielfach ausschließlich auf nominellen Werten, die nicht dem Problem der Nicht-Additivität unterliegen. Sie beruhen etwa auf einzelnen mikroökonomischen Nutzenfunktionen für Güterbündel, deren Mengen vor deren Aggregation mit den Preisen multipliziert werden. Die mit diesen Nutzenfunktionen zu konfrontierenden Budgetbeschränkungen sind ebenfalls nominelle Größen. Auch Markträumungsbedingungen werden üblicherweise in nominellen Größen ausgedrückt.

Strategien in der österreichischen VGR

Mit Herbst 2004 stellte Statistik Austria die Preisbereinigung in der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung vom Festpreisbasisjahr 1995 auf Vorjahrespreisbasis um. Reale Werte in Form von Indizes mit dem Referenzjahr 2000 wurden zurück bis ins Jahr 1988 berechnet und veröffentlicht. Für das Frühjahr 2005 ist die Fertigstellung der Rückrechnung bis 1976 geplant. Das Referenzjahr wird künftig alle fünf Jahre aktualisiert.

Die Preisbereinigung muss laut EU-Verordnung für die einzelnen Wirtschaftsbereiche auf der am weitesten disaggregierten Stufe mindestens auf der in der ESVG-Verordnung festgelegten "A-60-Gliederung" erfolgen, wird aber tatsächlich in vielen Fällen wesentlich detaillierter gerechnet. Wie bisher werden auf der untersten Güterebene Laspeyres-Preisindizes verwendet, welche im Zuge der Aggregation von der Konstruktion her einem Paasche-Preisindex entsprechen ("verpaaschter Laspeyres-Index", siehe oben).

Für Aggregate, die als Salden dargestellt werden und für die somit eine Verkettung mit Wachstumsraten nicht sinnvoll erscheint, wird die Realrechnung auf die unsaldierten Größen aufsetzen. Dies gilt einerseits für den Außenbeitrag als Differenz der beiden gesondert preisbereinigten Aggregate Export und Import und andererseits für die Lagerveränderung als Saldo zwischen Lageranfangs- und -endbestand.

Auch Statistik Austria verwendet zur Errechnung des Kapitalstocks die oben beschriebene perpetual-inventory method (PIM). Dazu ist eine Bewertung der Investitionen zu Beschaffungspreisen eines fixen Basisjahres notwendig. Dadurch ergibt sich ein Konsistenzbruch zu den anderen realen Werten des VGR-Systems, welche ja auf Vorjahrespreisbasis preisbereinigt werden. Statistik Austria basiert deshalb die mit einem festen Basisjahr berechneten Investitionsreihen in einem zweiten Schritt auf Vorjahrespreise um (Havel – Kaßberger, 2004).

Im Gegensatz zur jährlichen Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung besteht in der Quartalsrechnung keine EU-weite Verpflichtung zur Preisbereinigung auf Vorjahres-

¹⁰) "In most cases data given here refers to headline GDP data while expenditure components of the national accounts are estimated by OEF to be consistent with GDP figures" (Oxford Economic Forecasting, 2000).

basis. Allerdings lässt die Notwendigkeit der Konsistenz beider Systeme implizit auf eine solche schließen. Das WIFO wird deshalb seine Realrechnung ebenfalls anpassen und mit Ende 2004 die entsprechenden – bis 1988 zurückreichenden – Quartalszeitreihen veröffentlichen.

Anders als in der Jahresrechnung bieten sich hier mehrere Möglichkeiten zur Rechnung auf Vorjahrespreisbasis und damit zur Bildung der zur Verkettung notwendigen Wachstumsraten an:

- **Annual Overlap:** Das zu gewichteten Durchschnittspreisen des Vorjahres bewertete aktuelle Volumen wird vereinfachend zum ungewichteten Jahresdurchschnitt des Vorjahres (Basis der preisbereinigten Wachstumsrate) in Beziehung gesetzt.
- **Quarterly Overlap:** Das zu gewichteten Durchschnittspreisen des Vorjahres bewertete aktuelle Volumen wird zu dem mit gleichen Preisen bewerteten Volumen für das IV. Quartal des Vorjahres (Basis der preisbereinigten Wachstumsrate) in Beziehung gesetzt.
- **Over the Year:** Das zu gewichteten Durchschnittspreisen des Vorjahres bewertete aktuelle Volumen wird zu dem mit gleichen Preisen bewerteten Volumen des entsprechenden Vorjahresquartals (Basis der preisbereinigten Wachstumsrate) in Beziehung gesetzt.

Je nach gewähltem Verfahren ergeben sich unterschiedliche Eigenschaften der Quartalszeitreihe (Übersicht 3). Die in der EU mit der Berechnung der Quartals-VGR betrauten Institutionen sind in der Wahl des Verfahrens frei. Vom Standpunkt der Konjunkturbeobachtung ist ein Ansatz zu bevorzugen, der einen Kompromiss zwischen einer möglichst genauen Prognose des Jahreswertes und der Vermeidung von Niveausprüngen der Zeitreihe bildet.

Übersicht 3: Alternative Möglichkeiten zur Vorjahrespreisrechnung

	Annual Overlap	Quarterly Overlap	Over the Year
<i>Kriterien</i>			
Jahreswert entspricht der Summe der Quartalswerte	Ja		Nicht genau
Keine Sprünge im Niveau der Zeitreihen		Ja	Ja
Werte zu konstanten Preisen basieren auf Preisrelationen des gesamten Vorjahres	Ja	Ja	Ja
Preisbereinigung für das IV. Quartal mit denselben Gewichten wie für das I. Quartal des nächsten Jahres		Ja	Ja
Vierteljährliche Werte liefern möglichst genaue Prognose der Jahreswerte	Ja		Ja

Q: Statistik Austria.

Durch die Preisbereinigung verursachte Niveausprünge könnten die Interpretation des Konjunkturverlaufs wesentlich stören, sodass möglicherweise Wendepunkte nicht rechtzeitig erkannt werden. Der Mangel, dass im Preisbereinigungsprozess die Summe der Quartalswerte nicht genau dem Jahresergebnis entspricht, ist hingegen weniger problematisch, da er durch Benchmarking-Methoden¹¹⁾ ausgeglichen wird. Eine Entscheidung bezüglich des anzuwendenden Verfahrens ist noch nicht gefallen; aus den angeführten Überlegungen erscheint das Over-the-Year-Verfahren für die Zwecke der Konjunkturanalyse am besten geeignet.

Ein weiteres Problem ergibt sich aus der Umstellung der Preisbereinigung in der Quartalsrechnung durch die unmittelbar mit der Realrechnung auf Vorjahrespreisbasis verbundene Herleitung von Wachstumsraten. Wie erwähnt ist die Bildung von Wachstumsraten für Salden meist nicht möglich oder sinnvoll. Der reale Außenbeitrag wird auch auf Quartalsbasis durch getrennte Deflationierung der Exporte und Importe gebildet, Lagerbestände zur Ableitung der Lagerveränderung durch Diffe-

¹¹⁾ Darunter sind Methoden zu verstehen, welche explizit oder implizit die Summe der Quartale an die Jahreswerte anpassen.

renzenbildung stehen jedoch auf Vierteljahresbasis nicht zur Verfügung. In der Quartalsrechnung wird deshalb künftig die zu Vorjahrespreisen bewertete Lagerveränderung zum ebenfalls zu Vorjahrespreisen bewerteten Bruttoinlandsprodukt in Relation gesetzt und diese Quote auf die verketteten Absolutwerte übertragen.

Abschließende Bemerkungen

Die Preisbereinigung der Komponenten der VGR auf Basis der Vorjahrespreise hat sich international durchgesetzt und ist nunmehr auch EU-weit verpflichtend vorgesehen. Sie hat gegenüber der Verwendung eines fixen Basisjahres einige entscheidende Vorteile, insbesondere für die Interpretation längerfristiger Betrachtungen und internationaler Vergleiche. Die Berechnung des Wirtschaftswachstums "am aktuellen Rand" (nahe dem Basisjahr) wird sich hingegen kaum verändern. Substantielle Nachteile ergeben sich vor allem aus der "Nicht-Additivität", d. h. aus der Tatsache, dass die Summe der einzeln preisbereinigten Komponenten nicht dem preisbereinigten Aggregat entspricht.

Generell kann kein bestimmtes Verfahren der Preisbereinigung als überlegen bezeichnet werden; primär hängt es vom Analysegegenstand ab, welcher Realrechnungsmethode der Vorzug gegeben wird. Den Interessen der Nutzer würde somit eine Parallelrechnung beider Systeme sehr entgegenkommen (Mayer, 2001), weil so den unterschiedlichen Erkenntniszielen und Analysezielen am besten Rechnung getragen würde.

Auch im Falle einer Beibehaltung der Fixpreisbasis hätte die Wirtschaftsforschung nicht auf die Bildung langer, aussagekräftiger realer Zeitreihen verzichten müssen, indem die Nutzer jeweils nur Zeitreihenabschnitte nahe dem Basisjahr verwenden und selbst verketteten.

Literaturhinweise

- Allen, R. G. D., *Index Numbers in Theory and Practice*, Macmillan Press Ltd, London–Basingstoke, 1975.
- Bresnahan, T. F., Gordon, R. J. (Hrsg.), *The Economics of New Goods*, NBER, The University of Chicago Press, Chicago–London, 1997.
- de Boer, S., van Dalen, J., Verbiest, P., *Chain Indices in the National Accounts: The Dutch Experience*, Statistics Netherland, Voorburg–Heerlen, 1997.
- Dridi, J., Zieschang, K., "Export and Import Price Indices", IMF Staff Paper, 2004, 51(1).
- Havel, U., Kaßberger, F., "Einführung der Vorjahrespreisbasis und Verkettung in der österreichischen VGR", Statistik Austria, Statistische Nachrichten, 2004, 59(8).
- International Labour Organisation (ILO), *A Review of Bias in the CPI*, Statistical Commission and Economic Commission for Europe, Conference of European Statisticians, Genf, 1999.
- Landefeld, J., Parker, R., "BEA's Chain Indexes, Time Series, and Measures of Long-Term Economic Growth", Survey of Current Business, BEA, Washington, D.C., 1997.
- Mayer, H., "Preis- und Volumensmessung in der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung, Anforderungen und Perspektiven", Statistisches Bundesamt, Wirtschaft und Statistik, 2001, (12).
- Oxford Economic Forecasting, *The Oxford World Macroeconomic Model – An Overview*, Oxford, 2000.
- Pollan, W., "Zur Messung der Verbraucherpreise in Österreich. Lebenshaltungskostenindex oder Preisindex?", WIFO-Monatsberichte, 2002, 75(12), http://publikationen.wifo.ac.at/pls/wifosite/wifosite.wifo_search_get_abstract_type?p_language=1&pubid=23245.
- Reinsdorf, M. B., Moulton, B. R., "The Construction of Basic Components of Cost-of-Living Indexes", in *Bresnahan – Gordon* (1997).
- Triplett, J. E., "Should the Cost-of-Living Index Provide the Conceptual Framework for a Consumer Price Index?", *Economic Journal*, 2001, 111(June), S. F311-F334.

Changing the Price Adjustment Method in the Austrian National Accounts – Summary

In line with a decision made by the European Commission, Austria is required to change the method of computing its national accounts and use the previous year's price base. A key problem of the previous fixed base year method was that shifts in relative prices over time were not taken into account. Over the course of several years, this resulted in ever greater distortion in representing the "real" economic development. According to the new computing method, the additive property no longer applies, i.e., the sum of price-adjusted components no longer corresponds to the value of the aggregate. With its reference year of 2000, the new computation published by Statistics Austria in the autumn of 2004 reaches back to 1988 and shows that past economic growth was different than formerly assumed. WIFO will publish the new quarterly series by the end of 2004.

Michael Böheim

Wettbewerb, Wettbewerbspolitik und Wirtschaftswachstum

Theoretische Grundlagen und empirische Evidenz für Österreich

Die wettbewerbsorientierten Strukturreformen in den neunziger Jahren trugen wesentlich dazu bei, dass sich Österreichs Wirtschaft günstig entwickelte. Um diesen erfolgreichen Wachstumspfad – trotz der Abschwächung in jüngster Zeit – fortschreiben zu können, werden allerdings weitere Politikmaßnahmen zur Intensivierung des Wettbewerbs erforderlich sein. Der Spielraum für eine theoretisch gut abgesicherte "wachstumsorientierte Wettbewerbspolitik" dürfte in Österreich beachtlich sein, wie eine überzeugende empirische Evidenz belegt.

Begutachtung: Gunther Tichy • Wissenschaftliche Assistenz: Sonja Patsios • E-Mail-Adressen: Michael.Boeheim@wifo.ac.at, Sonja.Patsios@wifo.ac.at

Wettbewerb ist der zentrale Allokationsmechanismus einer Marktwirtschaft. Wettbewerb als "Such- und Entdeckungsverfahren" (Hayek, 1968) stellt sicher, dass die Produzenten zur kontinuierlichen Anpassung ihrer Produkte an die sich laufend ändernden Präferenzen der Konsumenten gezwungen werden. Bestehende Produkte und Prozesse werden durch Innovationen, die der Nachfrage besser entsprechen, aus dem Markt gedrängt.

In diesem Wirkungszusammenhang sorgt Wettbewerb in einer Marktwirtschaft für eine effiziente Allokation knapper Ressourcen, indem Anreize zur Realisierung einer effizienten Organisation der Güterherstellung und Dienstleistungserbringung sowie zu Produkt- und Prozessinnovationen gegeben werden. Wettbewerbspolitische Interventionen haben diesen Wirkungszusammenhang zu berücksichtigen (siehe Kasten "Mikroökonomische Fundierung von Wettbewerbspolitik").

Wettbewerb steigert die Effizienz durch drei Arten von Anreizen (Armstrong – Cowan – Vickers, 1994):

- Wettbewerb wirkt als darwinistischer Selektionsmechanismus, indem effiziente Unternehmen, die die Marktpräferenzen besser und schneller befriedigen können, ineffiziente Unternehmen vom Markt verdrängen. Ergebnis dieses Auswahlprozesses ("survival of the fittest") ist eine Steigerung der gesamtwirtschaftlichen Produktivität, da Wettbewerb die Unternehmen zur ständigen Verbesserung ihrer Effizienz zwingt.
- Im "Überlebenskampf" auf dem Markt zwingt Wettbewerb die Unternehmen zur Realisierung einer effizienten Organisation (Reduktion von X-Ineffizienz; Leibenstein, 1966), die sich positiv auf die Produktivität und den wirtschaftlichen Erfolg des Unternehmens auswirkt. In aggregierter Form fördern diese Effekte die Prosperität des volkswirtschaftlichen Gemeinwesens.
- Um die Aufbau- und Ablauforganisation so effizient wie möglich zu gestalten, bemühen sich die Unternehmen um neue Formen und/oder Abläufe der Leistungserbringung. Auf diese Weise setzt Wettbewerb Anreize für eine Steigerung von Forschung und Entwicklung sowie für Produkt- und Prozessinnovationen.

Grundlagen einer wachstumsorientierten Wettbewerbspolitik

Wettbewerb vollzieht sich in einer Marktwirtschaft als "Prozess der schöpferischen Zerstörung" (Schumpeter) und kann als kontinuierliches "Such- und Entdeckungsverfahren" (Hayek) nach Innovationen interpretiert werden.

Unternehmen, die keinem oder nur geringem Wettbewerb ausgesetzt sind und damit über Marktmacht verfügen, unterliegen diesem Selektionsprozess nicht und haben deshalb keinen Anreiz zur Steigerung von Effizienz und Produktivität. Marktmacht hat zur Konsequenz, dass gesamtwirtschaftlich wünschenswerte Innovationen unterbleiben.

Mikroökonomische Fundierung von Wettbewerbspolitik

Das wegen seiner Einfachheit und gedanklichen Klarheit wohl bedeutendste Gedankengebäude der Wirtschaftswissenschaften ist das Modell der vollständigen Konkurrenz. Auf der Grundlage vereinfachender Annahmen (vollkommene Information, Präferenzneutralität, Vielzahl von Anbietern und Nachfragern mit nur jeweils geringem Anteil am gesamten Angebot bzw. an der gesamten Nachfrage, freier Marktein- und -austritt, keine Externalitäten) werden die Marktinteraktionen von Konsumenten und Produzenten untersucht und charakteristische Eigenschaften von Märkten abgeleitet (Borrmann – Finsinger, 1999, S. 1ff).

Wettbewerb gewährleistet in diesem Modell die effiziente (Pareto-optimale) Allokation knapper Ressourcen. Im Gleichgewicht entsprechen die Preise den Grenzkosten (*Grenzkostenpreisregel*) mit der Konsequenz, dass die Produzenten keine über die risikoadäquate Kapitalmarktrendite hinausgehende Verzinsung des eingesetzten Kapitals erzielen können. Produzenten, deren Preise die Grenzkosten übersteigen, verlieren aufgrund der vollkommen preiselastischen Nachfrage sofort alle Kunden an die Konkurrenz.

Eine effiziente Allokation der Ressourcen bedeutet in diesem Zusammenhang, dass die Gesamtwohlfahrt (als Summe der Konsumenten- und Produzentenrenten) maximiert wird. Die Konsumenten profitieren in Form niedrigerer Preise, besserer Qualität und einer größeren Produktvielfalt. Die erwarteten langfristigen makroökonomischen Effekte bestehen in verstärkter Innovationstätigkeit, höherer Produktivität und dynamischerem Wirtschaftswachstum.

Im Modell der vollständigen Konkurrenz ("ideale Märkte") ist staatliche Regulierung bzw. Wettbewerbspolitik zur Verbesserung der Allokation von Ressourcen nicht erforderlich, da der Markt selbst zur optimalen Allokation findet. Wettbewerbspolitischer Handlungsspielraum eröffnet sich erst bei Vorliegen *unvollständiger Konkurrenz*, einem Gedankengebäude, das den realen Gegebenheiten ungleich besser entspricht als die einschränkenden Modellannahmen des Modells der vollständigen Konkurrenz. Da aber die Marktinteraktionen auf Märkten mit unvollständiger Konkurrenz vielfach mit jenen auf idealen Märkten verglichen werden können, bildet das Modell der vollständigen Konkurrenz einen wichtigen Bezugspunkt in wettbewerbspolitischen Fragestellungen.

Da rationale Produzenten ihren Gewinn zu steigern trachten, erweist sich das Wettbewerbsgleichgewicht auf realen Märkten als instabil. Um die Gewinne über die risikoadäquate Kapitalmarktrendite zu steigern, stehen den Produzenten zwei Wege offen: einerseits die Entwicklung neuer, "innovativer" Produkte und andererseits wettbewerbsbeschränkendes Verhalten. Als rationale Wirtschaftssubjekte werden die Unternehmen den für sie "bequemsten" Weg beschreiten. Aus gesamtwirtschaftlichem Interesse ist es wünschenswert, den Weg wettbewerbsbeschränkenden Verhaltens weitgehend zu versperren, damit die von Innovationen ausgehenden positiven Effekte wirksam werden. Aufgabe der Wettbewerbspolitik ist es, wettbewerbswidrigem Verhalten entgegen zu wirken und die Anreize dafür zu reduzieren bzw. im Optimalfall zu eliminieren, um sicherzustellen, dass nur innovative Unternehmen ihre Gewinne steigern können ("temporäre Monopolrenten").

Eine Wettbewerbspolitik, die auf das theoretische Modell der vollständigen Konkurrenz abstellt, muss allerdings nicht immer auf realen Märkten optimal sein. In Abhängigkeit von den realen Marktbedingungen, die gleichsam eine Verletzung der Modellannahmen bedeuten (z. B. Technologiebasis, Skalen- und Verbundvorteile, Netzwerkeffekte, Ein- und Austrittsbarrieren), können oligopolistische Marktstrukturen gerechtfertigt sein; allerdings erfordern sie eine entsprechende Regulierung und eine effektive Missbrauchsaufsicht.

Während im Modell der vollständigen Konkurrenz, dessen restriktive Annahmen in der Realität selten erfüllt sind, die Wirkungszusammenhänge eindeutig sind (siehe Kasten "Mikroökonomische Fundierung von Wettbewerbspolitik"), ist der postulierte

positive Einfluss von Wettbewerb auf Innovation und Wachstum auf realen Märkten umstritten.

Im Zuge der intensiven Debatte, ob Wettbewerb das Wirtschaftswachstum fördert oder bremst, haben sich auf der Basis widersprüchlicher empirischer Evidenz zwei konkurrierende Theorien herausgebildet, die einander als These und Antithese gegenüberstehen. Nach mehr als 60 Jahren intensiver Forschung auf diesem Gebiet kann eine einfache Antwort auf die Frage nach dem Zusammenhang zwischen Wettbewerb und Wirtschaftswachstum nicht gegeben werden. Deregulierungsmaßnahmen und wettbewerbspolitische Interventionen zur Steigerung der Wettbewerbsintensität bewegen sich deshalb immer im Spannungsfeld zwischen positiven Impulsen für die Wirtschaft und der negativen Anreizwirkung auf innovative Unternehmen aufgrund des Wegfalls von Monopolrenten.

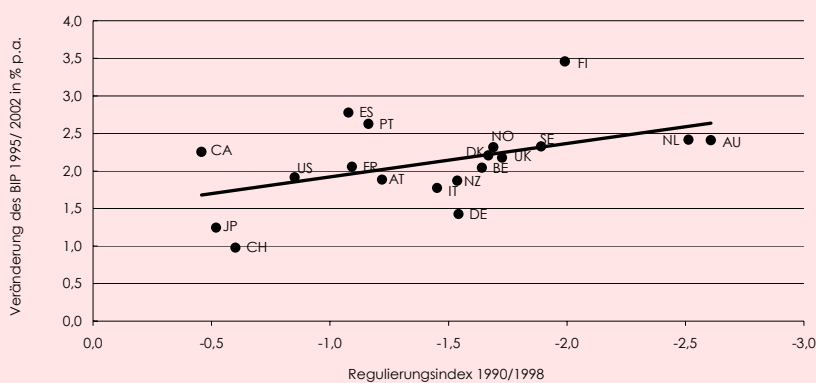
Aghion *et al.* (2001) zeigen in einem Modell mit schrittweiser Innovation¹⁾, dass Wettbewerb einen positiven Wachstumseffekt bewirkt, indem das innovativste Unternehmen auf dem Markt ("Technologieführer") einen höheren Gewinn erzielt als Unternehmen mit unterlegener Technologie. Da in diesem Modell Unternehmen nur höhere Gewinne realisieren, wenn sie technologisch überlegen sind, besteht für sie der Anreiz zur Innovation und zu Investitionen in Forschung und Entwicklung. Technologisch überlegene Unternehmen entziehen sich dem Wettbewerb mit Unternehmen mit unterlegener Technologie ("escape-competition effect").

Die Prämisse, dass Wettbewerb Unternehmen zu Effizienzsteigerung und Innovation zwingt, um auf dem Markt bestehen zu können, und auf diese Weise Produktivitätssteigerungen und Wirtschaftswachstum auslöst, ist empirisch gut abgesichert (Nickell, 1996, Blundell – Griffith – Reenen, 1995, Geroski, 1995, 1990).

Nach Porter (2000) beeinflussen die Intensität des Wettbewerbs auf dem Heimmarkt und die Effektivität der Wettbewerbspolitik sowohl das Niveau als auch die Wachstumsrate des Bruttoinlandsproduktes (BIP) pro Kopf positiv. Untermuert wird diese Feststellung von der Tatsache, dass jene OECD-Staaten, die in den frühen neunziger Jahren die ambitioniertesten Deregulierungsinitiativen setzten, am Ende dieses Jahrzehnts das höchste Wachstum des BIP pro Kopf aufwiesen (Abbildung 1).

These: Wettbewerb zwingt zu Innovation und stärkt das Wachstum

Abbildung 1: Wirtschaftswachstum und Deregulierung



Q: OECD, WIFO-Berechnungen. Regulierungsindex nach Nicoletti – Scarpetta – Boylaud (1999).

Trotz der bedeutenden empirischen Evidenz für einen positiven Wirkungszusammenhang zwischen Wettbewerb und Wirtschaftswachstum gibt es auch ernstzunehmende Gegenargumente. Nach Schumpeter (1942) ist zwar für eine effiziente statische Ressourcenallokation ein möglichst scharfer Wettbewerb (vollständige Konkurrenz) optimal, eine effiziente dynamische Ressourcenallokation bedarf aber großer marktmächtiger Unternehmen, für die der Anreiz zur Innovation in der temporären Nutzung ihrer Marktmacht zur Realisierung von Monopolrenten liegt.

¹⁾ "Step-by-step"-Innovation impliziert, dass ein Unternehmen in einem ersten Schritt zum Technologieführer aufschließen muss, um in einem zweiten Schritt selbst die Technologieführerschaft erlangen zu können.

Antithese: Wettbewerb verhindert Innovation und dämpft das Wachstum

Nach Schumpeter (1942) sind zwei Effekte von Marktmacht auf die Innovationsbereitschaft zu unterscheiden: Zum einen liefert die nach der Innovation erwartete Ex-post-Marktmacht, auch wenn sie nur vorübergehend sei, den Unternehmen überhaupt erst Anreize zur Innovation. Unternehmen seien nur zu Innovationen bereit, wenn sie sich deren Nutzen (zumindest temporär) exklusiv über höhere Gewinne aneignen könnten ("appropriability effect", Monopolrenten). Zum anderen bilde eine oligopolistische Marktstruktur mit Ex-ante-Marktmacht ein günstiges Umfeld für Innovationen, weil in einem Oligopol das Verhalten der konkurrierenden Unternehmen leichter einzuschätzen sei als unter vollständiger Konkurrenz und damit die Unsicherheit bei Investitionsentscheidungen deutlich reduziert werde. Die Monopolrenten aus der Ausübung von Marktmacht dienen demnach zur Innenfinanzierung von Innovationen (Cohen – Levin, 1989).

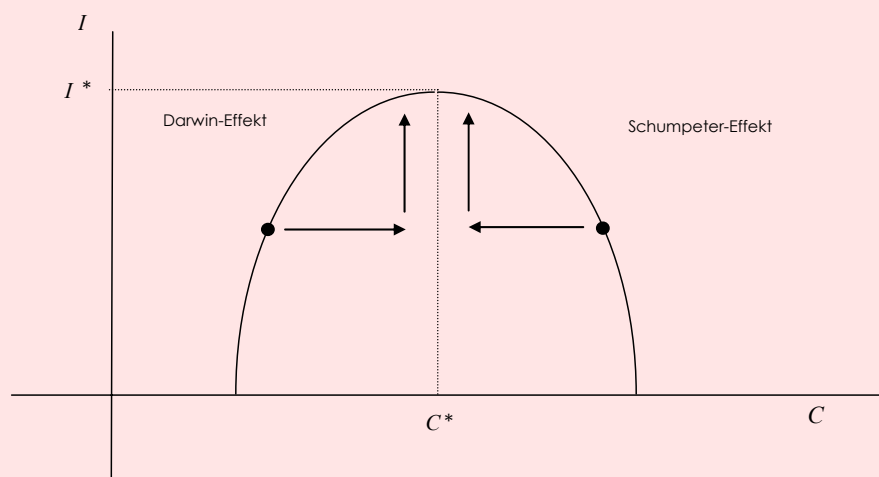
Schumpeters Ergebnisse erwiesen sich als sehr sensibel bezüglich der einer empirischen Überprüfung zugrunde liegenden Modellprämissen (Aghion – Howitt, 1997). Eine empirische Bestätigung des skizzierten negativen Trade-off zwischen Wettbewerb, Innovation und Wachstum konnte im Kontext der endogenen Wachstumstheorie nicht erbracht werden (Aghion – Howitt, 1992, Grossman – Helpman, 1991, Romer, 1990).

Synthese: nicht-monotoner Zusammenhang zwischen Wettbewerb und Innovation bzw. Wachstum

Jüngere wissenschaftliche Arbeiten bemühen sich um eine "Versöhnung" der beiden gegensätzlichen Argumentationslinien. Ausgehend von der Marktform des Monopols habe demnach zunehmender Wettbewerb (nur) bis zu einer bestimmten Marktkonzentration einen positiven Effekt auf Effizienz, Innovation und Wachstum, darüber hinaus aber einen negativen Effekt. Dieser nicht-monotone Zusammenhang wird in der Literatur nach der Form der Kurve als "Inverse-U"-Hypothese bezeichnet. Er wird theoretisch damit begründet, dass bei niedriger Wettbewerbsintensität der Darwin-Effekt ("escape-competition effect") dominiert, während der Schumpeter-Effekt ("appropriability effect") erst bei höherer Wettbewerbsintensität zum Tragen kommt (Aghion et al., 2002).

Die Kombination von Darwin- und Schumpeter-Effekt erzeugt den Zusammenhang zwischen Wettbewerb und Wachstum in Form eines "inversen U". Demnach hängen die Wirkungen einer Veränderung der Wettbewerbsintensität entscheidend von deren aktuellem Niveau ab. Eine wettbewerbspolitische Feinsteuerung zur Realisierung der optimalen Marktstruktur setzt die Kenntnis der genauen Position auf der Kurve voraus (Problem der Laffer-Kurve, Abbildung 2).

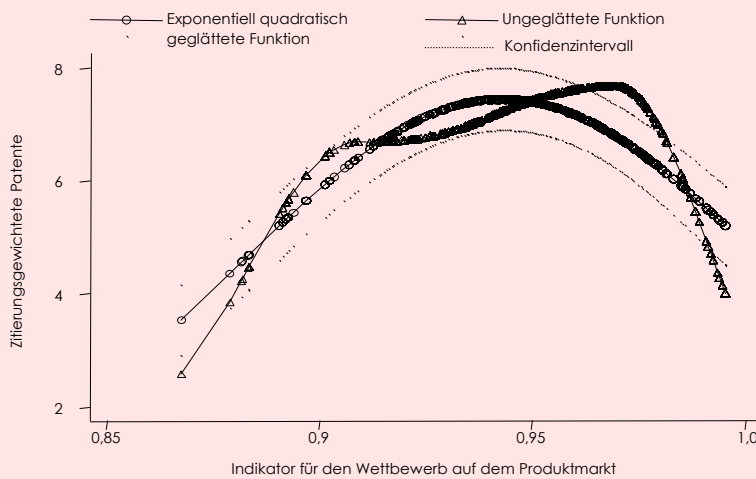
Abbildung 2: Das "inverse U"



Q: Aghion et al. (2002), WIFO. – C . . . Wettbewerbsintensität, C* . . . "optimale" Wettbewerbsintensität, I . . . Innovationsindikator, I* . . . "optimales" Innovationsniveau.

Aghion et al. (2002) haben das "inverse U" für die britische Sachgütererzeugung empirisch überprüft. Ein für die wettbewerbspolitische Praxis wichtiges Ergebnis dieser Forschungsarbeit besteht darin, dass der Schumpeter-Effekt erst bei sehr hoher Wettbewerbsintensität nahe der vollständigen Konkurrenz wirksam wird (Abbildung 3). Der "Escape-competition"-Effekt ist am stärksten auf Märkten mit kleiner technologischer Differenz ("neck-and-neck industries"), die vergleichsweise einfach aufgeholt werden kann, während der Aneignungseffekt am stärksten auf Märkten mit großer technologischer Differenz wirkt, da auf solchen Märkten höhere Monopolrenten zu erwarten sind.

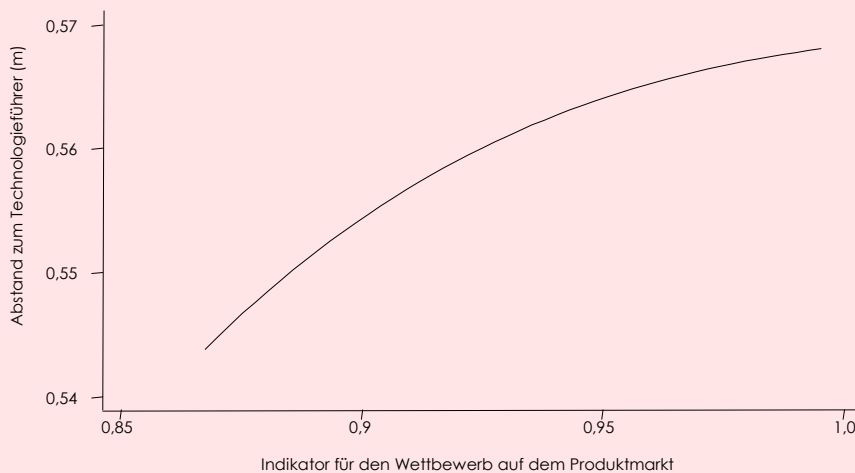
Abbildung 3: Empirische Evidenz für das "inverse U"



Q: Aghion et al. (2002).

Ist ein Markt sehr wettbewerbsintensiv, so werden sich die Branchen hinsichtlich der eingesetzten Technologien stark unterscheiden. Schwacher Wettbewerb impliziert eine geringe technologische Differenz und lässt den "Escape-competition"-Effekt dominieren, während starker Wettbewerbsdruck die Unternehmen zur technologischen Differenzierung zwingt und den Aneignungseffekt dominieren lässt ("composition effect"; Abbildung 4).

Abbildung 4: Der "composition effect"



Q: Aghion et al. (2002), WIFO.

Wettbewerb auf den Produktmärkten: Empirische Evidenz für Österreich

Marktkonzentration in Österreich über dem OECD-Durchschnitt

Die Wirtschaftspolitik der meisten OECD- und auch EU-Staaten bemühte sich in den letzten Jahren stark um Strukturreformen und trieb die Deregulierung vor allem von Netzwerkbranchen und die Privatisierung der "verstaatlichten Industrie" voran. Davon betroffen waren insbesondere die Märkte für Telekommunikation, Energie (Strom und Gas) sowie Finanzdienstleistungen. Die Ergebnisse dieser Bemühungen, gemessen z. B. am Produktmarktregulierungsindex der OECD (Nicoletti – Scarpetta – Boylaud, 1999), sind uneinheitlich. Während die Deregulierung der Produktmärkte in Großbritannien, Irland, Australien und den USA am weitesten fortgeschritten ist, ist in Italien, Griechenland und Norwegen noch immer ein vergleichsweise starres Regulierungsregime in Kraft. Österreich rangiert hier im Mittelfeld (Übersicht 1; Nicoletti – Scarpetta, 2003). Wie in anderen kleinen Ländern auch liegt die Marktkonzentration in Österreich über dem Durchschnitt (OECD, 2003).

Übersicht 1: Indikatoren zur Produktmarktregulierung

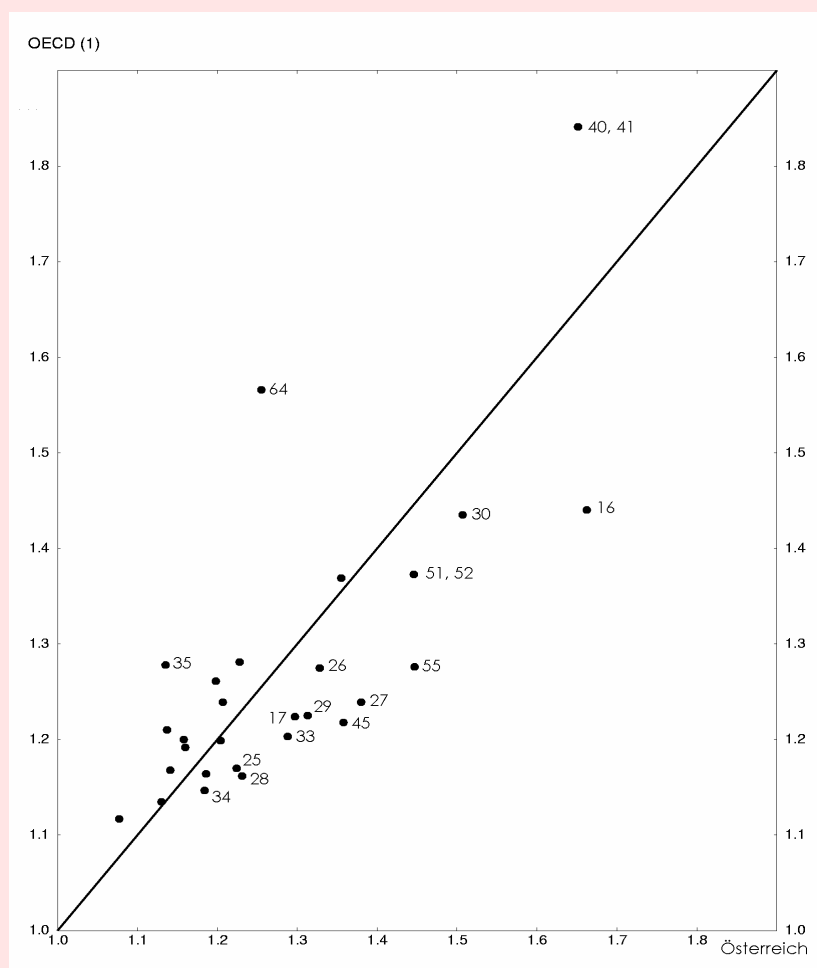
	Nicoletti – Scarpetta – Boylaud (1999)		Kaufmann – Kraay – Zoido-Lobaton (1999)		Pryor (2002)	
	0 ... gering, 1 ... hoch	Rang	0 ... gering, 1 ... hoch	Rang	0 ... gering, 1 ... hoch	Rang
Australien	0,24	3	0,30	8	0,40	12
Neuseeland	0,43	5	0,00	2	0,13	3
Kanada	0,54	11	0,41	14	0,24	6
USA	0,28	4	0,09	6	0,62	16
Japan	0,58	12	1,00	21	0,61	15
Deutschland	0,52	10	0,39	11	0,31	7
Frankreich	0,88	18	0,60	18	0,78	19
Italien	1,00	21	0,75	20	0,87	20
Spanien	0,64	13	0,42	15	0,58	13
Niederlande	0,49	7	0,08	4	0,15	4
Belgien	0,80	17	0,50	17	0,74	18
Österreich	0,49	8	0,37	10	0,39	11
Portugal	0,70	15	0,39	12	0,65	17
Finnland	0,67	14	0,08	5	0,00	1
Griechenland	0,97	20	0,74	19	1,00	21
Irland	0,20	2	0,06	3	0,32	8
Großbritannien	0,00	1	0,00	1	0,16	5
Schweden	0,49	6	0,43	16	0,37	9
Dänemark	0,50	9	0,19	7	0,38	10
Schweiz	0,76	16	0,40	13	0,01	2
Norwegen	0,97	19	0,34	9	0,60	14
Durchschnitt	0,58		0,36		0,44	

Q: Nicoletti – Pryor (2001). Die ursprünglichen Indizes wurden bei Bedarf umgekehrt und neu gereiht.

Die Preis-Kosten-Margen liegen in Österreich in einigen Branchen über, in anderen unter dem Durchschnitt einer Auswahl von OECD-Ländern (Abbildung 5). Überdurchschnittlich sind sie weniger in der verarbeitenden Industrie als vielmehr im Dienstleistungsbereich wie im Groß- und Einzelhandel oder im Hotel- und Gastronomiebereich. In der Sachgütererzeugung weisen die Eisen- und Stahlindustrie sowie die Tabakindustrie (weit) überdurchschnittliche Preisaufläge auf. Im Fall der Stahlindustrie ist dies aber nicht ein Indikator für zu geringen Wettbewerb auf den Heimmärkten, sondern für eine erfolgreiche Positionierung der ehemals verstaatlichten stahlerzeugenden Unternehmen (VA Stahl, Boehler-Uddeholm) als Qualitätsanbieter auf den Weltmärkten. Hingegen ist die nunmehr privatisierte Austria Tabak noch immer auf dem Heimmarkt durch das Einzelhandelsmonopol für Tabakwaren vor Konkurrenz geschützt; das könnte die überdurchschnittlichen Preisaufläge erklären.

Die unterdurchschnittlichen Preisaufläge (Mark-ups) in einigen Netzwerkbranchen (Telekommunikation, Elektrizitätswirtschaft, Gas- und Wasserversorgung) lassen keine eindeutige Interpretation zu.

Abbildung 5: Preis-Kosten-Margen in Österreich im internationalen Vergleich
Seit 1981



- 16 Tabakverarbeitung
- 17 Herstellung von Textilien und Textilwaren
- 25 Herstellung von Gummi- und Kunststoffwaren
- 26 Herstellung und Bearbeitung von Glas, Herstellung von Waren aus Steinen und Erden
- 27 Metallerzeugung und -bearbeitung
- 28 Herstellung von Metallerzeugnissen
- 29 Maschinenbau
- 30 Herstellung von Büromaschinen und Datenverarbeitungsgeräten
- 33 Medizin-, Mess- und Regeltechnik; Optik
- 34 Herstellung von Kraftwagen und Kraftwagenteilen
- 35 Sonstiger Fahrzeugbau
- 40, 41 Energie- und Wasserversorgung
- 45 Bauwesen
- 51, 52 Großhandel, Einzelhandel
- 55 Beherbergungs- und Gaststättenwesen
- 64 Nachrichtenübermittlung

Q: OECD, STAN-Datenbank. Schätzungen basierend auf der Roeger-Methode. – ¹⁾ Durchschnitt von Österreich, Belgien, Kanada, Finnland, Frankreich, Deutschland, Italien, Japan, Niederlande, Großbritannien und USA.

Einerseits können unterdurchschnittliche Mark-ups als Hinweis auf einen erfolgreichen Liberalisierungsprozess in diesen Branchen in Österreich gedeutet werden (OECD, 2003). Diese Sichtweise wird durch die Strukturindikatoren von Eurostat unterstützt, wonach die Preise von Telekommunikation und Energie seit Mitte der neunziger Jahre in Österreich stark gesunken sind. Allerdings hatte das Preisniveau in Österreich zu den höchsten Europas gezählt und erreichte nun lediglich den europäischen Durchschnitt.

Empirische Messung der Wettbewerbsintensität

Für die empirische Messung der Wettbewerbsintensität steht eine Vielzahl von Indikatoren zur Verfügung. Die gebräuchlichsten Kennzahlen sind Preisniveau und -konvergenz, Marktanteile, Preis-Kosten-Margen (Mark-up), Markteintrittskosten und Produktmarktregulierung. Erst die zusammenfassende Beurteilung aller Indikatoren im internationalen Vergleich lässt verlässliche Rückschlüsse auf die Wettbewerbsintensität auf einem Markt zu.

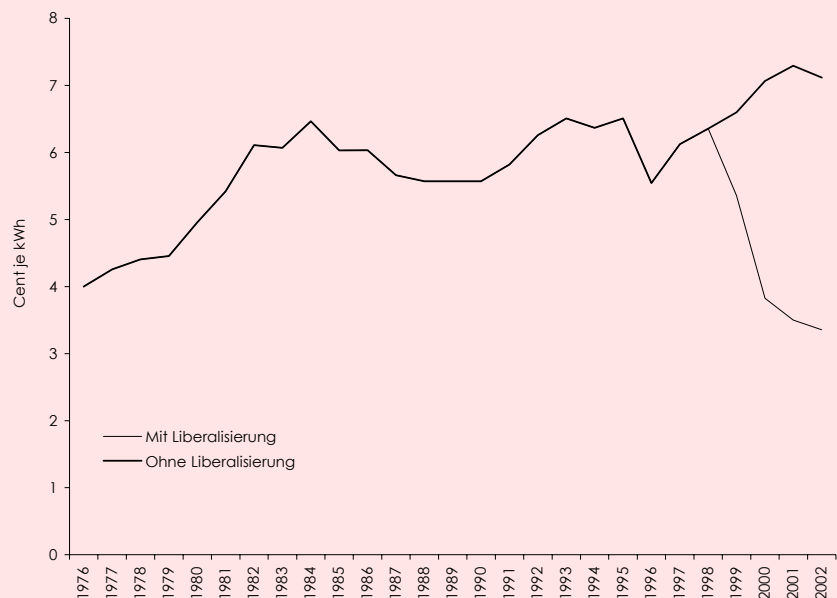
Andererseits sind niedrige Preisaufschläge nicht nur als Evidenz für funktionierenden Wettbewerb zu deuten, sondern weisen auch auf geringen Gewinn- und Rationalisierungsdruck für die Eigentümer hin. Ein Szenario öffentlicher Eigentümer, die an Gewinnen "desinteressiert" sind und der Versorgungssicherheit von Kunden und Beschäftigten Priorität einräumen, während die Kostentante der Unternehmen hoch ist, beschreibt die Situation der (zu) lange durch Monopole geschützten österreichischen Versorgungsunternehmen sehr treffend. Ein hoher Preisaufschlag war aus Sicht der Monopolunternehmen mangels Gewinnorientierung nicht notwendig. Die Konsumentenrente konnte von den Unternehmen auch über die "Weiterverrechnung" überhöhter Kosten an die Endkunden abgeschöpft werden.

Zusammen mit Großbritannien, Italien, Spanien, den Niederlanden und Deutschland zählt Österreich zu jenen EU-Mitgliedstaaten, die sowohl die Märkte für Elektrizität (in Österreich seit 1. Oktober 2001) als auch für Gas (in Österreich seit 1. Oktober 2002) vollständig liberalisiert haben (*E-Control*, 2003) – lange vor dem von der Europäischen Kommission gesetzten Termin (1. Juli 2007).

Am meisten profitierte die Industrie von der Liberalisierung, aber auch die Haushalte partizipierten an der "Liberalisierungsdividende": Während die Strom- und Gaspreise für die Industrie im Vergleich mit einem Szenario ohne Liberalisierung der Energiemärkte ("Basisszenario") um mehr als 40% bzw. fast 15% gesunken sind, beträgt die Verbilligung für die privaten Haushalte für Strom weniger als 20% und nur 4% für Gas (*Kratena*, 2004; Abbildungen 6 und 7, Übersicht 2).

Energiemärkte: Kein funktionierender Wettbewerb trotz Liberalisierung

Abbildung 6: Entwicklung des Nettoindustriepreises von Elektrizität in Österreich mit und ohne Liberalisierung



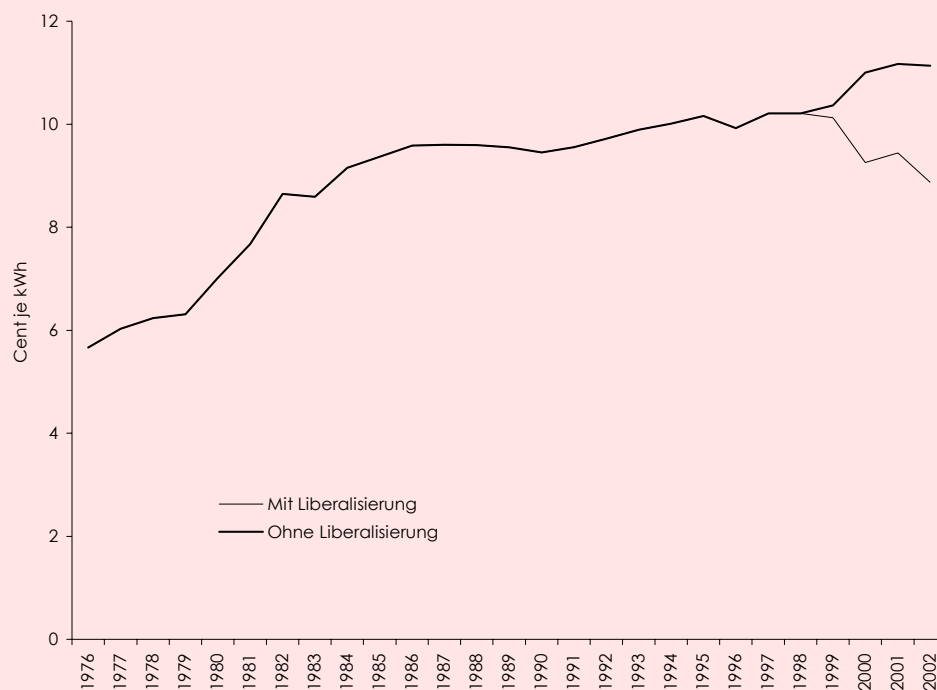
Q: *Kratena* (2004).

Die Preisvorteile aus der Energiemarktliberalisierung wurden für die österreichischen Konsumenten teilweise durch andere Faktoren kompensiert. Dazu zählen eine Anhebung der öffentlichen Abgaben (Preiszuschläge zur Förderung von Kleinwasserkraft, Kraft-Wärme-Kopplung und Ökostromerzeugung sowie Anhebung der Energie-

steuer auf elektrische Energie) und der Netzgebühren, die aus der Sicht des Regulators weiteren Spielraum zur Senkung bieten.

Trotz der starken Zunahme der Konzentration auf den Elektrizitätsmärkten in Österreich seit dem Jahr 2000 (Übersicht 3)²⁾ entwickelten sich die Strompreise sowohl für die Industrie als auch für private Nutzer vorteilhafter als in vielen anderen Staaten der EU 15.

Abbildung 7: Entwicklung des Nettohaushaltspreises von Elektrizität in Österreich mit und ohne Liberalisierung



Q: Kratena (2004).

Übersicht 2: Partialanalytische Untersuchung der Effekte der Liberalisierung in Österreich

2002

		Abweichungen vom Basisszenario ohne Liberalisierung in %
Elektrizitätsmarkt		
Preis	Industrie	- 42,2
	Haushalte	- 17,5
Preisindex		- 29,4
Gasmarkt		
Preis	Industrie	- 14,4
	Haushalte	- 4,0
Preisindex		- 9,3

Q: Kratena (2004).

Die Marktkonzentration schlug sich bis 2003 nicht in einer Verteuerung von Strom für die privaten Haushalte (Übersicht 4) und Unternehmen (Übersicht 5) nieder. Die Gaspreise stiegen mäßiger als in anderen EU-Staaten und entsprechen nun etwa dem EU-Durchschnitt (Übersichten 6 und 7).

²⁾ Sie war im Wesentlichen auf den Zusammenschluss von fünf regionalen Stromversorgern zu einer marktbeherrschenden Unternehmenseinheit zurückzuführen. Durch die "österreichische Stromlösung" (Zusammenschluss des Verbund und der Energie Allianz voraussichtlich mit Ende 2004) wird die Marktkonzentration auf dem österreichischen Strommarkt nochmals deutlich steigen.

Übersicht 3: Marktanteil des größten Anbieters auf dem Elektrizitätsmarkt

	1999	2000 In %	2001	2001 1999 = 100
Großbritannien	21,00	20,60	22,90	109,0
Finnland	26,00	23,30	23,00	88,5
Deutschland	28,10	34,00	32,00	113,9
Österreich	21,40	32,60	34,40	160,7
Dänemark	40,00	36,00	39,00	97,5
Spanien	51,80	42,40	43,80	84,6
Italien	71,10	46,70	45,00	63,3
Schweden	52,80	49,50	48,50	91,9
Portugal	57,80	58,50	61,50	106,4
Frankreich	93,80	90,20	90,00	95,9
Belgien	92,30	91,10	92,60	100,3
Irland	97,00	97,00	96,60	99,6
Griechenland	98,00	97,00	98,00	100,0
EU 15	57,78	55,30	55,95	96,8

Q: Eurostat, WIFO-Berechnungen.

Übersicht 4: Haushaltspreise von Strom

	1996	1997	1998	1999	2000	2001	2002	2003	2004	2004 1996 = 100
	€ je kWh, ohne Steuern									
Griechenland	0,0609	0,0619	0,0627	0,0622	0,0564	0,0564	0,0580	0,0606	0,0621	102,0
Finnland	0,0770	0,0727	0,0706	0,0656	0,0645	0,0637	0,0697	0,0738	0,0810	105,2
Großbritannien	0,0876	0,0971	0,1039	0,0966	0,1056	0,0996	0,1031	0,0959	0,0837	95,5
Spanien	0,1092	0,1050	0,0946	0,0929	0,0895	0,0859	0,0859	0,0872	0,0885	81,0
Schweden	0,0675	0,0675	0,0673	0,0653	0,0637	0,0629	0,0701	0,0838	0,0898	133,0
Dänemark	0,0646	0,0639	0,0673	0,0681	0,0718	0,0781	0,0865	0,0947	0,0915	141,6
Österreich	0,1032	0,0984	0,0969	0,0979	0,0949	0,0945	0,0932	0,0926	0,0981	95,1
EU 15	0,1100	0,1081	0,1073	0,1050	0,1031	0,1027	0,1033	0,1034	0,1030	93,6
Niederlande	0,0869	0,0877	0,0868	0,0884	0,0938	0,0978	0,0923	0,0970	0,1031	118,6
Irland	0,0717	0,0816	0,0795	0,0795	0,0795	0,0795	0,0883	0,1006	0,1055	147,1
Belgien	0,1237	0,1191	0,1186	0,1182	0,1171	0,1184	0,1137	0,1120	0,1145	92,6
Luxemburg	0,1090	0,1071	0,1060	0,1076	0,1056	0,1120	0,1148	0,1191	0,1215	111,5
Deutschland	0,1320	0,1270	0,1256	0,1277	0,1191	0,1220	0,1261	0,1267	0,1259	95,4
Portugal	0,1259	0,1278	0,1250	0,1201	0,1194	0,1200	0,1223	0,1257	0,1283	101,9
Italien	0,1508	0,1671	0,1682	0,1570	0,1500	0,1567	0,1390	0,1449	0,1434	95,1
Frankreich	0,1022	0,1005	0,0962	0,0949	0,0928	0,0914	0,0923	0,0890	.	.

Q: Eurostat, WIFO-Berechnungen. Jährlicher privater Endverbrauch von 3.500 kWh, davon 1.300 kWh Nachtstrom (für eine Standardwohnung von 90 m²).

Unternehmenszusammenschlüsse der jüngsten Vergangenheit im Energiesektor – die österreichische Gas- und Stromlösung, die gegen die ernstzunehmenden Einwände des Energieregulators und von Wettbewerbsökonomern gegen die Entstehung von quasi-monopolistischen Marktstrukturen (Böheim, 2003) zustande kam – könnten aber die Realisierung der Wohlfahrtsgewinne aus der Energiemarktliberalisierung in Zukunft gefährden.

Einige Energieversorgungsunternehmen haben ihr Quasi-Monopol auch in der Phase der Liberalisierung durch vertikale und horizontale Integration konserviert bzw. über Fusionen sogar noch ausgebaut. Während die negativen Effekte der vertikalen Integration auf den Wettbewerb durch Entbündelung von Netz und Vertrieb relativ einfach einzudämmen wären, verschärften die Fusionen im österreichischen Energiesektor das Problem der horizontalen Integration weiter. Über Beteiligungen ein-

Übersicht 5: Industriepreise von Strom

	1996	1997	1998	1999	2000	2001	2002	2003	2004	2004 1996 = 100
	€ je kWh, ohne Steuern									
Großbritannien	0,0544	0,0604	0,0627	0,0619	0,0664	0,0661	0,0614	0,0539	0,0478	87,9
Schweden	0,0413	0,0430	0,0392	0,0348	0,0375	0,0313	0,0310	0,0666	0,0520	125,9
Frankreich	0,0650	0,0635	0,0596	0,0583	0,0567	0,0557	0,0562	0,0529	0,0533	82,0
Spanien	0,0756	0,0703	0,0620	0,0624	0,0636	0,0550	0,0520	0,0528	0,0538	71,2
Finnland	0,0481	0,0414	0,0401	0,0389	0,0377	0,0372	0,0401	0,0566	0,0543	112,9
Griechenland	0,0571	0,0580	0,0588	0,0583	0,0571	0,0571	0,0590	0,0614	0,0630	110,3
Dänemark	0,0473	0,0467	0,0512	0,0485	0,0504	0,0558	0,0639	0,0697	0,0631	133,4
EU 15	0,0689	0,0679	0,0663	0,0636	0,0625	0,0644	0,0620	0,0647	0,0636	92,3
Portugal	0,0756	0,0749	0,0712	0,0646	0,0643	0,0651	0,0665	0,0673	0,0684	90,5
Luxemburg	0,0747	0,0737	0,0725	0,0736	0,0709	0,0632	0,0645	0,0675	0,0690	92,4
Deutschland	0,0906	0,0845	0,0830	0,0791	0,0675	0,0669	0,0685	0,0697	0,0740	81,7
Belgien	0,0775	0,0746	0,0746	0,0739	0,0734	0,0752	0,0760	0,0764	0,0755	97,4
Irland	0,0615	0,0691	0,0662	0,0662	0,0662	0,0662	0,0836	0,0762	0,0787	128,0
Italien	0,0638	0,0713	0,0721	0,0646	0,0693	0,0919	0,0776	0,0826	0,0790	123,8
Niederlande	0,0608	0,0570	0,0566	0,0576	0,0669	0,0640
Österreich	0,0814	0,0765	0,0755	0,0763

Q: Eurostat, WIFO-Berechnungen. Jährlicher Endverbrauch industrieller Abnehmer von 2.000 MWh bei einem Höchstbedarf von 500 kW und einer jährlichen Betriebsdauer von 4.000 Stunden.

Übersicht 6: Haushaltsspreise von Erdgas

	1996	1997	1998	1999	2000	2001	2002	2003	2003 1996 = 100
	€ je GJ, ohne Steuern								
Großbritannien	5,52	6,32	6,75	5,98	6,65	6,27	6,63	6,56	118,8
Luxemburg	5,62	5,75	5,76	5,29	5,68	7,63	6,64	6,91	123,0
Irland	6,97	7,64	7,23	7,35	7,28	7,28	7,27	7,27	104,3
Niederlande	5,82	6,23	6,16	5,72	5,62	6,31	7,03	8,17	140,4
Dänemark	.	.	.	6,01	8,95	10,96	7,53	8,33	.
EU 15	6,64	7,22	7,34	6,81	7,24	8,49	8,42	8,37	126,1
Belgien	6,86	6,92	7,03	6,46	7,44	9,45	8,34	8,58	125,1
Österreich	8,61	8,33	7,72	7,80	7,80	8,78	8,78	8,85	102,8
Deutschland	6,85	7,11	7,00	6,64	6,93	9,65	9,24	8,93	130,4
Frankreich	7,27	7,23	7,67	7,36	6,99	8,44	9,19	9,06	124,6
Schweden	.	7,21	7,24	6,79	7,63	9,13	9,63	9,85	.
Italien	7,80	9,00	8,84	8,05	8,79	11,07	9,95	9,86	126,4
Spanien	9,28	9,16	9,10	8,85	9,15	11,06	10,46	10,43	112,4
Portugal	13,68	13,19	12,70	.
Finnland	5,01	5,48	7,12	6,58

Q: Eurostat, WIFO-Berechnungen. Jährlicher Verbrauch von 83,7 GJ für Raumwärme, Warmwasser und Kochen.

zelter Versorgungsunternehmen an beiden Energielösungen werden mit Strom und Gas die beiden wichtigsten Primärenergieträger "von einer Hand" kontrolliert und damit die wettbewerbspolitisch so wichtigen Substitutionsmöglichkeiten eingeschränkt.

Um die "Liberalisierungsdividende" nachhaltig zu sichern, werden Interventionen des Energieregulators eine Orientierung der Netzgebühren an den notwendigen Kosten sowie eine effektive Missbrauchsaufsicht durch die Bundeswettbewerbsbehörde herbeiführen müssen.

Übersicht 7: Industriepreise von Erdgas

	1996	1997	1998	1999	2000	2001	2002	2003	2003 1996 = 100
	€ je GJ, ohne Steuern								
Spanien	3,14	3,73	3,67	2,84	4,05	5,54	4,34	4,81	153,2
Großbritannien	2,60	2,89	3,18	3,15	3,53	4,01	5,42	4,87	187,3
Irland	2,93	3,83	2,96	3,09	3,59	4,65	4,88	4,94	168,6
Dänemark	3,42	4,03	3,59	2,65	4,59	5,99	4,49	5,26	153,8
Italien	3,58	4,42	4,23	3,48	4,14	6,58	5,87	5,38	150,3
Belgien	3,97	4,16	4,25	3,46	4,42	6,32	5,25	5,42	136,5
Frankreich	3,39	3,58	3,70	3,39	4,29	5,94	4,93	5,46	161,1
Österreich	4,84	4,59	4,23	4,23	3,53	5,53	5,62	5,46	112,8
EU 15	3,60	4,03	4,03	3,49	4,22	6,12	5,75	5,56	154,4
Luxemburg	4,86	5,01	5,03	4,69	4,94	6,89	5,90	6,17	127,0
Finnland	3,15	3,98	3,62	2,51	4,53	7,08	6,18	6,37	202,2
Portugal	6,88	6,26	6,39	.
Deutschland	4,41	4,96	4,98	4,21	4,78	7,76	7,28	6,73	152,6
Schweden	.	4,86	4,59	3,37	5,07	9,53	5,93	6,80	.
Niederlande	3,38	3,72	3,72	3,09	4,06	5,40	.	.	.

Q: Eurostat, WIFO-Berechnungen. Jährlicher Endverbrauch industrieller Abnehmer von 41.860 GJ, und einer Betriebsdauer von 200 Tagen (1.600 Stunden).

Telekommunikationsmärkte: Spürbare Preissenkungen

Übersicht 8: Preise der Festnetz-Telefonie

	1997	2003	2003 1997 = 100
	In €, 10 Minuten Ortsgespräch und 10 Minuten Ferngespräch (Inland)		
Schweden	1,10	0,60	54,5
Luxemburg	0,74	0,62	83,8
Dänemark	1,43	0,74	51,7
Niederlande	1,29	0,82	63,6
Griechenland	3,90	1,08	27,7
Finnland	1,05	1,11	105,7
Belgien	2,70	1,12	41,5
Spanien	3,43	1,16	33,8
Österreich	4,36	1,23	28,2
Portugal	3,50	1,27	36,3
Irland	3,35	1,33	39,7
Frankreich	2,60	1,35	51,9
EU 15	2,74	1,39	50,7
Italien	2,57	1,47	57,2
Deutschland	3,31	1,64	49,5
Großbritannien	2,11	1,69	80,1

Q: Eurostat, WIFO-Berechnungen.

Die Deregulierung im Telekommunikationssektor spielt über die Senkung der Zugangsentgelte eine wichtige Rolle bei der Diffusion von Informations- und Kommunikationstechnologien (Leo, 2002). Die Erfahrungen mit der Deregulierung von Telekommunikationsdienstleistungen sind in Österreich uneinheitlich, aus der Sicht der Konsumenten aber positiv: Durch die intensive Förderung des Dienstleistungswettbewerbs in der Festnetztelefonie³⁾ sind die Telekommunikationskosten deutlich gesunken (Übersicht 8). Während die Preise von Ferngesprächen radikal gesenkt wurden, blieben die Tarife für Ortsgespräche die höchsten der EU. Aufgrund des vom Regulierungsregime begünstigten Markteintritts einer Vielzahl von alternativen Telekom-Betreibern ist der Marktanteil des Marktführers Telekom Austria heute nach Finnland der zweitniedrigste in der EU (Übersicht 9). Er liegt aber weiterhin deutlich über

³⁾ Das Regulierungsregime hat die Telekom Austria dazu verhalten, ihre Infrastruktur (Leitungen) den konkurrierenden Dienstleistungsanbietern zu kostennahen Preisen zur Verfügung zu stellen. Damit fehlen für die "alternativen" Telekom-Betreiber Anreiz und ökonomische Notwendigkeit zum Aufbau eigener Infrastruktur.

der Vermutungsschwelle für eine marktbeherrschende Stellung gemäß Kartellgesetz (30%).

Die österreichische Regulierungspraxis begünstigt (noch immer) stark Telekom-Betreiber ohne eigene Infrastruktur, während Anbieter mit eigenen Netzen (Telekom Austria, UTA) benachteiligt sind. Eine Verschiebung der Regulierungspraxis vom Dienstleistungs- zum Infrastrukturwettbewerb wäre aber erst bei Kapazitätsengpässen (Anreiz zum Netzausbau) ökonomisch zu argumentieren und zeichnet sich in Österreich zur Zeit nicht ab.

Übersicht 9: Marktanteile des Marktführers in der Festnetz-Telefonie

	2001	In %	2002
Finnland	32,0		44,6
Österreich	50,0		45,0
Großbritannien	48,0		51,9
Schweden	69,0		58,0
Frankreich	62,0		59,6
Irland	59,0		59,6
Deutschland	64,0		60,0
Dänemark	74,0		67,4
Italien	73,0		69,2
EU 15	71,3		69,6
Niederlande	76,0		75,0
Luxemburg	88,6		80,0
Spanien	84,0		80,2
Belgien	84,5		81,3
Portugal	90,0		90,9
Griechenland	99,0		95,0

Q: Eurostat.

Die Bedeutung freiberuflicher Dienstleistungen für die Wettbewerbsfähigkeit einer Volkswirtschaft ist unbestritten. Obgleich die freien Berufe wichtige Inputs für den Unternehmenssektor bereitstellen und damit großes gesamtwirtschaftliches Interesse an kostengünstigen freiberuflichen Dienstleistungen von hoher Qualität besteht, ist der Wettbewerb in diesem Bereich nicht besonders ausgeprägt.

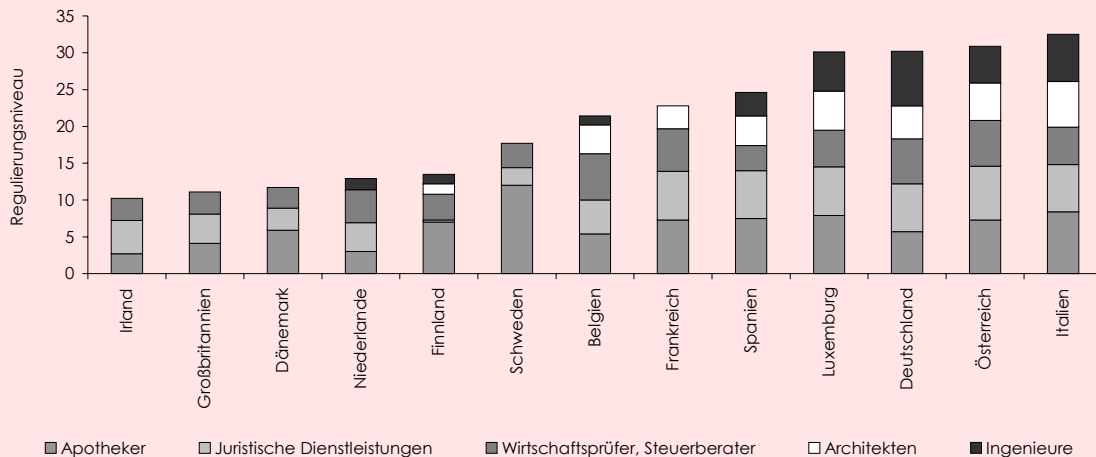
Im Gegensatz zu anderen Wirtschaftssektoren blieben die freien Berufe von der Deregulierung bisher weitgehend ausgeklammert. Verbindliche Festpreise, Preisempfehlungen, Werbebeschränkungen, Zugangsbeschränkungen und Vorbehaltsaufgaben sowie Vorschriften für die zulässige Unternehmensform und die berufsübergreifende Zusammenarbeit sind die häufigsten Wettbewerbsbeschränkungen (*Europäische Kommission, 2004, S. 5*), die teils in Frage gestellt (z. B. Werbeverbote), teils mit Qualitätssicherung gerechtfertigt werden (z. B. Ausbildungsvorschriften). Die Verwirklichung des Binnenmarktes für Dienstleistungen einschließlich der freien Berufe ist der EU derzeit ein wichtiges Anliegen. In Österreich ist die Regulierung der freien Berufe besonders ausgeprägt – innerhalb der EU ist sie nur in Italien rigoroser (Abbildung 8).

Eine größere Vielfalt von Preisen und Qualität der freiberuflichen Dienstleistungen sowie ein höheres Maß an Innovation könnten entscheidend zur Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen beitragen (*Europäische Kommission, 2004, S. 9*). In Ländern mit geringerem Reglementierungsgrad entwickeln sich sowohl die Beschäftigung als auch die Wertschöpfung der freien Berufe signifikant günstiger als in Ländern mit hohen Regulierungsstandards (*Paterson – Fink – Ogus, 2003*). Der wohlfahrtsteigernde Effekt einer Deregulierung wird somit in einem Land mit einem besonders hohen Regulierungsniveau überdurchschnittlich ausfallen. Auf Grundlage einer Initiative der Europäischen Kommission sind auch in Österreich entsprechende Deregulierungsmaßnahmen zu erwarten.

**Freie Berufe: Hoher
Regulierungsgrad in
Österreich**

Abbildung 8: Regulierung der freien Berufe in der EU

2003



Q: Europäische Kommission (2004). Daten für Griechenland und Portugal nicht verfügbar. Regulierungsniveau ... IHS-Regulierungsindex für freie Berufe (Paterson – Fink – Ogus, 2003).

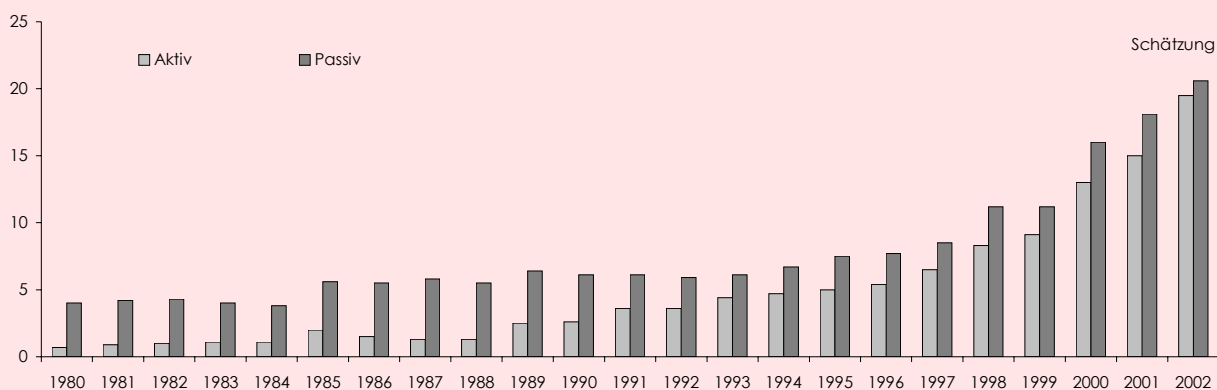
Wirtschaft profitiert von Belebung des Wettbewerbs auf den Produktmärkten

Der Wettbewerb auf den Produktmärkten hat sich, wie die empirische Evidenz zeigt, in Österreich seit den neunziger Jahren deutlich belebt. Getragen wurde diese Entwicklung im Wesentlichen von der verstärkten internationalen Integration (EU-Beitritt 1995, Teilnahme an der Währungsunion seit 1999) und den damit einhergehenden, "von außen induzierten" wettbewerbsorientierten Strukturreformen.

Seit Anfang der neunziger Jahre nimmt die Internationalisierung der österreichischen Wirtschaft im Einklang mit der Globalisierung der Weltwirtschaft über steigende Direktinvestitionen sowohl aktiv- als auch passivseitig sehr zu (Bundesministerium für Wirtschaft und Arbeit, 2004). Zuletzt (2002) erreichten sowohl die aktiven als auch passiven Direktinvestitionsbestände einen Höchstwert von 20% des BIP. Die aktiven Direktinvestitionsbestände haben sich damit im Verhältnis zum BIP seit 1990 fast versechsfacht, die passiven Direktinvestitionsbestände mehr als verdreifacht (Abbildung 9).

Abbildung 9: Österreichs Direktinvestitionsbestände

In % des BIP



Q: Bundesministerium für Wirtschaft und Arbeit (2004).

Die österreichischen Konsumenten profitieren von dieser Internationalisierung und der schrittweisen Verwirklichung des europäischen Binnenmarktes über einen Rückgang des relativen Preisniveaus: War das Verbraucherpreisniveau 1995 zu Kaufkraftparitäten noch um 13% über dem Mittel der EU 15 gelegen, so überstieg es den Durchschnitt 2002 um nur noch knapp 2% (Übersicht 10).

Übersicht 10: Relatives Preisniveau

	1995	1996	1997	1998	1999	2000	2001	2002 vorl.	2002 1995 = 100
	Zu Kaufkraftparitäten								
Portugal	71,7	72,3	71,3	71,4	71,2	70,6	72,0	73,5	102,5
Griechenland	79,9	83,0	84,3	81,5	83,4	80,8	81,6	79,7	99,7
Spanien	84,1	85,9	83,6	83,1	81,3	81,8	82,1	82,4	98,0
Italien	82,4	91,0	91,9	91,0	90,7	90,4	92,2	94,6	114,8
Belgien	109,5	105,1	102,5	102,3	104,1	101,8	99,2	98,7	90,1
Frankreich	113,7	112,2	105,8	105,0	104,9	102,9	101,8	99,7	87,7
Luxemburg	110,7	106,0	103,0	102,5	98,1	97,1	99,4	99,7	90,1
EU 15	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0
Österreich	112,8	108,4	104,0	103,5	100,4	98,2	99,0	101,6	90,1
Niederlande	105,8	102,4	99,0	99,4	100,7	100,2	100,3	101,8	96,2
Deutschland	114,6	109,6	105,8	105,3	104,0	101,6	103,3	104,0	90,8
Großbritannien	85,3	86,1	100,2	104,0	107,3	112,8	110,3	107,5	126,0
USA ¹⁾	84,2	85,5	95,1	96,2	100,1	114,6	118,9	113,4	134,7
Schweden	120,2	129,1	126,8	122,9	120,2	121,9	113,0	117,3	97,6
Irland	94,8	98,1	101,7	100,2	103,6	107,4	112,0	118,4	124,9
Finnland	129,4	123,5	119,6	118,3	119,1	118,3	118,5	122,7	94,8
Dänemark	133,7	131,1	126,9	125,7	123,1	123,0	126,2	130,7	97,8

Q: Eurostat, WIFO-Berechnungen. – ¹⁾ Schätzung.

Unter diesen geänderten Rahmenbedingungen entwickelte sich die Wirtschaft in Österreich in den neunziger Jahren sehr günstig. Um diesen erfolgreichen Wachstumspfad – trotz der deutlichen Abschwächung in jüngster Zeit – fortschreiben zu können, erscheinen jedoch weitere wettbewerbsorientierte Politikmaßnahmen dringend erforderlich.

Überlegungen zum innovations- und wachstumsmaximierenden Wettbewerbsintensitätsoptimum

Als Kernaufgabe der Wettbewerbspolitik gilt die Gewährleistung eines funktionierenden Wettbewerbs auf den Märkten für Güter und Dienstleistungen. Indem eine Konzentration der Marktstruktur unterbunden und wettbewerbsbeschränkende Verhaltensweisen sanktioniert werden, erhalten die Unternehmen Anreize für Innovationsaktivitäten. Dieser innovationsgerichtete Such- und Entdeckungsprozess resultiert in einer besseren Entwicklung der Gesamtwirtschaft und einem höheren Wirtschaftswachstum.

Wichtigstes Ergebnis aus mehr als 60 Jahren Forschung zum Wirkungszusammenhang zwischen Wettbewerb und Innovation bzw. Wachstum ist, dass dieser Zusammenhang nicht linear ist, sondern eine nicht-monotone Funktion beschreibt. Gemäß dieser theoretisch und empirisch gut abgesicherten, in der Fachliteratur als "inverses U" bezeichneten Hypothese gibt es für jeden Markt eine "optimale" Wettbewerbsintensität (C^*), die Innovation und Wirtschaftswachstum maximiert. Die Wahl (oder die Abstinenz) von wettbewerbspolitischen Instrumenten hängt somit entscheidend davon ab, auf welcher Seite des Wettbewerbsintensitätsoptimums C^* die aktuelle empirische Wettbewerbsintensität (C) eines Marktes liegt. Auf Märkten mit suboptimaler Wettbewerbsintensität ($C < C^*$) würde eine Steigerung des Wettbewerbs Innovationen und Wachstum fördern, auf Märkten mit überschüssiger Wettbewerbsintensität ($C > C^*$) hingegen dämpfen.

Das Wettbewerbsintensitätsoptimum C^* schwankt zwischen Märkten und über die Zeit. Die exakte empirische Bestimmung von C^* ist in Abhängigkeit von den zur Verfügung stehenden Daten teilweise schwierig (Aghion et al., 2002).

Nach Aghion et al. (2002) erreichen die Innovationsaktivitäten der britischen Sachgütererzeugung (gemessen an der mit der Zahl der Zitate gewichteten Zahl der Patente) erst bei einer sehr hohen Wettbewerbsintensität (zwischen $C = 0,90$ und $C = 0,95$) ihren Höchstwert. Das innovations- und wachstumsmaximierende Wettbewerbsintensitätsoptimum C^* liegt somit sehr nahe bei vollständiger Konkurrenz ($C = 1$). Internationale Vergleiche im Sinne eines "competition intensity benchmarking" können zusätzliche Hinweise und Rückschlüsse auf die Wettbewerbsintensität von Märkten und die daraus abzuleitenden Politikmaßnahmen geben.

Großer Spielraum für eine wachstumsorientierte Wettbewerbspolitik in Österreich

Aus den hier beleuchteten theoretischen Erkenntnissen und der empirischen Evidenz zum Zusammenhang zwischen Wettbewerbsintensität und Wachstum sowie Innovationen lassen sich einige gut abgesicherte Schlussfolgerungen für die österreichische Wettbewerbspolitik ableiten (Böheim, 2002, Seong, 2002, Tichy, 2000):

- Wettbewerbspolitik sollte nicht am Ziel perfekten Wettbewerbs per se ausgerichtet sein, sondern vielmehr an *funktionierendem Wettbewerb*. Abhängig von den Marktbedingungen (z. B. technologische Basis, Skalen- und Verbundvorteile, Netzwerkeffekte, Ein- und Austrittsbarrieren) können deshalb auch oligopolistische Marktstrukturen gerechtfertigt sein, die allerdings eine entsprechende Regulierung und eine effektive Missbrauchsaufsicht erfordern. Sowohl die ökonomische Theorie als auch die empirische Evidenz sprechen allerdings grundsätzlich gegen "enge Oligopole", da eine wohlfahrtsmaximierende Feinabstimmung dieser hochkonzentrierten Marktstrukturen aufgrund von Informationsdefiziten kaum zu bewältigen ist. Wettbewerbspolitisch sind deshalb "weite Oligopole" – Märkte mit mehr als fünf unabhängigen Marktteilnehmern mit bedeutendem Marktanteil – zu bevorzugen.
- Die Wettbewerbspolitik muss in einem dynamischen Ansatz sowohl kurzfristige als auch langfristige Effekte berücksichtigen. Da eine Intensivierung des Wettbewerbs ex ante eine Zunahme der Marktkonzentration (und damit eine Verringerung des Wettbewerbs) ex post zur Folge hat, steht die Wettbewerbspolitik in diesem Zusammenhang vor einer besonderen Herausforderung.
- Die Wettbewerbspolitik sollte sich auf jene Märkte konzentrieren, auf denen Unternehmen eine marktbeherrschende Stellung durch wettbewerbsbeschränkendes Verhalten erreicht haben bzw. aufrechterhalten. Marktmacht, die ausschließlich das Ergebnis von unternehmerischen Innovationsaktivitäten ist, erfordert hingegen keine Intervention der Wettbewerbspolitik.
- Hochkonzentrierte Märkte (Quasi-Monopole, enge Oligopole) müssen von der Wettbewerbspolitik besonders beachtet werden, während vergleichsweise zersplitterte Märkte (weite Oligopole) wettbewerbspolitisch weitgehend unproblematisch sind. Sowohl die Spieltheorie (Selten, 1973) als auch die empirische Forschung (Bresnahan – Reiss, 1991) unterstützen diese Forderung, indem sie zeigen, dass auf Märkten mit weniger als fünf starken unabhängigen Konkurrenten Kollusion und wettbewerbsbeschränkende Verhaltensweisen deutlich wahrscheinlicher sind als auf Märkten mit vielen Mitbewerbern.
- Aktuelle empirische Forschungsergebnisse belegen schließlich, dass das Wettbewerbsintensitätsoptimum sehr nahe an der vollständigen Konkurrenz liegt. Eine innovations- und wachstumsorientierte Wettbewerbspolitik hat demnach vergleichsweise großen Spielraum. Dass eine Intensivierung des Wettbewerbs der Volkswirtschaft schadet, ist dagegen für die meisten Märkte äußerst unwahrscheinlich. Das gilt insbesondere für kleine offene Volkswirtschaften wie Österreich mit teils hochkonzentrierten Märkten (Quasi-Monopole, enge Oligopole): In vielen Fällen ist diese Konzentration weniger das ökonomisch gerechtfertigte Resultat herausragender unternehmerischer Innovationsleistungen als vielmehr das Ergebnis einer fehlgeleiteten Industrie- und Wettbewerbspolitik, die im Bestreben "nationaler Champions"⁴⁾ zu schaffen, Arbeitsplätze zu sichern usw. die Fusionskontrolle bewusst nur unzureichend wahrgenommen hat.

Literaturhinweise

- Aghion, P., Bloom, N., Blundell, R., Griffith, R., Howitt, P., "Competition and Innovation: An Inverted U Relationship", The Institute of Fiscal Studies, 2002, (WP02/04), <http://www.ifs.org.uk/workingpapers/wp0204.pdf>.
- Aghion, P., Harris, C., Howitt, P., Vickers, J., "Competition, Imitation and Growth with Step-by-Step Innovation", Review of Economic Studies, 2001, 68, S. 467-492.
- Aghion, P., Harris, C., Vickers, J., "Competition and Growth with Step-by-Step Innovation: An Example", European Economic Review, Papers and Proceedings, 1997, S. 771-782.
- Aghion, P., Howitt, P., "A Model of Growth through Creative Destruction", Econometrica, 1992, 60, S. 323-351.
- Aghion, P., Howitt, P., "A Schumpeterian Perspective on Growth and Competition", in Kreps, D. (Hrsg.), Advances in Economics and Econometrics, Cambridge University Press, 1997, S. 279-317.

⁴⁾ Zur wettbewerbspolitischen Problematik "nationaler Champions" siehe *Monopolkommission* (2004).

- Ahn, S., Hemmings, P., "Policy Influences on Economic Growth in OECD Countries: An Evaluation of the Evidence", OECD Economics Department, Working Paper, 2000, (246), http://www.oecd.org/LongAbstract/0,2546,en_2649_37451_1884974_1_1_1_37451,00.html.
- Armstrong, M., Cowan, S., Vickers, J., Regulatory Reform-Economic Analysis and British Experience, M.I.T. Press, Cambridge, MA, 1995.
- Blundell, R., Griffith, R., Reenen, J. V., "Dynamic Count Data Model of Technological Innovations", Economic Journal, 1995, 105, S. 333-344.
- Böheim, M., "Austrian Competition Policy: Quo vadis?", Austrian Economic Quarterly, 2002, 7(4), S. 176-190, http://publikationen.wifo.ac.at/pls/wifosite/wifosite.wifo_search.get_abstract_type?p_language=1&pubid=23399.
- Böheim, M., "Wettbewerbspolitik in Österreich unter neuen Rahmenbedingungen. Zwischenbilanz und Ausblick", WIFO-Monatsberichte, 2003, 76(7), S. 515-528, http://publikationen.wifo.ac.at/pls/wifosite/wifosite.wifo_search.get_abstract_type?p_language=1&pubid=24415.
- Borrmann, J., Finsinger, J., Markt und Regulierung, München, 1999.
- Bresnahan, T. F., Reiss, P. C., "Entry and Competition in Concentrated Markets", Journal of Political Economy, 1991, 99(5), S. 977-1009.
- Bundesministerium für Wirtschaft und Arbeit, Österreichs Außenwirtschaft. Jahrbuch 2003/04, Wien, 2004.
- Cohen, W. M., Levin, R., "Empirical Studies of Innovation and Market Structure", in Schmalensee, R., Willig, R. D. (Hrsg.), Handbook of Industrial Organization II, 1989, S. 1059-1107.
- E-Control, Liberalisierungsbericht, Wien, 2003.
- Europäische Kommission, Bericht über den Wettbewerb bei freiberuflichen Dienstleistungen, KOM(2004) 83 endg., Brüssel, 2004.
- Geroski, P. A., "Innovation, Technological Opportunity, and Market Structure", Oxford Economic Papers, 1990, 42, S. 586-602.
- Geroski, P. A., Market Structure, Corporate Performance and Innovative Activity, Oxford University Press, Oxford, 1995.
- Grossman, G. M., Helpman, E., Innovation and Growth in the Global Economy, M.I.T. Press, Cambridge, MA, 1991.
- Hayek, F. A., Der Wettbewerb als Entdeckungsverfahren, Tübingen, 1968.
- Kaufmann, D., Kraay, A., Zoido-Lobaton, P. Aggregating Governance Indicators, Washington, D.C., 1999, <http://www.worldbank.org/wbi/governance/pubs/aggindicators.html>.
- Kratena, K., Makroökonomische Evaluierung der Liberalisierung im österreichischen Energiemarkt, WIFO, Wien, 2004, http://publikationen.wifo.ac.at/pls/wifosite/wifosite.wifo_search.get_abstract_type?p_language=1&pubid=25238.
- Leibenstein, H., "Allocative Efficiency Versus X-Inefficiency", American Economic Review, 1966, 56, S. 392-415.
- Leo, H., "ICT Investment and Growth of Output and Productivity", Austrian Economic Quarterly, 2002, 7(2), S. 86-97, http://publikationen.wifo.ac.at/pls/wifosite/wifosite.wifo_search.get_abstract_type?p_language=1&pubid=22031.
- Monopolkommission, Wettbewerbspolitik im Schatten "nationaler Champions", 15. Hauptgutachten, Bonn, 2004.
- Nickell, S. J., "Competition and Corporate Performance", Journal of Political Economy, 1996, 104, S. 724-766.
- Nicoletti, G., Pryor, R., Subjective and Objective Measures of the Extent of Governmental Regulations, Paris, 2001.
- Nicoletti, G., Scarpetta, S., "Regulation, Productivity and Growth: OECD Evidence", OECD Economics Department Working Paper, 2003, (347), http://www.oecd.org/LongAbstract/0,2546,en_2649_34323_1880860_1_1_1_1,00.html.
- Nicoletti, G., Scarpetta, S., Boylaud, O., "Summary Indicators of Product Market Regulation with an Extension to Employment Protection Legislation", OECD Economics Department, Working Paper, 1999, (226), http://www.oecd.org/LongAbstract/0,2546,en_2649_34323_1880860_1_1_1_1,00.html.
- OECD, Economic Survey Austria 2003, Paris, 2003.
- Paterson, I., Fink, M., Ogus, A., Economic Impact of Regulation in the Field of Liberal Professions in Different EU Member States, Studie des Instituts für Höhere Studien im Auftrag der Europäischen Kommission GD Wettbewerb, Wien, 2003.
- Porter, M. E., "The Current Competitiveness Index: Measuring the Economic Foundations of Prosperity", in World Economic Forum, The Global Competitiveness Report 2000, Genua, 2000.
- Pryor, F. L., "Quantitative Notes on the Extent of Governmental Regulations in Various OECD Nations", International Journal of Industrial Organization, 2002, 20(5), S. 693-714.
- Romer, P. M., "Endogenous Technological Change", Journal of Political Economy, 1990, 98, S. 71-102.
- Schumpeter, J. A., Theorie der wirtschaftlichen Entwicklung, 4. Auflage, Duncker & Humblot, Berlin, 1911/1934.
- Schumpeter, J. A., Capitalism, Socialism and Democracy, Harper & Row, New York, 1942.
- Selten, R., "A Simple Model of Imperfect Competition Where Four are Few and Six are Many", International Journal of Game Theory, 1973, 2, S. 141-201.

Seong, S., "Competition, Competition Policy and Economic Growth", Korea Development Institute, Working Paper, 2002, (2002-05).

Tichy, G., Fusionen und Übernahmen: Erfolgsaussichten von Fusionen, Wien, 2000.

Competition, Competition Policy and Economic Growth

Theoretical Foundations and Empirical Evidence for Austria – Summary

Since the mid-1990s, competition in the Austrian product markets has become markedly more vigorous, driven by "externally induced" competition-oriented structural reforms. In terms of product market regulation, Austria ranks in the middle range in international comparisons. Same as other smaller-scale economies, Austria shows an above-average market concentration.

Experience gained in liberalising network industries has been rather mixed. While competition did have an impact on consumers in the telecoms markets by way of substantial price reductions through the implementation of a regulatory regime that strengthens competition in services, the "liberalisation dividend" promised in the energy market failed to come up to the level forecast by the economic opportunities and politically induced expectations in industries as much as private households, due to the growth of taxes and charges and high network fees that obstruct competition. Concentration processes in the form of mergers furthermore checked the emergence of functioning competition in the Austrian energy markets.

Faced with a changed framework, Austria enjoyed excellent progress in economic terms. However, in order to continue on the successful growth path of the 1990s, which has recently shown clear signs of wear and tear, it appears urgently necessary to introduce further competition policies. Due to the highly concentrated market structures prevailing in Austria, there is – comparatively speaking – plenty of margin for a growth-focused competition policy.

From the theoretical insights and empirical evidence available, some well-founded conclusions may be derived for competition policy in Austria:

First, it should be noted that competition policy should not be oriented along the target of perfect competition per se. Rather its objective should be targeted on the realisation of "workable competition". Depending on market conditions (such as technology, economies of scale and of scope, network effects, barriers to entry and exit), even oligopolistic market structures may be justifiable, provided that they are subjected to proper regulation and effective supervision to guard against abuse. Nevertheless, both economic theory and empirical evidence argue against "narrow oligopolies" in principle because, due to information deficits, such extremely concentrated market structures are especially difficult to fine-tune so as to maximise consumer welfare. In terms of competition policy, "wide oligopolies" (i.e., markets of more than five major independent players) are thus to be preferred.

Second, competition policy needs to have a dynamic approach that considers both short- and long-term effects. The situation of more competition ex ante leading to higher market concentration (and thus less competition) ex post is a special challenge for any competition policy.

Third, competition policy should concentrate on those markets where enterprises have reached and maintain their market-controlling position by competition-restricting behaviour. Market power that is the result solely of entrepreneurial innovation activities, on the other hand, does not produce any need for intervention by competition policy.

Fourth, there is a need to focus the "competition policy eye" on particularly highly concentrated markets (quasi-monopolies, narrow oligopolies), while comparatively split markets (wide oligopolies) are relatively unproblematic in competition policy terms. Both game theory and empirical research support this requirement, by demonstrating that collusion and competition-restricting behaviour are substantially more likely in markets of fewer than five strong and independent competitors.

And, finally, fifth: current empirical research results, having "identified" the optimum competition intensity to be very near to perfect competition, provide us with the justified hope of a comparatively large margin for innovation- and growth-oriented competition policy. That competition will cause macroeconomic damage is a highly unlikely scenario for most markets. This applies especially to small open economies such as Austria which feature a large number of highly concentrated markets (quasi-monopolies, narrow oligopolies) which, in many cases, are less the economically justified result of superior entrepreneurial innovation, but rather the outcome of misdirected industrial and competition policy which intentionally failed to institute effective merger controls in its wish to create "national champions", secure jobs, etc.

Thomas Url

Sanierung der Schaden-Unfallversicherung 2003 fortgesetzt

Nachdem wegen der Naturkatastrophen im Jahr 2002 das versicherungstechnische Ergebnis eingebrochen war und gleichzeitig die Schaden-Unfallversicherung ein schwaches Finanzergebnis erzielt hatte, setzte die österreichische Versicherungswirtschaft in Form von Tarifierhöhungen energische Maßnahmen zur Sanierung der Schadenversicherung. Besonders in der Kfz-Versicherung wurden dadurch die Prämieinnahmen überdurchschnittlich gesteigert. Die Lebensversicherung litt 2003 abermals unter dem hohen Liquiditätsbedarf und der schwachen Entwicklung des nominellen verfügbaren Einkommens privater Haushalte. In der privaten Krankenversicherung sank die Versichertenzahl neuerlich bei steigender Zahl von Schäden. Die Prämieinnahmen wurden ebenfalls durch eine Anhebung der Tarife gesteigert.

Begutachtung: Christine Mayrhuber • Wissenschaftliche Assistenz: Ursula Glauninger • E-Mail-Adressen: Thomas.Url@wifo.ac.at, Ursula.Glauninger@wifo.ac.at

Nach der Umstellung auf ein neues elektronisches Datenerhebungsverfahren durch die Finanzmarktaufsicht Österreich (FMA) wird die Versicherungsstatistik nunmehr deutlich früher veröffentlicht als in der Vergangenheit. Der vorliegende Beitrag beruht deshalb vollständig auf Daten der Finanzmarktaufsicht, auf Hochrechnungen kann verzichtet werden. Die Übersichten enthalten für das Jahr 2002 FMA-Daten anstelle der Hochrechnungen; die Werte können daher von den im Vorjahr publizierten abweichen.

Auch 2003 wurde die Prämienentwicklung in der österreichischen Versicherungswirtschaft durch das unterdurchschnittliche Wirtschaftswachstum gedämpft. Bei einer Steigerung des nominellen Bruttoinlandsproduktes um 2,6% gegenüber dem Vorjahr lagen die abgegrenzten Prämien um 2,9% über dem Niveau des Vorjahres. Damit entwickelte sich die Versicherungswirtschaft im Einklang mit der Gesamtwirtschaft. Die Versicherungsdurchdringung blieb annähernd konstant (Übersicht 1).

Die mittelfristige Verschiebung des Geschäftsschwerpunktes zur Lebensversicherung wurde bereits 2002 unterbrochen. Seither schlägt sich das hohe Liquiditätsbedürfnis der privaten Haushalte in einer geringen Bereitschaft zur Übertragung großer Beiträge an Versicherer nieder. Gleichzeitig sanken die Renditeangebote für Lebensversicherungsprodukte. Diese Entwicklung setzte sich 2003 abgeschwächt mit einem verhaltenen Wachstum der Lebensversicherung fort. Gleichzeitig war eine robuste Zunahme der Prämien in der Kranken- und Schadenversicherung zu verzeichnen. Besonders im Bereich der Kfz-Haftpflichtversicherung wurde das Prämienvolumen überdurchschnittlich gesteigert.

Die Prognosen des Verbands der Versicherungsunternehmen Österreichs für das Jahr 2004 deuten auf eine Beschleunigung des Wachstums der gesamten Prämieinnahmen auf +4,9% hin. Bei einer vom WIFO erwarteten Zunahme des nominellen Bruttoinlandsproduktes um 3,3% wird die Versicherungsdichte damit 2004 deutlicher steigen. Getragen wird diese Belebung von der günstigen Prämienentwicklung in der Lebensversicherung (Prognose +5,2%). In der Krankenversicherung soll sich das Prämienvolumen auch 2004 robust entwickeln (+3,6%). In der Schaden-Unfallversicherung erwartet der Verband für 2004 einen leichten Rückgang der Wachstumsdynamik. Gemäß einer Umfrage des WIFO im September unter den wichtigsten Teilnehmern am österreichischen Versicherungsmarkt sind die Versicherer mittlerweile

Die Zunahme der Prämieinnahmen stand 2003 im Einklang mit der nominellen Einkommensentwicklung. Dennoch wurde die Versicherungsdurchdringung leicht gesteigert.

Die Schaden- und Unfallversicherung weitete ihren Anteil an den gesamten Prämieinnahmen auch 2003 aus.

Der Versicherungsverband erwartet 2004 vor allem in der Lebensversicherung eine günstige Entwicklung. Jüngste Umfragen des WIFO bestätigen den Optimismus.

noch optimistischer gestimmt. Die Steigerung der Prämieinnahmen in der Lebensversicherung wird für 2004 derzeit sogar auf 7,2% geschätzt.

Übersicht 1: Abgegrenzte Bruttoprämien

	Alle Sparten Mio. €	Lebens- versicherung In % des gesamten Prämienvolumens	Kranken- versicherung	Schaden- und Unfallversicherung	Versicherungs- durchdringung Prämienvolumen in % des BIP ¹⁾
1999	12.420	38,6	9,1	52,3	5,5
2000	13.254	40,7	8,8	50,6	5,6
2001	13.975	41,4	8,7	49,9	5,8
2002	14.413	38,8	8,7	52,4	5,7
2003	14.826	38,2	8,8	53,0	5,8

Q: Finanzmarktaufsicht Österreich, Statistik Austria. – 1) Verrechnete direkte, inländische Prämien.

Die Prämienentwicklung auf dem internationalen Versicherungsmarkt war gespalten: Während die Lebensversicherung schrumpfte, dehnte der Bereich Nicht-Leben das Prämienvolumen aus.

Der österreichische Versicherungsmarkt bewegte sich 2003 im Gleichklang mit dem internationalen Umfeld. In den Industrieländern sank das Prämienaufkommen im Bereich Leben real um 1,7%, während es im Bereich Nicht-Leben real um 5,7% wuchs (Swiss Re, 2004). Rückläufig war das Prämienvolumen vorwiegend in den angelsächsischen Ländern. Die Kürzung von Überschussbeteiligungen dämpfte die Nachfrage nach traditionellen Lebensversicherungsprodukten, und die nach wie vor bestehende Unsicherheit auf den Aktienmärkten setzte dem Absatz fondsgebundener Produkte enge Grenzen. Im Gegensatz dazu setzten die Anbieter im Bereich Nicht-Leben 2003 durchwegs Preissteigerungen durch. Diese ermöglichten 2003 abermals eine Zuwachsrate über dem langfristigen Durchschnitt. In Verbindung mit einer selektiven Risikoübernahme verbesserten die Versicherer das versicherungstechnische Ergebnis deutlich. Diese Tendenz wurde durch die Schadenentwicklung unterstützt, die 2003 dem langjährigen Durchschnitt entsprach. Niedrige kurz- und langfristige Zinssätze schwächten auch 2003 das Veranlagungsergebnis in der Lebens- sowie in der Nicht-Lebensversicherung. In den Industrieländern betrug die Versicherungsdurchdringung in der Lebensversicherung 5,2% und im Nicht-Leben-Bereich 4%.

Zweistellige Wachstumsraten auf dem russischen Versicherungsmarkt verursachten 2003 ein kräftiges Prämienwachstum in der Region Ost-Mitteleuropa.

Der für österreichische Versicherungsunternehmen wichtige Markt in Ost-Mitteleuropa zeichnet sich nach wie vor durch eine überdurchschnittliche Dynamik aus. Mit einer Steigerung der Prämieinnahmen um 17,5% in der Lebensversicherung und um 18,8% in der Nicht-Lebensversicherung bestätigte dieser Markt eindrucksvoll die positiven Erwartungen. Russland bot 2003 besonders günstige Geschäftsmöglichkeiten. Swiss Re (2004) erwartet anhand vorläufiger Ergebnisse auch für Polen, Tschechien, Slowenien und die baltischen Staaten in der Lebensversicherung zweistellige Zuwachsraten. Neben Russland waren Tschechien, die Slowakei, das Baltikum und Südosteuropa durch eine besonders hohe Dynamik des Nicht-Lebensbereichs gekennzeichnet. Freilich ist das Marktvolumen in Ost-Mitteleuropa noch relativ gering: Der Lebensversicherungsmarkt wird 2003 auf insgesamt 10,99 Mrd. \$ geschätzt, der Nichtlebensmarkt auf 23,41 Mrd. \$ (Swiss Re, 2004) – in Österreich betrug das Marktvolumen 2003 6,6 Mrd. \$ (Leben) bzw. 8,4 Mrd. \$ (Nichtleben). Die Strategie, Expansionsbemühungen auf noch unterentwickelte Märkte zu konzentrieren, verschafft den österreichischen Versicherern ein ausgezeichnetes Entwicklungspotential.

Versicherungsprodukte verteuern sich 2003 weiter

Mit einer Zunahme um insgesamt 3,6% waren Versicherungsprodukte 2003 eine der inflationstreibenden Komponenten im Verbraucherpreisindex (VPI). Der VPI erhöhte sich im selben Zeitraum um nur 1,4% (Übersicht 2). Die höchsten Preissteigerungen waren 2003 im Bereich der Kfz-Haftpflichtversicherung zu verzeichnen. Der Wettbewerb um Marktanteile und die Versuche zur Risikoselektion durch Rabatte hatten seit der Einführung des Binnenmarktes Tarifsenkungen bewirkt. Die Auswirkung dieser Unternehmensstrategie in Form negativer versicherungstechnischer Ergebnisse wird ungefähr seit 1999 durch überdurchschnittliche Preissteigerungen für Kfz-Haftpflichtversicherungen korrigiert.

Übersicht 2: Privatversicherungsformen im Warenkorb des Verbraucherpreisindex

1996 und 2000

	Gewicht im Warenkorb		1999	2000	2001	2002	2003	2004 ¹⁾
	Bis 2000	Ab 2001						
	In %		Veränderung gegen das Vorjahr in %					
Tarifprämien für								
Hausratsversicherung	0,653	0,650	+ 1,0	+ 4,5	- 4,2	+ 2,5	+ 1,4	+ 1,3
Bündelversicherung für Eigenheim	0,452	0,337	+ 1,7	- 2,8	+ 2,7	+ 2,2	+ 3,0	+ 4,7
Krankenzusatzversicherung	1,397	1,294	+ 3,3	+ 2,9	+ 4,4	+ 3,3	+ 3,9	+ 2,9
Kfz-Haftpflichtversicherung (Pkw)	1,091	1,150	+ 1,7	+ 3,6	+ 2,3	+ 4,1	+ 5,2	+ 1,8
Kfz-Rechtsschutzversicherung	0,124	0,133	+ 0,4	+ 2,9	+ 2,0	+ 3,3	+ 1,6	± 0,0
Kfz-Teilkaskoversicherung	0,473	0,352	- 11,9	+ 4,7	+ 7,5	+ 4,8	+ 2,4	+ 4,8
Privatversicherungsformen insgesamt	4,190	3,914	+ 0,5	+ 2,9	+ 2,4	+ 3,5	+ 3,6	+ 2,5
Verbraucherpreisindex insgesamt			+ 0,6	+ 2,4	+ 2,7	+ 1,8	+ 1,4	+ 1,5
Beitrag der Privatversicherungsformen in Prozentpunkten			+ 0,02	+ 0,12	+ 0,09	+ 0,14	+ 0,14	+ 0,10

Q: Statistik Austria. – 1) Jänner bis Juli.

Im österreichischen VPI hat die Krankenversicherung das höchste Gewicht unter den Versicherungsprodukten. Die Kostensteigerung im Gesundheitswesen und die laufende Erhöhung des Durchschnittsalters der Versicherten verursachten 2003 auch in diesem Bereich vergleichsweise hohe Tarifsteigerungen. Gegenüber 2002 blieb der Beitrag der Privatversicherungsformen zum VPI mit +0,14 Prozentpunkten konstant. Zugleich verringerte sich aber die Inflationsrate deutlich. Die Entwicklung in der ersten Jahreshälfte 2004 deutet an, dass die hohe Preisdynamik für Versicherungsprodukte 2004 etwas nachlassen dürfte.

Mit 1. Oktober 2004 traten zwei Änderungen des Kraftfahrzeug-Haftpflichtversicherungsgesetzes in Kraft (BGBl. I 115/2004), die vor allem für Altverträge eine Tarifierhöhung zur Folge haben werden: Erstens steigt die Mindestversicherungssumme entsprechend den Vorgaben der Europäischen Union von 1,09 Mio. € auf 3 Mio. €; etwa ein Viertel der Versicherten ist von dieser Reform betroffen und muss mit Tarifierhöhungen im Ausmaß von etwa 6% rechnen. Zweitens werden den Versicherungsunternehmen Tarifierhöhungen im Einklang mit einem von Statistik Austria veröffentlichten Verbraucherpreisindex ermöglicht, selbst wenn keine Anpassungsklausel im Vertrag vereinbart wurde. Bisher war die Möglichkeit einer automatischen Prämienanpassungsklausel auf Neuverträge beschränkt. Ab 1. Oktober müssen Versicherer die Kunden bei indexgebundenen Tarifierhöhungen nicht mehr auf das Kündigungsrecht aufmerksam machen.

Diese Regelung überwälzt einen Teil des Risikos der Preiserhöhung von Reparaturen zurück auf die Konsumenten. Bisher mussten Versicherer in die Kfz-Haftpflichtprämie von Beginn an eine Schätzung der künftigen Preiserhöhung von Reparaturen einrechnen. Schätzfehler mussten sie selbst tragen oder in Form von außerordentlichen Tarifierhöhungen mit dem Hinweis auf Kündigungsmöglichkeit an die Kunden weitergeben. Die Neuregelung entspricht einem nachträglichen Einbau einer automatischen Prämienanpassungsklausel in die Altverträge. Beide Maßnahmen sollten sich nicht auf den VPI auswirken, weil die Ausweitung der Versicherungssumme eine Leistungsausweitung bedeutet und in Neuverträgen bereits berücksichtigt ist. Die durchschnittliche Prämienzahlung wird hingegen steigen.

Die durchschnittliche Prämie betrug in der Kfz-Haftpflichtversicherung 2003 294 € je Risiko, um 5,9% mehr als im Vorjahr. Im Gegensatz zu 2002 lag die Zunahme 2003 im Bereich der auch im VPI für dieses Produkt gemessenen Inflationsrate (Übersicht 2). Prämienanpassungen im Bestand dürften daher 2003 eine geringere Rolle gespielt haben als 2002. Seit der Verwirklichung des Binnenmarktes im Jahr 1994 liegt die durchschnittliche Prämie von Kfz-Haftpflichtversicherungen trotz der Anhebung der Mindestversicherungssumme und der inzwischen höherwertigen Fahrzeugflotte unter dem Ausgangswert (1994: 329 €). Nach der erheblichen Steigerung der Durchschnittsprämie in der Kfz-Kaskoversicherung im Vorjahr (2002: +12,4%) waren mit

Versicherungsprodukte leisteten einen Beitrag von 0,14 Prozentpunkten zur allgemeinen Geldentwertung. Dabei dominierten Tarifierhöhungen von Kfz-Haftpflicht- und von Krankenversicherungen.

Die Änderung des Kfz-Haftpflichtgesetzes ermöglicht seit 1. Oktober 2004 indexgebundene Tarifierhöhungen für Altverträge.

Der nachträgliche Einbau einer automatischen Prämienanpassungsklausel überwälzt das Risiko unerwarteter hoher Preissteigerungen von Kfz-Reparaturen auf die Versicherungsnehmer.

Die Kfz-Versicherer hoben in der Kfz-Kaskoversicherung auch 2003 die durchschnittliche Prämie je Risiko überdurchschnittlich stark an.

10 Jahre nach Verwirklichung des Binnenmarktes hatten Konsumenten nach wie vor einen finanziellen Vorteil aus der Intensivierung des Wettbewerbs. Die Unterscheidung zwischen Binnenmarkteffekten und herkömmlichen Produktivitätssteigerungen wird jedoch immer schwieriger.

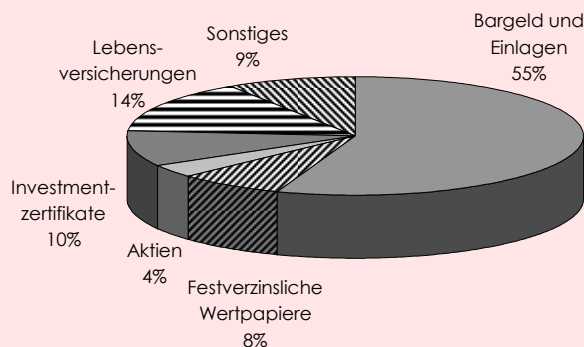
+6,6% auch 2003 kräftige Prämien erhöhungen zu verzeichnen. Die Durchschnittsprämie erreichte mit 543 € nahezu den Ausgangswert des Jahres 1994 von 554 €.

10 Jahre nach Verwirklichung des Binnenmarktes hatten Konsumenten nach wie vor einen finanziellen Vorteil aus der Intensivierung des Wettbewerbs. Die Unterscheidung zwischen Binnenmarkteffekten und herkömmlichen Produktivitätssteigerungen wird jedoch immer schwieriger. Die kräftigen Prämiensteigerungen in der Sachversicherung drückten 2003 den Binnenmarkteffekt deutlich unter das Vorjahresniveau. Das WIFO schätzt diesen preisdämpfenden Effekt in der Versicherungswirtschaft als Summe aus Prämien nachlass und nicht an die Versicherten weitergegebenen Kostensteigerungen auf der Leistungsseite. Diese Berechnung wird wegen der gleichzeitigen hohen zeitlichen Übereinstimmung von Prämienzahlung und Leistungsempfang nur für den Bereich der Sachversicherung durchgeführt. In der gesamten Kfz-Versicherung nahm die durchschnittliche Prämie von 1994 auf 2003 um 23 € ab. Über denselben Zeitraum blieb die durchschnittliche Leistung mit -2 € nahezu stabil. Insgesamt folgte daraus 2003 eine Ersparnis von 21 € je Risiko bzw. von 173 Mio. € unter Berücksichtigung aller abgesicherten Risiken. Eine ähnliche Berechnung für die Schadenversicherung zeigt, dass die Durchschnittsprämie 2003 bereits um 27 € über dem Ausgangswert des Jahres 1994 lag und die durchschnittliche Leistung um nur 23 € höher war. Mit einem Mehraufwand von 4 € kann in der Schadenversicherung 2003 kein Binnenmarkteffekt mehr identifiziert werden. Da in den 10 Jahren seit der Realisierung des Binnenmarktes zahlreiche produktivitätssteigernde Maßnahmen gesetzt wurden, fällt die Unterscheidung zwischen Binnenmarkteffekt und Produktivitätsverbesserung durch vernetzten EDV-Einsatz und verbesserte Ablauforganisation schwer.

Hohe Liquiditätspräferenz und niedrige Renditeerwartungen dämpfen Lebensversicherung

Nach dem Rückgang der Prämieinnahmen 2002 erzielte die Lebensversicherung auch 2003 nur ein unterdurchschnittliches Wachstum (Übersicht 3). Die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen waren 2003 schwierig, obwohl die Aktienmärkte wieder deutliche Kursanstiege verzeichneten. Die privaten Haushalte zeigten europaweit eine hohe Präferenz für liquide Veranlagungsformen und trieben damit das Geldmengenwachstum beträchtlich über den von der Europäischen Zentralbank angestrebten Referenzwert. Zusätzlich kam die gedämpfte Entwicklung der Einkommen nach Steuern und Abgaben dem Vermögensaufbau wenig entgegen: Mit +2,7% gegenüber dem Vorjahr erhöhten sich die nominellen verfügbaren Einkommen der privaten Haushalte 2003 sogar schwächer als im letzten Rezessionsjahr 2001. Die im Vergleich zu Renditeversprechen der Lebensversicherer niedrige Sekundärmarkrendite machte diese Rahmenbedingungen offenbar nicht wett. Die Geldvermögensbildung war 2003 durch eine Ausweitung des Bargelds und der Einlagen gekennzeichnet. Die Verteilung der Bestände am Jahresende zeigt Abbildung 1. Der Anteil von Lebensversicherungen am Geldvermögen der privaten Haushalte blieb mit 14% gegenüber 2002 unverändert.

Abbildung 1: Verteilung des privaten Geldvermögens 2003



Q: OeNB. Das gesamte Geldvermögen betrug 303,7 Mrd. €.

Übersicht 3: Lebensversicherung

	Bruttoprämien Abgegrenzt	Nettoprämien ¹⁾	Selbstbehalt- quote	Überschuss aus der Finanz- gebarung	Aufwendungen für Versiche- rungsfälle	Erhöhung der versicherungs- technischen Rückstellungen
	Mio. €		In %		Mio. €	
1999	4.796	4.538	94,6	2.043	2.983	2.816
2000	5.388	5.114	94,9	2.197	3.201	3.093
2001	5.785	5.495	95,0	1.988	3.915	2.555
2002	5.595	5.296	94,7	1.371	3.678	1.984
2003	5.659	5.346	94,5	2.019	4.379	2.132
Veränderung gegen das Vorjahr in %						
1999	+ 16,8	+ 17,6	+ 0,7	+ 2,7	+ 5,6	+ 27,8
2000	+ 12,4	+ 12,7	+ 0,3	+ 7,6	+ 7,3	+ 9,8
2001	+ 7,4	+ 7,4	+ 0,1	- 9,5	+ 22,3	- 17,4
2002	- 3,3	- 3,6	- 0,3	- 31,0	- 6,0	- 22,4
2003	+ 1,1	+ 0,9	- 0,2	+ 47,3	+ 19,0	+ 7,5

Q: Finanzmarktaufsicht Österreich. – ¹⁾ Geschätzt.

Die Sozialpolitik lieferte positive Impulse für das Prämienwachstum der Lebensversicherer. Mit der Pensionsversicherungsreform 2003 wurden im Pensionsversicherungsrecht und im Pensionsrecht der Beamten – auch unter Berücksichtigung der Übergangsfristen und der Deckelung – deutliche Leistungskürzungen verankert, die eine erhöhte Nachfrage nach Altersvorsorgeprodukten zur Folge haben sollten. Weiters konnte 2003 zum ersten Mal die prämiengünstige Zukunftsvorsorge gezeichnet werden. Vor diesem Hintergrund nahmen vor allem die Prämieinnahmen aus Produkten mit laufender Prämienzahlung merklich zu (+9,6%). Von den gesamten Prämieinnahmen der Lebensversicherung entfielen 2003 damit 4,2 Mrd. € oder fast drei Viertel auf Altersvorsorgeprodukte.

Besonders gefragt waren fondsgebundene Lebensversicherungen, die Zahl der Vertragsabschlüsse wurde auf über 460.000 verdoppelt. Da überwiegend Verträge mit laufenden Prämien abgeschlossen wurden, stieg das Prämienvolumen in dieser Produktgruppe um nur 15,5%. Ebenfalls günstig entwickelte sich die Rentenversicherung mit einer Zunahme der Neuabschlüsse um mehr als ein Viertel. Durch den Rückgang der Einmalumlage sank die durchschnittliche jährliche Prämie in der Rentenversicherung weiter auf 1.115 €.

Die prämiengünstige Zukunftsvorsorge traf im ersten Jahr ihres Bestehens auf großes Interesse. Bis Ende 2003 wurden nach Angaben der Finanzmarktaufsicht 280.000 Verträge mit einem Prämienvolumen von 240 Mio. € gezeichnet. Die Vertragszahl entspricht knapp über 5% der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter bzw. 7,4% der Erwerbstätigen. Knapp 90% der Verträge wurden von Versicherungsunternehmen gezeichnet, der Rest von Kapitalanlagegesellschaften und Mitarbeitervorsorgekassen. Die durchschnittliche Jahresprämie der mit Versicherern abgeschlossenen Verträge betrug 840 € und blieb damit sowohl unter dem steuerlich geförderten Höchstbetrag als auch unter dem Durchschnitt aller prämiengünstigen Zukunftsvorsorgeverträge.

Der variable Teil der staatlichen Prämie für die prämiengünstige Zukunftsvorsorge und die Pensionszusatzversicherung wird 2005 konstant bleiben (3,5%). Der staatliche Fördersatz für die private Altersvorsorge wird also einschließlich des festen Förderungsbestandteils von 5,5% 2005 ebenfalls 9% betragen. Gleichzeitig wird der an die Höchstbemessungsgrundlage im ASVG gebundene höchstzulässige geförderte Betrag vermutlich auf 1.950 € jährlich steigen. Dadurch wird die Obergrenze des staatlichen Zuschusses 2005 geringfügig auf 175 € (2004: 171 €) angehoben.

Positive Impulse durch Reformen im Pensionsversicherungsrecht und im Pensionsrecht der Beamten sowie die prämiengünstige Zukunftsvorsorge ließen die Einnahmen aus Verträgen mit laufender Prämie beträchtlich steigen.

Die Zahl der abgeschlossenen Verträge in der fondsgebundenen Lebensversicherung und der Rentenversicherung entwickelte sich 2003 überdurchschnittlich.

Die prämiengünstige Zukunftsvorsorge wurde vorwiegend über Versicherungsverträge nachgefragt.

Die staatliche Prämie für Zukunftsvorsorge wird 2005 auf etwa 175 € steigen.

In Deutschland beginnt am 1. Jänner 2005 die Umstellung auf die nachgelagerte Besteuerung von privaten Altersvorsorgemaßnahmen.

Die Umstellung der steuerlichen Berücksichtigung von Altersvorsorgemaßnahmen in Deutschland ist für das zerklüftete österreichische Besteuerungsregelwerk richtungsweisend.

Echoeffekte der Steuerreform 1988 verursachten 2003 eine deutliche Ausweitung der Leistungen.

Die Zuführung zu versicherungstechnischen Rückstellungen stieg 2003 wieder.

Unvermindert rückläufiger Trend der Versichertenzahl in der Krankenversicherung

Das Versichertenkollektiv schrumpfte in der Krankenversicherung 2003 weiter.

Die steuerliche Behandlung privater Altersvorsorgemaßnahmen wird in Deutschland vollständig reformiert und mit einer Übergangszeit bis 2040 auf eine nachgelagerte Besteuerung umgestellt (Bundesministerium der Finanzen, 2004). Mit dem Alterseinkünftegesetz werden Aufwendungen zur Altersvorsorge bis zu einem Höchstbetrag von 20.000 € steuerfrei gestellt. Die Aufwendungen zur Altersvorsorge umfassen Beiträge zur gesetzlichen Rentenversicherung, zu landwirtschaftlichen Alterskassen, zu berufsständischen Versorgungseinrichtungen, die den gesetzlichen Rentenversicherungen vergleichbare Leistungen bringen, sowie zu privaten Leibrentenversicherungen. Die Besteuerung bestehender Alterseinkünfte wird ab einem Einkommen von etwa 1.575 € monatlich einsetzen, soweit keine weiteren Einkünfte vorliegen. Für Verheiratete verdoppelt sich der Freibetrag. Private und betriebliche Altersvorsorgemaßnahmen werden damit derselben steuerlichen Behandlung unterliegen wie Beiträge zur öffentlichen Pensionsvorsorge.

Die Umstellung auf dieses einfache und klare Konzept benötigt Übergangsregeln über einen Zeitraum von 35 Jahren. Im Vergleich dazu setzt Österreich für jeden Durchführungsweg der privaten und betrieblichen Altersvorsorge ein eigenständiges Regelwerk zur Besteuerung ein. Die Beiträge zur privaten oder betrieblichen Altersvorsorge sind entweder von der Besteuerung befreit, werden mit Prämien gefördert oder unterliegen teilweise oder gar vollständig der Besteuerung. Die Kapitalerträge werden in der Ansparphase ebenfalls je nach Vorsorgeinstrument unterschiedlich behandelt, und auch die steuerliche Behandlung der Auszahlungen hängt von der gewählten Vorsorgeform ab (Kristen, 2003). Für die Versicherten ist es angesichts der unterschiedlichen Konditionen der einzelnen Altersvorsorgeprodukte schwierig, das optimale Produkt auszuwählen. Zusätzlich erschwert der Staat durch unterschiedliche steuerliche Behandlung diese Entscheidung und beeinträchtigt so den Wettbewerb zwischen den einzelnen Durchführungswegen.

Der Vorjahresvergleich der Aufwendungen fällt in der Lebensversicherung immer schwerer. 2002 war ein Rückgang der Leistungen zu verzeichnen, der durch den Niveaueffekt des Jahres 2001 verursacht wurde, als überdurchschnittlich viele Einmalergänge mit fünfjähriger Laufzeit aus dem Jahr 1996 ausreifen. Ein ähnlicher Echoeffekt wirkte 2003. Dieser Leistungszuwachs ist vorwiegend auf abreifende Verträge aus dem Jahr 1988 zurückzuführen. Damals wurde die steuerlich anerkannte Mindestbindungsfrist für Einmalergänge ausgeweitet.

Der Rückgang der Zuführung zu den versicherungstechnischen Reserven in der Lebensversicherung ging 2003 zu Ende. Wegen der Verringerung des Rückstellungsbedarfs durch abreifende Altverträge und der Verschlechterung der steuerlichen Behandlung der Rückstellungsbildung im Budgetbegleitgesetz 2001 nahm der zusätzlichen Rückstellungsbedarf zwischen 2001 und 2002 relativ schwach zu. Leichte Prämienzuwächse und ein Überschuss aus der Finanzgebarung auf hohem Niveau schufen den finanziellen Spielraum für eine Ausweitung der Rückstellungsbildung.

In der privaten Krankenversicherung werden überwiegend zusätzliche Kosten der Versicherten im Bereich Krankenhauskostenersatz abgesichert. Die Ausgaben für diesen Bereich nehmen knapp drei Viertel der Gesamtausgaben in Anspruch. Der Großteil der Krankenhauskostenersätze geht als Honorar an die Wahlärzte der Patienten (2003: 61%) der verbleibende Teil kommt den Spitälern in Form von Hauskosten zugute. Diese Ausgabenstruktur motiviert die intensiven Bemühungen der Versicherer zur Verankerung der freien Arztwahl in den Krankenanstaltengesetzen.

Die Verkleinerung des Versichertenkollektivs bei gleichzeitig steigender Zahl von Schaden- und Leistungsfällen beschleunigte sich 2003. In der Einzelversicherung nahm die Zahl der versicherten Risiken um 1% und in der Gruppenversicherung um 0,5% ab. Insgesamt deckte die Abteilung nur mehr 2,52 Mio. Risiken. Die hohen Kosten der Zusatzversicherung schrecken potentielle junge Kunden ab, sodass sich eine Überalterung des Versichertenkollektivs ergibt. In dieser Situation hat in der österreichischen Krankenversicherung die Tradition der Rückstellungsbildung für junge Patienten zur Finanzierung hoher Ausgaben im Alter eine wichtige Überbrückungsfunktion. Sie ermöglicht eine mäßige Anhebung der Prämien im Lebensverlauf, die von

der altersbedingten Krankheitshäufigkeit unabhängig ist. Die Finanzierung der Gesundheitsausgaben eines langsam alternden Versicherungskollektivs ist auch durch die Auflösung der technischen Reserven möglich. Trotzdem erzwangen die Unterschätzung der Kostenentwicklung im Gesundheitswesen und der Lebenserwartung der Versicherten zusätzliche Tarifierhöhungen.

Übersicht 4: Private Krankenversicherung

	Bruttoprämien Abgegrenzt	Aufwendungen für Versicherungs- fälle ¹⁾	Schadenquote	Überschuss aus der Finanz- gebarung	Erhöhung der versicherungs- technischen Rückstellungen
	Mio. €	Mio. €	In %	Mio. €	Mio. €
1999	1.133	929	82,1	126	146
2000	1.164	963	82,7	147	156
2001	1.212	996	82,1	142	176
2002	1.259	1.000	79,4	130	171
2003	1.306	1.029	78,8	111	174
Veränderung gegen das Vorjahr in %					
1999	+ 1,6	+ 0,8	- 0,8	- 10,7	- 7,2
2000	+ 2,8	+ 3,6	+ 0,8	+ 16,5	+ 6,6
2001	+ 4,1	+ 3,4	- 0,7	- 3,4	+ 12,4
2002	+ 3,8	+ 0,5	- 3,2	- 8,8	- 2,7
2003	+ 3,7	+ 2,9	- 0,8	- 14,1	+ 1,7

Q: Finanzmarktaufsicht Österreich. – ¹⁾ Einschließlich Prämienrückerstattung.

Der Nachteil dieser Überbrückung besteht vor allem in der fehlenden Transferierbarkeit von Rückstellungen zwischen den Anbietern. Bei einer Kündigung des Versicherungsschutzes verfällt die gesamte Rückstellung an das Versichertenkollektiv. Die Versicherten würden also beim Wechsel zwischen Anbietern das zur Deckung des höheren Aufwands im Alter angesparte Kapital verlieren. Das hat zur Folge, dass es unter Anbietern keinen Wettbewerb um bestehende Kunden gibt (Baumann – Meier – Werding, 2004). Der Wettbewerb ist auf die potentiellen Neukunden beschränkt, die mit günstigen Einstiegsprämien zu einem Abschluss motiviert werden können. Zusätzlich ist die Krankenversicherung durch eine vergleichsweise hohe Marktkonzentration gekennzeichnet: Die drei größten Konzerne erreichten 2003 gemeinsam einen Marktanteil von 84,2%. Dennoch waren bisher die negativen Auswirkungen des niedrigen Wettbewerbsdrucks und der hohen Marktkonzentration für die Versicherten gering. Diese Schlussfolgerung wird durch zwei Fakten bestätigt: Zum einen zwingt der erwähnte Rückgang des Versichertenkollektivs die Versicherer zu effizientem Wirtschaften, und zum anderen betrug die Eigenkapitalrendite¹⁾ der österreichischen Krankenversicherer im Durchschnitt der Jahre 2002 und 2003 nur 6,8%.

Bei rückläufigen Versichertenzahlen war 2003 die Prämiensteigerung in der Krankenversicherung ausschließlich auf Tarifierhöhungen zurückzuführen. Die Preissetzungsfähigkeit der Versicherer war 2003 offenbar in der Gruppenversicherung höher. Dort nahmen die Prämien um 4,3% zu, während in der Einzelversicherung nur ein Anstieg um 3,6% verzeichnet wurde.

Trotz der rückläufigen Zahl gedeckter Risiken stieg die Zuwachsrate der Schaden- und Leistungsfälle auch 2003 auf +5,3%, d. h. eine sinkende Zahl von Versicherten nimmt tendenziell öfter Leistungen in Anspruch. Die durchschnittliche Leistung fiel allerdings geringfügig niedriger aus als im Vorjahr (2003: -1,9%), sodass die Schadenquote 2003 abnahm. Im Einklang mit den vergleichsweise niedrigen Zinssätzen auf dem Markt für festverzinsliche Anleihen sank der Überschuss aus der Finanzgebarung merklich.

Die fehlende Transferierbarkeit von Rückstellungen und die hohe Marktkonzentration senken die Wettbewerbsintensität in der Krankenversicherung. Die negativen Auswirkungen für Versicherte erscheinen derzeit gering.

Tarifierhöhungen waren 2003 die ausschließliche Ursache der Zunahme des Prämienvolumens in der Krankenversicherung.

¹⁾ Verhältnis des Bilanzgewinns bzw. -verlustes zum gesamten Eigenkapital in der Krankenversicherung.

Schaden-Unfallversicherung: 2003 ein Normaljahr

Eine Abnahme der Zahl der Schadenfälle, die Überwälzung von Preissteigerungen auf dem Rückversicherungsmarkt und die Sanierung des versicherungstechnischen Geschäftes in Problembereichen senkten die Schadenquote in der Schaden- und Unfallversicherung.

Der Prämienzuwachs lag in der Kfz-Versicherung 2003 deutlich über dem Durchschnitt der gesamten Schaden-Unfallversicherung.

In der Schadenversicherung war 2003, nach der außergewöhnlichen Belastung durch die Flutkatastrophe im Jahr 2002, wieder ein Jahr mit durchschnittlicher Schadenquote. Das Verhältnis von Versicherungsleistungen zu Prämienzahlungen ging von 79,5 (2002) auf 69,8 (2003) zurück und lag damit nur knapp über dem langjährigen Durchschnitt der Abteilung. In den folgenden Versicherungsarten war abweichend von dieser Grundtendenz die Schadenquote überdurchschnittlich: Unfall-, sonstige Feuer-, Einbruchdiebstahl- und Glasbruchversicherung. In der Einbruchdiebstahlversicherung übertraf die Schadenquote den langjährigen Durchschnitt von 59,1% deutlich (2003: 99,2%). Ursache dafür ist der beträchtliche Anstieg von Einbruchdiebstählen im Jahr 2003 auf 50.798 (2001: 34.905) und von Diebstählen aus geparkten Kfz auf 48.611 (2001: 27.871). Gleichzeitig nahm durch die zunehmende Verbreitung elektronischer Geräte die durchschnittliche Schadenhöhe auf 2.400 € zu. Die Versicherungswirtschaft versucht, mit Hilfe der Exekutive eine Verbesserung der Vorbeugemaßnahmen von Versicherten zu erreichen.

Besonders deutlich fiel der Rückgang der Schadenquote in der Sturmschaden-, Feuerbetriebsunterbrechungs-, der Maschinen- und der Kfz-Haftpflichtversicherung aus. Dafür war zum Großteil die Entlastung durch die niedrige Zahl von Schadenfällen verantwortlich. Zusätzlich wurden Preissteigerungen auf dem Rückversicherungsmarkt auf die Endkunden überwälzt, und vor allem in der Kfz-Versicherung wurde energisch eine Sanierung des versicherungstechnischen Geschäftes betrieben. Nachdem 2002 der Überschuss aus der Finanzgebarung um ein Fünftel nachgegeben hatte, fehlte die Grundlage für das bis dahin vorherrschende Geschäftsmodell: Umsatzsteigerung durch niedrige Tarifsätze, die durch ein entsprechend positives Finanzergebnis aufgewogen werden. 2003 blieb das Finanzergebnis auf dem niedrigen Niveau des Vorjahres. Das erhöhte den Druck zur Sanierung der wichtigsten Versicherungssparten durch Prämienerrhöhungen.

Insgesamt wurde das Prämienvolumen in der Schaden-Unfallversicherung 2003 um 4% angehoben; die Einnahmensteigerung fiel in der Schadenversicherung höher aus als in der Unfallversicherung. Besonders kräftig stiegen die Prämien in der Kfz-Versicherung mit +7,2%. Der Rückgang der Versicherungsleistungen muss in Verbindung mit dem durch Katastrophen überhöhten Niveau des Vorjahres gesehen werden. Seit 1998 nahmen die Versicherungsleistungen um durchschnittlich 5,1% zu. Sowohl die Prämieinnahmen (+4,4%) als auch das nominelle Bruttoinlandsprodukt (+3,3%) blieben hinter dieser Dynamik zurück.

Übersicht 5: Schaden- und Unfallversicherung

	Bruttoprämien, abgegrenzt	Überschuss aus der Finanzgebarung	Versicherungs- leistungen	Erhöhung der versicherungstechnischen Rückstellungen
	Mio. €			
1999	6.491	700	4.478	39
2000	6.702	712	5.390	35
2001	6.978	691	4.903	39
2002	7.559	565	6.011	27
2003	7.861	567	5.490	34
	Veränderung gegen das Vorjahr in %			
1999	+ 2,4	+ 50,9	+ 4,6	- 12,0
2000	+ 3,2	+ 1,8	+ 20,4	- 10,3
2001	+ 4,1	- 3,0	- 9,0	+ 11,7
2002	+ 8,3	- 18,3	+ 22,6	- 31,5
2003	+ 4,0	+ 0,4	- 8,7	+ 28,4

Q: Finanzmarktaufsicht Österreich.

Die zurückhaltende Rückstellungspolitik verringert die Leistungsfähigkeit der Sachversicherer.

Die Dotierung der versicherungstechnischen Rückstellungen nahm 2003 wieder zu. Angesichts der höheren Zahl versicherter Risiken in der Sachversicherung (+1,8%) und der nur geringen Abnahme in der weniger bedeutenden Unfallversicherung (-0,4%) erscheint der Betrag niedrig (Übersicht 5). Diese Einschätzung bestätigt auch das Verhältnis zwischen Zuweisungen zu Rückstellungen und laufenden Prämien: Hatte

diese Relation in den neunziger Jahren 0,009 betragen, so erreichte sie 2003 nur 0,004. Die seit 2001 erhöhte steuerliche Belastung der Zuweisung zu Rückstellungen schlägt sich nunmehr in einer zurückhaltenden Rückstellungspolitik nieder. Die Steigerung der Rückversicherungsquote von 33,4% auf 33,9% glich diese Entwicklung nur zum Teil aus. Aus der Sicht der Versicherten ist das ein Nachteil, weil damit der finanzielle Polster eines Versicherers schrumpft und die Leistungsfähigkeit weniger gut abgesichert ist.

Das Wachstum der versicherungswirtschaftlichen Kapitalanlagen blieb 2003 leicht hinter den Werten der Vorjahre zurück (Übersicht 6), obwohl in allen Versicherungsabteilungen die Zuweisungen zu den versicherungstechnischen Rückstellungen ausgeweitet wurden. Ein Grund dafür könnten Wertberichtigungen für Aktienveranlagungen auf den niedrigeren Tageswert sein, die bisher aufgeschoben worden waren. Die langfristige Verlagerung der Veranlagungsstruktur von Darlehen und Immobilien zu festverzinslichen Anleihen, Anteilswerten und Beteiligungen hielt 2003 an. Der Ausbau der Anteilswerte ist eine Auswirkung der verstärkten Konzentration der Anbieter auf das versicherungstechnische Geschäft. Durch die Auslagerung der Vermögensveranlagung an Investmentfonds können Versicherer ein professionelles Veranlagungsmanagement erreichen. In der Bilanz steigt dementsprechend die Bedeutung von Anteilswerten. Die österreichischen Versicherungsunternehmen konzentrieren ihre Wachstumsstrategie auf Osteuropa und setzen diese institutionell bedingt mit Tochterunternehmen um. Dadurch steigt der Anteil von Beteiligungen am gesamten veranlagten Kapital.

Umschichtung der Kapitalveranlagung zu festverzinslichen Anleihen, Anteilswerten und Beteiligungen

Übersicht 6: Struktur der versicherungswirtschaftlichen Kapitalanlagen

	Guthaben bei Kreditunternehmen	Wertpapiere			Darlehensforderungen, Polizzen-darlehen Mio. €	Bebaute und unbebaute Grundstücke	Beteiligungen	Sonstige andere Kapitalanlagen	Kapitalanlagen insgesamt (ohne Depotforderungen)
		Insgesamt	Festverzinslich	Anteilswerte					
1999	344	25.416	14.676	10.740	11.791	3.385	3.570	62	44.569
2000	372	28.047	15.510	12.537	11.034	3.423	4.041	76	46.993
2001	1.481	30.863	16.556	14.308	8.659	3.489	4.677	32	49.201
2002	995	33.204	17.307	15.896	8.018	3.549	5.921	40	51.726
2003	1.174	34.747	19.201	15.546	7.358	3.571	6.881	71	53.802
Anteile in %									
1999	0,8	57,0	32,9	24,1	26,5	7,6	8,0	0,1	100,0
2000	0,8	59,7	33,0	26,7	23,5	7,3	8,6	0,2	100,0
2001	3,0	62,7	33,6	29,1	17,6	7,1	9,5	0,1	100,0
2002	1,9	64,2	33,5	30,7	15,5	6,9	11,4	0,1	100,0
2003	2,2	64,6	35,7	28,9	13,7	6,6	12,8	0,1	100,0

Q: Finanzmarktaufsicht Österreich.

Die Rendite versicherungstechnischer Kapitalanlagen passt sich, wegen der durchwegs längeren Haltezeit von Anleihen, mit einiger Verzögerung an die Entwicklung der allgemeinen Zinslandschaft an (Übersicht 7). Die hohe Nachfrage nach festverzinslichen Wertpapieren dämpfte deren Ertragsrate 2003 merklich. Selbst die schwunghafte Emission von Staatsanleihen in der Eurozone hielt diesen Rückgang nicht auf. Langfristige Staatsanleihen erzielen bereits seit Mitte der neunziger Jahre niedrige Zinssätze. Im Gegensatz dazu stabilisierten die österreichischen Versicherungsunternehmen – teilweise auch durch das Abschmelzen stiller Reserven – ihren Kapitalertrag auf hohem Niveau. Die anhaltende Kurskorrektur der Aktienmärkte im Jahr 2002 machte sich erstmals in einer deutlichen Reduktion des Veranlagungsergebnisses bemerkbar. 2003 wurde zumindest in der Lebensversicherung eine Verbesserung erzielt. In den beiden anderen Versicherungsabteilungen lag der Kapitalertrag ebenfalls über der Sekundärmarktrendite.

Erholung der Aktienmärkte ermöglichte 2003 wieder einen deutlichen Abstand der Rendite versicherungstechnischer Kapitalanlagen zur Sekundärmarktrendite.

Übersicht 7: Renditen der versicherungswirtschaftlichen Kapitalanlagen

	Sekundärmarkt- rendite Bund	Lebensversicherung	Krankenversicherung	Schaden- und Unfallversicherung
	Rendite in %			
1997	4,8	8,0	6,6	5,9
1998	4,3	7,7	6,2	4,4
1999	4,1	7,3	5,6	6,7
2000	5,3	7,3	6,6	6,8
2001	4,6	6,1	5,9	6,8
2002	4,4	4,0	4,9	5,5
2003	3,4	5,6	4,0	5,3

Q: Finanzmarktaufsicht Österreich, WIFO-Berechnungen.

Literaturhinweise

Baumann, F., Meier, V., Werding, M., "Transferable Ageing Provisions in Individual Health Insurance Contracts", CESifo Working Paper, 2004, (1116), http://www.cesifo.de/pls/portal30/CESIFO_APPS.WORKING_PAPERS_ABSTRACTI.show?p_arg_names=p_file_id&p_arg_values=7100.

Bundesministerium der Finanzen, Das Alterseinkünftegesetz: Gerecht für Jung und Alt, Berlin, 2004, <http://www.bundesfinanzministerium.de/Anlage26825/Brosch%FCre%20zum%20Alterseink%FCnfttegesetz.pdf>.

Kristen, S., Die steuerliche Behandlung von Altersvorsorgeprodukten im internationalen Vergleich, Vortragsunterlage zu den St. Wolfgangger Gesprächen, St. Wolfgang, 2003.

Swiss Re, "Assekuranz Global 2003: Versicherungswirtschaft auf Erholungskurs", Sigma, 2004, (3), <http://www.swissre.com/>.

Repairs to the Casualty and Accident Insurance System Continued in 2003 – Summary

The growth of premiums in the private insurance business by 2.9 percent in 2003 was controlled chiefly by the need to improve the property-liability insurance business. Altogether, premiums rose in line with the growth of the nominal income, so that insurance penetration remained more or less constant. The structure of premium revenues shifted towards property-liability insurance due to the increase in tariffs, whereas life insurance business stagnated. An expansion of the volume of health insurance was achieved solely by an increase in tariffs. For 2004, the Austrian Insurance Association expects the situation to improve, especially with regard to life insurance. Altogether premium revenues should grow by 4.9 percent in 2004 and thus should enable a further rise in insurance penetration.

In 2003, tariff increases were concentrated on motor insurance and health insurance. Altogether, insurance products contributed 0.14 percentage point to the general consumer price inflation of 1.4 percent in 2003. In that year, property insurers managed to raise their premiums per risk for motor third party insurance at an above-average rate. Ten years after the introduction of the internal market, consumers still benefited by some € 173 million from increased competition in motor insurance, in spite of corrections of past price cuts made by the industry. In contrast, the property-liability insurance (excluding motor insurance) no longer showed any positive single market effect in 2003.

In 2003, the growth rate of life insurance premiums was kept in check by private households' high preference for liquidity and the low yield promised by insurers. Reforms of the public and civil service old-age pension insurance systems, together with tax incentives (premium subsidised annuity insurance), nevertheless made revenues from contracts with current payments grow markedly, which benefited variable life insurance and annuity. It was mostly insurance companies that contracted premium-subsidised annuity schemes.

The number of health insurance policyholders continued to shrink in 2003. The rise in premium volume was solely due to tariff increases. For property-liability insurance, business was back to normal in 2003. With a lower number of loss claims, tariff increases in the reinsurance market passed on and efforts undertaken to improve the underwriting results, the claims ratio returned to its long-term average.

In 2003, Austrian insurers continued to shift their capital investment towards fixed-interest bonds, participations and equity and other securities, in response to the lower share of direct equity in the insurers' portfolio. Insurers increasingly outsource their asset management and opted for investment funds. The average yield of invested reserves could be increased to 5.6 percent. Following the collapse of the stock markets in 2002, life insurance products once again achieved yields 2.2 percentage points above those for fixed-interest securities.

- 230/2004 **Mergers and Acquisitions in the Austrian Banking Sector.
A Performance Analysis**
Franz R. Hahn
- 231/2004 **WTO Dispute Settlement: An Economic Analysis of four
EU-US Mini Trade Wars**
Fritz Breuss
- 232/2004 **Labour Market Reforms and Economic Growth. The European Experience
in the Nineties**
Karl Aiginger
- 233/2004 **On the Choice of Farm Management Practices after the Reform
of the Common Agricultural Policy in 2003**
Erwin Schmid, Franz Sinabell

Kostenloser Download:

http://publikationen.wifo.ac.at/pls/wifosite/wifosite.wifo_search.search?p_typeid=3&p_language=1&p_type=0

Die letzten 12 Hefte

- 10/2003 Markus Marterbauer, Schwäche der gesamtwirtschaftlichen Nachfrage allmählich überwunden. Prognose für 2003 und 2004 • Angelina Keil, Wirtschaftsschön. III. Quartal 2003 • Margit Schratzenstaller, Martin Falk, Helmut Kramer, Markus Marterbauer, Gerhard Schwarz, Ewald Walterskirchen, Erste Evaluierung der Konjunkturbelebungsmaßnahmen seit 2001 • Hedwig Lutz, Verdienstentgang von Frauen mit Kindern • Thomas Url, Verhaltene nominelle Einkommensentwicklung erfasst 2002 auch die Versicherungswirtschaft
- 11/2003 Helmut Kramer, Markus Marterbauer, Margit Schratzenstaller, Konjunkturpolitische Ansatzpunkte • Marcus Scheiblecker, Der Arbeitstageffekt im vierteljährlichen Bruttoinlandsprodukt. Eine empirische Analyse anhand saisonaler Zeitreihenmodelle • Peter Huber, Iulia Traistaru, Regionale Entwicklung und Anpassung des Arbeitsmarktes in Ost-Mitteleuropa
- 12/2003 Margit Schratzenstaller, Zur Steuerreform 2005 • Wolfgang Pollan, Thomas Leoni, Die Einkommensunterschiede nach Wirtschaftsbranchen in Österreich. Ein Vergleich zwischen Mikrozensus und Leistungs- und Strukturhebung • Norbert Knoll et al., Der österreichische Forschungs- und Technologiebericht 2003
- 1/2004 Markus Marterbauer, Konjunkturerholung gewinnt an Kontur. Prognose für 2004 und 2005 • Angelina Keil, Wirtschaftsschön. IV. Quartal 2003 • Wilfried Puwein, Sondermaut. Bedeutung für die Straßenfinanzierung, die Steuerung des Transitverkehrs und den Wirtschaftsstandort • Margarete Czerny, Nur leichte Erholung der Bau-tätigkeit in Europa 2004 und 2005 • Christine Mayrhuber, Sozialschutzausgaben im Jahr 2001
- 2/2004 Stephan Schulmeister, Erholung in den Industrieländern, kräftige Wachstumsbeschleunigung in den anderen Ländergruppen. Mittelfristige Prognose der Weltwirtschaft bis 2008 • Josef Baumgartner, Serguei Kaniovski, Ewald Walterskirchen, Wirtschaft schöpft ihr Potential mittelfristig zunehmend aus. Prognose der österreichischen Wirtschaft bis 2008 • Stephan Schulmeister, Zur unterschiedlichen Wachstumsdynamik in den USA, in Deutschland und im übrigen Euro-Raum • Margarete Czerny, Martin Falk, Gerhard Schwarz, Erholung der Investitionen, aber zurückhaltende Pläne in der Sachgütererzeugung. Ergebnisse des WIFO-Investitionstests vom Herbst 2003
- 3/2004 Michael Peneder, Michael Pfaffermayr, Stabile Entwicklung des Cash-Flows 2003. Selbstfinanzierungskraft und Eigenkapitalausstattung der österreichischen Sachgütererzeugung • Wolfgang Pollan, Zur Frage der Lohnführerschaft in Österreich • Martin Falk, Diffusion von Informations- und Kommunikationstechnologien und Einsatz von qualifizierten Arbeitskräften. Beschleunigung des technischen Fortschritts
- 4/2004 Helmut Kramer, Editorial: Zur Erweiterung der EU • Yvonne Wolfmayr, Österreichs Außenhandel mit den EU-Beitrittsländern • Walter Hyll, Angela Köppl, Stefan Schleicher, Umsetzung der EU-Emissionshandelsrichtlinie • Markus Marterbauer, Konjunkturerholung droht ins Stocken zu geraten. Prognose für 2004 und 2005 • Angelina Keil, Wirtschaftsschön. I. Quartal 2004 • Marcus Scheiblecker et al., Österreichs Wirtschaft 2003 neuerlich schwach gewachsen
- 5/2004 Vasily Astrov (wiiw), Wirtschaftsentwicklung in den MOEL durch deutliche Konvergenz geprägt • Gerhard Palme, Regionale Konjunktur weist 2003 West-Ost-Gefälle auf • Peter Mayerhofer, Wien in der internationalen Städtekonkurrenz. Entwicklung und Potentiale in einem veränderten Umfeld
- 6/2004 Hedwig Lutz, Einfluss institutioneller Veränderungen auf die Beschäftigungsstatistik • Jan Stankovsky, Yvonne Wolfmayr, Interessante Absatzmärkte und Exportpotentiale für die österreichische Industrie • Yvonne Wolfmayr, Schwierigkeiten und Hindernisse für die Erschließung neuer Exportmärkte. Ergebnisse einer Unternehmensbefragung • Daniela Kletzan, Angela Köppl, Chancen für die österreichische Exportwirtschaft durch Klimaschutzprojekte • Rahel Falk, Entwicklungszusammenarbeit im Kontext der Internationalisierungsförderung
- 7/2004 Markus Marterbauer, Boom der Weltwirtschaft strahlt allmählich auf Euro-Raum und Österreich aus. Prognose für 2004 und 2005 • Angelina Keil, Wirtschaftsschön. II. Quartal • Fritz Breuss, Serguei Kaniovski, Gerhard Lehner, Makroökonomische Evaluierung der Fiskalpolitik 2000 bis 2002 • Wilfried Puwein, Finanzierung des Bahnausbau in sensiblen Zonen durch Straßenbauten
- 8/2004 Margarete Czerny, Martin Falk, Gerhard Schwarz, 2004 deutliche Belebung der Investitionstätigkeit. Ergebnisse des WIFO-Investitionstests vom Frühjahr 2004 • Fritz Breuss, Serguei Kaniovski, Margit Schratzenstaller, Steuerreform 2004/05 – Maßnahmen und makroökonomische Effekte • Fritz Breuss, Margit Schratzenstaller, Unternehmenssteuerwettbewerb und internationale Direktinvestitionen. Ein einführender Literaturüberblick anlässlich der österreichischen Körperschaftsteuerreform
- 9/2004 Alois Guger, Internationale Lohnstückkostenposition 2003 wechsellkursbedingt verschlechtert • Egon Smeral, Helmut Mahringer, Ulrike Huemer, Arbeitsmarktprobleme im Beherbergungs- und Gaststättenwesen • Oliver Fritz, Margit Schratzenstaller, Egon Smeral, Erich Thöni, Bedeutung und Effekte der öffentlichen Sportförderung

Alois Guger

■ Dynamisierung der Pensionen: Nettoanpassung versus Inflationsabgeltung

Die jährliche Erhöhung der Bestandspensionen orientiert sich gegenwärtig an der Nettolohnentwicklung. Neben den strukturellen Stärken und Schwächen dieser Nettoanpassung analysiert die Studie die Auswirkungen der Nettoanpassung auf die Kaufkraft der Pensionen für die Vergangenheit.

Gemäß der Simulation verschiedener Szenarien mit dem WIFO-Pensionsmodell dämpfen ein Wechsel von der Nettoanpassung zum zweiten Pensionsanpassungsprinzip – der Inflationsabgeltung – sowie die Pensionsreform 2003 und eine Erhöhung der Erwerbsquote bis 2030 auf 80% die Ausgaben und das Defizit des ASVG-Pensionssystems in Relation zum BIP teils beträchtlich.

- **Historische Entwicklung der Pensionsanpassung**

- **Probleme der Nettoanpassung**

Konzeptionelle Probleme – Technische Probleme

- **Die längerfristige empirische Entwicklung der Pensionen aus der Sicht der Pensionsanpassung**

Pensionen und Pensionsanpassung – Die Größe des Struktureffekts – Die Ausgleichszulage – Die Kritik an der "Nettoanpassung"

- **Inflationsabgeltung als Prinzip der Pensionsanpassung – die langfristigen finanziellen Auswirkungen**

Zur Methode – Szenarien

- **Inflationsabgeltung und Lebensstandardsicherung**

- **Anhang**

Im Auftrag des Hauptverbandes
der österreichischen
Sozialversicherungsträger •
August 2004 • 30 Seiten • 30,00 €,
Download 24,00 €

http://publikationen.wifo.ac.at/pls/wifosite/wifosite.wifo_search.get_abstract_type?p_language=1&pubid=25209